

inhalt

diakonie report 4/82

Die Alternative

Ein Pastor berichtet im Freundenkreis über eine interessante Begebenheit. Aufmerksam hört der kleine Sohn des Hauses zu, bis er den Vater unterbricht:

»Papa, hat sich das wirklich zugetragen, oder predigst du?«

Aus: »Die Gemeinde« Nr. 29/82

Was ist ein Ehrenamt? Früher wurde es von der Obrigkeit verliehen. Es war eine Ehre, dieses Amt versehen zu dürfen. Und diese Ehre war ganz schön rentabel. Was aber ist ein Ehrenamtlicher heute? Von Amt kann im allgemeinen keine Rede sein, es sei denn, man übersetzt den Begriff mit Verantwortung. Und Ehre? Ganz einfach: Man bringt sie und sich ein, und zwar (meist) zum Nulltarif. Ein Ehrenamtlicher in der Diakonie oder in der Kirchengemeinde ist ein aktiver Mitarbeiter, der zupackt, wo's not tut. Er nimmt sich die Zeit. Jeder kann mitmachen. Viele zehntausend Ehrenamtliche sammeln Geld für Notstände in nah und fern. Sie geben Gott die Ehre. Andere besuchen Einsame, oder sie pflegen Kranke, oder sie helfen in einer verzwickten Situation. In Gottes Namen. – Davon ist in (fast) allen Beiträgen dieser Ausgabe die Rede, direkt oder indirekt.



Das Diakonische Werk und der Deutsche Caritas-Verband werben gemeinsam mit Aufklebern für »mehr Zeit«. Es ist gewiß keine Forderung nach dem 36-Stunden-Tag. Eher ein Anstoß, mit der Zeit hauszuhalten. Weitere Informationen auf der Rückseite.

Ich kenne einen

der ließ sich von uns die Suppe versalzen
der ließ sich von uns die Chancen vermasseln
der ließ sich von uns das Handwerk legen
der ließ sich für dumm verkaufen
der ließ sich einen Strick drehen
der ließ sich an der Nase herumführen
der ließ sich übers Ohr hauen
der ließ sich von uns kleinkriegen
der ließ sich von uns in die Pfanne hauen

der ließ sich von uns aufs Kreuz legen
der ließ sich von uns Nägeln mit Köpfen machen
der ließ sich zeigen was ein Hammer ist
der ließ sich von uns festnageln auf sein Wort
der ließ sich seine Sache was kosten
der ließ sich sehen am dritten Tag

der konnte sich sehen lassen

Lothar Zenetti

Aus der Niedersächsischen Evangelischen Zeitung vom 4. Juli 1982

Nachrichten aus der Diakonie

sowie Anmerkungen aus aktuellem Anlaß

Warnung vor »Ausverkauf des Staates«

»Wie lange soll der Ausverkauf des Staates noch weitergehen?« Diese Frage warf der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, bei einer Podiumsdiskussion in Würzburg auf. Er vertrat dabei die Auffassung, daß durch »Steuertricks und Subventionserschleichungen« dem Staat ungleich größerer Schaden zugefügt werde als durch nicht ge-richtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Dem Bürger sei jahrelang eingetrichtert worden, daß Sozialleistungen keine Almosen bedeuteten. Heute übersehe man allzugern, daß dies nur möglich sei, wenn der Staat auch alle Bürger gleichermaßen zur Kasse bitte. Scharf ging Schober mit dem Egoismus einzelner gesellschaftlicher Gruppen ins Gericht. Dieser Egoismus, der sich in einem Gerangel um Mehrheiten niederschläge, verhindere in der gegenwärtigen Spardiskussion eine durchaus mögliche Sanierung des sozialen Netzes »von oben her«. Schober forderte deshalb eine auf ausführlicher Information der Öffentlichkeit basierende Sparbewegung »von unten her«, die sich am guten Beispiel des Einzelnen orientiere. Wenig Vertrauen hat der Präsident des Diakonischen Werkes »bei der gegenwärtigen fiskalisch-administrativen Überlagerung« des Sozialstaates in eine Neuordnung durch weitere Gesetze: Sie träfen fast stets den Schwachen, während der »Cleveren wieder ein Hintertürchen findet«. Die Flut von Verordnungen der letzten Jahre habe dem Sozialstaat und seinen Bürgern mehr geschadet als genutzt. (Siehe auch Kommentar auf Seite 5).

»Kinder und Erzieher in Kindergarten nicht überfordern«

Vor einer »Allzuständigkeit« der Kindergarten und einer Überforderung von Kindern wie Erziehern hat die Bundesverei-

»Gemeinsam leben lernen« im Kindergarten

Der Diakonische Rat hat am 17. Juni 1982 in einer Entschließung dazu aufgerufen, auch weiterhin diakonischen Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte zu gründen und zu fördern. Die Entschließung lautet:

In Auswertung des Jahres der Behinderten, das »nicht nur 1981« unser Augenmerk auf das Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten lenken sollte, werden die Kirchenleitungen, Kirchengemeinden, Diakonischen Werke und Einrichtungen der Diakonie dringend gebeten,

- zu prüfen, wo in ihren Wirkungsbereichen die personellen, sachlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind oder geschaffen werden können, Kindertagesstätten/Kindergärten einzurichten oder zu fördern, in denen nichtbehinderte Kinder und Kinder mit Behinderungen zusammen gefördert werden können;
- den Mitarbeitern in diesen Einrichtungen fachliche Begleitung, Beratung und Fortbildung zu ermöglichen;
- durch eine entsprechende intensive Öffentlichkeitsarbeit ein Klima zu schaffen, das den Eltern von behinderten und nichtbehinderten Kindern Mut macht, ihre Kinder in solche Einrichtungen zu schicken;
- auch im politischen Bereich dafür zu sorgen, daß Finanzierungsregelungen geschaffen werden, die die Einrichtung, den Betrieb und den Besuch solcher Kindertagesstätten ermöglichen.

Vorurteilsloses und angstfreies Miteinanderumgehen von Menschen mit und ohne Behinderungen kann bis zu einem bestimmten Punkt gelernt werden. Den Vorschuleinrichtungen in kirchlicher und diakonischer Trägerschaft kommt dabei eine wichtige Pionieraufgabe zu.

nigung Evangelischer Kindertagesstätten gewarnt. In einer Stellungnahme zu der im 5. Jugendbericht der Bundesregierung geforderten »Öffnung des Kindergartens« durch eine gemeinwesenorientierte Arbeit betont die Vereinigung, es könne nicht darum gehen, dem Kindergarten zu seinen bisherigen Aufgaben weitere aufzutragen. Sie verweist zugleich darauf, daß die Bundesregierung in ihrem alle vier Jahre erstellten Bericht verschiedene Veränderungen gefordert habe, »die in der evangelischen Kindergartenarbeit durch ihre überwiegende Verankerung in einer Kirchengemeinde bereits verwirklicht sind«. Von den insgesamt 23000 Kindergarten in der Bundesrepublik gehören etwa 7000 zur evangelischen

Kirche, die zu 80 Prozent unter der Trägerschaft einer evangelischen Kirchengemeinde stehen.

Im Jugendbericht der Regierung war 1980 eine »Einbeziehung des Kindergartens in die Alltagswelt, Öffnung zum Gemeinwesen, Einbeziehung der sozialen und räumlichen Umwelt, intensive Förderung der Entfaltung kindlicher Kräfte im Spiel« gefordert worden. Mit ihrer Stellungnahme »Öffnung des Kindergartens – Offener Kindergarten« wendet sich die Bundesvereinigung Evangelischer Kindertagesstätten an die Kindergartenträger, Erzieher sowie die mit Kindergarten befaßten Stellen in Staat und Kirche, um die Komplexität des Themas »auf dem Hintergrund einer evangelischen

Grundhaltung« bewußt zu machen. Hinter der evangelischen Kindergartenarbeit, so wird hervorgehoben, stehe »der Glaube, daß Gott für die Welt offen ist, und uns die Welt eröffnet hat und uns dadurch befähigt, für einander offen zu sein«.

Wie aus der kürzlich veröffentlichten Finanzstatistik der EKD für 1979 hervorgeht, trägt die Kirche das Defizit für rund 5900 evangelischen Kindertagesstätten in Höhe von einem Viertel der Kosten selbst. 943 Millionen DM (= 13,7 Prozent aller Ausgaben in den 17 Gliedkirchen der EKD) wurden 1979 für die evangelischen Kindertagesstätten ausgegeben. Ihnen standen 706 Millionen zweckbestimmte Einnahmen wie z. B. Elternbeiträge und öffentliche Zuschüsse gegenüber. Der Fehlbetrag in Höhe von 237 Millionen DM wurde aus kircheneigenen Mitteln gedeckt.

Beispiel bürokratischen Sparens

Frau E. braucht dringend eine Kur mit Anwendungen in einem Müttergenesungsheim. Die ärztliche Verordnung liegt vor, der Kurplatz ist bereits belegt, und vor allem: die Versorgung der drei Kinder (7, 8 und 11 Jahre) in den Schulferien ist gewährleistet, da der Betrieb von Herrn E. in dieser Zeit Betriebsferien macht und die beiden Mädchen vom Vater versorgt werden, der Elfjährige fährt zu den Großeltern.

Aber Familie E. ist bei der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) krankenversichert. Die Familie kann die Kosten für die Kur nicht selbst aufbringen. Die DAK hat andererseits beschlossen, vom 1. 7. bis 15. 9. 1982 keine Badekuren zu genehmigen. Die dringend notwendige Kur scheitert also an der Auswirkung der Sparmaßnahmen. Wieder einmal sind Mütter besonders getroffen. Und wenn dann Frau E. im Oktober zur Kur fährt, dann muß eine Haus-

Weitere Nachrichten aus Diakonie und Sozialpolitik sowie ein paar Beispiele praktischer Nächstenliebe

pflegerin die Versorgung der Kinder übernehmen. Das aber kostet die Krankenkasse mindestens 2500 DM mehr, denn zu einer solchen Hilfe ist sie gesetzlich verpflichtet.

Sparmaßnahmen sind nötig; müssen sie aber so familienfeindlich und unbedacht sein?

Rund 1400 Sozialstationen

Wie der Bonner Informationsdienst »Forum Sozialstation« ermittelt hat, gab es Ende 1981 im Bundesgebiet 1397 Sozialstationen. Das sind 13 Prozent mehr als 1980. Sie verteilen sich:

Baden-Württemberg	331
Bayern	105
Berlin	1
Bremen	8
Hamburg	7
Hessen	158
Niedersachsen	235
Nordrhein-Westfalen	380
Rheinland-Pfalz	95
Saarland	23
Schleswig-Holstein	54

Diese erstmals in Rheinland-Pfalz vor mehr als zehn Jahren begründeten Einrichtungen der kombinierten ambulanten Kranken- und Altenpflege sind (auch aus Einsparungsgründen) sehr populär geworden. Hamburg und Berlin haben jetzt als letzte Bundesländer mit dem Aufbau begonnen. Nahezu alle Bundesländer, aber auch die Kommunen, fördern diese Einrichtungen, die bereits viele ihrer Leistungen mit Sozialversicherungsträgern – dank entsprechender Rahmenvereinbarungen – abrechnen können. Träger der Sozialstationen sind vor allem die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

So arbeiteten 1981 unter dem Zeichen der Diakonie 645 Diakonie/Sozialstationen. Außerdem gab es 1554 Krankenpflegestationen in den evangelischen Kirchengemeinden, 254 Vermittlungsstellen für Nachbarschaftshilfe, 237 Haus- und Familienpflegestationen sowie 130 Dorfherinnenstationen bzw. landwirtschaftliche Betriebshilferestationen.

Erklärung des Diakonischen Rates zur Ausländerfeindlichkeit

Der Diakonische Rat stellt mit Befriedigung fest, daß sich die Kirchen sowie die meisten Parteien und gesellschaftlichen Gruppen einig sind in der grundsätzlichen Ablehnung einer von Agitatoren gezielt geschürten Ausländerfeindlichkeit, durch die Menschen in unserer Mitte grundlos und pauschal verunsichert und in einzelnen Fällen sogar in die Verzweiflung getrieben werden. Vor allem ausländische Kinder und Jugendliche erfahren langwirkende Schädigungen, wenn sie wegen ihrer Fremdartigkeit von ihren deutschen Altersgenossen abgelehnt und isoliert werden.

Der Diakonische Rat ruft zur Abwehr dieser gefährlichen Entwicklung alle gesellschaftlichen Kräfte auf, Wege zu finden, die auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen den Belangen der Deutschen und der Ausländer gerecht werden.

Der Diakonische Rat dankt allen Erziehern in Kindergärten und Schulen für ihr Bemühen, deutsche und ausländische Kinder zueinander zu führen und ihnen gemeinsam die Liebe Gottes verstehtbar zu machen, in der für Rassenhass, nationalistische Vorurteile und die damit zusammenhängenden Ängste kein Raum ist.

Daniel nach vier Jahren wieder bei den Eltern

Nach einer fast acht Monate währenden, abenteuerlichen Reise ist Ende April ein siebenjähriger Eritreer bei seinen inzwischen in Überlingen am Bodensee lebenden Eltern eingetroffen. Die Familie Sium, deren Leben als evangelische Christen in dem von Äthiopien beanspruchten Eritrea bedroht war, mußte auf ihrer Flucht vor vier Jahren das damals schwer kranke Kind zurücklassen. Die achtköpfige Flüchtlingsfamilie, die von der Überlinger Kreisstelle für Diakonie betreut wird, wurde auf Drängen des Diakonischen Werks sowie unter Beteiligung des Internationalen Roten Kreuzes, des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen, des Auswärtigen Amtes in Bonn und von Missionsgesellschaften wieder zusammengeführt. Der 1978 in Eritrea zurückgebliebene Daniel konnte bei Verwandten, die ihn zeitweise versteckt halten mußten, überleben. Im Sommer vergangenen Jahres kam er mit einer Kamelkarawane in den Nord-

osten des Sudan und wurde in die 5000 Kilometer entfernte Hauptstadt Khartum gebracht. Dort bekam Daniel Sium durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes gültige Papiere. Die Flugkarte in die Bundesrepublik wurde mit Spenden finanziert, die bei der Bezirksstelle für Diakonie in Überlingen eingegangen waren.

Urlaub?

Von den 40,8 Millionen berufstätigen Deutschen machen 10,6 Millionen (26 Prozent) keinen Urlaub. Sie arbeiten durch. Besonders betroffen: Haushalte mit weniger als 2500 DM netto pro Monat.

Konfirmanden spenden Schafe

Die diesjährigen Konfirmanden der Evangelischen Kirchengemeinde Schaafheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg) haben von ihren Geschenken rund 1200 DM zur Anschaffung von Schafen gespendet. Weitere 1000 DM erbrachte ein Gemeindefest im Ortsteil Mosbach. Am

25. Mai war es dann soweit: Die Schafe wurden auf den Birkenhof bei Gedern gebracht. Dieser Aussiedlerhof ist eine Initiative von Pfarrern und Gemeindeliegern der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und als christliche Lebensgemeinschaft gedacht, in die jeweils einige angeschlagene junge Menschen aufgenommen werden, die durch Jugendsektengruppen Schaden erlitten haben. Sie sollen dort Halt, Gemeinschaft und ein vorübergehendes Zuhause finden, bis innere Heilung und den Weg in ein neues sinnerfülltes Leben gefunden haben. Durch den Verkauf eigener landwirtschaftlicher Erzeugnisse soll den Bewohnern nicht nur Gelegenheit zu sinnvoller Beschäftigung sondern auch zu entsprechenden Einnahmen für den Hof verholfen werden.

Die Ehrenamtlichen bei »Brot für die Welt«

Einmal im Jahr treffen sich die Ehrenamtlichen von »Brot für die Welt« in der Hauptgeschäftsstelle Stuttgart bei Kaffee und Kuchen. 21 Hausfrauen, Rentner, Studenten und Lehrer waren es 1981, die dem Dienst am »fernen Nächsten« viel unentgeltliche Arbeitskraft zur Verfügung stellten. Sie übersetzten Projektberichte aus dem Englischen, Französischen, Spanischen und Portugiesischen zur Verwendung in evangelischen Gemeinden. Drei der Mitarbeiter halfen beim »Spendendank« oder bei anderen Aufgaben im Informationsreferat, und wer Gelegenheit dazu hat, gibt die durch den persönlichen Kontakt zur Geschäftsstelle gewonnenen Informationen in Gemeinde oder Schule weiter an andere Menschen. »Brot für die Welt« ist dankbar für diese Unterstützung.

Aus dem Jahresbericht 1981 der Aktion »Brot für die Welt«, der beim Diakonischen Werk der EKD, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1, angefordert werden kann.

Theodor Schober: Hat die Ehre abgewirtschaftet?

Wer heute gegenüber Bürgern der Bundesrepublik Deutschland an die Ehre appelliert, scheint hoffnungslos veraltet zu sein. Darum brüstete sich ein von vielen angehimmelten Fußballstar noch vor der Fußball-Weltmeisterschaft in Spanien, er spiele nicht für Deutschland, sondern nur für sich selbst (und denkt dabei natürlich an den sechsstelligen Profit, der für den Profi auf längere Sicht dabei herausspringen oder verloren gehen kann). Kein Wunder, daß dann spanische Zeitungen im Blick auf solche deutschsprechenden »Helden« urteilen, die Ethik des Sports sei verlorengegangen, der Fußball

seine Ehre für Geld verkauft. Und ein anderer kommentiert dieses Trauerspiel, das Fußball-Mundial trage die grinsende Grimasse der Korruption.

Wie konnte ein solches Denken auf dem gleichen Boden wachsen, auf dem einmal Immanuel Kant den berühmten Kategorischen Imperativ formuliert hatte: »Handle so, daß die Maximen deines Handelns jederzeit zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung dienen können?«

Haben wir noch den Mut, auf unsere Umwelt so einzuwirken, wie es von Fichte überliefert ist: »Und handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge, und die Verantwortung wäre dein.« Richten wir uns selbst danach?

Wo sind wir hingekommen, wenn Ehrenamtliche für dumm gehalten werden, weil sie Teile ihrer Freizeit dem Gemeinwohl widmen und nicht für jeden hier geleisteten Dienst die Hand aufhalten: Was bekomme ich dafür? Es ist noch gar nicht lange her, daß Albert Schweitzer schrieb: »Schafft euch ein Nebenamt, ein unscheinbares, vielleicht ein geheimes Nebenamt. Tut die Augen auf und suchet, wo ein Mensch oder ein Menschen gewidmetes Werk ein bißchen Zeit, ein bißchen Freundlichkeit, ein bißchen Teilnahme, ein bißchen Gesellschaft, ein bißchen Arbeit eines Menschen braucht.«

Wohin hat uns der viel gepriesene Wohlfahrtsstaat verführt, wenn uns das Anspruchsdenken schon so verdorben hat, daß kaum mehr ein Beamter und nur selten ein Politiker noch den Mut haben, Bürger auf freiwillige Verzichte anzusprechen! Weil sie meinen, dabei hoffnungslos scheitern zu müssen, versuchen sie, die sozialen Hilfen durch Gesetze und Verordnungen, die selbst die letzten Einzelheiten regeln sollen, abzusichern. Als wüßte nicht jeder Erfahrene, daß man soziale Gerechtigkeit damit so lan-

ge nicht erreichen kann, als die Ethik des Anstandes und die Verantwortung gerade der Starken für die Schwächeren nicht mehr funktionieren. Eine Arbeitnehmerschaft, die nicht nur die eigenen Arbeitsplätze um jeden Preis verteidigt, sondern selbst in Zeiten wirtschaftlicher Krise noch weitere materielle Verbesserungen für sich erkämpfen möchte, ohne an die Auswirkungen auf die Arbeitslosen zu denken, handelt genauso egoistisch wie ein Arbeitgeber, der Arbeitsplätze wegklassifiziert, um seine Gewinne zu steigern. Es ist beschämend, daß im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik Deutschland der Ehrbegriff immer weniger gefragt ist.

Unser Staat sollte seine Orden und anderen Ehrungen weniger an solche Personen verteilen, die nichts anderes als ihre Schuldigkeit getan haben – und dabei meist auch noch zu persönlichen Vorteilen gelangt sind. An deren Stelle sollte er lieber Frauen, Männer und auch Jugendliche auszeichnen, die etwas leisten, wozu sie nicht verpflichtet sind und was ihnen häufig auch gar nichts einbringt, sondern sogar noch Opfer abfordert.

Eine Gemeinschaft, in der das Opfer verpönt ist und der freiwillige Verzicht um anderer willen häufig belächelt wird, ist weder kri-

senfest noch verteidigungswürdig. Dann sollen wir uns aber nicht wundern, wenn große Teile unserer jungen Generation für einen solchen Staat nichts übrig haben.

Ein Politiker, der heute das unpopuläre Wagnis eingeht, für die Menschenrechte der Ausländer in unserer Mitte konkret einzutreten, muß damit rechnen, beim nächsten Wahltermin die negative Quittung dafür zu bekommen. Ist es dann erstaunlich, daß er – vielleicht sogar gegen sein Gewissen – die Fahne nach dem Wind zu hängen versucht ist?

Darum muß die Windrichtung verändert werden. Ein gewisses Maß an Egoismus hat sich für den Wiederaufbau unseres Gemeinwesens aus der Kriegs- und Nachkriegsmisere als starker Antrieb bewährt; jeder wußte damals: Wenn ich die Ärmel aufkremple und mich ganz einbringe, geht es mir und meinen Kindern und dann auch meinen Nachbarn besser. Heute aber erweist sich dieser Egoismus zur Erhaltung unserer Stabilität als lebensbedrohend. Kann hier wirklich nur ein gewaltiger Druck von außen (Katastrophe!) oder von oben (Diktatur!) helfen? Aber wer wollte uns das wünschen?

Der bessere Weg kann nicht organisiert oder befohlen, sondern nur durch eine breite Bewußtseinsbildung eröffnet werden: es geht um ein freiwilliges Umdenken auf der Grundlage christlicher Verantwortung und abendländischer Verpflichtung. Diesen freiheitlichen Rechtsstaat gilt es zu erhalten und nicht durch Eigennutz zu sabotieren. Unsere bewährte soziale Absicherung der Schwächeren gilt es sinnvoll weiterzuentwickeln, von Auswüchsen zu befreien und im Bewußtsein der ganzen Gesellschaft als unaufgebbares Erbe einer schweren Vergangenheit zu verankern.

Dazu müssen wir Zeichen setzen, die ansteckend wirken. Denn wenn die Veränderung unseres Denkens zur Stärkung der eigenen Verantwortung und zum Schutz der Schwächeren nicht von der Basis her eine Bewegung auslöst, werden die Politiker auch morgen keinen Mut haben, dieser Solidargemeinschaft Einschränkungen und Verzichte zuzumuten und jeden einzelnen bei seiner Ehre zu packen. Das aber ist eine Voraussetzung für das Gelingen sozialer Gerechtigkeit in Freiheit, daß nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Nichtbetroffenen zum Erfolg beitragen.

Es ist nie zu spät, an die Ehre des Menschen zu appellieren, wenn der Ruf vom eigenen Beispiel her glaubwürdig ist.

Studienbriefe »Diakonische Gemeinde«

Was bedeutet es für eine Kirchengemeinde, wenn sie sich von den Menschen mit ihren persönlichen Schicksalen und sozialen Bedingungen herausfordern läßt? Mit der Studienbriefreihe D (= Diakonie) möchte die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste den Kirchenvorständen und Mitarbeitergruppen Hilfe zur Klärung grundsätzlicher Fragen wie für die Praxis geben. Folgende Themen werden behandelt:

Diakonische Gemeinde (D 1), Behinderte Gemeindeglieder (D 2), Hilfe für Straffällige (D 3), Ausländer in der Gemeinde (D 4), Alte Menschen in der Gemeinde (D 5), Kranke in der Gemeinde (D 6), Suchtgefährdete in der Gemeinde (D 7).

Die Studienbriefe sind zu beziehen (Staffelpreise ab 25 Stück) bei der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Mitte Fünfzig, und schon keine Zukunft mehr?

Eine Beschreibung des sozialen Netzes am Einzelfall

Albert Schulz hat immer gearbeitet. Er ist 52 Jahre alt. Sein Leben war hart. Er hat Schicht und Akkord gemacht. Jahrelang hat er zu schwer geschuftet. Als er zusammenbrach, ein Arztbesuch nicht zu umgehen war, wurde er krankgeschrieben. Er fand nicht mehr die richtigen Worte, als sein Chef ihn fragte, wann er wohl wieder gesund sein werde. Die Firma war nicht sehr groß. Die meisten Menschen in der Bundesrepublik arbeiten in Klein- und Mittelbetrieben. Wenn er nicht weiß, wann er wieder arbeiten kann, dann sei sein Platz nicht länger freizuhalten, wurde ihm bedeutet.

Er war ein halbes Jahr lang krank. Dann wurde er entlassen. Er konnte sich nicht vorstellen, anderswo anzufangen. Wer sollte ihn, den Alten, den Verbrauchten, denn nehmen?

Einmal sagte er es seinem Arzt. Der nickte, murmelte was von Rente. Albert Schulz dachte, jetzt wird der Doktor das mit der Rente in Ordnung bringen. Als er mehr als ein Jahr krank war, sagte der Mann am Schalter der Krankenkasse, er müsse nun endlich einen Rentenantrag stellen. Das sei so Vorschrift, wenn man lange krank ist. Albert Schulz verstand alles nicht. Aber er tat wie er sollte.

Ein Mann, Anfang 50, von viel Arbeit verschlissen, ist nicht automatisch ein Rentenfall. Die Kassen der Versicherungsanstalten sind leer. Jeder Frührentner bringt Gefahr für die mühsame Rentenbalance. Albert Schulz wurde zur Kur geschickt. Zum ersten Mal in seinem Leben. Es gab neue Tabletten, die Behandlungen hießen jetzt Anwendungen. Er ahnte nicht, daß vom Schluß-

wort des Arztes die Entscheidung über seinen Rentenantrag abhing. Als die Rente abgelehnt war, sagte er entsetzt: »Aber dieser Arzt hat mich doch nur einmal gesehen!«

Ein neues Wort tauchte auf: Aussteuerung. Das Ende des Krankengeldbezuges drohte. Bisher war es finanziell einigermaßen so weitergegangen wie früher, als er arbeitete. Was sollte geschehen, wenn es kein Krankengeld mehr gab?

Ein Freund sagte: »Dann mußt Du zum Arbeitsamt und Dir Stempelgeld holen. Das ist nicht viel, aber damit kommst Du wenigstens über die Runden.« – Der Mann im Arbeitsamt sagte ihm, daß man gesund sein muß, wenn man von dort Geld haben will.

Albert Schulz war der Verzweiflung nahe. In wenigen Tagen zahlte die Krankenkasse das letzte Krankengeld. Sein Gesundheitszustand war miserabel. Was sollte aus ihm und seiner Frau werden? Bei der Krankenkasse hatte man ihm geraten, etwas gegen die Rentenablehnung zu unternehmen. Er hatte getan, was man ihm gesagt hatte. Jetzt hörte er, daß es bis zur Entscheidung über die Rente ein Jahr oder länger dauern könne.

Das soziale Netz in der Bundesrepublik ist eng geknüpft, sagen die Politiker. Es mußte Hilfe geben. »Ja«, sagte der Mann in der Krankenkasse, »Sie müssen zum Sozialamt gehen. Bis über Ihre Rente endgültig entschieden ist, bekommen Sie dort ohne weiteres einen Vorschuß.« Zur Fürsorge! Dorthin geht ein anständiger Mensch nicht. Nie.

Es kostete viele gute Worte, Albert Schulz begreiflich zu machen, daß er einen Rechts-

anspruch hat, daß er sich nicht zu schämen braucht, daß er gehen muß. Er schämte sich trotzdem und war verzweifelt. Nach seinem ersten Gang zur Fürsorge, dachte er daran, Schluß zu machen. Neben wem er da gesessen hatte! Wer da neben ihm gestanden hatte! Was die da geredet hatten! Er wurde nicht schlecht behandelt. Aber er erfuhr, daß ihm zusammen mit seiner Frau ungefähr 500 DM im Monat zustehen. Und die Miete. Nicht die Heizkosten. Wenn's soweit sei, würde es wohl einen Zuschuß geben. Auf Antrag.

Albert Schulz ging nach Hause. Er war nicht allein. Er hatte eine Frau, einen Menschen für den er verantwortlich war. Vielleicht hielt ihn das vom Selbstmord ab. Doch selbst dann, wenn der Arzt ihm helfen könnte, wer würde noch wagen, ihn zu beschäftigen? Er kannte die Arbeitswelt. Er hatte keinen Mut mehr, sich ihr zu stellen. Ihm machte auch niemand mehr Mut.

Aus einem Bürger, der immer gearbeitet hat, nie auffiel, stets seine Pflichten erfüllte, war ein Mensch geworden, der zur Fürsorge mußte. Albert Schulz konnte sich nicht erklären, wie es geschehen war. Es war ihm widerfahren.

Er ist krank, aber er bekommt keine Rente. Er ist alt, obwohl er erst Mitte 50 ist. Er ist tief innen verzweifelt und traut niemandem mehr. Er fällt nicht auf. Ihm liegt es nicht, zu schreiben, Gerichte zu beschäftigen, seinen Abgeordneten einzuschalten. Er ist einer von uns.

Albert Schulz gibt es viele tausend Male unter uns.

Brigitte Babbe

Termine

Manchmal bin ich zufällig dabei, wenn ein paar bedeutende Herren geistlichen Standes einen Termin für ein Arbeitstreffen absprechen wollen. Mit schöner Regelmäßigkeit wiederholt sich dann die gleiche Szene. Die Herren ziehen ihre Terminkalender. »Wie wär's mit dem 7. Oktober?« – »Konferenz in Bremen«, sagt der erste seufzend. »Ausschüttung in München«, der zweite achselzuckend. Der dritte gar befindet sich am 7. Oktober auf einer Studienreise in Afrika. »Wie wär's mit dem 11. Oktober?« »Synode«, sagt der erste. »Studientagung in Rummelsberg«, der zweite. Der dritte muß am

11. Oktober ein Referat in Hofgeismar halten.

Am 15., dem nächsten Terminvorschlag, hält der erste bedeutende Herr ein Referat vor deutschsprachigen Gemeinden in New York, der zweite ist auf einer Tagung in Frankfurt, der dritte muß zur Dekansrunde.

Diese Terminvergleiche gehen immer mit viel Seufzen und Bedauern, daß man sich so gar nicht einigen kann, vor sich. Und doch habe ich den Verdacht, daß man diesen bedeutenden Herren, geistlichen Standes, nichts Schlimmeres antun könnte, als einen leeren Terminkalender. Geradezu nackt würden sie sich vorkommen. Sie wären, hätten sie am 7., 11. und am 15. Zeit, Herren ohne Bedeutung. Da würde etwas nicht stimmen mit ihrer Karriere, da wäre was faul.

Wichtige Herren haben Termine, je wichtiger um so mehr.

Manchmal habe ich den respektlosen Wunsch, einem dieser bedeutenden Herren seinen Terminkalender zu stehlen, alles rot durchzustreichen und zum Beispiel für den 7. Oktober hinzuschreiben: »Dies ist der erste Tag vom Rest Deines Lebens.« Oder für den 11. Oktober: »Mach Dir ein paar schöne Stunden, geh ins Kino oder lies 'nen Krimi.« Und für den 15.: »Überrasche Deine Frau, indem Du um sechs nach Hause kommst, wie ein kleiner Angestellter.«

Ich selbst, nebenbei gesagt, hätte sowohl am 7. als auch am 11. und 15. Zeit. Aber wahrscheinlich spricht aus mir nur der blanke Neid einer Frau ohne Bedeutung.

Maria Rosenkranz

Sozialleistungen sind keine Konsumgüter

Ehrenamtliche können »Barfußärzte« der Sozialarbeit sein

Die staatliche Sparmaßnahmen verändern vor allem die sozialpolitische Landschaft und zwingen auch zur Besinnung auf neue (alte?) Möglichkeiten praktischer Diakonie. Im Gespräch mit Fritz-Joachim Steinmeyer, dem als Direktor im Diakonischen Werk kürzlich vom Diakonischen Rat die Aufgaben des Vizepräsidenten der Hauptgeschäftsstelle übertragen wurden, wollte »diakonie-report« wissen, wie leicht das Umdenken möglich sein kann.

Frage: Herr Steinmeyer, stehen uns sieben magere Jahre bevor, die allerdings reiche Jahre werden könnten, indem wir manche Ansprüche zurücknehmen und auf ein Normalmaß zurückschrauben?

Antwort: Ich gehöre nicht zu denen, die jetzt ein wenig Panik machen und sagen: nun wird alles ganz anders; demnächst werden wir wieder nur noch zu Fuß gehen oder aus zerbeulten Kochtöpfen essen. Wir werden sicherlich Einschränkungen hinnehmen können. Vielleicht werden wir in den nächsten Jahren, in denen wir auf den gewohnten wirtschaftlichen Zuwachs verzichten müssen, uns wieder etwas mehr besinnen auf einen Zuwachs im geistig-geistlichen Bereich, der uns vom Materiellen her versperrt worden ist. Wir sind ja soweit gekommen, daß immer mehr immaterielle Bedürfnisse kommerziell befriedigt werden.

Frage: Meinen Sie damit auch die Freizeitgestaltung, zum Beispiel den Urlaub?

Antwort: Auch. Nehmen Sie die Freizeit- und Urlaubsangebote, nehmen Sie meinetwegen auch manche kommerziellen Angebote – von der Tiefkühltruhe bis zum Video-Recorder: mach' diese Reise oder kauf' Dir das Gerät und Du bist glücklich oder führst eine zufriedene Ehe, oder Du hast glückliche Kinder. Hier wird doch schlicht die Menschheit belogen.

Frage: Lösung sozialer Bedürfnisse oder Fragen durch Konsum? Wollten Sie diese Fehlentwicklung übertragen wissen auf das Sozialbewußtsein in unserer Gesellschaft?

Antwort: Ich glaube, daß wir in der Nachkriegszeit auch Ansprüche gezüchtet haben. Man konnte immer mehr Konsumgüter kaufen, und zunehmend, so scheint es mir, wurden auch soziale Leistungen in diese Kategorie aufgenommen. Man wollte eine immer bessere Versorgung mit Sozialleistungen wie den immer besseren Kaffee oder das immer bessere Auto konsumieren. Das Argument: Ich zahle ja meine Beiträge zur Rentenversicherung, zur Unfallversicherung, zur Krankenversicherung. Also muß ich zusehen, daß ich hier die Gegenleistung herausbekomme, in Form von sehr

differenzierten medizinischen Untersuchungen beispielsweise, in Form von Kuren ... Hier ist natürlich zu fragen, wie weit unsere Mediziner, auch unsere Krankenhäuser, das ihre beigetragen haben, indem sie, solange es die Kassen und der Markt hergaben, eben mit teuren Heilmethoden, teuren Medikamenten oder Laborleistungen arbeiteten. Heute wissen wir, daß es viele Medikamente mit gleicher Wirkung gibt. Nur im Preise liegen sie stark auseinander.

Frage: Es sind also Grundsätze einer Solidargemeinschaft dem Konsumverhalten der Beteiligten zum Opfer gefallen?

Antwort: Das denke ich in der Tat, ja.

Frage: Aber hat der Staat – länderweise oder bundesweit – nicht das seinige dazu getan, Ansprüche des Bürgers zu wecken?

Antwort: Ja, denn wir haben immer wieder Wahlen. Und nichts eignete sich in den Wahlkämpfen in der Vergangenheit so gut, um Eindruck zu machen, wie der Hinweis, daß diese oder jene Partei dafür ist, die eine oder andere soziale Leistung für den Bürger durchzusetzen. Und oft genug wurden diese Ansprüche ja auch gesetzlich verbürgt. Wenn dem Bürger lange genug gesagt wird: wir leben in einem Wohlfahrtsstaat, bei uns braucht keiner zu hungern, zu frieren, keiner braucht krank zu sein, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Bürger das wörtlich nimmt und zusieht, daß er diese Leistungen auch in Anspruch nehmen kann.

Frage: Gut, keiner soll hungern und frieren, soweit sind wir uns ja einig. Auch soll keiner mit Grippe zur Arbeit gehen müssen, um womöglich zehn andere damit anzustecken. Aber ging mit dieser Forderung des sozialen Standards in unserem Land nicht auch eine Qualifikationsspirale einher, die immer teuerere Mitarbeiter hervorbrachte?

Antwort: Das stimmt, aber ich bin unschlüssig, ob wir uns im sozialen Bereich absetzen können von der allgemeinen Entwicklung in einer modernen Industriegesellschaft, in der immer differenziertere Produkte angeboten werden. Man braucht

immer differenziertere Fachleute. Auf dem Energiesektor braucht man völlig neue Berufe. Ähnlich ist es in der Medizin und in den Sozialwissenschaften. In beiden Bereichen geht es um den Menschen und seine Grenzen, und beide haben eine Menge Erkenntnisse über diese Grenzen gesammelt. Deshalb haben wir heute – entsprechend den Leiden – viele spezialisierte Berufe. Ich bin nicht glücklich, wenn auf einen Menschen zehn verschiedene Spezialisten losgelassen werden.

Frage: Dagegen ist im Prinzip ja nichts zu sagen. Aber nochmals die Frage: Läuft das nicht allzu sehr ins Geld?

Antwort: Natürlich läuft das ins Geld. Denn jeder, der sich spezialisiert hat, erwartet, daß er nun mehr verdient als vorher. Denn die Spezialisierung bedeutet ja auch einen beruflichen Aufstieg. Aber: Es geht, so schlau scheinen wir jetzt zu sein, dennoch auf Kosten der Menschen, denen diese differenzierten Hilfen dienen sollen. Denn dabei wird der Mensch in seiner Ganzheit und in seiner Persönlichkeit sehr leicht aus dem Auge verloren. Und deswegen geschieht in der Sozialarbeit, auch in der Ausbildung von Sozialarbeitern, wieder eine Rückbesinnung darauf, daß man sich um die Ganzheitlichkeit des Menschen zu kümmern hat.

Frage: In der medizinischen Versorgung etlicher Entwicklungsländer spielt der »Barfußarzt« eine tragende Rolle. Brauchen wir in Zukunft auf sozialem Gebiet – in übertragenem Sinn – »Barfußärzte«?

Antwort: Ja, das läßt sich schon übertragen. Wir brauchen Mitarbeiter, die den »Klienten« in seiner Ganzheit sehen, als eine Persönlichkeit mit Defiziten, aber auch mit Stärken. Nicht immer nur mit Defiziten, wie wir es uns in den letzten Jahren etwas angewöhnt haben. Der Mensch, mit dem es der Sozialarbeiter oder der Sozialpädagoge zu tun hat, hat Angehörige, vielleicht eine Familie, Freundschaften, einen Beruf, Kollegen. Und er hat übrigens auch eine Seele.

Frage: Müssen soziale »Barfußärzte« immer Profis sein? Kann nicht die Gemeinde wieder zum sozialen »Tatort« werden? Wird es einen Trend zurück zu einer stärkeren Gemeindediakonie geben?

Antwort: Dafür wäre ich in der Tat. Sie wissen, wie stark wir uns von unserem Hause aus darum bemühen. Aber Sie wissen auch, wie schwer es ist, in unserer eigenen Ge-

Gesetzliche Regelungen für ehrenamtliche Mitarbeit – Paßt das zusammen?

meinde, in unserer eigenen Freundschaft deutlich zu machen, was Diakonie ist.

Frage: Setzt eine Stärkung der Gemeindediakonie nicht eine Aktivierung der Gemeinde voraus und ließe auf die Gewinnung von Ehrenamtlichen hinaus?

Antwort: Ich tue mich ein bißchen schwer mit dem Begriff ehrenamtlich. Früher wurden Ehrenämter vom Fürsten verliehen, und meistens bekam man noch viel Geld dafür. Ist es eine Ehre, in der Gemeinde bestimmte Dinge für andere zu tun? Ich stoße mich natürlich auch an der Verbindung von Ehre und Amt. Ich würde gerne von dieser Begrifflichkeit wegkommen, aber ich weiß auch nichts besseres.

Frage: Lassen wir's doch dabei. Wie stellen Sie sich den »idealen Ehrenamtlichen« in einer Gemeinde vor?

Antwort: Er hat einen Blick für Dinge, die würdig sind, daß man sie tut. Dazu nimmt er sich Zeit. Und er hat das bißchen Traute, die dazu gehört, um auf den anderen zuzugehen und zu sagen: Hören Sie mal oder hör' Du mal, kann ich helfen?

Frage: Und das geht ganz ohne Pfarrer?

Antwort: Ich kann mir vorstellen, daß vieles auch ohne Pfarrer geht, denn die Protestanten sind doch mündig. Dennoch meine ich, daß der Pfarrer eine wichtige Funktion hat. Ich sehe den Pfarrer als einen Lehrer der Gemeinde, und zwar vom Evangelium her. Er sollte Glaubenshilfen geben. Er sollte bereit sein für Seelsorge an denjenigen, die sich vielleicht in ihrer ehrenamtlichen Arbeit schwer tun. Zum Pfarrer sollte man hingehen können und sagen: Ich habe mit einem Menschen Schwierigkeiten in der Seelsorge; können Sie mir von der Bibel her dazu ein Wort sagen; können Sie mir raten, wie ich mich mit diesem Menschen unterhalten soll, wie ich zu ihm reden soll?

Frage: Ehrenamtliche in der Gemeinde auch aus Einsparungsgründen?

Antwort: Nein, absolut nicht. Natürlich ist jetzt die Versuchung groß, zu überlegen: wir haben weniger Geld in der Kasse, jetzt wollen wir mal die Professionellen einschränken und sie ersetzen durch die Ehrenamtlichen. Das würde ich als eine sehr schlechte Personalpolitik ansehen. Wir sollten froh sein über die Ehrenamtlichen, die wir haben, denn wir brauchen sicherlich auch Ehrenamtliche wiederum als Ratgeber für die sogenannten Ehrenamtlichen.

Sie müssen einen Professionellen haben, der gelernt, studiert und praktiziert hat, wie man in ganz bestimmten, vielleicht besonders verfahrenen Situationen – wenn es sich zum Beispiel um Drogenabhängigkeit handelt – wie man sinnvoll mit dem Abhängigen umgeht, welche Hilfsmaßnahmen man anbieten kann, welche Hilfswege man mit diesem Menschen abspricht.

Frage: Sie sprechen damit auch die Selbsthilfegruppen der Alkoholabhängigen an, die in aller Stille einen Menschen auffangen, der aus der Rehabilitation in die Gemeinde zurückkommt und die dafür sorgen wollen, daß er dort nicht untergeht oder diskriminiert wird. Und diesen Ehrenamtlichen sollten Fachleute bei Bedarf ehrenamtlich zur Verfügung stehen?

Antwort: Ja. Wir haben auch im eigenen Bereich sogenannte Suchtkrankentherapeuten ausgebildet, die über Fachkenntnisse und Erfahrungen verfügen. Diese Mitchristen wohnen ja in unseren Gemeinden und wären ansprechbar, auch dann, wenn sie nicht hauptberuflich im Dienst dieser Gemeinden stehen, sondern im kommunalen Bereich tätig sind. Aber sie sind ansprechbar als Mitchristen in der Gemeinde.

Frage: Und das sollte dann ohne Bürokratie vor sich gehen?

Antwort: Was mich bekümmert ist, daß wir die Ehrenamtlichkeit ja auch schon reglementiert haben. Beispielsweise unsere freiwilligen sozialen Helfer im Diakonischen Jahr.

Frage: Sind das Ehrenamtliche?

Antwort: Für mich sind das junge Leute, die einen Teil ihres Lebens drangeben und sich mal in einem freiwilligen sozialen Jahr erproben wollen. Aber was gibt das für Schwierigkeiten. Man muß einen Träger haben für diese freiwilligen sozialen Dienste; man muß das Gesetz einhalten über die freiwilligen sozialen Dienste, wo dann drinsteht, daß da eine bestimmte Vergütung zu zahlen ist, daß für Versicherung zu sorgen ist. Und genau so ist es. Ich habe jetzt in einer Zeitung gelesen, daß Ehrenamtliche gesucht werden, die bei der Wohlfahrtspflege mitarbeiten können. Und dabei wird die Gegenleistung genannt: Versicherungsschutz, und pro Stunde kriegt man auch noch was. Wenn man das auch noch organisiert, dieses Ehrenamtliche, dann fürchte ich, werden wir von dem Ziel abkommen, Menschen dafür zu gewinnen, schlicht für andere da zu sein, die es nötig haben. Dann

geht es uns so, wie bei der Mutterschutzgesetzgebung. Wir wissen, daß die Mutterschutzgesetzgebung oft gegen die schwangeren Frauen ausfällt, weil sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder gar keinen Arbeitsplatz bekommen. Ich kann mir vorstellen, daß wir es – auf anderen Gebieten – einfach riskieren müssen, enge Schranken von Gesetzen oder Verordnungen bis an den Rand auszunutzen, gegebenenfalls auch mutig zu überschreiten, wenn es darum geht, sinnvoll zu helfen.

Frage: Sie erwarten also von einem Ehrenamtlichen, daß er nicht alle Gesetze kennen will?

Antwort: Wenn's ein Jugendlicher ist, würde ich ihn wahrscheinlich darauf aufmerksam machen, daß es ein Jugendarbeitsschutzgesetz gibt und was da drin steht. Aber ich würde mit ihm völlig übereinstimmen, wenn er für einen alten und behinderten Menschen sorgt und feststellt, das mit dem Gesetz klappt nicht.

Frage: Der andere hat Vorfahrt?

Antwort: Der andere hat Vorfahrt. Ich weiß es ja auch aus dem pädagogischen Bereich, daß Erzieher sagen: was soll diese enge Arbeitszeitregelung? Sie läßt mich unbefriedigt in meinem pädagogischen Auftrag, wenn ich mich stur an sämtliche Vorschriften halte, die der Gesetzgeber für das Geschäft der Erziehung parat hat.

Frage: Nach 1948 wurde begonnen, ein soziales Netz zu knüpfen. Und der Gesetzgeber war sehr fleißig. Über was stolpert man nun, über das Netz oder über die Paragraphen?

Antwort: Über beides. Ich glaube, damals haben sicherlich auch aufgrund der ökonomischen Situation alle gemeinsam zugepackt und haben sich gegenseitig ganz elementar geholfen, ohne nach irgend einem Lohn zu fragen, sondern ganz einfach das getan, was nötig war. Und ich glaube, daß unsere Wohlstandsentwicklung uns hier den Weg versperrt hat, ganz unbefangen Nöte zu erkennen und sie mit den Möglichkeiten, die jeder einzelne von uns hat, im kleinsten anzugehen. Der Pastor Bach in Volmarstein hat das Büchlein »Millimetergeschichten« geschrieben, in dem er beschreibt, daß man an vielen Stellen ganz kleine Schritte machen kann und machen muß, damit wir wieder menschlich miteinander leben können.

Das Gespräch mit Fritz-Joachim Steinmeyer führte Hans-Joachim Hofmann.

Ethik: Euthanasie durch die Hintertür?

Fortschritte in der vorgeburtlichen Diagnostik fordern die Theologie heraus

Die pränatale Diagnostik, der vorgeburtlichen Erkennung von Krankheiten, ist eine medizinisch-technische Methode zur Entdeckung von Schädigungen des Fötus. Von derzeit etwa 2000 erkannten genetischen Krankheiten sind etwa 150 pränatal feststellbar.

Gehen wir einmal davon aus, daß das Kind von den Eltern grundsätzlich akzeptiert oder auch gewollt wird. Nun aber erfahren sie durch die vorgeburtliche Diagnostik, daß sie ein Kind erwarten, das aus genetischen Gründen körperlich oder geistig behindert ist. Sie werden vor die Entscheidung gestellt, entweder die Schwangerschaft abbrechen zu lassen – oder das mit dem Schicksal ihres Kindes verbundene Leid und die Belastungen anzunehmen. Ein Abbruch ist nach dem Gesetz »bei nachgewiesener oder vermuteter Krankheit des Kindes« möglich. Das Gesetz hebt dabei auf die Zulässigkeit der Mutter ab. Aber: Erst in der 19. bis 22. Schwangerschaftswoche wird ein Abbruch auf Grund der genetischen Indikation vorgenommen.

Nach der übereinstimmenden Meinung der Humangenetiker kommen in den hochzivilisierten Ländern gegenwärtig vier bis fünf Prozent aller Neugeborenen mit einem erheblichen genetischen Schaden zur Welt. Bei der gegenwärtigen Geburtenrate errechnen sich für die Bundesrepublik Deutschland damit 24 000 bis 30 000 Kinder pro Jahr.

Seit den 30er Jahren versuchte man, diagnostische Hinweise durch Untersuchungen des Fruchtwassers zu gewinnen. 1968 gelang erstmalig die Darstellung eines krankhaft veränderten kindlichen Chromosomensatzes. In den letzten 20 Jahren sind weitere Techniken der Diagnostik entwickelt worden: Fetskopie, die Röntgendiagnostik, oder die Amnozentese, bei der etwa um die 16. Schwangerschaftswoche Fruchtwasser entnommen und untersucht wird. Das Risiko eines Kindstodes liegt bei der pränatalen Diagnostik bei 0,5 bis 1%, nach einer englischen Studie bei 2,6%. Die Fehlerquote liegt bei etwa 10%. Von 158 feststellbaren Anomalien wurden nach einer englischen Studie 143 pränatal diagnostiziert, 15 dagegen erst bei der Geburt. Fünf Fälle waren falsch positiv, das heißt, entgegen dem Untersuchungsergebnis wurde ein gesundes Kind geboren.

Nun gibt es auch bei uns die genetische Beratung. Was ist darunter zu verstehen?

Einer »Bekanntmachung« des wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekam-

mer zufolge definiert sich »genetische Beratung« als eine »ärztliche Hilfe im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung«. Es geht bei ihr um die Prüfung, »ob sich ein überdurchschnittliches Erkrankungsrisiko (für Erbkrankheiten) für die Kinder von Ratsuchenden erkennen läßt«, so im Deutschen Ärzteblatt Nr. 77/1980. Das Ziel der genetischen Beratung ist nicht nur die Bekanntgabe einer Wahrscheinlichkeitsziffer für die Geburt eines erbkranken Kindes, sondern auch die Befähigung zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Entscheidung. Dies geschieht unter anderem durch Mitteilung:

- der Diagnose, der Art und Prognose der zur Debatte stehenden Erkrankung,
- des Vererbungsweges und der Vererbungswahrscheinlichkeit der Krankheit,
- einer möglichen (oder nicht möglichen) prä- oder postnatalen Behandlung der Erkrankung,
- der Möglichkeit, eine Schwangerschaft mit einem erbkranken Fötus nach Sicherung der Diagnose vorzeitig zu beenden.

Üblicherweise werden in der Medizin diagnostische Verfahren angewandt, um auf Grund der Diagnose kranke Menschen zu therapiieren. In unserem Fall aber wird die Krankheit nicht therapiert, sondern es wird im Falle des Schwangerschaftsabbruchs getötet. Somit ist die ethische Problematik offenkundig:

Eine aktive Euthanasie im postnatalen Bereich gilt als illegitim und wird gesellschaftlich geächtet; für den pränatalen Bereich aber gilt sie als legitim. Die sich daran anschließende Frage ergibt sich fast zwangsläufig, ob nämlich die rechtfertigenden Gründe für die Abtreibung eines genetisch erkrankten Kindes nicht zugleich die Tötung von versehrten Säuglingen rechtfertigen. Auf diese logische Konsequenz macht der amerikanische Ethiker Fletcher aufmerksam, der deshalb auch für die Tötung von mißgebildeten Kindern eintritt. Der Amerikaner Leach geht sogar soweit, daß er sich dafür ausspricht, Säuglingen erst einige Zeit nach der Geburt den Rechtstitel »Mensch« zuzusprechen, damit genügend Zeit bleibt, ihren Zustand darauf zu testen, ob sie das Prädikat »lebenswert« verdienen.

Wer sich nach einer pränatalen Diagnostik für einen Abbruch bei »nachgewiesener oder vermuteter Krankheit des Kindes« entscheidet, muß sich danach fragen lassen, welches die Selektionsmerkmale sind, die sein Handeln bestimmen. Schließlich kön-

te dann auch eines Tages die Lebenserwartung zum Selektionskriterium werden. Besteht eine genetische Indikation, wenn das diagnostizierte Leiden voraussichtlich erst im dritten oder vierten Lebensjahrzehnt ausbricht?

Mit der strafrechtlichen Zulässigkeit der genetischen Indikation der Schwangerschaftsunterbrechung sind »Erbkrankheiten« als eine besondere Gruppe von Erkrankungen herausgehoben worden, die einen Verstoß gegen das Lebensrecht des ungeborenen Lebens rechtfertigen. Der erforderliche Schweregrad der Erkrankung ist bisher nicht definiert und auch unter den Ärzten völlig offen. Es ist damit zu rechnen, auch wenn unter Medizinern im Augenblick noch keine Einigkeit besteht, daß sich allmählich ein Katalog von Erb- und Fötalerkrankungen herausbildet, die man als Indikationen für einen Abbruch zugrundelegt, wobei dann die Gefahr besteht, daß das, was heute als tragbar erachtet wird, schon morgen vielleicht für untragbar gehalten wird.

Ebenso bedenklich wie alarmierend ist es, wenn bei der genetischen Beratung eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt wird. Als 1978 die Förderung der genetischen Beratungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft auslief und sich die Frage der Anschlußfinanzierung stellte, wurde beim 81. Deutschen Ärztetag ein solcher Vergleich angestellt: Bei 8 900 Fällen gelang in 172 Fällen die pränatale Diagnose eines bestimmten Syndroms. Bei Zugrundelegen von jährlichen Betreuungskosten von 148 000 DM pro Kind mit Trisomie 21 (Mongolismus) ergab sich eine Einsparung von 25,46 Millionen DM. Diesem Betrag standen 8,81 Millionen DM an Kosten gegenüber, sodaß sich ein finanzieller Nutzen von 16,4 Millionen DM ergab.

Offene Fragen, die von Pfarrer Peter Schlaich, Anstaltsleiter von Stetten, formuliert wurden: »Wenn sich die Tendenz in der öffentlichen Meinung verstärken sollte, daß es besser ist, die Schwangerschaft von Kindern, die voraussichtlich mit einer Behinderung zur Welt kommen werden, zu unterbrechen und das Leben von Schwerbehinderten unter bestimmten Bedingungen nicht mit allen Mitteln zu erhalten, welche Konsequenzen ergeben sich dann? Wird denjenigen Eltern, die ihr behindertes Kind dennoch annehmen wollen, diese positive Haltung verübt werden? Wie kann in einer solchen Gesellschaft die Notwendigkeit begründet werden, die Behindertenhilfe zu finanzieren?«

Gerhard Röckle

SOS aus Amsterdam

Rettungsstation für Gefährdete finanziell am Ende?

Wir – eine Gruppe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus der Straffälligenhilfe – sind in der Prinsengracht 148 in Amsterdam mit zwei Mitarbeitern des Deutschen Hilfsvereins im Gespräch. Ganz in der Nähe liegt das Anne-Frank-Haus.

Der Deutsche Hilfsverein mit seinen vier hauptamtlichen Mitarbeitern, mit Honorarkräften und freiwilligen Helfern, ist Anlaufstelle für alle deutschsprachigen Menschen – Kinder, Jugendliche und Erwachsene –, die es nach Amsterdam verschlagen hat.

Wir sind erschrocken, unter welch primitiven Umständen – unter anderem in Kellerräumen, die enge »Zellen« sind – unsere Kollegen in Amsterdam ihre schwierige Beratungs- und Hilfsarbeit tun müssen. Sind es 1000, 2000 oder mehr deutschsprachige Jungen und Mädchen, die ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in Amsterdam irgendwo hausen, vegetieren, ohne Hoffnung der Ungewißheit entgegentorkeln? Eine Statistik darüber gibt es nicht. Man kann nur ahnen. Jedenfalls erfahren wir, daß täglich etwa 35 Menschen um (»erste« oder »letzte«) Hilfe vorsprechen. Auf Wunsch erfolgt die Beratung anonym.

Was sind das für Menschen, die zum Deutschen Hilfsverein kommen?: Ausreißer (Kinder und Jugendliche); Drogenabhängige; Menschen auf der Flucht vor strafrechtlicher oder sonstiger Verfolgung; Prostituierte; Kinder und Jugendliche, die in Amsterdam ein Stück Himmel suchten und die Vorstufe zur Hölle erleben; manchmal auch solche, die nur einen Rat wollen.

Wie arbeiten die Kollegen und freiwilligen Helfer?

- Wer anonym bleiben will, dem können sie bei einer Tasse Tee natürlich nur Rat erteilen; es wird versucht, mit ihm Lösungen zu erarbeiten, um seine Lage zu verändern; wer am Verhungern ist, bekommt Lebensmittelgutscheine.
- In der kleinen Teestube gibt es auch Gruppengespräche, in denen einer dem anderen hilfreiche Erfahrungen vermitteln kann.
- Wer seine Anonymität »abwirft«, sich zu erkennen gibt, für den kann mehr getan werden. Man kann mit den Eltern oder Geschwistern in Deutschland, in Österreich oder in der Schweiz sprechen. Man kann sich auf Wunsch mit Rechtsanwälten, Richtern, Staatsanwälten, dem Ju-

gendamt oder Freunden in Deutschland in Verbindung setzen. Man kann Rechtsberatung vermitteln oder/und medizinische Beratung in die Wege leiten. Manchmal gelingt es auch, vorübergehend ein Notquartier zu besorgen.

- Eine enge Zusammenarbeit besteht mit dem deutschen Konsulat, mit dem niederländischen Bewährungshilfeverein, zu niederländischen Richtern und Staatsanwälten, zum Amsterdamer Gesundheitsamt, zu Pfarrern in Amsterdam ...
- Mitarbeiter gehen in die ProstituiertenSzene, um zu raten; sie arbeiten draußen in der Stadt in der Drogenszene; sie vermitteln, soweit gewünscht und möglich, Therapieangebote; sie gehen in die Gefängnisse, um Beistand in der Einsamkeit zu geben.

Wir fragen »natürlich« nach dem Erfolg der Arbeit. Unser Gesprächspartner sagt: Ich denke, wenn es unter hundert nur einer wäre, dann lohnt unser ganzer Einsatz. Die Selbstverständlichkeit, mit der er das sagt, trifft uns. Und: Wie finanziert Ihr Euch? Er antwortet uns:

Von Bonn, den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe, dem Deutschen Bundeshilfswerk für Straffälligenhilfe e. V. erhalten wir etwa 103000 Gulden. Von den niederländischen Kirchen (den beiden evangelischen und der katholischen Kirche) rund 75000. Vom Diakonischen Werk der EKD (Stuttgart) bekommen wir 44000 Gulden; an sonstigen Einnahmen (z. B. über die niederländische Justiz) rechnen wir mit 11000 Gulden. Das macht zusammen 233000 Gulden, umgerechnet etwa 210000 DM.

Der Kollege fügt – im Nebensatz nur – hinzu: aber die Geldmittel der öffentlichen Träger aus Deutschland sollen für 1983 gekürzt werden. Das bedeutet, daß wir ab 1983 unsere Arbeit einstellen müssen!

Wir sind erschrocken! Hier arbeiten junge Menschen in einem Zentrum menschlicher Not, das immer auch »Endstation« für viele deutsche Kinder, Jugendliche und Erwachsene sein kann. Sie tun ihre Arbeit in der Stille, sie tun dies schon jetzt und seit Jahren unter minimalem Mittelaufwand: 210000 DM im Jahr. Davon müssen gezahlt werden: Vier »Gehälter«, Honorare, Raummieter, Sachkosten, Lebensmittel, Fahrtkosten, Telefongespräche ...

Diese Arbeit darf nicht kaputtgehen! Wenn Zuschüsse gestrichen werden, dann muß

sich jeder von uns persönlich fragen: Was kann ich mir finanziell zumuten, um zu helfen? Wer sagt, daß es nicht auch unsere Kinder oder Geschwister sein könnten, die einmal in Amsterdam vor der Tür zur Prinsengracht 148 stehen? Jeder, der die praktische Hilfe für den Nächsten in äußerster existentieller Not ernst nimmt, ist aufgerufen, schnell und wirksam zu helfen. Über das Diakonische Werk (Postscheckkonto Stuttgart 34470701) oder über den Deutschen Hilfsverein (Postscheckkonto Köln 141441-507).

Als wir das Haus um die Mittagszeit verlassen, warten vor der Tür schon die ersten Kinder und Jugendlichen, die an diesem Freitag auf Hilfe angewiesen sind. Mein Blick geht hinüber zum Anne-Frank-Haus. Ich weiß, es sind andere Zeiten, und sehr andere Probleme, die in jenem Haus geschahen und in der Prinsengracht jetzt passieren. Aber eins bleibt wohl: Diesmal darf die Hilfe aus Deutschland nicht zu spät kommen.

Manfred Priepe

Die Sucht in der Bundesrepublik, statistisch gesehen

In einem Bericht der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren über die Tätigkeit von 218 ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen, die mehrheitlich der Diakonie und der Caritas angehören, spiegelt sich die derzeitige Situation auf dem Gebiet der Suchterkrankungen sehr realistisch wieder.

Insgesamt wurden 1980 rund 34.300 Personen betreut. Etwa 80 Prozent der Klienten waren abhängig, 40 Prozent betrieben mißbräuchlichen Konsum oder hatten sonstige Probleme. Mit 53 Prozent hatte der Alkohol bei den Abhängigen eine führende Rolle; abhängig von Opiaten waren 12 Prozent, sechs Prozent hatten Probleme mit Medikamenten. Bei der Altersverteilung zeigt sich ein Schwerpunkt in der Altersgruppe zwischen 20 und 49 Jahren mit fast 80 Prozent aller Klienten. Aber schon 10 Prozent sind jünger als 20 Jahre, 164 von ihnen Kinder unter 15 Jahren.

Ganz anders sieht die Altersstruktur bei Abhängigen von illegalen Drogen aus: 80 Prozent der Klienten sind in der Altersgruppe der 20 bis 29jährigen zu finden; der Anteil der Frauen übersteigt in den jüngeren Altersgruppen den der Männer. 60 Prozent der männlichen Klienten sind abhängig von Alkohol, dagegen »nur« 42 Prozent der Frauen.

Familienhilfe: Mutter auf Zeit

Angebot der Diakonie: die Familienpflegerin

Sie sind keine Haushaltshilfen – nur bei den Krankenkassen werden sie unter dieser Rubrik verrechnet. Sie sind auch keine Putzfrauen auf Zeit und Rezept – mit solchen Irrtümern räumen sie rasch auf. Familienpflegerinnen sind (meist junge) Frauen, die für Kinder und Haushalt sorgen, wenn mal die Mutter ausfällt.

Ich habe Familienpflegerinnen besucht und mit ihren Betreuerinnen gesprochen – mit Gemeindeschwester Ilse Bardeck in Gauting, einer gesund strukturierten, recht wohlhabenden Bürgergemeinde im Süden Münchens, und mit Krankenschwester Charlotte Ross im Hasenbergl, einer Hochhausvorstadt mit vielen sozialen Problemen in Münchens Norden. Ich habe auch mit Vätern, Kindern und Großmüttern über die Familienpflegerinnen gesprochen. Fazit: Der deutschen Familie geht es nicht gut, aber diese jungen Frauen, die sich so mutig in das Gestüpp von Emotionen und schmutzigen Tellern stürzen und dabei heiter bleiben, leisten eine großartige Arbeit.

Aber der Reihe nach: Seit ein paar Jahren können Familien oder Alleinerziehende mit Kindern unter acht Jahren oder behinderten Kindern eine ausgebildete Familienpflegerin anfordern, wenn die Mutter krank wird und sonst niemand ihre Aufgaben übernehmen kann. »Die Weiterführung des Haushalts ist unser Interesse,« sagt die Ortskrankenkasse München. Nach § 185 b der Reichsversicherungsordnung zahlt sie für diese freiwillige Leistung wie die Ersatzkassen und anderen Krankenkassen pro Stunde 13,20 DM, höchstens aber 126 DM pro Tag an die vermittelnden Stellen. Das sind vor allem die Kirchengemeinden und andere karitative Organisationen, bei denen die Familienpflegerinnen meist für etwa 1800 DM brutto monatlich angestellt sind. Wenn sie länger als acht Stunden im Haus gebraucht werden, gibt es Möglichkeiten des finanziellen Ausgleichs durch Sozialamt, Stadt, Staat oder natürlich die Kirche.

Frauen springen für Frauen ein

Wie aber wird man Familienpflegerin? Durch eine zweijährige Schulausbildung, die auf einer abgeschlossenen Berufsausbildung aufbauen sollte. Die »Jobs« sind relativ krisensicher, aber aufreibend und für gebundene Frauen kaum denkbar. Denn so selten wie bei allen Müttern ist auch bei ihnen im Familieneinsatz der Achtstundentag wirklich durchzusetzen. Wenn der Familienvater spät von der Arbeit kommt und niemand in

der Zwischenzeit die kleinen Kinder hüten kann, dann bringt es keine Familienpflegerin übers Herz, das Haus pünktlich zu verlassen, um sich mit ihrem Freund zu treffen.

Ein Beruf also, in dem Frauen für Frauen einspringen, indem sie häufig unter Verzicht auf die eigene Familie anderen Familien das gemeinschaftliche und praktische Überleben erleichtern oder gar erst sichern. Dennoch machen manche Mütter unsinnigerweise den Familienpflegerinnen schon im voraus das Leben schwer – durch eifersüchtiges Einwirken auf die Kinder oder durch übertriebene Sorge. Manche Mütter wünschen sich gar, daß vor allem Teppichboden und Gummibaum in hervorragendem Zustand sind, wenn sie nach Hause zurückkehren. Doch vielen anderen geht es (glücklicherweise) mehr um das Wohlbefinden ihrer Kinder...

Wenn Kinder überfüttert oder verwöhnt sind...

Der Familienpflege geht es vor allem darum, die Kinder trotz der Abwesenheit ihrer Mutter gesund und munter zu halten: in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung, bei Vater, Geschwistern und Klassen- oder Kindergartenfreunden. Da ist es logisch, daß man Wert auf möglichst umfassende Absprache mit der Hausfrau legt.

Und möglichst sollten die Kontakte nach der Rückkehr der Mutter nicht abrupt abbrechen, meint man in Gauting, aber nicht im Hasenbergl. Die Leiterin der dortigen Sozialstation lehnt Kontakte nach dem Pflegeeinsatz kategorisch ab, denn ihre jungen Mitarbeiterinnen würden sowieso schon überfordert. »Sie werden von den Leuten aufgefressen«, wenn sie nicht ganz klar einen Strich ziehen können. Interessante Unterschiede kann man bei den Hasenbergl-Bewohnern beobachten: Arbeiterfamilien bemühen sich höchst selten um eine Familienpflegerin; ob das nun mit Schwellenangst zu tun hat oder mit der Tatsache, daß man gerade in den Familien des Arbeitermilieus den Nachwuchs besonders liebevoll versorgt und durch engeren Familienzusammenhalt leichter eine Ersatzmutter in Tanten oder Schwestern findet, sei dahingestellt.

Größere Probleme schaffen zwei andere Gruppen von Kindern und Jugendlichen. Die einen stehen am Rande der Kriminalität, die anderen sind mit Konsumgütern überfüttert und finden nicht mehr zu selbstständigem Spiel oder Nachdenken. Oft sind es Kinder Alleinerziehender, oft auch Kin-

der von Eltern, die sich daran gewöhnt haben, ihre ständigen Ehequerelen in Fernsehprogramm und Alkohol zu ertränken. Hier finden die Familienpflegerinnen auch im Organisatorischen eine dankbare Aufgabe: sie können rationellere Formen von Haushaltführung vorbereiten und über Möglichkeiten von Therapie und sozialer Hilfe aufklären.

Oft sind Männer lernfähiger als sie annehmen

Aber meist sind es gar nicht die verdreckte Wohnung oder die verlotterte Garderobe, sondern »der, erbarmungswürdige Zustand von Menschen, vor allem von Kindern«, der den ganzen Einsatz fordert – und das ist in Gauting keineswegs anders als im Hasenbergl. Ganz desolate Familien rufen keine Hilfe – diese Erkenntnis macht das Gesamtbild sogar noch schwärzer.

Manchmal wird von der Familienpflegerin auch ein unmißverständliches »Nein« erwartet. Und das ist besonders den Haushaltvorständen gegenüber eine erforderliche Qualität. Dabei geht es weniger darum, daß die Männer meinen, Familienpflegerinnen seien auch zur Pflege ganz spezifischer »Ehefrauenpflichten« ins Haus gekommen. Vielmehr sind Ehemänner auch heute noch so verwöhnt und umsorgt wie zu Zeiten des Feudalismus. Aber wenn den Männern erst mal klar ist, daß sie ihre Schuhe auch selber putzen können und, daß die Familienpflegerin nicht rund um die Uhr zu Diensten sein kann, dann beginnen sie oft darüber nachzudenken, ob sie nicht auch ihre Frau überfordert haben. Und rasch stellt sich das delegierte oder bisher unbekannte Gefühl der Verantwortlichkeit für die Kinder ein.

Die meisten Väter nehmen Rücksicht auf die Familienpflegerinnen; sie kommen möglichst früh von der Arbeit nach Hause, kümmern sich abends und an den Wochenenden immer besser und sicherer um ihre Kinder, lernen Einkaufen und Haushaltspflege. Durch solche männliche Selbsterfahrung wird mancher labilen, angeschlagenen Frau, mancher zerrütteten Ehe doch wieder etwas Halt gegeben, meinen alle.

Noch etwas fiel mir auf. Meine Gesprächspartnerinnen meinten übereinstimmend, ihr Beruf sei nur »etwas für Frauen«. Männer hätten Schwierigkeiten mit der Bewältigung von Wäsche, Haushalt und mit der Anpassung. Und deshalb gibt es keine Familienpfleger. Dies scheint mir das einzige Vorurteil des Berufsstandes zu sein.

Sibylle Storkebaum

Nachrichten über Hilfeprogramme

sowie über Vorschläge, Flüchtlingen gerecht zu werden

Libanon: Hilfeprogramme der Diakonie

Als Antwort auf einen Aufruf des Weltkirchenrates an seine Mitgliedskirchen hat das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche erneut eine Million DM für Hilfsmaßnahmen im Libanon zur Verfügung gestellt. Wie eine Anfang Juli aus dem Krisengebiet zurückgekehrte Delegation des Weltkirchenrates berichtet, muß sich in den nächsten zwölf Monaten auf Grund der bis jetzt eingetretenen massiven Kriegsschäden und -verluste jede Unterstützung auf Nothilfemaßnahmen beschränken, bevor Wiederaufbau und Rehabilitation in Erwägung gezogen werden können. Der für diesen Zweck veranschlagte Gesamtbetrag beläuft sich zunächst auf 7,5 Millionen DM. Mit dem bisher vom Diakonischen Werk aus Mitteln der Aktion »Brot für die Welt« zur Verfügung gestellten Betrag von 700 000 DM konnten vor allem Erste-Hilfe-

Kliniken, Krankenstationen und Hospitäler mit medizinischen Einrichtungsgegenständen, wie Operationstischen, Anästhesie-Material und Blutbanken ausgestattet werden. Ein Teil der Mittel wurde zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung verwandt sowie zum Kauf und Transport von Lebensmitteln. Zahlreiche Einheimische und Freiwillige helfen bei der Verteilung von Paketen mit proteinhaltigen Nahrungsmitteln an Flüchtlingsfamilien. Die Hilfsmaßnahmen der Kirchen und anderer privater Gruppen werden seit Beginn der Kämpfe vom Kirchenrat für Nahost koordiniert. Das Diakonische Werk und der Deutsche Caritasverband bitten unter dem Stichwort Libanon um Spenden über folgende Konten: Diakonisches Werk, PSA Stuttgart 502-707 und Deutscher Caritasverband, PSA Karlsruhe 202.

»Brot für die Welt« Schwerpunkt Mittelamerika

Über die Verwendung von 23,3 Millionen DM Spenden hat der Verteilungsausschuß der Aktion »Brot für die Welt« am 24. Juni in Stuttgart entschieden. Mit 7,5 Millionen DM geht der größte Anteil der zur Verfügung stehenden Mittel nach Lateinamerika. Rund zwei Millionen DM bewilligte der Ausschuß für Flüchtlinge in verschiedenen mittelamerikanischen Staaten, deren Situation von immer größerer Unsicherheit gekennzeichnet ist. So finden in Guatemala zahlreiche Massaker unter der indianischen Landbevölkerung statt, die große Bevölkerungsgruppen zur Flucht innerhalb des Landes oder nach Mexiko veranlassen. Da ihnen dort die staatliche Anerkennung als Flüchtlinge versagt bleibt, ist es nur der massiven Intervention der Kirchen zu verdanken, daß Massenauslieferungen an Gu-

atemala künftig unterbleiben. Auch Honduras beantwortet den starken Zustrom von Flüchtlingen aus El Salvador mit Verhaftungen, Verschleppungen und Repressalien. Kirchen und kirchliche Gruppen leisten, wo immer möglich, humanitäre Nothilfe. Dabei steht die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten sowie mit Trinkwasser im Vordergrund. Andere Maßnahmen sollen die Selbstversorgung anregen, wie etwa die Anlage von Gemüsegärten oder die Vergabe von Saatgut. Fast eine Million DM stellte der Ausschuß für Projekte in Brasilien zur Verfügung, deren Ziel ist es, Landarbeiter und Kleinbauern zu unterstützen. Z. B. veranstaltet die Ev.-Luth. Kirche von Brasilien unter dem Motto »Gottes Erde – Land für alle« Ausbildungsseminare für Landarbeiter.

Empfehlungen für Rückkehr von Flüchtlingen

Menschen, die ihre Heimatländer verlassen, weil sie dort unter wirtschaftlicher Not, Hunger und Armut leiden, sollten in der Bundesrepublik und in der internationalen Völkergemeinschaft einen besonderen Rechtsstatus erhalten, »der ihnen ein menschenwürdiges Leben gewährleistet und die weitere Lebensplanung ermöglicht«. Dies wird von einer Expertengruppe gefordert, die auf Einladung des Diakonischen Werkes der EKD zusammenkam und deren »Empfehlungen« für »Hilfen bei der freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimatländer (Reintegration)« jetzt in Stuttgart veröffentlicht wurden. »Menschen, die in ihrer Heimat verhungern würden, dürfen nicht ohne gezielte Hilfen zurückgewiesen werden«, heißt es in dem Papier. Vorrang müßten bei den Reintegrationshilfen humanitäre und nicht wirtschaftliche Aspekte haben.

Die Expertengruppe spricht sich dafür aus, »in wohlbegündeten Fällen Hilfen zum Aufbau der wirtschaftlichen Existenz freiwillig Rückwanderner oder Weiterwandernder unter Berücksichtigung entwicklungspolitischer und humanitärer Aspekte« zu leisten. Dies sollte möglich sein, »ohne eine befürchtete Sogwirkung auf die Bevölkerungsschichten in wirtschaftlich unterentwickelten Regionen der Welt zu erzeugen«.

Die Vorschläge der Experten, die sich in Bundes- und Länderbehörden sowie in nichtstaatlichen Einrichtungen mit Flüchtlingsproblemen befassen, betreffen Menschen, die in der Regel nicht als Flüchtlinge anerkannt werden und außerhalb der Verantwortung des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO stehen. Dies sind Menschen, die aus Gebieten mit bewaffneten Konflikten oder Naturkatastrophen flüchten, weil dort – oft als Folge von politischem Terror, von Bürgerkrie-

gen, Kriegen oder internationalem Spannungen – lange Jahre Hunger, Elend und Not herrschen. Betroffen seien aber auch solche, »die durch Schlepper oder Organisationen zur Sanierung bestimmter Wirtschaftszweige in Industrieländer eingeschleust wurden«. Die Experten verweisen darauf, daß Flüchtlingsströme eine »natürliche Konsequenz« von Menschenrechtsverletzungen seien und warnen davor, daß die Eindämmung solcher Ströme ohne vorausgegangene Maßnahmen zur Behebung ihrer Ursachen weitere schwere Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen können.

Die Bundesregierung wird in dem Expertenpapier aufgefordert, »auch in Zukunft zur Fortentwicklung des Internationalen Flüchtlingsrechts beizutragen« und die Programme zur Reintegration der Flüchtlinge zu intensivieren. Einschränkungen der angelaufenen Arbeit in den Modell-Zentren der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege könnten »schwerwiegende Konsequenzen« haben und sogar zu ihrer Einstellung führen. In der Erklärung wird zugleich angeregt, die in Nordrhein-Westfalen begonnenen Rückkehrskurse für Flüchtlinge in anderen Bundesländern bzw. Organisationen zu übernehmen.

Nicaragua: Wirbelsturm

Mit rund 90 000 Mark beteiligt sich das Diakonische Werk der EKD an den Hilfsmaßnahmen für die Opfer der durch einen Wirbelsturm ausgelösten Überschwemmungskatastrophe in Nicaragua. Damit wird einem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf gefolgt. Bei der Katastrophe sind 60 000 Menschen vor allem auf dem Land und in den städtischen Vororten obdachlos geworden, über 100 Menschen fanden den Tod.

Weitere Nachrichten

über Vorgänge mit diakonischem Hintergrund

Kurorte wollen mehr Kirche erleben

Empfehlungen über die Zusammenarbeit der Verwaltungen der 255 Kurorte und Heilbäder in der Bundesrepublik mit den christlichen Kirchen werden im Herbst dieses Jahres veröffentlicht. Die Initiative zu einer solchen erweiterten Kooperation ging im März 1981 vom Deutschen Bäderverband aus. Die gemeinsamen Empfehlungen sprengen den üblichen Rahmen der Kurseelsorge und weisen darauf hin, daß das kirchliche Angebot neben den klassischen kirchlichen Handlungsfeldern wie Gottesdienst und Seelsorge auch solche gesellige und kreative Angebote innerhalb des Kurprogramms enthalten sollte, die von den Kurverwaltungen nicht geleistet werden können. Damit wird den Kirchen überraschend ein neues Arbeitsfeld eröffnet, das sich rasch zu einem Schwerpunkt volksmissionarischer Arbeit entwickeln kann.

Einkaufen nur Dienstags erlaubt

In Schwanewede (Kr. Osterholz) leben zur Zeit 42 Ausländer aus drei Erdteilen von der Sozialhilfe. Etwa die Hälfte hat Unterkunft in Wohnungen von Siedlungsbaugesellschaften oder der Gemeindeverwaltung gefunden. Die andere Hälfte lebt in Baracken, die vor zwölf Jahren gebaut wurden, um in Notfällen für kurze Zeit ein Obdach zu bieten. Jeden Dienstagvormittag bekommen sie ihre Sozialhilfe in Form von Lebensmittelgutscheinen im Wert von 70 DM ausgehändigt. Nur an diesem Tag dürfen sie in einem von vier Läden in Schwanewede den Vorrat für eine Woche einkaufen.

Diese Männer, Frauen und Kinder aus Afghanistan, Polen, Nigeria und der Türkei sind Asylbewerber. Ein Bundesgesetz regelt, daß sie während der ersten

Eine rote Rose von Sokrates

Nicht immer nur entsagungs- und kummervoll ist der Dienst der Bahnhofsmission. Manchmal geht's dort auch heiter zu. Wie neulich auf dem Münchner Hauptbahnhof.

Da erschien bei der Leiterin der evangelischen Bahnhofsmission ein Bilderbuch-Bayer aus dem Oberland und katholisch dazu. Mit Bauch, Lederhose und Gamsbart am Hut kam er ins Büro. In der rechten Hand hatte er eine Hundeleine. Ohne Hund: »Ist Sokrates bei Ihnen?« Nein, er war es nicht. In der U-Bahn habe er ihn verloren.

Die Mitarbeiterin der Bahnhofsmission durchstreifte sofort die Schalterhalle. Bei den Bierständen fragte sie nach Sokrates, und Reisende und Passanten sprach sie an. Nichts. Im ganzen S- und U-Bahnbereich und bei den Fernzügen - null. Schließlich ließ sie den Hund per Lautsprecher ausrufen. Vergeblich. Offenbar hatte sich Sokrates auf der Suche nach Selbstverwirklichung selbstständig gemacht.

Blieb als letztes das Polizeirevier. Als die BM-Helferin zusammen mit dem hundlosen Altbayern die Tür des Reviers öffnete, erscholl lautes, freudiges Gebell. Herrchen drückte Sokrates an seinen Bierbauch und murmelte nur immer wieder: »So an Weibsuid, na, so an Weibsuid!«

Nach einer halben Stunde etwa kam er wieder. Den Hund bei Fuß. Im Namen von Sokrates überreichte er der Dame der Bahnhofsmission eine rote Rose, und im eigenen Namen - zwei Flaschen Bier. Dann verließ er das Büro endgültig. Beim Hinausgehen flüsterte er noch einmal vor sich hin: »Na, so an Weibsuid!«

Die Leiterin der Münchner evangelischen Bahnhofsmission freute sich: »Haben Sie schon mal von einem Hund eine langstielige Rose bekommen?«

Jürgen Marder

zwei Jahre ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik nicht arbeiten dürfen. Zum Nichtstun verurteilt, meist ohne Deutschkenntnisse, in einem völlig fremden Kulturbereich, besteht schnell die Gefahr der Vereinsamung und Isolation.

Jugendliche und Erwachsene der evangelisch-lutherischen St. Johannes-Gemeinde und der katholischen St. Ansgar-Kirchengemeinde in Schwanewede haben diese Gefahr erkannt und sich zu einer ökumenischen Initiative für Asylbewerber zusammengefunden. Der Gruppe geht es in erster Linie darum, die momentane Situation der Asylannten zu erleichtern, sie soweit wie möglich aus ihrer Isolation herauszuholen und Kontakte zur

Schwaneweder Bevölkerung zu knüpfen.

Seit Ende Oktober letzten Jahres können die Asylbewerber freitags von 18.30 Uhr bis 19.30 Uhr im evangelischen Gemeindehaus kostenlos Deutsch lernen. Auch ist es inzwischen gelungen, einige Barackenwohnungen gemütlicher einzurichten. Außerdem verhandelten Vertreter der Initiativgruppe mit der Gemeindeverwaltung des Ortes, um die Einkaufssituation zu verbessern. Die finanziellen Mittel des Ökumenischen Kreises beschränken sich auf Kollekten der Gemeinden und private Spenden, wovon beispielsweise die Deutschbücher gekauft wurden.

»Mutti, wer ist Gott?«

Die Elternzeitschrift »Leben & Erziehen« bat ihre Leser, an einer Artikel-Reihe über religiöse Erziehung mitzuarbeiten. Die Reaktion der Leser übertraf alle Erwartungen der Redaktion. Es stellte sich heraus: die Eltern fühlen sich von den Fragen ihrer Kinder häufig überfordert. Der Pressedienst »familie« berichtet darüber:

»Wie sieht Gott Vater aus? Warum hat Jesus kein Foto von ihm mitgebracht?«. Viele Eltern gestehen, daß sie auf derartige Fragen keine schlüssigen Antworten finden. »Es fällt mir oft schwer, auf die Fragen zu antworten, weil ich selber auf der Suche nach einer klareren Vorstellung von Gott bin.« - »Ich war enttäuscht über mich, meiner Tochter nicht besser geholfen zu haben.«

Eine Mutter wagte den Vergleich: »Stell dir Gott vor wie den besten und gütigsten Vater, z. B. wie unseren Papa.« Ihre Tochter freilich erwiederte etwas nachdenklich: »Nein . . . ich kann mir nicht vorstellen, daß der liebe Gott manchmal so rumpelig ist wie Paps.« Darauf konnte die Mutter nur noch sagen: »Ja, das ist eben der Unterschied.«

Die allererste Voraussetzung für den Glauben hat scheinbar nichts mit Gott zu tun: Die Eltern wenden sich ihren Kindern zu, haben für sie Zeit, lieben sie, Kinder müssen erst die Liebe ihrer Eltern erleben, bevor sie ihnen glauben können, daß Gott sie liebt. Damit wird auch klar, daß die Eltern für die Kinder »Stellvertreter Gottes« sind. Die kleinen Kinder leben in der Obhut ihrer Eltern und sind damit zufrieden. Später aber werden sie von den Eltern auf Gott schließen. Wenn sie dann in der Lage sind, zu sprechen und zu fragen, haben sie bereits mehr von Gott erfahren, als ihnen durch Worte erklärt werden könnte.

Das geistliche Wort

Zwei Besinnungen

Nächstenliebe geschieht durch Dienen

»Dienen will doch keiner mehr! Jede Arbeit ist ihren Lohn wert, jedes Tun hat seinen Preis!« Solche Worte sind oft zu hören gegen die Inanspruchnahme unbezahlter Arbeitsleistungen. Das Wort »Dienen« ist auch in Mißkredit gekommen durch Erfahrungen in Diktaturen, wo ständig, oft unter Druck, freiwilliges Dienen gefordert und auch zu fragwürdigem Tun mißbraucht wurde und wird. Trotzdem: ohne »Dienen« geht es nicht. Nächstenliebe geschieht durch Dienen, und wo Nächstenliebe erstickt, weil niemand mehr dienen will, da ist kein menschenwürdiges Leben mehr.

»Leben ist Arbeit« galt lange Zeit als Grundsatz, dem die meisten zustimmten. Manch einer ging völlig in seinem Beruf auf. Doch spätestens, seit durch Automation und Geldmangel viele Arbeitsplätze vernichtet werden, kann es nicht mehr heißen:

»Man lebt, um zu arbeiten!« sondern nur noch: »Man ist erwerbstätig, um so viel zu verdienen, daß man leben kann.«

Die Wochenarbeitszeit und die Lebensarbeitszeit sind zu verkürzen, ob wir das wollen oder nicht, damit die vorhandenen Arbeitsplätze unter mehr Menschen aufgeteilt werden können. Vor allem ist dafür Sorge zu tragen, daß für junge Menschen genug Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und sie ihren Lebensunterhalt verdienen können und die notwendige Erfahrung machen, daß sie gebraucht werden!

Aber wir müssen wohl für lange Zeit mit der Tatsache leben, daß viele arbeitsfähige Männer und Frauen – vor allem Ältere – keinen Arbeitsplatz finden. Mit dem vorzeitigen Rentnerdasein werden sich viele abfinden müssen. Andererseits fehlt es überall an Männern und Frauen, die bereit sind, wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft wahrzunehmen, – wenn der Lohn oder die Rente reicht, auch ehrenamtlich. Das sind Arbeiten im Interesse der Familien, der Nachbarschaftshilfe, des Umweltschutzes, Aufgaben für Freizeitangebote und Gemeindekreise, Aufgaben in Vereinen und im Sport, und

auch Schularbeitenbetreuung, insbesondere für ausländische Kinder, und noch vieles andere mehr. Ob man solches Helfen Engagement nennt oder Dienen, im Grunde ist es das gleiche. Wenn gefragt wird: »Wo und wie kann ich mich nützlich machen?« ist hier ein weites Feld an Möglichkeiten. Weil Tätigsein das Leben sinnvoll und zufrieden macht, solange man sich gesund genug fühlt, ist es Lebenshilfe, dazu eingeladen zu werden!

Allerdings, es gehört Hingabe dazu, Nächstenliebe. Jesus hat sich als »Mensch für andere« verstanden, als »Diener«. Er sagt von sich: »Des Menschen Sohn ist nicht gekommen, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zu einer Bezahlung für viele.« Seine Liebe hat ansteckende Kraft. Sein Leiden und Sterben aus Liebe für uns wirkt verändernd auf Menschen, die sich davon ergreifen lassen, so daß sie gerne »Diener« werden – Menschen für andere.

Karl Zeiss

Wenn Anfänger einem sagen, daß sie Anfänger sind

»Mann, fahr doch! Worauf wartest Du noch? Grüner wird's nicht!« So reden Autofahrer, so rede ich manchmal mit anderen Leuten am Steuer, die mir zu langsam sind. »Mädchen, wie wär's, wenn Du mal ein Zeichen geben würdest? Da kannst Du doch nicht links abbiegen! Die Schaltung ist rechts. Wo hast Du bloß deinen Führerschein gemacht!«

Solche einseitigen Zwiegespräche, die oft viel weniger freundlich klingen, als ich das eben angedeutet habe, – solche Ausrufe im Auto würden vielleicht eine Schattierung freundlicher, wenn ich am Heck des unmöglichen Wagens vor mir ein Schild mit dem Wort »Anfänger« entdecke. Allerdings: die Meinung über die Wirkung dieses Schildes ist geteilt. Eine Zeitung hat Antworten auf eine Umfrage veröffentlicht. Da sagen die Leute: »Das Schild hilft überhaupt nichts, im Gegenteil: es macht die Leute im Straßenverkehr nur noch aggressiver. »Die alten Hasen wollen immer die Stärkeren sein. »Man wird bloß blöd angesehen; keiner denkt daran, daß er selbst mal ein Anfänger war!« »Man ist nicht bereit, einen Langsameren oder Schwächeren zu akzeptieren, auch nicht beim Autofahren.« So lauteten die Antworten.

Wenn die Umfrage zu mir gekommen wären, hätte ich mich eindeutig für ein solches Anfänger-Schild ausgesprochen. Ich halte es für sinnvoll, wenn jemand, der eben seinen Führerschein gemacht hat und jetzt ins Gedränge und Gehetze unsrer Straßen losgelassen wird, – wenn ein Anfänger die anderen wissen läßt, daß er ein Anfänger ist. Das verlangt Mut: »Tut mit leid, Kumpels, aber ich, ich bin neu, ihr müßt mir schon eine Chance geben«; und es steckt natürlich auch eine winzige Hoffnung darin: die Hoffnung nämlich, die anderen könnten vielleicht doch Verständnis haben und einem mit Nachsicht begegnen. Die anderen könnten vielleicht doch dazu bereit sein, einzuräumen, daß ein Anfänger es schlicht noch nicht besser machen kann.

Hier beschäftigt mich nun eines. Auch Glauben muß man anfangen, einüben, lernen. Und auch auf diesem Gebiet zeigen wir oft nicht das geringste Verständnis. Einerseits möchte keiner da ein Anfänger sein. Es gibt Leute, die schwer darunter leiden, keine Glaubensriesen zu sein, als ob das von heute auf morgen ins Riesenhohe wachsen könnte!

Es gehört Mut dazu, zu sagen: »Es tut mir leid, aber ich bin neu auf diesem Gebiet.«

Und auf der anderen Seite stehen die alten Hasen, die den Neulingen im Glauben nicht das geringste Ungeschick erlauben. Wie es die ungeduldigen Huper auf der Straße tun, so schüchtern auch in der Kirche die alten Hasen die Anfänger manchmal so ein, daß sie ihren Glauben am liebsten in der Garage lassen und weiter zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren, und sich auf keinen Fall auf die Autobahn des Glaubens wagen, wenn da so hart gefahren wird. Warum sind Veranstaltungen wie der Kirchentag wohl so attraktiv für junge Leute und auch für ältere Anfänger im Glauben? Weil da auch noch andere sind, die keine Routine haben, und weil einem da gelegentliche Unsicherheiten und Ausrutscher eher verziehen werden als in der Petrus- oder Pauluskirche zu Hause?

Ich bitte Sie, daß Sie trotz alledem in Zukunft den Mut aufbringen, sich als Anfänger auszuweisen. Und zugleich bitte ich alle, die sich für erfahren halten, darum, anderen zuzugestehen, was sie selbst durchlaufen haben: eine Zeit des Lernens, der ersten Schritte und Erfahrungen. Wo wären wir alle, wenn wir nicht die Möglichkeit gehabt hätten oder noch hätten, uns so zu bewegen wie wir's eben können?

Ulrich Fick

Ehrenamtlich: 4500 in der Telefonseelsorge

Aus dem Jahresbericht 1981

der Evangelischen Konferenz für Telefonseelsorge

und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Telefonseelsorge und Offene Tür

Wir spüren in der Telefonseelsorge heute mit großer Deutlichkeit, wie eine depressive Stimmungslage die Menschen beherrscht, wie die Furcht vor Krieg und atomaren Katastrophen umgeht und wie sorgenvoll man die wirtschaftliche Entwicklung beobachtet. Vielleicht hat jenes Magazin recht, das die um sich greifende Angst als »deutsche Krankheit« bezeichnet hat. Diese Gemütslage spiegelt sich auch in zahllosen Schicksalen.

Was der Telefonseelsorge »ins Jahr gesagt« wird, zeigt an, daß das Gleichgewicht heute bei vielen Menschen gestört ist. Sie geraten leicht »aus der Balance«, und diese labile Gemütslage beeinträchtigt ihre psychische Verfassung tief und nachhaltig, schlägt sich in Kummer, Krisen und Konflikten nieder und läßt das Bedürfnis nach Hilfe und Heilung riesenhaft anwachsen. Die Ausweitung der Telefonseelsorge ist deshalb noch immer nicht abgeschlossen. Vielmehr sind im Berichtsjahr neue Stellen hinzugekommen, während an anderen Orten Interesse angemeldet oder schon vorbereitende Initiativen in Gang gekommen sind. Neu aufgenommen wurden: Bad Neuenahr-Ahrweiler, Fulda, Niederrhein und Soltau. Während Bad Neuenahr-Ahrweiler und Niederrhein auf ökumenischer Basis arbeiten, sind Fulda und Soltau in evangelischer Träger-

schaft. Als ökumenische Stelle fungiert jetzt auch Dortmund, nachdem die Katholische Kirche sich dort offiziell beteiligt. Noch eine andere Veränderung wurde aus Westfalen gemeldet: Die Stellen in Herford, Lübbecke und Minden haben sich zusammengeschlossen und bilden fortan eine Einheit mit Sitz in Bad Oeynhausen.

Entsprechend der Ausweitung der Telefonseelsorge und der erhöhten Anforderungen vor allem im Nachtdienst, hat sich die Zahl der Mitarbeiter weiter erhöht. Wie die Statistik ausweist, waren im Berichtsjahr 4919 Mitarbeiter in der Telefonseelsorge tätig (gegenüber 4401 im Vorjahr). Davon waren 4262 nur am Telefon eingesetzt, 401 in weiteren Aufgaben der Beratung und im Bereitschaftsdienst, 222 als Fachkräfte für Spezialaufgaben und 34 ausschließlich in der Verwaltung. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter belief sich auf 159, die der Nebenamtlichen bzw. Teilzeitbeschäftigen, auf 220, die der Ehrenamtlichen auf 4540, wobei der Anteil der Frauen (3275) den der Männer weit übersteigt (1265).

Obwohl im Berichtsjahr die Zahl der TS-Stellen nur geringfügig erweitert wurde, stieg die Anruffrequenz in steiler Kurve weiter an und erreichte mit ca. 680000 Anrufen, in denen rund 900000 unterschiedliche Anlie-

gen zur Sprache kamen, einen neuen Höhepunkt. Dabei hat sich das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Anrufern nur leicht verschoben (von 25,7 : 57,7 zu 24,6 : 51,1 %), während die Zahl der Anrufer, die keine Angaben gemacht haben, von 16,6 auf 24,3 % gestiegen ist. Fortgesetzt hat sich der Trend zur *Anonymität* (76,5 zu bisher 72,3 % aller Anrufer). Was die Altersstufung anbetrifft, so sind kaum Veränderungen zu verzeichnen. Die Altersstufen unter 45 Jahren haben weiterhin ein deutliches Übergewicht (44,3 gegenüber 45 %), während die Anrufer mit über 45 Jahren einen Anteil von 24,7 % aufweisen. Allerdings gab es bei 31 % keine Angaben zum Alter.

Fragt man nach den Motiven, die die Anrufer bewegen, so stehen die psychischen Erkrankungen (einschließlich Sucht und Suicid) mit 25 % an der Spitze (davon 6,9 % Suchtkrankheiten und 3,2 % Suicidfälle). Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine geringfügige Steigerung um 0,2%, aber sie bestätigt die Beobachtung, daß die psychogenen Störungen in der Gesellschaft insgesamt zugenommen haben.

Partnerschafts- und Eheprobleme, die früher einmal den Hauptanteil der Anrufe ausmachten, sind dadurch an die zweite Stelle gerückt und gegenüber dem Vorjahr noch weiter

zurückgegangen (17,2 zu 17,7%). Daß der langfristige Trend der Anrufermotivationen annähernd gleichgeblieben ist, zeigt sich auch im Blick auf jene Krisen, die sich aus bestimmten Lebenssituationen (wie Vereinsamung, Schicksalsschläge oder Arbeitslosigkeit) ergeben. Ihr statistischer Anteil ist mit 16,5 gegenüber 16,8 % im Vorjahr nicht wesentlich verändert. Dies gilt auch für die Familienprobleme (6,7 zu 6,9 %), die sozialen Anliegen (6,2 zu 6,3 %) und die religiös-weltanschaulichen Motive (3 zu 3,2 %).

Auffallend ist, daß die religiös-weltanschaulichen Motive einen ziemlich niedrigen Wert aufweisen. Doch werden in dieser Rubrik nur jene Anfragen registriert, die erkennbar religiös-weltanschaulichen Charakter tragen. Nicht erfaßt ist hingegen die große Zahl jener Anrufe, in denen das religiös-weltanschauliche Motiv untergründig oder hintergründig eine wesentliche Rolle spielt. Hier ist es vor allem die Sinnfrage, die zunehmend an Bedeutung gewinnt und als virulenter Faktor im Kontext persönlicher und sozialer Probleme bemerkbar wird. Damit erfährt zugleich die von Viktor E. Frankl aufgestellte These ihre Bestätigung, derzu folge Sinnverlust überhaupt die wesentliche Ursache neurotischer Entwicklungen ist und jene Verzweiflung am Leben erzeugt, die dann in Sucht und Suicid endet.

diakonie report 4/82

Zeitschrift des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, herausgegeben von der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart
Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 21 59-223
Telex dwd s 07 23 557
(Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)
ISSN 0342-1643

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Joachim Hofmann

Redaktionsbeirat: Günther Dehn, Nürnberg;
Herbert G. Hassold, Leonberg; Hans Kober,
Nürtingen

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Brigitte Babbe
Ulrich Fick (Stuttgart)
Erika Friese (Stuttgart)
Wolfhart Koeppen (Stuttgart)
Manfred Priepke (Stuttgart)
Gerhard Röckle (Stuttgart)
Maria Rosenkranz (München)
Theodor Schober (Stuttgart)
Fritz-Joachim Steinmeyer (Stuttgart)
Sibylle Storkebaum (München)
Karl Zeiss (Lang-Göns)

Umschlag-Gestaltung und Layout
Hans-Eduard Franke, Neuhausen a. d. F.

Hergestellt in der Arbeits- und Beschäftigungstherapie
der Grafischen Werkstätte
der Gustav Werner Stiftung
zum Bruderhaus Reutlingen
Fotosatz Keppler, Reutlingen

Verlag: Verlagswerk der Diakonie GmbH

Diemershaldenstraße 48, Postfach 476
7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 24 39 36

Auf Wunsch wird Ihnen diese Zeitschrift
kostenlos zugesandt. Bestellungen und
Anschriftenänderungen nur beim
Verlagswerk der Diakonie, Postfach 476,
7000 Stuttgart 1

Spendenkonto »diakonie report«:
Diakonisches Werk der EKD
Postscheckamt Stuttgart 344 70 701
(BLZ 600 100 70)
Landesgirokasse Stuttgart 2001 351
(BLZ 600 501 01)

diakonie report



Verlagswerk
der Diakonie GmbH
Diemershalden-
straße 48
7000 Stuttgart 1

Postvertriebsstück E 2431 F Gebühr bezahlt!

E2431FX

000236364/004

014

GOSSNERSCHE MISSIONS-GES.
HANDJERYSTR. 19-20

1000 BERLIN 41



Diakonie



caritas



Diakonie



caritas



Diakonie



caritas

Mit diesem Aufkleber-Trio machen Diakonie und Caritas gemeinsam darauf aufmerksam, daß die Zeit ein Gut ist, das man verschludern oder aber sinnvoll verwenden kann. Die von dem Schweizer Grafiker Celestino Piatti gestalteten Aufkleber können beim Verlagswerk der Diakonie (Postfach 476, 7000 Stuttgart 1) bezogen werden. Ein für jede Gemeinde oder Gruppe mit bedürftiger Kasse interessantes Angebot liegt bereit!



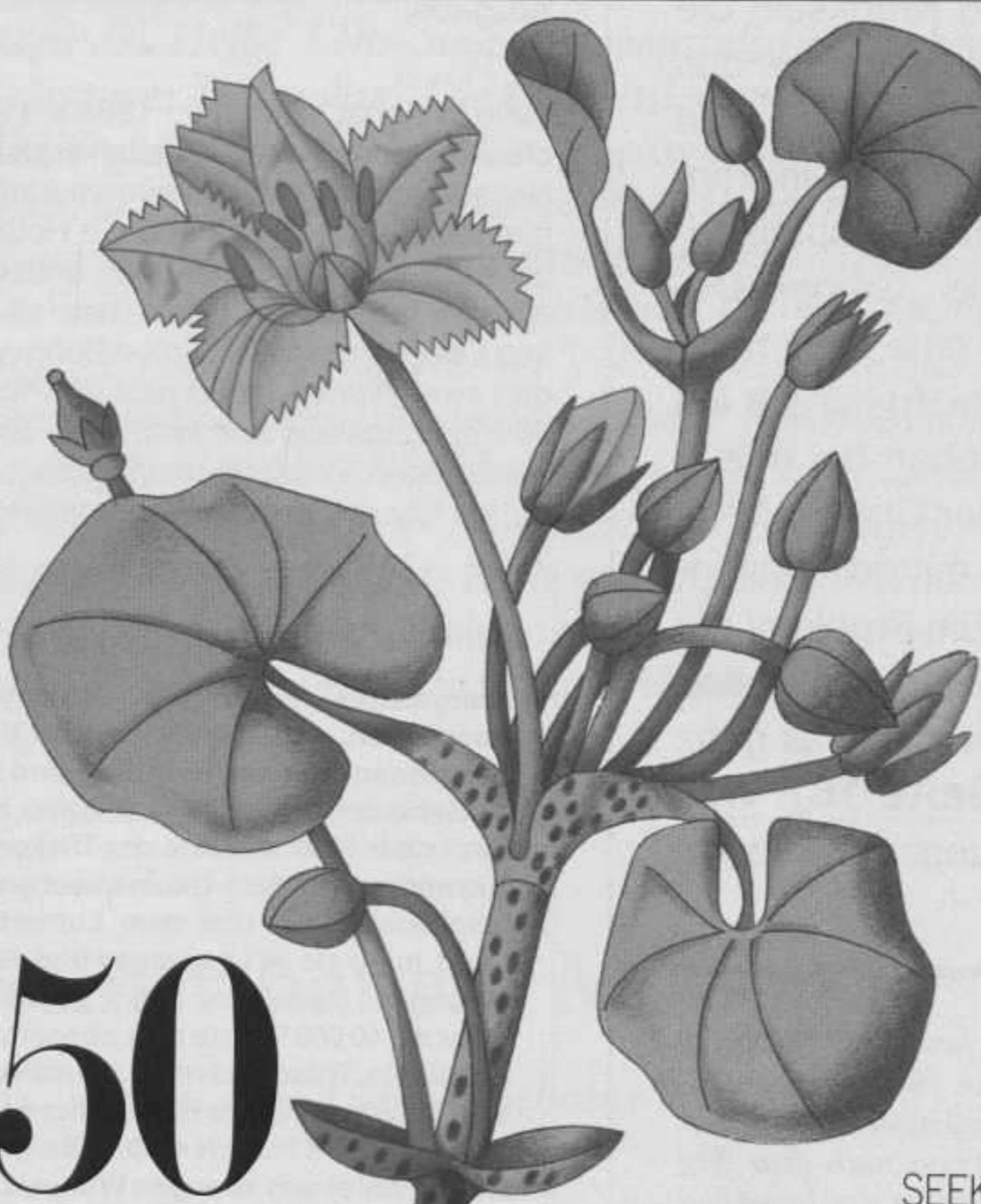
E 2431 FX

diakonie report 5

INFORMATIONEN AUS DEM
DIAKONISCHEN WERK
DER EVANGELISCHEN KIRCHE
IN DEUTSCHLAND

STUTTGART/OKTOBER 1981

Für die Schiffahrtshilfe
25 + 25 50



Deutsche Bundespost

SEEKANNE

DURCH DIE BLUME HELPEN

Evangelische Krankenhäuser -
wie billig
dürfen sie werden?
Bericht . Meinung
Interview

INHALT

Der blumige Umschlag dieser Ausgabe sollte nicht mißverstanden werden: Auf den folgenden 19 Seiten stellen wir keine diakonischen Sumpfblüten vor. Die gibt es nämlich nicht. Sondern: Wir möchten dazu anregen, wenigstens einmal pro Woche den dienstlichen Freistempler ruhen zu lassen und neue Wohlfahrtsmarken zu kleben. Auf diese Weise können die seltenen Moos- und Sumpfpflanzen zu diakonischen Heilkräutern werden! A propos Heilen: **Ab Seite 6** ist von Gesundheit und Kranksein die Rede, auch davon, welche wirtschaftlichen Freiräume das evangelische Krankenhaus braucht, um mehr als eine „Reparaturwerkstätte“ zu sein (**Seite 7 bis 10**). Im Hintergrund die Sorge: Man kann einander auch kaputtspannen. Bei derlei Überlegungen machen die „Grünen Damen“ Mut (**Seite 11**), die nicht etwa für eine bestimmte Partei tätig sind, sondern die oft vermißte Humanität ins Krankenhaus bringen. **Seite 12:** Wie stehen bei uns in Zukunft die Chancen für Studenten aus der Dritten Welt? Antwort: Gar nicht gut. Hat das am Ende mit der Ausländerfeindlichkeit (**Seiten 15/16**) zu tun? Ein Problem, mit dem sich auch die AG KED befaßt, über deren Tätigkeiten auf **Seite 13** berichtet wird. Schließlich noch etwas ganz anderes, zum Nachmachen empfohlen (**Seite 18**): Was passiert, wenn man die Bibel an Zeitungsredaktionen schickt?!

Es war in Bielefeld, im Monat Mai. Ein Mitarbeiter der Diakonie schickte sich an, weil ortsfremd, nach dem Weg zu den Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel

zu fragen. Er fand eine Parklücke und auch einen Jungen als potentielle Auskunftsperson. Doch ehe er auch nur die Frage nach dem Weg stellen konnte, legte der Junge los: „Sie fahren hier lang, dann rechts bis zur dritten Ampel, dann links, und schon sind Sie da.“ Ein wenig verblüfft fragte der Autofahrer, ob man ihm ansehe, wohin er wolle. Der Junge: „Klar, Sie haben doch auch so'n Kreuz mit Ohren am Auto kleben.“

(Übrigens: Das Kronenkreuz als Autoaufkleber schicken wir Ihnen gerne zu. Es paßt auch auf Schulmappen, Garagentore, Bürotüren ... Damit man sieht, woran man bei Ihnen ist.)



Seit 8. Oktober 1981: Neue Wohlfahrts-Briefmarken. Durch die Blume helfen ...

... kann jeder, der seine Post mit den neuen Wohlfahrtsmarken frankiert, die am 8. Oktober 1981 erschienen. Die Serie – vier Marken für das Bundesgebiet und vier für Berlin – zeigt bedrohte Wasser-, Moor- und Sumpfwiesenpflanzen (siehe auch Rückseite dieses Heftes). Es ist die 32. Wohlfahrtsmarken-Serie, deren Zuschläge für die Arbeit der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bestimmt sind. Welchen Anteil am Zuschlagserlös jeder Verband erhält, darüber entscheidet sein eigenes Vertriebsergebnis. 1980/81 sind über die Diakonie 31,1 Prozent der Marken verkauft worden; ebenso hoch ist der diakonische Anteil am Zuschlagkuchen. Wo besonders emsige Kleber am Werk sind und was mit dem Geld geschieht, darüber berichtet „diakonie report“ in der nächsten Ausgabe.

*

Die Weihnachtsmarken 1981 mit Zuschlägen für die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege, die ab 12. November an Postschaltern verkauft werden, zeigen die Geburt Christi und die Heiligen Drei Könige nach Hinterglasmalereien unbekannter Volkskünstler der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Oberösterreich und dem Böhmerwald. Es werden zwei Werte von 60 plus 30 Pfg sowie 40 und 20 Pfg aufgelegt. Aus Anlaß des 750. Todestages der Heiligen Elisabeth von Thüringen gibt die Post ab 12. November eine Sondermarke heraus.

Hilfe für Polen

Leergefegte Ladenregale, Schlangen vor den Geschäften. Jeder weiß von den Versorgungsengpässen in Polen. Betroffen sind vor allem Alte, Behinderte, Familien mit vielen Kindern. Seit Dezember 1980 schickte das Diakonische Werk, zusammen mit dem Ökumenischen Rat, seinen Mitgliedskirchen und dem Lutherischen Weltbund, mehr als 30 Lastwagen und vier Flugzeugladungen. Insgesamt 365,5 Tonnen. Das sind mehr als 40 000 Pakete mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Waschpulver, Babynahrung. Mehr als zwei Millionen hat die Hilfe bisher gekostet. Doch die HILFE FÜR POLEN muß weitergehen. Jetzt im Herbst vor einem strengen Winter. Zu Weihnachten. Rund fünf Millionen DM muß die ökumenische Gemeinschaft noch für weitere lebenswichtige Pakete aufbringen. Für die Schwestern und Brüder in Polen bittet das Diakonische Werk auch Sie: Unterstützen Sie die Aktion HILFE FÜR POLEN durch Fürbitte und Opfer.

Spenden werden sofort in praktische Hilfe umgesetzt: Konto-Nr. 502-707, Postscheckamt Stuttgart (BLZ 600 100 70).

Handzettel für Sammlungsaktionen und Kollektien können beim Diakonischen Werk der EKD, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1, abgerufen werden. Telefon (0711) 21 59-227.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Betriebsfremde Gewerkschaftsbeauftragte haben kein Recht, ungebeten in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen zu werben, zu informieren oder Mitglieder zu beraten. Aber: „Es bleibt dem gewerkschaftlich organisierten Betriebsangehörigen unbenommen, sich ... innerhalb des Betriebs, am gemeinsamen Arbeitsort, werbend und unterrichtend zu betätigen ...“ Ausgangspunkt des Verfahrens war ein Vorgang in den Orthopädischen Anstalten Volmarstein (Westfalen), wo die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) unter den 900 Mitarbeitern der Heil-, Lehr- und Pflegeanstalt für Körperbehinderte tätig werden wollte. Die Anstaltsleitung wehrte sich, und die ÖTV ging vor Gericht. Das Arbeitsgericht Hagen wies die Klage ab, doch das Landesarbeitsgericht Hamm entschied in der Berufung gegen Volmarstein. Auch die Berufungsverhandlung vor dem Bundesarbeitsgericht endete mit einer Bestätigung des Hammer Urteils. Daraufhin rief Volmarstein das Bundesverfassungsgericht an, um eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen. Das Karlsruher Urteil hat einige Repräsentanten der ÖTV zu wenig freundlichen Kommentaren herausgefordert (siehe Seite 4). Es mag dabei eine Rolle spielen, daß die Diakonie als Glaubensäußerung des Christen und als Wesensmerkmal kirchlichen Lebens noch immer nicht voll erkannt, begriffen und geachtet wird.

Nichtchristen, Weiße und Schwarze, Kranke und Gesunde Zugang. Nicht um „Zugangsrechte“ geht es letztlich bei diesem Verfassungsstreit – den im übrigen nicht die Diakonie vom Zaun gebrochen hat, sondern den eine Klage der ÖTV gegen die diakonische Anstalt Volmarstein ausgelöst hat –, sondern um das Betätigungsrecht von Gewerkschaftsbeauftragten, die nicht Mitarbeiter der Diakonie sind, in diakonischen Einrichtungen.

Wenn Mitarbeiter der Diakonie, die einer Gewerkschaft angehören, unter ihren Kollegen werben, ist das ihre unbestreitbare Freiheit. Aber genau so wenig wie die Kirche mit ihren Evangelisten auf Gewerkschaftskongressen zu sprechen hat – es sei denn, sie wären vom Veranstalter dazu eingeladen –, möchten wir in der Diakonie ungebetene Gewerkschaftsfunktionäre am Werk sehen, weil wir nämlich beabsichtigen, die sozialen Rechte unserer Mitarbeiter im Rahmen der für alle Bürger geltenden Gesetze und Ordnungen im diakoniegemäßen Zuschnitt auch weiterhin ungeschmälert zu verwirklichen. Daß das grundgesetzkonform ist, war immer unsere Meinung. Das Letztinstanz-Urteil von Karlsruhe hat das erfreulich klar bestätigt.

Dabei geht es um eine dem Evangelium von Jesus Christus verpflichtete Dienstgemeinschaft und ihre Praktizierung aus der Kraft des Glaubens. Natürlich trägt diese Dienstgemeinschaft weltlichen Charakter – wir leben noch nicht im Himmel! Aber haben wir nicht gerade im „Dritten Reich“ gelernt, daß auch der weltliche Charakter der Kirche von innen her bestimmt bleiben muß?

Das heißt natürlich nicht, daß man kirchliche Mitarbeiter in einer Dienstgemeinschaft schlechter stellen dürfte als es sonst üblich ist. Aber diesen Vorwurf wagt wohl auch niemand ernsthaft zu erheben. Daß freilich aus dem Evangelium spezielle Kriterien für den Dienst am Menschen erwachsen, etwa im Blick auf eine patientenfreundlichere Verteilung der Arbeitszeit oder in der Bereitschaft zu bestimmten ehrenamtlichen Diensten oder in der Art der Zuwendung zum unheilbar Kranken aus der christlichen Hoffnung heraus oder in der Bewältigung von persönlicher Schuld und menschli-

Keiner hat ein Monopol

von Theodor Schober

„Die Berufung auf die Dienstgemeinschaft führt allein noch nicht zur sozialen und gerechten Welt.“ Soweit ist der ÖTV in ihrer sonst bedenklichen Schelte des Bundesverfassungsgerichtsurteils in Sachen Volmarstein/ÖTV recht zu geben.

Aber auch die Präsenz von Gewerkschaften ist dafür noch kein automatisch wirkendes Allheilmittel. Denn zu einer sozialen und gerechten Welt gehört mehr als ein einheitliches Tarifsystem und eine möglichst für alle verbindliche Konfliktlösungsstrategie. Wo es um die Haltung

von Menschen und ihre Bereitschaft zur Respektierung Andersdenkender geht, bedarf es dazu konzertierter Aktionen.

Nein – es gibt kein Monopol auf soziale Gerechtigkeit. Den Gewerkschaften gebührt hoher Dank für ihren pionierhaften Dienst auf diesem Feld. Aber auch die Kirchen haben dazu manches beigetragen. Wer hier Gräben aufreißt, schadet der gemeinsamen Zukunft.

Diakonische Einrichtungen sind Häuser der offenen Tür. Hier haben Christen und

Meinung

chem Versagen – sollte kein Geheimnis sein.

Freilich hat auch die Diakonie kein Alleinrezept für mehr Humanität; aber wir wollen uns um dieses Ziels willen auf dem Weg zu einer möglichst homogenen Mitarbeiterschaft, die bereits in der Ausbildung beginnend aus dem gleichen Geist heraus in allen Sparten diakonischen Alltags ihren Dienst zu tun versucht, nicht unnötig stören lassen. Dabei wissen wir uns mit der überwiegenden Zahl unserer Krankenhauspatienten, unserer Kindergarteneltern, unserer Senioren in den Altenheimen und unserer Schwerstbehinderten und ihren Familien einig.

Wer daraus die ungeheuerliche Verdächtigung ableitet, die Kirche wolle sich als Arbeitgeber zum Staat im Staate entwickeln, sollte lieber nachdenklich in den eigenen Spiegel blicken.

Aber eine auf die Liebe Christi ausgerichtete Dienstgemeinschaft gehört nun einmal unverzichtbar zum kommunikativen Element der Kirche. Wie man miteinander umgeht – auch mit Ehemaligen, mit Unbequemen, mit Versagern – sagt mehr über die Diakonie aus als ein Übersoll sozialer Aktivitäten. Darum ist die verwirklichte Dienstgemeinschaft der Prüfstand eines kirchlichen Werkes. Dienstgemeinschaft ist also

- kein Postulat höherer moralischer Qualität
- keine Kaschierung minderer sozialer Rechte
- kein Feigenblatt, hinter dem sich eine mangelnde Fürsorgepflicht verbergen könnte
- keine Deckfarbe über eine unmündig gehaltene Mitarbeiterschaft.

Der persönliche Charakter unserer Arbeit und die gemeinschaftlich getragene Verantwortung vor Gott markieren das offene Angebot einer diakonischen Dienstgemeinschaft. Man kann sie nicht anordnen. Organisationsstrukturen können dazu nur ein Stück beitragen. Transparenz der Kompetenzen, wechselseitiger Informationsaustausch und ein Höchstmaß an Offenheit und Gerechtigkeit sind notwendig, um eine Dienstgemeinschaft nicht unglaublich werden zu lassen.

Aber nur der Geist macht lebendig, nicht die Struktur.

Eine solche Dienstgemeinschaft ist zur Zusammenarbeit mit allen anderen Gruppen der Gesellschaft bereit, denen es auch um mehr praktizierte Menschlichkeit geht. Wenn wir die durch das Grundgesetz für die Kirche und ihre Diakonie zur eigenen sozialverpflichteten Ausgestaltung offengehaltenen Freiräume in Anspruch nehmen, handelt es sich dabei nicht um Erbhöfe für die Kirche. Wir verlangen auch keine besonderen Privilegien als Wohlfahrtsverband.

Aber auch der Staat hat kein Monopol auf den Dienst am Nächsten und auch

Aus dem Urteil

„Dieses Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht umfaßt alle Maßnahmen, die in Verfolgung der vom kirchlichen Grundauftrag her bestimmten diakonischen Aufgaben zu treffen sind, z. B. Vorgaben struktureller Art, die Personalauswahl und die mit all diesen Entscheidungen untrennbar verbundene Vorsorge zur Sicherstellung der ‚religiösen Dimension‘ des Wirkens im Sinne kirchlichen Selbstverständnisses...“

„In diesem Selbstbestimmungsrecht finden auch die aus dem Hausrecht der Anstalten ... und aus der Eigentumsgarantie ... sich ergebenden Rechtspositionen und Abwehransprüche ihre Zusammenfassung und Konkretisierung. Sowie die individuelle und kollektive Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit auf verfassungsrechtlicher Ebene Wirkungen im Rechtsraum gegenüber Dritten zu entfalten vermag ... so ist auch die von der Verfassung gewährleistete Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften und ihrer Einrichtungen bei der Beurteilung von Rechtsbeziehungen zu berücksichtigen, die das kirchliche Selbstbestimmungsrecht berühren.“

die Gewerkschaft kein Monopol auf Überprüfung der richtigen Eingruppierung eines Mitarbeiters am Arbeitsplatz.

Dazu wählen ja unsere diakonischen Mitarbeiter seit Jahr und Tag ihre Mitarbeitervertretung, die ihre Rechte gegenüber der Leitung vertritt und im Konfliktfall die Schiedsstelle – mit unabhängigen, zum Richteramt befähigten Persönlichkeiten besetzt – anruft.

Eine solche Dienstgemeinschaft hütet sich vor der Illusion, ein noch so moderner Staat und eine noch so aktive Kirche könnten das Leid aus der Welt schaffen und das Himmelreich auf die Erde bringen. In jeder Region der Welt gilt es, gegen Ideologien und Utopien gewappnet zu sein. Das heißt aber nicht, vor dem Leid zu kapitulieren und die Hände in den Schoß zu legen. Aber es erinnert uns an das Geheimnis des Kreuzes, das letztlich allein die Frage nach dem Sinn jedes Lebens beantworten kann. Die Erfahrung lehrt, daß dieses Wagnis einer Diakonie unter dem Kreuz auch in anderen gesellschaftlichen Verhältnissen und historischen Gegebenheiten verstanden und oft sogar von Nichtchristen als eine Lektion respektiert wird, die man immer neu buchstabieren muß.

Um dazu beizutragen, müssen die hauptamtlichen Spezialisten und die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Diakonie noch hörfähiger werden für die aus ihrer Umwelt kommenden Anfragen nach dem Sinn des Lebens und zugleich sprachfähiger werden, um auf solche Fragen aus dem Evangelium Antwort geben zu können. Gerade von der Vernunft des Glaubens erwartete der Naturwissenschaftler Klaus A. M. Müller auf dem Hamburger Kirchentag „die Wände zwischen ‚geistlichen‘ und ‚weltlichen‘ Bezügen zu durchstoßen, wenn schon das weltliche Denken heute keine eigene Vernunft mehr aufbringen kann, weil es nichts mehr ‚vernimmt‘!“

Nur so kann die vielfach beklagte Sprachlosigkeit moderner Medizin oder sozialer Rehabilitation überwunden werden. Für diese Hör- und Sprachfähigkeit brauchen unsere Mitarbeiter vermehrte Angebote für einen ihrer Begriffswelt und ihren Denkgepflogenheiten angepaßten

Zugang zu den Grundaussagen des christlichen Glaubens. Die kommenden Jahre müssen von diesem „Im Gespräch bleiben über die Sache mit Gott“ geprägt sein. Dazu ist Voraussetzung ein immer neues Aufeinander-Hören und -Antworten und eine Überprüfung der in der Diakonie notwendigen und möglichen Formen eines Lebens in Gemeinschaft mit anderen. Der Verlust formierter Dienstgemeinschaften, wie wir sie im Amt der Diakonisse in den letzten hundert Jahren als besondere Hilfe in der Diakonie erfahren haben, muß durch andere Formen der Gemeinschaft ersetzt werden. Hier – und nicht im Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – wird die Zukunft der Diakonie und ihr unverwechselbarer Beitrag in der sozialen, pädagogischen oder geistigen Landschaft unseres Staates entschieden!

Je besser die Mitarbeiter der Kirche und ihrer Diakonie *Stil und Zielrichtung des Umgangs Jesu Christi mit den Menschen* nachvollziehen, desto weniger werden sie mitschuldig werden an der Enttäuschung vieler Menschen, die von der Kirche und ihrem Zeugnis nichts mehr zu erwarten scheinen. In Wahrheit aber möchten gerade sie von dort Klarheit und Lebenshilfe erfahren, wie es Carl Friedrich von Weizsäcker im Blick auf die Christen ausgedrückt hat: „Sie bewahren die einzige Wahrheit, die tiefer reicht als die Wahrheit der Wissenschaft, auf der das Atomzeitalter ruht. Sie bewahren ein Wissen vom Wesen des Menschen, das tiefer wurzelt als die Rationalität der Neuzeit. Der Augenblick kommt immer wieder unweigerlich, in dem man, wenn das Planen scheitert, nach dieser Wahrheit fragt und fragen wird.“

Darum kann die Kirche nicht aufhören, täglich diakonischer werden zu wollen, wie auch ihre Diakonie in allen Varianten nicht ablassen darf, immer gemeindebezogener und damit im besten Sinn des Wortes menschenfreundlicher zu leben und sich noch klarer zu Jesus Christus, dem Auferstandenen, zu bekennen.

Auch darauf haben wir kein Monopol, wohl aber Christi Auftrag und Verheißung an seine Kirche; und beide sind nicht in unser Belieben gestellt.

ÖTV: „Recht der Gewerkschaften in Frage gestellt“

Dr. Monika Wulf-Mathies, bei der ÖTV für die Fachgruppe Kirchliche Mitarbeiter zuständig, hat in der Zeit des Hamburger Kirchentages bei einem Pressegespräch zur Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verhältnis Kirche/Gewerkschaft Stellung genommen. Sie sagte unter anderem:

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hatte 1978 entschieden; die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stammt vom 17. Februar 1981; veröffentlicht wurde das Urteil vier Monate später. Die Länge der Liegezeit hat allerdings die juristische Qualität nicht positiv beeinflußt, sondern das Urteil wird in seiner Begründung und im Aufbau dem hohen Anspruch nicht gerecht, den man an das höchste deutsche Gericht stellen muß. Auch an der Objektivität des Gerichts muß man zweifeln, wenn der Standpunkt der Volmarsteiner Anstalten über zehneinhalb Seiten ausführlich referiert wird, der Standpunkt der ÖTV aber nur zwei Seiten beansprucht. Der Inhalt der von uns vorgelegten Gutachten wurde nicht gewürdigt, die einhellige arbeitsrechtliche Rechtsprechung lediglich mit drei Worten erwähnt.

Dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts entsprach im übrigen den Beschlüssen von 65 Landesarbeits- und Arbeitsgerichten in 38 Verfahren; es entspricht auch dem bisher praktizierten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage, denn nirgendwo sonst wurde dieses Recht der Gewerkschaften bisher in Frage gestellt.

Die Kirchen haben mit diesem Urteil zwar eine Schlacht gewonnen, den Kampf um

ihre Glaubwürdigkeit gegenüber ihren eigenen Mitarbeitern aber verloren.

Das Problem des Zugangsrechts der Gewerkschaft ÖTV ist ja nicht dadurch entstanden, daß die Gewerkschaft ÖTV versucht hat, die Kirche zu infiltrieren, sondern dadurch, daß die Arbeitnehmer der Kirche die Gewerkschaft ÖTV in ihre Einrichtungen gerufen haben: natürlich, weil sie Probleme mit ihrem Arbeitgeber Kirche hatten, aber auch, weil sie die Appelle der Kirchen ernstgenommen haben, sich für die Einheitsgewerkschaft und für die Tarifautonomie zu engagieren.

Wir wissen, daß die Kirchen sich schwertun, wenn es um Interessenkonflikte geht. Aber die Tatsache, daß man sich dabei schwertut, löst Konflikte noch nicht. Die Berufung auf die „Dienstgemeinschaft“ führt allein noch nicht zu sozialen und gerechten Verhältnissen. Dies beweist die überdurchschnittlich hohe Zahl von Arbeitsgerichtsprozessen, in denen die Kirchen als Arbeitgeber unterliegen.

Der Vorwurf der Fremdbestimmung, mit dem der Popanz Streik verbunden wird, verkennt die Grundsätze innergewerkschaftlicher Demokratie bewußt oder auch nur mangels hinreichender Information. Ein Streik ist im innergewerkschaftlichen Willenbildungsprozeß gebunden an eine Urabstimmung, in der sich 75 Prozent der betroffenen Arbeitnehmer für Kampfmaßnahmen aussprechen müssen. Weder eine wild gewordene Gewerkschaftsführung noch Mitglieder aus der Seeschiffahrt können bestimmen, ob zum Beispiel bei den Kirchen gestreikt wird oder nicht.

So wäre es nach wie vor undenkbar, Arbeitskampfmaßnahmen im Krankenhaus zu beschließen, die sich zu Lasten von Leben und Gesundheit von Patienten auswirken. Aber auch im Krankenhaus gibt es genügend Bereiche, in denen man den Arbeitgeber und nicht den Patienten treffen kann.

Wenn die „Dienstgemeinschaft“ per se optimale Möglichkeiten der Konfliktlösung bietet, ist schwer verständlich, wie sich überhaupt 75 Prozent der Mitglieder zu einem Streik bereitfinden könnten.

Radikale Medizin aus Tübingen

„Gesundheit und Heilen ist eine gesellschaftliche Angelegenheit – man kann auch eine Gesellschaft heilen“

Unsere Krankenhäuser sind krank. Die Kosten steigen ins Unbezahlbare; das Leistungsvermögen der sozialen Gesellschaft scheint erschöpft. Diese in den letzten Wochen zu Schlagzeilen geronnene Erkenntnis ist die Quittung für falsches Denken, von dem – nicht nur in unserem Land – die Gesundheitspolitik bestimmt ist. Dr. David Jenkins, Leiter der Abteilung für Theologie an der Universität Leeds (England): „Unser technisch-medizinisches Modell und die Tyrannie, die es ausübt, ist vielleicht das allgemeingültigste und übelste Beispiel dafür, wie unsere Gesellschaft den Götzen der Wissenschaft als Macht ansieht, die Probleme lösen kann. In die medizinische Behandlung sind übertriebene soziale und persönliche Erwartungen gesetzt worden, als ob sie etwas anzubieten hätte, was nicht weit weg ist von Erlösung und Heil.“

Auf dem Umweg über den Geldbeutel erfahren wir, daß Krankheit und Heilung keine rein materiellen Vorgänge sind, die allein mit Elektronik, Chemie und Fachwissen gesteuert und bewirkt werden können. Die Binsenwahrheit, daß alles Heilen von Gott kommt und daß im Heilen das erlösende Wirken Gottes in der Welt spürbar ist, wird wiederentdeckt und neu entfaltet werden müssen. Diese von der Wissenschaft und von der Politik weithin ignorierte Grundlage christlicher medizinischer Arbeit zöge, wenn sie als Schrittmacherin die gesundheitspolitischen Denkprozesse steuern würde, radikal anmutende Konsequenzen nach sich. Denn damit würde zuerst der Irrtum weggefegt, Gesundheit und Medizin ergeben eine Gleichung, eine Rechnung, die aufgeht.

Gesundheit kann jedoch nicht geliefert werden wie irgendeine Ware. Sie stellt sich auch nicht ein, indem die Medizin Krankheiten bekämpft. Die Erwartungen

der Menschen, durch ein hoch technisiertes medizinisches Versorgungssystem mehr Gesundheit zu erlangen, brechen in sich zusammen. Die Forderung vor allem der Patienten nach mehr Humanität im Krankenhaus – Humanisierung des Krankheitsvollzugs? – zeigt die Substanzverluste der modernen Medizin drastisch an. Denn die Abhängigkeit von einer medizinischen Versorgung, die vorgibt, Krankheiten wegnehmen zu können, erweist sich als krankmachend. Es sind eben nicht in erster Linie medizinische Faktoren, von denen die Gesundheit des einzelnen oder einer Gruppe bestimmt wird. Es sind vielmehr oft soziale und zwischenmenschliche Probleme, die sich in Krankheiten äußern. Soziale Fragen aber kann man mit Medikamenten ebensowenig lösen wie die geistige Einöde der Wohlstandsgesellschaft beleben.

Alle können heilen

Diese manchmal als „Milch der frommen Denkart“ bespöttelten Einsichten stammen weder aus einer Nische christlicher Alternativer noch von einem ideologisch genarbten Patientenkollektiv noch von elitären Einsiedlern, die mit Selbstgesponnenem die Welt verbessern möchten. Vielmehr ist es die Christliche Medizinische Kommission des Weltkirchenrates, die sich seit 1964 müht, für die Medizin und die Ärzte nach Wegen zu suchen, die aus dem Chaos in Nord und Süd führen. Damals traf sich im Deutschen Institut für Ärztliche Mission (DIFÄM) in Tübingen erstmals ein Kreis von Ärzten und Theologen aus aller Welt, um mit dem Evangelium Maßstäbe für modernes heilendes Handeln zu erarbeiten.

Dieser ökumenischen Konsultation „Auftrag zu heilen“ folgte 1967 ebenfalls in Tübingen eine zweite unter dem Thema

„Gesundheit und Heil“. Ein weiterer Denkschritt dieser internationalen Arbeitsgruppe wurde kürzlich spürbar, als beim Treffen der Freunde des DIFÄM die tragende Rolle der christlichen Gemeinde im Gesundheitswesen angemahnt wurde. Und bei der Zentralausschusssitzung des Ökumenischen Rates in Dresden wurde bekannt, daß der Weltkirchenrat dieses Thema bei seiner Vollversammlung 1983 in Vancouver (Kanada) auf der Tagesordnung hat.

Weil das von der Technik diktierte Modell moderner Medizin sowohl praktisch als auch inhaltlich kaputt ist, kann die christliche Gemeinde das Vakuum mit neuen, uralten Inhalten füllen. Doch das bedeutet Umdenken, eine Neubestimmung dessen, was wichtig ist. Ein neuer christlicher Lebensstil ist angefragt, in dem Gesundheit als Geschenk Gottes empfunden wird, als „andauernde siegreiche Auseinandersetzung mit den Mächten, die wider Gott sind“. So formulierte es der Mitgründer der Tübinger Konsultationen Dr. Arne Sovik, Mitarbeiter beim Lutherischen Weltbund in Genf.

Was heißt das praktisch? Die Tübinger Konzeption geht davon aus, daß am Heilen die gesamte Gemeinde beteiligt sein muß. Nicht nur der Patient, der Arzt und die medizinischen Mitarbeiter, auch die Familie, die Gemeinde, der Pfarrer. Dr. Sovik: „Gesundheit und Heilung ist eine gesellschaftliche Angelegenheit. Man kann auch eine Gesellschaft heilen – durch gesellschaftliches Handeln. Deshalb ist Heilen kein Privileg des Arztes, sondern Aufgabe jeder christlichen Gemeinde. Durch Heilung wird das Evangelium zum Thema unter Menschen. Aber: Wenn der Krankenhauspfarrer nicht in den Heilungsprozeß zusammen mit dem Arzt, der Familie und der Gemeinde eingebunden wird, sondern lediglich als Evangelist wirken kann, dann sollte er nicht mitmachen.“

Wie kann ganzheitliches Heilen aussehen? – Die entscheidenden Veränderungen im Gesundheitswesen in unterentwickelten Ländern ereigneten sich nicht durch die Medizin. Vielmehr waren es soziale, gesellschaftsbezogene Maßnahmen, die zu weniger Krankheiten führten: Der Bau von Wasser- und Abwasserlei-

tungen, Verbesserung der Hygiene, gesündere Wohnverhältnisse. Die ganze Gemeinde heilte mit! Die Frage, was unsere Kirche die Luft- und Wasserverschmutzung, der unsoziale Wohnungsbau, die Geschwindigkeitsbegrenzung, der Alkoholmißbrauch, giftfreie Nahrungsmittel und auch die Konsumwerbung angehen – wird sie nicht vornehmlich von jenen Gruppen und Mächten gestellt, die zwar am Kranksein verdienen, jedoch mit ihrem Latein am Ende sind?

Der Engländer James McGilvray, ein Veteran missionsärztlicher Arbeit, sieht es so: „Früher sind Probleme wie Familienstreit, Unzufriedenheit am Arbeitsplatz und persönliche Unsicherheit nie als medizinische Probleme gesehen worden.“

Aber jetzt kommen die Leute mit solchen Fragen zum Arzt. Er hat nur Beruhigungsmittel anzubieten, deren Wirkung nicht lange vorhält. Dies ist nur ein einfaches Beispiel, wie die Medizin ihre Grenzen verschoben und die Rolle der pastoralen Kirche übernommen hat.“

Wider die falschen Hoffnungen

Ist die Kirche, sind die Gemeinden hilflos geworden, müde – oder sind sie sich ihrer verheißenen heilenden Kräfte lediglich nicht bewußt? Warum sind Lebensprobleme zu Krankheiten geworden?

Wie konnte es geschehen, daß die Medizin ihre Grenzen in Bereiche vorrückte, wo sie keine Hilfe anbieten, sondern nur falsche Hoffnungen wecken kann? Nur deshalb, weil der einzelne seine ureigene Verantwortung für seine Gesundheit nicht mehr scharf genug sieht? Weil jetzt die Gesellschaft dafür gradesteht? Tut sie das wirklich? Nicht zuletzt: Wie sollte ein christlich geführtes Krankenhaus eigentlich arbeiten?

Das Deutsche Institut für Ärztliche Mission, ökumenische Denkzentrale für heilendes Handeln, erhält im 75. Jahr seines Bestehens eine Riesenaufgabe zugewiesen: Die Missionierung unserer Gemeinden, damit sie zum Heilen wieder befähigt werden.

Hans-Joachim Hofmann

„Kirchliche Krankenhäuser sind keine Reparaturwerkstätten“

Interview mit Wolfgang Helbig

Pastor Wolfgang Helbig ist Vorsteher der Henrietten-Stiftung mit 1600 Mitarbeitern und Mitarbeitern in Hannover. Diese diakonische Einrichtung umfaßt ein Krankenhaus (653 Betten), zwei Altenzentren (rund 500 Plätze), sieben Ausbildungsstätten (260 Plätze) und ein Mutterhaus, dem 430 Diakonissen und Schwestern angehören. Pastor Helbig arbeitet im Deutschen Evangelischen Krankenhausverband als stellvertretender Vorsitzender mit.

Frage: Herr Helbig, das Krankenhaus ist teurer geworden, die Kosten laufen davon. Eine Novellierung des bestehenden Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird im zuständigen Bundestagsausschuß und dann im Parlament behandelt. Warum genügt die bestehende Gesetzgebung nicht mehr?

Antwort: Das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 hat allen Krankenhäusern einen Anspruch auf Deckung ihrer Kosten gegeben, die man bei einem leistungsfähigen Krankenhaus als wirtschaftlich anerkannte. Damit hat man offensichtlich mehr gewollt, als sich in die Tat umsetzen ließ.

Frage: Das heißt, man hat über mehr Geld disponiert als in der Kasse war?

Antwort: Man hat gemeint, die damals in einer wirtschaftlichen Krise steckenden Krankenhäuser nicht nur sanieren, sondern dem Bürger überdies ein leistungsfähiges Gesundheitswesen zusagen zu können. Das schien den Krankenhäusern zunächst eine gesicherte Basis zu geben und räumte den Bürgern Ansprüche ein, die nun das Krankenhaus erfüllen will. Aber die Erfüllung dieser Ansprüche wird immer teurer.

Frage: Ist nun die Medizin teurer oder ist der Bürger anspruchsvoller geworden?

Antwort: Der Bürger ist deshalb anspruchsvoller geworden, weil die Medizin mehr leistet. Heute kann man Herzschrittmacher implantieren, man kann Gelenke im menschlichen Körper durch Prothesen ersetzen, man kann die Funktionen nicht mehr arbeitender Nieren in der Blutwäsche ersetzen und vieles andere mehr. Das kostet wahnsinnig viel Geld und war vor zehn, zwanzig Jahren noch nicht möglich. Die Ansprüche des Bürgers sind aber auch deswegen gestiegen, weil man ihm zugesagt hatte, er habe ein Netz sozialer Sicherung unter sich, von dem er in jedem Krankheitsfall aufgefangen werde. Da er nun voll versichert ist, möchte er natürlich auch in Anspruch nehmen, was ihm zusteht.

Frage: Nun steht aber die Gesetzesänderung nicht unter dem Stichwort Anspruchsdämpfung, sondern Kostendämpfung. Wo kann das Krankenhaus billiger werden?

Antwort: Das würde ich auch gern, denn sehe Sie: die tarifbedingten Personalkosten, die Energie-, Medikamenten- und Lebensmittelpreise werden außerhalb unserer Häuser gemacht. Dabei Einsparungen vornehmen, heißt letztlich: die Leistungen reduzieren. Das Gesetz, das im Entwurf vorliegt, reduziert denn auch zunächst einmal Ansprüche. So soll im Regelfall die stationäre Versorgung einer Wöchnerin, die ein Kind zur Welt gebracht hat, nur noch sechs Tage von der Krankenkasse bezahlt werden; oder es soll eine Positivliste für Arzneimittel geben. Das sind Maßnahmen, die tatsächlich die Ansprüche des Patienten einschränken.

Krankenhaus

Frage: Was wäre das, eine Positivliste für Arzneimittel?

Antwort: Es wäre eine Liste, die den Krankenhäusern die Medikamente vorschreiben würde, die verwendet werden müssen, oder anders ausgedrückt: deren Kosten mit den Krankenkassen abgerechnet werden können.

Frage: Sind denn die Krankenhäuser, zumal die christlichen, bereit, sich auf derlei einzulassen?

Antwort: Für alle Krankenhäuser sind solch einschneidende Maßnahmen deshalb bedrohlich, weil sie den Dirigismus verstärken. Können Politiker und Beamte wirklich ganz allgemein festlegen, was für den kranken Menschen nötig oder ausreichend ist? Bei den christlichen Krankenhäusern muß man sich dann auch vor Augen führen, daß sie keinen Kreistag oder Stadtrat hinter sich haben, die, wie es in den vergangenen Jahren häufig der Fall gewesen ist, die entstehenden Defizite durch entsprechende Beschlüsse getragen haben ...

Frage: ... am Rande der Legalität?

Antwort: ... am Rande der Legalität insfern, als das Krankenhausfinanzierungsgesetz dies eigentlich überflüssig machen wollte. Wir wissen, daß die Gebiets-

körperschaften um die 500 Millionen Mark jährlich ihren Krankenhäusern außerhalb des KHG zugute kommen ließen.

Frage: Und die Kirchen haben keine Veranlassung oder Möglichkeit, wie ein Kreistag einzuspringen?

Antwort: Die Kirche hat keine Möglichkeiten, aus ihren ja sehr viel geringeren Kirchensteueraufkommen Beträge zur Verfügung zu stellen, die den Leistungen der Gebietskörperschaften nahe kämen und dem tatsächlichen Bedarf der kirchlichen Krankenhäuser entsprächen. Es ist auch nicht ihre Aufgabe, die Krankenkassen oder den Staat zu entlasten, der ja mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz allen Krankenhäusern einen Rechtsanspruch auf kostendeckende Pflegesätze eingeräumt hat und damit dem Patienten, oder wie man sagte: dem sozialen Fortschritt dienen wollte.

Frage: Zu den vorgesehenen Leistungsbeschränkungen gehört auch die kürzere Verweildauer nach Operationen. Wenn es nun aber Komplikationen gibt, die beispielsweise nicht im medizinischen sondern im sozialen Bereich liegen? Was antworten Sie, wenn die Kasse sagt: Es war eine normale Galle, zehn Tage Klinik und keinen Tag länger?

Antwort: Ganz so weit sind wir – Gott sei Dank – noch nicht. Die Tendenz geht aber dahin. Ich meine, in einer solchen Regelung lägen zwei große Gefahren. Einmal muß ich feststellen, daß in einem derartigen Versuch das Prinzip der Kostendeckung und damit kostendeckender Pflegesätze verlassen wird. Zum anderen ist doch nur unter medizinischen Gesichtspunkten zu entscheiden, welche Behandlung wie lange angezeigt ist, welche Kosten entstehen müssen und deswegen auch vertretbar sind. Ich kann ganz konkret sagen, daß in unserem Krankenhaus seit Jahren eine sehr niedrigere Verweildauer der Patientinnen verzeichnet wird, die ein Kind zur Welt gebracht haben. Und wir haben uns schon öfters darüber Gedanken gemacht, ob nicht durch ein derart „kostenparendes“ Verfahren die Menschlichkeit, die wir den Patienten schulden, berührt ist. Übrigens haben wir bei diesen Patientinnen nicht aus Kostengründen

die Verweildauer unter sechs Tage gedrückt, sondern sie ist so niedrig, weil unsere Klinik in so starkem Maße von Frauen aufgesucht wird, die ein Kind zur Welt bringen wollen. Aber Sie haben mit Ihrer Frage auf einen wesentlichen Punkt verwiesen: Die Menschen lassen sich in ihren Krankheiten nicht normieren.

Frage: Ich möchte zugespitzt nachfragen: Wie lange darf gestorben werden? Gibt's da auch eine Verweildauer, oder wo wird der statische Rahmen, den der Gesetzgeber gerne hätte, gesprengt, ad absurdum geführt?

Antwort: Sie geben ein Stichwort, das eine geradezu gespenstische Perspektive eröffnet, weil letztlich die Frage gestellt wird, ob die einnahmenorientierte Ausgabenpolitik auf dem Gesundheitssektor human sein kann. Wenn man fragt, wie lange ein Patient versorgt werden darf, damit das den Beitragszahlern noch zugemutet werden kann, dann hat natürlich der Schwerkranke und vor allem der Sterbende einen ganz besonders schweren Stand. Seine Position ist naturgemäß viel schwächer als beispielsweise die der Patientin, die ein Kind zur Welt bringt oder des Patienten, der wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden kann.

Frage: Müssen nicht die kirchlichen Krankenhäuser für eben diese schwache Gruppe die Lobby sein?

Antwort: Kirchliche Krankenhäuser können keine „Reparaturwerkstätten“ sein. Sie müssen die Freiheit haben, für den ganzen kranken Menschen da zu sein, auch für seine Seele und nicht nur mit Untersuchungen oder Behandlungen körperlicher Defekte oder Funktionsstörungen. Kirchliche Krankenhäuser sollen nicht bloß Tätigkeitsfeld medizinischer und pflegerischer Experten sein. Sie müssen auch Möglichkeiten schaffen, daß die seelischen Reaktionen, die einhergehen mit der Belastung durch Krankheit, mitmenschlich ernstgenommen werden können. Sie müssen Möglichkeiten bieten, beim Patienten die Hoffnung zu stärken, daß er wieder gesund wird, oder wo das nicht möglich ist, ihn so zu begleiten, daß er in Ruhe und in Würde sterben darf. Wenn man da als erstes an die Kosten denken muß, dann ist das Kranken-

1,5 Milliarden gratis

Die Apothekerschaft schätzt, daß die Pharma-Industrie jährlich für 1,5 Milliarden Mark kostenlose Arzneimittelmuster an die Ärzte abgibt. Das entspricht einem Anteil von fünf bis acht Prozent der von den Apotheken insgesamt verkauften Arzneimittel. Das stellte Fred Zander, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Uwe Jens fest. Zander erklärte, das Bundesministerium wolle zunächst die Stellungnahmen der Länder zum Arzneimittelgesetz vom 1. Januar 1978 abwarten. Danach sei zu entscheiden, ob eine Gesetzesänderung notwendig sei.

Krankenhaus

haus in seinem humanen Zweck und Ziel ad absurdum geführt.

Frage: Wenn der Gesetzgeber anordnen kann, wie lange ein Patient mit welchen Mitteln und unter welchen Voraussetzungen zu behandeln ist – ist dann nicht der Ansatz des Gesetzes falsch?

Antwort: Man muß dem Gesetzesvorhaben tatsächlich schon deshalb kritisch begegnen, weil die Ursache für diese Novelle und der Handlungsrahmen, in dem sie vorgelegt wird, die Misere unserer Staatsfinanzen ist. Natürlich gibt es Zwänge für Einsparungen, auch im Gesundheitswesen. Aber die bisher geführte Diskussion zeigt, daß auf dem Gebiete des Krankenhauswesens erstens wohl recht wenig Mittel eingespart werden können und zweitens die schädlichen Auswirkungen außerordentlich stark sein werden, wenn dieses Gesetz verabschiedet wird. Man darf doch die Patienten dabei nicht aus dem Blick verlieren!

Frage: Welchen Ansatz hätten Sie entgegenzustellen?

Antwort: Das Krankenhausfinanzierungsgesetz ist ja eine Art „Vertrag“. Der Staat übernimmt die wegen der begrenzten Finanzmittel notwendige Planungs-heit, er gewährt dafür den Krankenhäusern volle Kostendeckung bei dem, was sie innerhalb der Krankenhausbedarfsplanung tun. Dies wird man auch in Zukunft dem Staat einfach zugestehen müssen. Aber ich glaube, der Staat ist in den Vorschriften und Bestimmungen zu weit gegangen, die er erlassen hat. Er hat den Krankenhäusern zu wenig Spielraum gelassen, selbst danach zu streben, wirtschaftlich zu arbeiten, darauf zu achten, daß die Kosten nicht davonlaufen. Der allergrößte Teil der Kostensteigerungen ist außerhalb des Krankenhauses verursacht. Zum Beispiel die Personalkosten mit 75 Prozent. Diese Kosten sind vom Krankenhaus nicht zu beeinflussen. Auch die Inflationsrate und die Energiepreise nicht. Außerdem: Die Medizin entwickelt sich weiter. Dadurch entstehen zwangsläufig neue Kosten. Der Staat sollte dem Krankenhaus so viel Spielraum wie möglich für eigenverantwortliche wirtschaftliche Entscheidungen lassen. Er sollte vor allem wirtschaftli-

ches Verhalten nicht bestrafen, sondern belohnen.

Frage: Zum Beispiel?

Antwort: Jedes Krankenhaus bietet Leistungen besonderer Art, die gegen einen Zuschlag zum Pflegesatz in Anspruch genommen werden können. Wenn die Krankenhäuser in ihrem Service noch mehr Möglichkeiten hätten, was beispielsweise die Zimmer und die Ausstattung betrifft, könnte mit den Erlösen dem Gesamtkrankenhaus geholfen werden.

Das Krankenhaus könnte sich dadurch eine gewisse Bewegungsbreite finanzieller Art erschließen, so daß es zum Beispiel in älteren Gebäuden die sanitären Einrichtungen verbessert, was der Staat vielleicht nicht bezahlen kann; daß es Krankenzimmer wohnlicher einrichtet, als es in sehr vielen Kliniken bislang der Fall ist und was der Staat auch nicht bezahlen kann. Das Krankenhaus könnte damit auch wieder die Menschlichkeit fördern.

Frage: Was hindert Sie daran?

Antwort: Uns hindern die staatlichen Vorschriften, die uns nur einen ganz kleinen Betrag von diesen Wahlleistungen zur freien Verfügung im Krankenhaus überlassen. Uns hindert das alles und jedes erfassende Antrags- und Kontrollverfahren, die Ministerialbürokratie, die durch den Instanzenweg zwangsläufig noch schwerfälliger wird als sie ohnehin schon ist.

Frage: Meinen Sie, daß der Staat, die Ministerialbürokratie im Krankenhausbereich, nicht ebenfalls sparen könnte?

Antwort: Wenn ich daran denke, welchen Aufwand die Bearbeitung der vielen Krankenhausvorgänge auf der Seite des Staates hervorruft, dann legt sich mir ein Ja auf die Frage nahe. Mich bedrückt aber vor allen Dingen, daß staatliche Stellen uns in unserer Beweglichkeit hindern, uns die Eigenverantwortung beschneiden und uns Entscheidungen abverlangen, von denen auch der Wohlmeinende nicht immer sagen kann, daß sie sachgemäß sind. Dabei möchte ich mich vor einer entstellenden Karikatur hüten.

Im persönlichen Gespräch finden wir oft Verständnis.

Frage: Zurück zur Frage des alternativen Sparsens. Es gibt im politischen Raum mancherlei Vorschläge, wie man tatsächlich Geld einsparen kann. Über welche Punkte läßt sich nach Ihrer Meinung sehr wohl diskutieren?

Antwort: Ich habe keine Kompetenz, in den politischen Meinungsstreit einzugreifen. Ich sehe aber ein paar Vorschläge, die, wenn sie in die Tat umgesetzt würden, wesentlich mehr Geld sparen würden, als alle Maßnahmen, die man sich vom zukünftigen Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz verspricht. Da ist zum Beispiel der Vorschlag, daß der Arbeitslohn im Krankheitsfall in den ersten Tagen nicht weitergezahlt wird. Das würde Einsparungen in Höhe von über einer Milliarde Mark im Jahr bringen. Wahrscheinlich sogar wesentlich mehr. Ich denke zum anderen an die Goldverarbeitung in der Zahnmedizin. Muß alles in so weitgehendem Maße von den Kassen getragen werden, was da an Kosten entsteht? Ich frage mich auch, ob beim gesetzlich nun ermöglichten Schwanger-

Erstmals Defizite

Jedes vierte der 80 konfessionellen Krankenhäuser Baden-Württembergs ist 1980 in rote Zahlen geraten. Ein Ausgleich dieser erstmals entstandenen Defizite kann im Gegensatz zu den kommunalen Kliniken jedoch nicht erfolgen. Der Geschäftsführer des evangelischen Krankenhausverbandes Baden-Württemberg, Verwaltungsdirektor Emil Lauffer (Karlsruhe), erklärte: „Von den Kirchen erhalten wir keine müde Mark“. Die kirchlichen Häuser müssen ihre Finanzlöcher durch Kosteneinsparungen und gegebenenfalls verminderte Leistungsangebote in den folgenden Jahren wieder hereinwirtschaften. Länger als zwei Jahre sei eine solche Durststrecke nicht zu verkraften, zu der nicht kostendeckende Pflegesätze der Krankenkassen geführt hätten. Schließen wird jedoch noch keines der evangelischen und katholischen Krankenhäuser.

Krankenhaus

schaftsabbruch aufgrund der sozialen Indikation die Kosten von den Kassen getragen werden müssen. Ein weiteres, in seinen finanziellen Auswirkungen sehr gewichtiges Problem ist die Leistung der Krankenkassen für Rentner, für die sie keinen Ersatz, keine Einnahme von der Rentenversicherung bekommen. Das sind auch Milliardenbeträge, die da anfallen.

Frage: Also doch eine Dämpfung der Ansprüche des Bürgers, des Patienten?

Antwort: Ich bekenne mich zu dem im Grundgesetz gegebenen Sozialstaatsauftrag der Bundesrepublik, und ich bejahe die großen sozialen Fortschritte, die wir nach dem Kriege erreicht haben. Ich meine aber, daß es eine Anspruchs inflation gibt, die vom Gesetzgeber gefördert worden ist. Und diese Anspruchs inflation muß an den Punkten, an denen das sozial vertretbar und staatsbürgerlich vernünftig ist, zurückgeschnitten werden.

Mit Pastor Wolfgang Helbig sprach Hans-Joachim Hofmann.

„Humanität im Krankenhaus“...

... ist der Titel einer Broschüre, die vom Deutschen Evangelischen Krankenhausverband in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk der EKD herausgegeben worden ist. Das Heft – Berichte und Vorschläge zur patientenbezogenen Gestaltung des Krankenhausbetriebs – enthält eine Menge Anregungen, wie mit gutem Willen der Diktatur der Apparate entgegengewirkt werden kann. Die Vorschläge gelten selbstverständlich auch für die ambulante Krankenversorgung. – Anfragen beantwortet der Deutsche Evangelische Krankenhausverband, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1.

Die „teuren Chefärzte“ – und wem die Honorare sonst noch zugute kommen

Ein verbreitetes Vorurteil unter der Lupe

„Überhöhte Chefarztgehälter sind schuld an den hohen Pflegekosten im Krankenhaus“. Dieser Vorwurf ist in der Öffentlichkeit immer wieder zu hören. Abgesehen vom Unsinn der pauschalen Beleidigung einer einzelnen Berufsgruppe, ist diese Behauptung in doppelter Hinsicht falsch.

Erstens: Der Chefarzt eines Krankenhauses erhält vertraglich zugesichert (und in die Selbstkosten des Krankenhauses eingerechnet) lediglich ein Tarifgehalt, das etwa den Bezügen eines Oberstudienrates entspricht. Er hat keinen Anspruch auf Vergütung von Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft und Überstunden.

Dem Chefarzt wird jedoch das Recht zugestanden, im stationären Bereich bei Patienten, die dies als Wahlleistung wünschen, zusätzlich zu liquidieren. Sie zahlen dann die in Rechnung gestellten Kosten direkt an den Chefarzt. Außerdem darf der Chefarzt eine ärztliche Ambulanz im Rahmen des Krankenhauses betreiben.

Der Chefarzt erhält also vom Krankenhaus über den Pflegesatz (und damit von den Krankenkassen) lediglich sein Grundgehalt bezahlt, das niedriger ist als andere Gehaltspositionen im Krankenhaus. Das Krankenhaus stellt dem Chefarzt Räumlichkeiten und Infrastruktur (Licht, Heizung, Reinigung etc.) zur Verfügung.

Zweitens: Für diese Inanspruchnahme von Kostenfaktoren des Krankenhauses und als Ausgleich für das Recht zur Liquidation führt der Chefarzt etwa 40 bis 60 Prozent (je nach Vertrag) seiner Einnahmen an den Krankenhaussträger ab.

An diesem Betrag aus der Privatliquidation beteiligt der Krankenhaussträger die

nachgeordneten Ärzte. Diese Beteiligung ist also ein Einkommensbestandteil des ärztlichen Teams, der andernfalls als Zulage über den Pflegesatz bezahlt werden müßte.

Die andere Hälfte der Liquidationsabgabe wird in die Selbstkostenberechnung als Einnahmen eingerechnet und vermindert die Selbstkosten, die von den Kassen bezahlt werden müssen. Die gegenüberzustellenden Ausgaben sind sowieso vorhanden, da für den Krankenhausbetrieb und die Führung eines Arztsektoriats die entsprechenden fixen Kosten ohnehin anfallen würden. Der Pflegesatz vermindert sich dadurch um 2,50 DM, in vielen Fällen bis zu 4 DM pro Tag! Das sind in mittleren Krankenhäusern bei etwa 150 000 Pflegetagen weit über eine halbe Million Mark jährlich. Der Chefarzt leistet also durch seine Abführung einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Kosten.

In aller Regel werden die Chefartztrechnungen von den Privatpatienten über eine private Krankenversicherung abgerechnet. Sie gehen damit auch nicht indirekt in die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen ein, sondern würden bei überhöhten Beträgen eigentlich die Konkurrenzfähigkeit der gesetzlichen Krankenkassen gegenüber den ja notwendigerweise teurer werdenden Privatversicherungen erhöhen.

Es gibt also keinen Grund, mit dem Argument der teuren stationären Krankenversorgung und hohen Pflegesätze auf die hohen Chefarztgehälter zu schimpfen – im Gegenteil: hohe Chefarztbezüge subventionieren die Ausgaben der Krankenkassen! Kaum zu glauben – aber so ist es.

Wolfgang Schenk

Die „Grünen Damen“

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung evangelischer Mitarbeit im Krankenhaus.

Der Kinderstuhl ist etwas niedrig und sicher nicht sehr bequem für die Frau im hellgrünen Kittel. Doch so können die vier Patienten von Zimmer 109 das Bilderbuch auf ihren Knien bequem betrachten und dabei zuhören, was Margarete N. vorliest. Margarete N. ist eine der rund 3600 „Grünen Damen“, die zur „Arbeitsgemeinschaft Evangelische Krankenhaus-Hilfe“ (EKH) gehören und in 185 Krankenhäusern der Bundesrepublik ein oder zweimal je Woche für vier Stunden ihre „Zeit zur Verfügung stellen“. Zur Verfügung des Patienten, betont Marianne S., Einsatzleiterin eines Teams von 55 „Grünen Damen“ im Diakonissenkrankenhaus einer badischen Großstadt.

Zeit für den Patienten: Etwa dann, wenn er mit Zahnbürste, Schlafanzug und Bademantel im Köfferchen an der Pforte eintrifft, den Einweisungsschein im Aufnahmebüro vorzeigt und nach Erledigung aller Formalitäten auf Station V b, 6. Obergeschoß (durch die Glastür) und dann das dritte Zimmer links zur Stationsschwester gehen soll. Die Begleitung eines Menschen, der sich auf diesem Weg ins Unbekannte auskennt, ist für jeden Kranken ein Stück psychische Erleichterung. „Lotsendienst“ nennt die EKH diese kleine Hilfestellung.

Je nach Einrichtung und Größenordnung der Klinik, abhängig von der Mitarbeiterzahl einer Gruppe „Grüner Damen“ sowie von deren Begabung und Fähigkeiten, umfaßt der Katalog der „Dienstangebote“ weit mehr: Kleine Besorgungen für jene, die das Bett nicht verlassen dürfen, Hilfe beim Essen, Begleitung bei den ersten Gehversuchen oder beim Spaziergang durch den Krankenhauspark, das Schreiben eines Briefes oder der Anruf bei den Angehörigen. Auch die Vermittlung eines Dolmetschers für ausländische Patienten, der tägliche Zeitungsdienst, Blumenpflege und Haarewa-

schen stehen auf der Liste. Die Betreuung der Kranken in der Warteschleuse vor dem Operationssaal, der Gang von Zimmer zu Zimmer mit dem Büchereiswagen, die Organisation von Kaffee in der ambulanten Wartezone sowie der Tonbandverleih und die Begleitung zum Gottesdienst gehören dazu. In erster Linie aber sollen alle Angebote eine „Brücke zum Gespräch“ sein. „Wir sollen die Lücke ausfüllen, die Ärzte und Schwestern nicht mehr füllen können“, erklärt Marianne S.

Diese Lücke ist heute ein ernstes Problem aller Krankenhäuser. So sehr die Arbeit der Evangelischen Krankenhaus-Hilfe – die heute längst ökumenisch betrieben wird – zu bejahren ist, so wenig darf das Dasein der „Grünen Damen“ über den „menschlichen Notstand“ in den technisch perfektionierten Krankenhäusern hinwegtäuschen: Nicht mangelnde Einsatzbereitschaft des Pflegepersonals hat zu dem Defizit an Zeit und Zuwendung für den Kranken geführt; auch die ungebremste Anspruchshaltung einer technisch orientierten Gesellschaft ist an dieser Entwicklung beteiligt.

Für Brigitte Schröder, die Frau des früheren Ministers, war das Gerede vom „entmenschlichten, kommerziellen Krankenhausbetrieb“ eine Herausforderung, die es zu beantworten galt: Nach dem Vorbild des ehrenamtlichen „Voluntary Service“, für den sie sich auf verschiedenen Reisen nach England und Amerika interessierte, wurde 1969 in der Bundesrepublik die Evangelische Krankenhaus-Hilfe (EKH) gegründet: „Ich wollte bewußt evangelische Akzente setzen“, sagte Brigitte Schröder zum Konzept der Krankenhaus-Hilfe. Organisation und Verwaltung sind so unbürokratisch wie irgend möglich; auch auf Bundesebene gibt es kein Sekretariat, alle Fäden laufen im Privathaus der Familie Schröder zusammen. In

den einzelnen Gruppen liegt die Verantwortung bei den Teamleiterinnen, alle Einsätze werden direkt mit der Krankenhausleitung und den Stationsschwestern abgestimmt.

„Was ich am meisten bekämpfe, ist Schematismus“, erklärt die Initiatorin der „Grünen Damen“. Nach ihrer Meinung sollte für jeden, der zur Mithilfe bereit ist, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Aufgabe gefunden werden. Nicht Schule und Perfektion sind gefragt, sondern Phantasie, Einfühlungsvermögen und oft viel Kraft zum „Durchhalten“. Auf eine Voraussetzung allerdings möchte Brigitte Schröder nicht verzichten: Ihr liegt daran, „daß eine gemeindliche Bindung besteht“. So ist es nicht verwunderlich, daß die Arbeit mit „Grünen Damen“ meistens in Pfarrhäusern oder bei Gemeindetreffen begann.

Freilich, nicht überall und immer traf dieser gute Wille auf offene Ohren beim Krankenhauspersonal. Auch Stationsschwester Ruth räumt ein, daß es für manchen Mitarbeiter schwer war, den Dienst der „Grünen Damen“ zu akzeptieren. Denn schließlich haben die Mehrzahl der Schwestern und Pfleger ihre Ausbildung mit der Vorstellung begonnen, daß menschliche Zuwendung für den Patienten, das umfassende Interesse an seinem gesamten Wohlbefinden, ein Teil ihres Berufes, ihrer Berufung sei.

Daß die „Grünen Damen“ heute „nicht mehr von der Station wegzudenken“ sind, wie Schwester Ruth überzeugend erklärt, spricht einerseits für die Notwendigkeit und die Qualität der ehrenamtlichen Kräfte, aber gleichzeitig für eine bedenkliche Entwicklung im System unserer Gesundheitspflege. Wenn es eines Tages zwei Berufsbilder für Pflegekräfte gäbe – die medizinisch-technische Fachkraft und den psychologisch geschulten Helfer –, dann wäre ein weiteres Stück „Einheit von Leib und Seele“ dem Spezialistentum zum Opfer gefallen.

Veronika Besau

Studienvisum für Ausländer?

Keine Chancen mehr für Studenten aus der Dritten Welt?

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hat die Konferenz der Kultusminister und -senatoren (KMK) im März dieses Jahres Empfehlungen an die Bundesländer und die deutschen Hochschulen beschlossen, denen zufolge die für ausländische Studenten ohnehin nicht weit geöffnete Tür zu unseren Hochschulen noch mehr geschlossen wird. Die Empfehlungen enthalten folgende Aussagen:

- Eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken muß vor der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland von der deutschen Auslandsvertretung erteilt sein. Die Aufenthaltserlaubnis wird nur gegeben, wenn ein Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule oder eines Studienkollegs vorliegt. Die Umwandlung von Touristenvisa in Aufenthaltserlaubnisse zu Studienzwecken ist damit ausgeschlossen.
- Die Hochschulen und Studienkollegs werden Ausländer nur dann immatrikulieren, wenn eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken vorliegt.
- Ferner ist eine geeignete Auswahl der Studienbewerber erforderlich. Dem dient vor allem eine bessere Bewertung der Hochschul-Zugangsberechtigungen der ausländischen Studienbewerber. Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen wird künftig bei der Bewertung der Heimatzeugnisse nicht allein die formale Hochschul-Zugangsberechtigung, sondern auch die Hochschulzugangs-Praxis in den Heimatländern zugrunde legen. Wo in einem Land neben dem Schulabschluß-Zeugnis eine Hochschul-Aufnahmeprüfung gefordert wird, muß der ausländische Studienbewerber den Nachweis hierüber bei einer Bewerbung an einer deutschen Hochschule oder an einem Studienkolleg erbringen.
- Die für eine Studienaufnahme an deutschen Hochschulen notwendigen Kennt-

nisse der deutschen Sprache werden künftig vollständiger als bisher gefordert werden.

Der Hintergrund

An deutschen Hochschulen studieren derzeit etwa 56 000 ausländische Studenten, davon 31 000 aus Entwicklungsländern – ein gewiß nicht allzu großer Anteil an der Gesamt-Studentenschaft von fast einer Million. Und doch hat diese Gruppe mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen: Die meisten Studenten aus der Dritten Welt kommen ohne ausreichende finanzielle Absicherung und müssen sich ihren Lebensunterhalt durch Nebentätigkeiten und Ferienarbeit verdienen; Sprachschwierigkeiten und die oftmals abweisende Haltung der deutschen Gesellschaft erschweren das Einleben und den Einstieg ins Studium.

Die Studieninhalte orientieren sich an den Bedürfnissen des Industrielandes Bundesrepublik Deutschland und sind in den Heimatländern der Studenten kaum oder gar nicht anwendbar. Eine Reform des Ausländer-Studiums wäre dringend nötig. Denn verbesserte Stipendienangebote in den Heimatländern – um die sich das Diakonische Werk in Zusammenarbeit mit den kirchlichen Partnern in Übersee bemüht – können diese Probleme nicht lösen, weil die Ausbildungskapazitäten der Entwicklungsländer bei weitem nicht ausreichen: Angehörige von Minderheiten und unteren sozialen Schichten haben deshalb aus politischen Gründen und wegen der hohen Studiengebühren oft keinen Zugang zu einer Universitätsausbildung. Sie hatten ihre Chance bisher in unserem Land – dürfen wir ihnen die Türe weisen?

Die Folgen

Statt einer Reform aber haben die Kultusminister Restriktionen beschlossen.

Die Beschlüsse und die neuen Richtlinien stellen administrative Regelungen dar, die die Probleme um das Ausländer-Studium „verwalten“, ohne hochschulpolitische und entwicklungspolitische Überlegungen zu berücksichtigen. Die Konzentration auf Bewerber, die auch im Heimatland studieren könnten, wird sozial nicht privilegierte Schichten von der Möglichkeit einer Universitätsausbildung ausschließen.

Die Einführung des Studienvisums führt mit großer Sicherheit dazu, daß diejenigen Bewerber, die in ihrer Heimat aus politischen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt oder diskriminiert werden, hier nicht mehr studieren können. Schon die von den Hochschulen für Bewerbung und Einschreibung gesetzten Fristen und der lange Verwaltungsweg werden eine Studienaufnahme in den meisten Fällen verhindern. Bis der Student Zulassung, Paß und Visum hat und hier ankommt, ist der Studienplatz weg.

Was ist zu tun?

Die Empfehlungen haben schon jetzt heillose Verwirrung gestiftet, da sie in höchst unterschiedlicher Weise, von einigen Hochschulen auch gar nicht angewendet werden. Die dadurch entstandene Rechtsunsicherheit muß im Interesse der Betroffenen schnellstens beseitigt werden. Für eine beträchtliche Zahl von Studenten, die unter den bisher geltenden Voraussetzungen eingereist sind und schon eine Menge Geld, Zeit und Energie in ihre Studien vorbereitung investiert haben, nun aber möglicherweise von Ausweisung bedroht sind, müssen dringend Übergangsregelungen getroffen werden.

Vor allem aber muß anstelle administrativer Regelungen, die das Ausländerstudium nur verwalten statt gestalten, eine politische Konzeption entwickelt werden, die den Zugang von Studenten aus der Dritten Welt zu den bundesdeutschen Hochschulen unter Berücksichtigung ihrer legitimen Interessen regelt. Die seit Jahren in der Ausländerarbeit engagierten und erfahrenen Kirchen sind gerne bereit, sich daran zu beteiligen.

Hanspeter Petersen

Kirchlicher Entwicklungsdiens

Viele ziehen an einem Strang

Bericht über einen Bericht

Wer oder was ist die AG KED? Was verbirgt sich hinter dieser Formel, die vor rund zehn Jahren im Buchstabsensalat kirchlicher Organisationskürzel auftauchte? Die Antwort ist so verwirrend einfach, daß sich der an kirchlichen Vorgängen normal Interessierte nichts Genaues vorstellen kann. Denn die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) ist weder Zentrale noch ein Schattenministerium noch ein mit Spendengeldern finanziert Wasserkopf.

Vielmehr steckt hinter diesen fünf Buchstaben ein Büro in Stuttgart mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dort kreuzen sich (fast) alle Fäden, die von den am kirchlichen Entwicklungsdienst beteiligten Organisationen, Agenturen, Werke, Aktionen und Gruppen gesponnen werden.

AG KED ist also mit kleinstmöglicher bürokratischer Struktur ein Umschlageplatz für kirchliche Entwicklungspolitik in alle Welt und aus aller Welt. Noch einfacher: Man nehme die Arbeitsstäbe von KED (Kirchlicher Entwicklungsdienst, Hannover), DÜ (Dienste in Übersee, Stuttgart), EZE (Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Bonn), BfdW (Brot für die Welt, Stuttgart) und EMW (Evangelisches Missionswerk, Hamburg) – suche nach einer Plattform, auf der alle miteinander planen, handeln und verhandeln können, und fertig ist die AG KED. Hinzu kommt die Energie aus der Dritten Welt. Denn aus den vielfältigen Beziehungen und Verbindungen der AG KED – Mitgliedern zu Hunderten von Partnern in Übersee, darunter viele in der ökumenischen Bewegung tätigen Kirchen, ergeben sich Impulse, Herausforderungen und Korrekturen, die das entwicklungspolitische Denken und Handeln der Kirchen bei uns zu einem Prozeß werden ließen. Aber: Die AG KED hat nur so viel zu sagen, wie an Gemeinsamkeit ihrer im übrigen selbständigen Mitglieder vorhanden ist.

Ob das viel oder wenig ist, mag der Leser des Jahresberichts 1980 der AG KED selbst beurteilen. Dieser Rückblick trägt übrigens dazu bei, zählebige Vorurteile gegenüber kirchlichen Jahresberichten im allgemeinen („... sind nur fürs Archiv geschrieben“) und evangelischer Arbeit für die Dritte Welt im besonderen („Faß ohne Boden“) abzubauen. Denn die Leistungsbilanz des Jahrgangs '80 ist erstens überschaubar kurz, zweitens klar gegliedert und drittens prall mit Informationen über das kirchliche Entwicklungsgeschäft. Probleme werden nicht freundlich umschrieben, sondern beim Namen genannt. Die theologische Grundsatzausage enthält kein Gummi, das jeder nach Bedarf dehnen kann, sondern einen eindeutigen Standpunkt, wie kirchli-

che Entwicklungsdienste zu verstehen sind. Mag sich jeder Konservative oder Progressive damit auseinandersetzen. Er wird Gewinner sein. Es sei denn, man ist grundsätzlich dagegen.

Zu den Zahlen: 1980 wurden von den AG KED-Mitgliedsorganisationen mehr als 1300 Anträge auf finanzielle und personelle Hilfe für Dritte-Welt-Projekte bearbeitet. Dabei ist über rund 270 Millionen DM entschieden worden. Dieses Geld wurde beispielsweise von Spendern der Aktion „Brot für die Welt“ aufgebracht (62,6 Mio. DM); rund 108 Millionen wurden der EZE aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt; aus dem Kirchensteuer-aufkommen der EKD-Gliedkirchen standen KED 92,6 Millionen zur Verfügung; weitere Mittel kamen bei Gottesdienstopfern und durch kirchliche Zuweisungen für Projekte aus der „Liste des Bedarfs“ des EMW zusammen.

Die Arbeitsschwerpunkte der einzelnen AG KED-Mitglieder sind so unterschiedlich, weil die besonderen Voraussetzungen und Gegebenheiten genutzt und aufeinander abgestimmt werden müssen.

Während beispielsweise bei „Brot für die Welt“ für Wirtschafts- und Sozialeinrichtungen über 37 Prozent und für Maßnahmen im Gesundheitswesen 7,7 Prozent der Verteilsumme eingesetzt wurden, liegen die entsprechenden Werte der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) bei einem Prozent für Soziales und 21,1 Prozent für Medizin. Das Bildungswesen steht bei der EZE mit 28,6 Prozent oben an. Bei „Brot für die Welt“ sind es 16,8 Prozent.

Aus diesen rein quantitativen Aussagen geht hervor, daß in der AG KED versucht wird, im Verbund zu planen. So ist es auch folgerichtig, daß von KED aus Kirchensteuermitteln neben anderem kirchliche Trägerstrukturen (11,7 Prozent) und ökumenische Entwicklungsprogramme (16,2 Prozent) besonders gefördert wurden. Ein weiterer Schwerpunkt der KED-Praxis ist die entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik im Inland. 7,3 Prozent der KED-Mittel wurden dafür eingesetzt.

Ebenfalls mit eigenem Profil stellt sich

26,9 Millionen DM für kirchlichen Entwicklungsdienst

Von den Geldern, die in den siebzehn Landeskirchen in der Bundesrepublik aus Kirchensteuermitteln für Entwicklungshilfe bereitgestellt wurden, hat der Ausschuß „Kirchliche Mittel für Entwicklungsdienst“ der EKD im ersten Halbjahr 1981 insgesamt 26 926 581 DM für Entwicklungsaufgaben in Übersee und im Inland zur Verfügung gestellt.

Davon waren rund 23,8 Millionen DM für Entwicklungsprojekte in Übersee bestimmt. Empfänger der EKD-Gelder sind in der Regel Kirchen und kirchliche Einrichtungen in Übersee, die ihre Entwicklungsaufgaben in ihrem Land nicht aus eigener Kraft finanzieren können. Die EKD förderte mit ihren Mitteln hauptsächlich Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung, Industrie- und Sozialarbeit mit Soforthilfemaßnahmen in Not- und Katastrophenfällen.

Entwicklungsdiest

das Evangelische Missionswerk (EMW) vor: In seiner „Liste des Bedarfs“ sind Projekte aufgeführt (16,7 Mio. DM), durch die nach dem ganzheitlichen Missionsverständnis die Getauften in armen Ländern in die Lage versetzt werden sollen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Einer der vielen Knoten im missionarisch-ökumenischen Netz des EMW sei extra erwähnt: Für die 62 Projekte der Großstadt- und Industriemission, der kirchlichen Laienbildung und der Jugendarbeit wurden 1980 rund 9,4 Millionen DM bewilligt.

In den Konzeptionen der AG KED spielt die Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland „Dienste in Übersee“ (DÜ) eine besondere Rolle. DÜ hat vor allem die Aufgabe, Fachkräfte aller Berufe für überseeische Partnerorganisationen anzuwerben, auszuwählen, vorzubereiten und in deren Entwicklungssprogramme zu vermitteln. 1980 konnten 90 neue Verträge geschlossen werden; Ende des Jahres waren 198 DÜ-ler in Übersee, wobei Botswana, Kamerun, Kenia und Tansania Schwerpunktländer sind. Neu war die Entsendung von Mitarbeitern nach Somalia, Zimbabwe, Kampuchea und Nicaragua.

Wer oder Was ist nun die AG KED? Antwort: Keine Zentrale, eher ein Zentrum, ein ökumenisches Kraftfeld, in dem jeder die Arbeitsweise und -richtung des anderen erfährt.

Was dieses Büro wert ist, in dem gleichartige, selbständige kirchliche Dienste koordiniert, gemeinsame Planungen ermöglicht und Erfahrungen der Partnerkirchen in Übersee umgeschlagen werden, läßt sich in Zahlen nicht ausdrücken. Wie viel bürokratischer Leerlauf durch die Stuttgarter Nicht-Zentrale vermieden und damit Geld gespart wird, ließe sich nur dann feststellen, wenn es morgen die AG KED nicht mehr gäbe.

Hans-Joachim Hofmann

Der Rechenschaftsbericht kann angefordert werden bei der Planungs- und Grundsatzabteilung der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED), Diemershaldestraße 48, 7000 Stuttgart 1.

„Brot für die Welt“:

Höchstes Spendenergebnis seit Bestehen

76,7 Millionen DM kamen bei der 22. Aktion „Brot für die Welt“ zusammen, ein Rekordergebnis, das um 22 Prozent über dem Spendenaufkommen von 1980 liegt. Nach den Gründen für diese Steigerung befragt, vermutet Ökumene-Direktor Hans-Otto Hahn beim Diakonischen

Werk der EKD, daß die allgemeine Weltlage den Menschen mehr als bisher vor Augen führe, wie schnell es mit dem Reichtum der Industrieländer zu Ende sein könne. Ein Teil zöge aus dieser Betroffenheit die Konsequenz, sich verstärkt für die Armen der Dritten Welt einzusetzen. – Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der bundesdeutschen Freikirchen am Spendenaufkommen, die auf das einzelne Mitglied umgerechnet DM 10,17 für „Brot für die Welt“ gespendet haben. Der Pro-Kopf-Betrag der landeskirchlichen Gemeindeglieder lag 1980 maximal noch unter vier Mark.

Die Ergebnisse der 21. und 22. Aktion „Brot für die Welt“ (1979/80 und 1980/81):

Landeskirche	Ergebnis in DM 1979/80	Ergebnis in DM 1980/81
Baden	3 510 019,50	4 345 889,58
Bayern	8 775 048,74	10 548 927,07
Berlin	2 405 309,55	2 575 571,92
Braunschweig	896 836,89	1 197 767,10
Bremen	320 450,32	506 974,73
Hannover	6 833 654,35	8 083 740,81
Hessen-Nassau	4 709 810,05	6 601 268,90
Kurhessen-Waldeck	2 580 470,19	3 160 297,73
Lippe-Detmold	681 191,69	998 222,94
Oldenburg	681 101,90	790 552,55
Pfalz	1 425 668,62	1 964 091,45
Ref. Nordwest-Deutschland	739 180,90	1 062 157,22
Rheinland	7 872 076,33	8 769 722,73
Schaumburg-Lippe	181 077,32	220 940,94
Nordelbische Kirchen*	2 866 425,61	3 776 820,21
Westfalen	6 894 476,32	7 678 738,03
Württemberg	8 950 238,22	10 745 092,51
Freikirchen	2 364 699,17	3 365 521,59
Spenden im Rahmen der AG „Gemeinsam Handeln“	270 878,32	349 329,36
	62 958 613,99	76 741 627,37

* Eutin, Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein

Brüderlich teilen mit Kleinbauern in Chile

Das Oktober-Projekt der Aktion „Brüderlich teilen“ (eine gemeinsame Unternehmung von „Brot für die Welt“ und „Miserere“) sieht eine 42 000-DM-Hilfe für solche Kleinbauern in Chile vor, die sich in

den Jahren vor dem Militärputsch (1973) in Genossenschaften organisiert haben. Im Wirtschaftskonzept der Militärjunta bleiben für Kleinbauern und ihre teilweise noch existierenden Genossenschaften gegenüber den Großgrundbesitzern und auf dem Agrarsektor tätigen Konzernen wenig Chancen.

Für die oftmals am Rande des Existenzminimums vegetierenden Bauern in Südchile hat die Cooperative Campesina Re-

Problemanzeigen

gional „El Sol“ gemeinsam mit den Betroffenen daher ein Programm entwickelt, das diese Genossenschaft wieder handlungsfähig machen soll. Die Aktion „Brüderlich teilen“ wurde gebeten, den Kauf von 11 Sämaschinen für Ochsengespanne zu fördern. Die Geräte – neben einer Einrichtung zur Aussaat von Getreide können sie auch zum Düngen verwandt werden – stellt die Cooperative Campesina elf Gruppen, die sich in der Genossenschaft organisiert haben, gegen Kredit zur Verfügung. Auf diese Weise sollen die Ernteerträge um 5 bis 10 Prozent gesteigert werden. Außerdem wird viel Zeit gespart, in der die Bauern sich dann verstärkt der Bienen- und Kleintierzucht widmen können, um auch auf diese Weise ihre Existenz zu sichern.

Die Genossenschaft übernimmt die Organisation für den Einsatz der Maschinen, kümmert sich um die Instandhaltung und die notwendig werdenden Reparaturen.

Skandalöse „Marktordnung“

Die Nachricht muß man schon zweimal lesen: Eine halbe Milliarde DM allgemeiner Steuermittel wandte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EG) allein 1979/80 auf, um einwandfreies Obst und Gemüse zu vernichten. Umgerechnet handelt es sich dabei um rund eine Million Tonnen, die größtenteils auf Müllkippen verschwanden, um die festen Preise zu halten. Diese Angaben, die die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher aus einer bislang unveröffentlichten EG-Statistik in Bonn ans Licht brachte, werden noch erschreckender, wenn man bedenkt, daß in den letzten zehn Jahren zusammengekommen rund acht Millionen Tonnen Obst und Gemüse vernichtet wurden. Das entspricht 1,7 Milliarden Mark an Steuergeldern. Aber der eigentliche Schaden ist noch höher, wenn die künstlich hochgehaltenen Preise einberechnet werden.

Deshalb ist es konsequent, wenn in Bonn darüber nachgedacht wird, ob sich der allgemeine Zwang zum Sparen nicht auch auf den Agrar-Haushalt der Europäischen Gemeinschaft auswirken muß.

Immerhin zahlt die Bundesrepublik 1981 rund sechs Milliarden Mark in diese Kasse. Der Parlamentarisch-Politische Presseienst (ppp) gibt die Stimmung so wieder:

„Milliarden kostet die sinnlose Förderung einer Überschußproduktion in der europäischen Landwirtschaft, für die nicht annähernd genügend Bedarf besteht. Milliarden kostet dann die Lagerung, Vernichtung oder Verschleuderung der Nahrungsmittel, Milliarden der Ersatz von „Einnahmeausfällen“ der Produzenten.“

Weitere Milliarden verschlingt der gigantische Verwaltungsapparat, den diese Planwirtschaft, die „Marktordnung“ genannt wird, hervorbringt, und überhaupt nicht zu beziffern ist der Umweltschaden, den die Intensivnutzung von Boden und Landschaft verursacht. Der Bruch mit dieser Agrarpolitik ist überfällig, und Bonn kann sich mit seiner Initiative historisches Verdienst um die europäische Sache erwerben. Die eingesparten Mittel müssen nicht in den Kassen der Mitgliedsländer bleiben. Sie müßten für die Förderung und Entwicklung benachteiligter Regionen in der Gemeinschaft ausgegeben werden. Dem europäischen Zusammengehörigkeitsgefühl würde das sicher besser dienen, als der alljährliche Run auf Prämien, Beihilfen und Zuschlüsse.“

„Brot“-Folklore

Zur Unterstützung der Aktion „Brot für die Welt“ hat das Diakonische Werk Schleswig-Holstein eine Langspielplatte „Zum Nachdenken und Mitsingen“ herausgegeben. Die Startauflage der Platte beträgt 2000 Exemplare, sie kostet 20 DM, wobei ein Spendenanteil von 5,50 DM für die Aktion „Brot für die Welt“ bestimmt ist. Eine Auswahl der teils folkloristischen Lieder entstand auf der vergangenen Autoren- und Komponistenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft „Musik in der evangelischen Jugend“ auf dem Knivsberg (Dänemark) im Frühjahr 1981.

Musikfachleute haben die Aufnahmen als „qualitativ hochwertige Produktion“ eingeschätzt. – Die LP ist im Diakonischen Werk in 2370 Rendsburg, Kanalufer 48, erhältlich.

Zunehmende Ausländerfeindlichkeit

Mit einem „deutlich meßbaren Anstieg der Ausländerfeindlichkeit“ ist nach Meinung der Wickert Institute (Tübingen) zu rechnen. Die Institute stützten sich dabei auf eine Repräsentativumfrage, nach der nur noch 34 Prozent aller wahlberechtigten Bundesbürger der Ansicht sind, daß ausländischen Arbeitnehmern, die in der Bundesrepublik arbeiten, Kindergeld für Kinder gezahlt werden soll, die im Ausland leben. Bei der gleichen Umfrage vor drei Monaten hatten sich 45 Prozent für die Kindergeldzahlung ausgesprochen. Die Hauptgründe für den Sinnungswandel liegen nach Wickert in der Arbeitslosenzahl und den Wirtschaftsproblemen in der Bundesrepublik. Die Befragten geben unter anderem an, daß überall gespart werden müsse. Eine Familie, die nicht zusammenlebe, solle auch nicht unterstützt werden. – Diese Stimmung wird dadurch genährt, daß Asylsuchende in den ersten beiden Jahren ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik keine Arbeitserlaubnis erhalten und somit dem Steuerzahler auf der Tasche liegen. Der Bundesarbeitsminister ist sogar ermächtigt, die Wartezeit für die Arbeitserlaubnis auf vier Jahre auszudehnen. Diese erzwungene Arbeitslosigkeit trifft die zur Freizeit verurteilten Asylsuchenden doppelt: Abgesehen davon, daß sie oftmals als „Faulenzer“ angesehen werden, häufen sich die Berichte über die Persönlichkeitszerstörenden Folgen dieser Maßnahme: Sozialarbeiter stellen zunehmend Aggressivität, psychosomatische Erkrankungen, Alkohol- und Drogenmißbrauch sowie Suizidversuche fest.

Ausländer psychisch robuster

Das in der Bundesrepublik verbreitete Vorurteil, ausländische Arbeitnehmer seien häufiger krank als deutsche Bürger, ist nicht haltbar. Auch die Behauptung, Ausländer neigten eher zu Täglich-

Nachrichten

keiten, kriminellem Verhalten und zur Verwahrlosung, stimmt nicht. Untersuchungen des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit (Mannheim) haben ergeben, daß bei ausländischen Arbeitnehmern im Vergleich zur deutschen Bevölkerung „erstaunlich wenige“ psychische Erkrankungen festgestellt werden. Mit dieser Untersuchung – am Beispiel Mannheimer Verhältnisse – liegen erstmals für die Bundesrepublik verallgemeinerungsfähige (und für Industriestädte repräsentative) Erkenntnisse über die psychische Gesundheit von „Gastarbeitern“ vor. Wie die Zeitschrift „forschung“ berichtet, entfielen von den insgesamt ausgewerteten 15 491 Behandlungen beziehungsweise Aufnahmen bei Ärzten und psychiatrischen Einrichtungen zwischen 1974 und 1977 lediglich 955 oder 6,2 Prozent auf Ausländer, wesentlich weniger als ihr Anteil von 11,9 Prozent an der Mannheimer Bevölkerung erwartet ließ. Während sich die deutsche Bevölkerung mit einer Rate von 13 Prozent im internationalen Durchschnitt befindet, liegen die Werte für die drei wichtigsten Gastarbeiternationalitäten in Mannheim – Türken 28,7 Prozent, Italiener 20,2 Prozent und Jugoslawen 16,6 Prozent, zusammen 66 Prozent der Ausländerbevölkerung – mit 3,0 Prozent, 3,4 Prozent und 5,3 Prozent erheblich unter den Durchschnittswerten. Nahe jener der deutschen Bevölkerung liegt dagegen mit 11,5 Prozent die Rate der „Sonstigen Ausländer“, die sich aus Angehörigen von 26 Nationen zusammensetzt.

Nichtseßhafte

In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig 80 000 Nichtseßhafte. Das geht aus einer Antwort des Bundesfamilienministeriums auf eine kleine Anfrage der SPD und FDP hervor. Drei bis vier Prozent von ihnen sind Frauen. Auffällig hoch ist der Anteil der jungen Leute. So sind 32,2 Prozent, also ein Drittel, jünger als 25 Jahre. 70 Prozent der Nichtseßhaften stammen aus der sozialen Unterschicht.

31 Prozent haben keinen Schulabschluß und 70 Prozent keinen Ausbildungsaabschluß. Andere Gründe sind: Krankheit, Sucht, Eheschließung, Tod des Ehepartners, Flucht, Arbeitslosigkeit und Verlust der Wohnung.

Wenn Behinderte reisen . . .

... wollen sie Nichtbehinderten ungezwungen begegnen können

Die Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen hat in den vergangenen vier Jahren 110 ebenerdige und rollstuhlgerechte Wasch- und WC-Anlagen in Raststätten und Tankstellen gebaut. 60 weitere sind in Planung. Die Gesellschaft finanziert ihre Vorhaben ohne öffentliche Mittel.

*

Die Arbeitsgruppe Diakonie des Berliner Kirchenkreises Neukölln hat in Zusammenarbeit mit der Neuköllner Bezirksstelle des Diakonischen Werkes und sieben behinderten Mitbürgern eine Foto-Ausstellung zum Bereich „Behindern“ erarbeitet. Vom September an wird sie durch acht Neuköllner evangelische Gemeinden wandern. An einzelnen Beispielen soll speziell für den Bezirk Neukölln gezeigt werden, wie Behinderte leben, wo sie Schwierigkeiten haben und wie sie gelöst werden können. Die Veranstalter hoffen, „ein wenig dazu beizutragen, daß sich Behinderte und Nichtbehinderte ungezwungener begegnen können“.

*

Speziell für Belange behinderter Jugendlicher sind in Rheinland-Pfalz gegenwärtig sechs von 43 Jugendherbergen eingerichtet. Wie vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt in Mainz verlautet, wird für Freizeiten und Tagungen von Behindertengruppen vor allem das Jugendgästehaus Oberwesel in Anspruch genommen. 30 Prozent der Jugendlichen, die dort übernachten, sind behindert. In Zukunft werden sämtliche Neubauten von Jugendherbergen behindertengerecht geplant.

*

Einen internationalen Reiseführer für Rollstuhlfahrer will die Bundesarbeitsgemeinschaft der „Clubs Behindeter und ihrer Freunde“ herausgeben. In über vierjähriger Vorbereitungszeit wurden

rund 50 000 Anfragen in alle Welt verschickt, Erkundigungen bei Tourismusministerien, Fremdenverkehrsverbänden und Botschaften eingeholt, um rollstuhlgerechte Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen ausfindig zu machen. Das Ergebnis dieser Arbeit ist eine rund 500 Seiten starke, mehrsprachige Broschüre, die zunächst in einer Auflage von etwa 9000 Stück herausgegeben und über die Behinderten-Organisationen verteilt werden soll. Neben 2700 Anschriften in 90 Ländern enthält das Adressbuch auch Hinweise darüber, welche Regionen sich bei den verschiedenen Fällen von Behinderung besonders als Reiseländer eignen und welche nicht. (Zusendungen vermittelt die Redaktion.)

Miese Geschäfte

Vor den Verkaufsmethoden fliegender Händler, die „Behindertenwaren“ anbieten, warnt der Verein für heilpädagogische Hilfe Osnabrück. Zu hohen Preisen würden an den Haustüren oft Waren mit dem irreführenden Hinweis vertrieben, der Verkaufserlös komme den Mitarbeitern einer Werkstatt für Behinderte zugute oder diene zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, heißt es in einer Mitteilung des Osnabrücker Vereins. Hier werde das Mitleid und das gewachsene Problembewußtsein der Menschen für die Behindertenhilfe zu skrupellosen Geschäften ausgenutzt. Der Verein weist darauf hin, daß die Verkäufer ähnlich wie einige Werbekolonnen für Zeitschriften-Abonnements vorgehen und dabei mit frei erfundenen Geschichten arbeiten.

Spar-Programme

Die Bonner Sparmaßnahmen, von denen schon der 81er Bundeshaushalt betroffen ist, schlagen voll durch. So mußte das Diakonische Werk der EKD darauf hinweisen, daß die Sperrung von Bundesmitteln für die Eingliederungshilfen

von Umsiedlern und Flüchtlingen sowie von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen eine Gefährdung dieser Arbeit darstellt. „Die Mehrzahl dieser Menschen kam in unser Land aufgrund der Ratifizierung der Ostverträge oder anderer Verpflichtungen gegenüber der internationalen Völkergemeinschaft, zum Beispiel als Flüchtlinge aus lebensbedrohenden Situationen, oder sie wurden als ausländische Arbeitnehmer von uns angeworben. Damit hat unsere Gesellschaft Verpflichtungen übernommen, die nicht auf die Wohlfahrtsverbände abgewälzt werden können.“ Würde künftig keine ausreichende Finanzhilfe durch den Bund gewährt, bliebe den Wohlfahrtsverbänden nichts anderes übrig, als Mitarbeiter zu entlassen, die für die soziale Beratung und Begleitung dieser Fremden in unserem Land notwendig seien. „Gerade sozial Schwächere sollten in einem freiheitlichen sozialen Rechtsstaat nicht die Opfer konjunktureller Schwankungen werden.“ – Die Ausgabensperre umfaßt zehn Prozent der Haushaltssmittel, mit denen die Wohlfahrtsverbände ihre Programme für Umsiedler, Flüchtlinge und Ausländer geplant hatten.

Zivildienst als Sparobjekt?

Über 15 000 Plätze für Zivildienstleistende gibt es zur Zeit in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt 3461 Stellen dürfen die anerkannten Kriegsdienstverweigerer beschäftigen. Nur 60 Prozent der Plätze sind derzeit besetzt; rund 5800 Zivildienstplätze sind nicht belegt. Der Grund: es gibt nicht genug anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Wie eine Beraterin des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland erklärt, „ziehen die Behörden die Anerkennungsverfahren unter den fadenscheinigsten Gründen in die Länge“. Die Nachfrage nach Zivildienstleistenden ist nach Aussage der Beraterin enorm und die Einsatzmöglichkeiten seien „fast unbegrenzt“. Jedoch habe man nicht die notwendige Zahl von Zivildienstleistenden. Von den 1175 Plätzen beim Diakonischen Werk können rund 400 nicht besetzt werden.

Auf den Spuren Wicherns

Dokumentation als Wanderausstellung

„Auf den Spuren Johann Hinrich Wicherns“ ist der Titel einer Wanderausstellung, die Leben und Wirken des „Vaters der Inneren Mission“ in Bild und Text dokumentiert. Die Ausstellung vermittelt denen, die sich mit Wichern und den Anfängen diakonischen Handelns im 19. Jahrhundert und der Ausstrahlung dieses Handelns bis in unsere Tage beschäftigen möchten, allgemeine Informationen, aber auch weniger bekannte Details. Dabei unterliegt sie nicht der Versuchung, diese bedeutende kirchengeschichtliche Erscheinung kritisch zu hinterfragen oder gar zu bewerten.

1981 jährte sich der Todestag Wicherns – die Grabstätte auf dem Hammer-Friedhof befindet sich ganz in der Nähe seiner Wirkungsstätte, dem „Rauhen Haus“ in Hamburg – zum hundertsten Male. Aus diesem Anlaß wurde die Ausstellung entwickelt. Sie ist auf Trägern (Gabo-System) im Format 96×96 aufgezogen. Beidseitig kaschiert enthält sie 34 Bild-Text-Tafeln. Die Ausstellung – in vier Holzkoffern eingelagert – ist einfach zu

transportieren und aufzubauen. Sie kann – bei Übernahme der Transportkosten – kostenfrei entliehen werden.

Die Dokumentation ist auch als Broschüre (Format 210×200 mm) 72 Seiten, DM 2,- (plus MwSt. + Versand) zu beziehen.

– Die Ausstellung kann 1981 in folgenden Städten und Gemeinden besucht werden:

27. 9.–18. 10. 1981 Johann-Hinrich-Wichern-Haus, Louis-Pasteur-Str. 12, 7600 Offenburg.

9. 11.–30. 11. 1981 Heilig-Geist-Kirche, Johannesstr. 6, 6720 Speyer.

30. 11.–15. 12. 1981 Dominikanerkloster, Kurt-Schumacher-Str. 23, 6000 Frankfurt 1.

16. 12.–31. 12. 1981 Diakonisches Werk Karlsruhe, Vorholzstr. 3, 7500 Karlsruhe 1.

Verleih der Ausstellung und Bezug der Broschüre: Diakonisches Werk der EKD, Öffentlichkeitsarbeit, Staffenbergstr. 76, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 21 59-224.

Bereit?

„Behinderte Menschen in Kirche und Gesellschaft“ lautet der Titel eines Buches mit 34 Beiträgen aus der diakonischen Praxis. Im Vorwort fragt der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, den Leser: „Der behinderte Mensch ist eine Herausforderung an seine Umwelt. Eine Gesellschaft ist tatsächlich soviel wert, wie sie für ihre vom Schicksal besonders betroffenen Glieder zu investieren bereit ist. Wir alle bilden diese Gesellschaft. Sind wir bereit, zu den großen Anteilen der Haushalte, die dafür freigegeben werden sollen, immer freudig Ja zu sagen? Sind wir bereit, mit Behinderten unvoreingenommene Gemeinschaft zu pflegen?“ – (Quell Verlag, Stuttgart, 3 DM Schutzgebühr).

Bibellese '82

Über 100 Autoren aus dem evangelischen, dem katholischen und dem freikirchlichen Bereich haben die neuartige Konzeption einer Bibellese verwirklicht: „Mit der Bibel durch das Jahr 1982“, herausgegeben von Bischof i. R. Helmut Claß (Stuttgart), Bischof D. Eduard Lohse (Hannover), Bischof Dr. Paul-Werner Scheele (Würzburg), Präsident Dr. Theodor Schober (Stuttgart) und Bischof Hermann Sticher (Frankfurt). In der Empfehlung des Kreuz Verlages Stuttgart heißt es: Ausgehend vom ökumenischen Bibelleseplan wird der Leser zu seiner eigenen Bibel geführt und findet dann in dem Buch zu den täglichen Texten eine meditative Auslegung und Erschließung der Schrift. (DM 14.80)

Erfahrung

Wenn man Bibeln an die Presse schickt

Weil in jüngster Zeit so oft von der Bergpredigt Jesu die Rede ist, hat der Presse sprecher im Münchner Landeskirchenamt, Kirchenrat Dr. Walter Allgaier, an bayerische Zeitungsredaktionen Biblexemplare versandt und die Textstelle zum Nachlesen markiert. Welche überraschenden Reaktionen diese Bibelaktion auslöste, schildert er im folgenden Beitrag.

*

Wir kauften 50 Bibeln – „Arbeitsbibeln“ mit flexilem bunten Einband – und schickten sie an alle Vollredaktionen in Bayern. Außerdem bedachten wir damit auch verschiedene Hörfunkredaktionen und die Fernsehstudios. Ein Begleitschreiben steckten wir als Buchmerker an der Stelle Matthäus Kapitel fünf bis sieben ein, dem Fundort der Bergpredigt.

Wir vermerkten kurz, daß die Bergpredigt entstanden sei als Sammlung von Herrenworten in der Jerusalemer Urgemeinde, in einer nichtchristlichen Umgebung also. Dabei sei es den Christen vor allem darauf angekommen, die neuere, bessere Gerechtigkeit, die mit Jesus in die Welt gekommen sei, herauszustellen.

Mit einem Echo hatten wir nicht weiter gerechnet. Uns war es lediglich darum gegangen, den vielen Anfragen mit einer sauberen Information zuvorkommen. Im weiteren dachten wir, daß eigentlich niemand beleidigt sein könnte, wenn er von der Kirche eine Bibel geschenkt bekommt.

Von den Reaktionen waren wir dann doch mehr als überrascht. Offensichtlich kann man mit der Bibel Menschen wieder zum Reden bringen. Da setzten sich gestandene Chefredakteure an ihren Schreibtisch und diktieren Briefe, in de-

nen nicht bloß die üblichen Höflichkeitsfloskeln standen. Ein Rundfunk-Journalist schrieb: „Gratuliere zu dieser ebenso kühnen wie selbstverständlichen Maßnahme!“ Ein Zeitungsmann erzählte von den Schwierigkeiten, heutzutage als Journalist auch Christ zu sein, und daß es das Leben nicht unbedingt erleichtere, wenn man die Bibel ernst und beim Wort nehme.

Aus einer anderen Redaktion kam der Hinweis: Wir haben zwar schon eine Bibel, können aber eine zweite ganz gut gebrauchen. Und außerdem wissen wir durchaus mit ihr umzugehen. Beigelegt war ein Kommentar des Chefredakteurs über die Aktualität der Bergpredigt heute, eine Exegese, die einem Theologen alle Ehre gemacht hätte.

„Noch eine Bibel“ schrieb ein Chefredakteur aus Franken. „Wichtiger wäre für uns jetzt ein Konkordanz, damit wir die einschlägigen Bibelstellen auch finden, wenn beispielsweise im Fischereikrieg

vor Island die Kontrahenten sich wieder einmal mit Zitaten aus dem Alten Testament beschimpfen sollten.“ Der Dankbrief einer Fernsehredakteurin enthielt einen Hinweis auf 1. Mose 27,4. Als wir nachschlugen, lasen wir zu unserer Verblüffung: „Mache mir ein Essen, wie ich's gern habe...“ Der Dame konnte inzwischen mit einem Abendessen geholfen werden.

Ein weiterer Nachfrage-Boom stand dann ins Haus, als durch eine Pressenotiz unsere Bibelaktion einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde. Zu den prominentesten Interessenten an einer Bibel zählten in der Folge der Bayerische Städteverband sowie die Bayerische Staatskanzlei – Protokollabteilung. Wollen die Kommunen, so fragen wir uns jetzt, Hausbesetzern und Demonstranten mit der Bergpredigt Paroli bieten oder vielleicht nur gewappnet sein für den Fall, daß Protestierer die Bibel gegen die Behörden im Marschgepäck und mit ins Feld führen?

diakonie report

Zeitschrift des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, herausgegeben von der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart
Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 21 59-223
Telex ddws 0723 557
(Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)
ISSN 0342-1643

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Joachim Hofmann

Redaktionsbeirat: Günther Dehn, Nürnberg;
Herbert G. Hassold, Stuttgart; Hans Kober,
Nürtingen

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Walter Allgaier, München
Hans Becker, Stuttgart
Veronika Besau, Mannheim
Erika Friese, Stuttgart
Peter Helbich, Oldenburg
Wolfgang Helbig, Hannover
Hanspeter Petersen, Stuttgart
Katharina von Randow, Rendsburg
Wolfgang Schenk, Stuttgart
Theodor Schober, Stuttgart
Hans-Erich Thomé

Umschlag-Gestaltung:
Hans-Eduard Franke, Neuhausen a. d. F.

Druck: Henkel GmbH, Offset, Buchdruck,
7000 Stuttgart 40 (Zuffenhausen)

Verlag: Evangelisches Verlagswerk GmbH,
Staffenbergstraße 44, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 24 14 95
Mitglied des Gemeinschaftswerks der
Evangelischen Publizistik

Spendenkonto „diakonie report“:
Diakonisches Werk der EKD
Postscheckamt Stuttgart 344 70-701
(BLZ 600 100 70)
Landesgirokasse Stuttgart 2001 351
(BLZ 600 501 01)

Auf Wunsch wird Ihnen diese Zeitschrift
kostenlos zugesandt. Bestellungen und
Anschriftenänderungen nur beim Evangelischen
Verlagswerk, Postfach 9 27, 7000 Stuttgart 1

diakonie report 6/81 kommt Ende November/Anfang Dezember ins Haus und bringt das Neueste von der Aktion **Brot für die Welt**. Außerdem erfahren Sie, was mit den Spenden für **Hilfe für Polen** geschieht und warum es so wichtig ist, die Weihnachtspost mit **Wohlfahrtsmarken** zu frankieren. Wiederum gibt es über Vorgänge von der „sozialen Front“ zu berichten, von denen auch die **Diakonie in der Gemeinde** berührt wird.

Behinderungen

Vor wenigen Wochen ist in Darmstadt ein schwer behinderter Junge ausgesetzt worden. Unbekannte hatten ihn mit einer Schnur an die Tür der katholischen Sankt-Fidelis-Kirche gefesselt. Ein bestürzendes Ereignis im Jahr 1981, das zum Jahr des behinderten Mitmenschen erklärt wurde. Ein Zeichen dafür, daß trotz imponierender Erfolge einer Aktion Sorgenkind, trotz fleißiger und einfühlsamer Berichterstattung und Meinungsbildung in den Medien, trotz des wachsenden Selbstbewußtseins von Behindertengruppen die Behinderung in unserer Gesellschaft der „Normalen“ unaufhaltsam fortschreitet.

Während einerseits fünf Mark Spendengeld mit der Aussicht auf eigenen Gewinn und ein verständnisvolles Kopfnicken für die Belange der Behinderten (im allgemeinen) schon ausreicht, um sich

ein gutes Gewissen zu verschaffen, wird andererseits die alte Mutter, die durch einen Schlaganfall behindert ist, zwischen den Kindern hin- und hergestoßen, weil jeder dem anderen die Last der Pflege aufbürden möchte. Und ein Pflegeheim kommt nicht in Frage, weil das ja möglicherweise alle etwas kosten könnte.

Solange sich nicht unsere Augen öffnen für Behinderungen in der eigenen Umgebung, in der eigenen Familie, solange wird das Jahr des Behinderten ein Windei bleiben, eine „Einjahresfliege“ wie das Jahr des Kindes und das Jahr der Frau.

Wenn der heranwachsende Sohn wegen seiner schlechten schulischen Leistungen gemäßregelt wird und die Eltern seine berufliche Zukunft in den dunkelsten Farben malen, dann werden Behinderungen geschaffen statt sie zu beseitigen. Wenn – wie geschehen – Eltern eines 10jährigen Schülers die Lehrerin fragen, ob denn nach ihrer Meinung seine Intelli-

genz ausreiche, um den Numerus clausus in Medizin zu schaffen, dann demaskieren sich die „Normalen“ als die wirklichen Behinderten.

„Sage mir, was du verdienst, und ich sage dir, was du wert bist.“ Nach diesem Schema werden Menschen heutzutage ziemlich oft beurteilt. Und alle, die durch das Sieb von Leistung und Erfolg fallen, die Konsum und glückliches Leben nicht gleichsetzen wollen oder nicht gleichsetzen können, so wie es uns die Werbung vorgaukelt, die zählen kaum. Dabei behindern wir uns selbst und machen andere zu Behinderten, wenn Lohnzettel und die Menge des Konsums zur Visitenkarte werden.

Jesus hat Menschen – unabhängig von ihren Behinderungen – angesprochen mit den Worten: „Was willst du, daß ich dir tun soll?“ Diese Worte, gesprochen und ins Leben umgesetzt, sind wohl der Schlüssel zur Lösung unseres Behinderungsproblems.

Hans-Erich Thomé

Schreib dein Wort in meine Seele

Mein Herr und mein Gott,
ich bin nicht würdig,
daß du mir nahe kommst.
Mein Leben ist in Unordnung,
mein Herz trägt Narben.
Verloren habe ich die einfache Rede;
mein Mund spricht Lügen.
Hochfahrend ist mein Wesen;
Ungerechtigkeit und Zorn
sind meine täglichen Begleiter.
Ich bin nicht würdig,
daß du bei mir einkehrst,
aber sprich nur ein Wort,
dann wird meine Seele gesund.

Mein Herr,
schreib dein Wort in meine Seele
mit dem Stift der Liebe.
Schreib dein Wort in meine Seele,
damit es niemand löschen kann.
Laß mich dein Wort
Tag und Nacht bedenken.
Dein Wort verwandelt mich;
es wendet das Böse zum Guten;
es rettet das Verlorene.
Es führt den Hilflosen
aus seiner Not.
Dein Wort ist wie ein Samenkorn,

das in meine Seele fällt
und aufgeht zu seiner Zeit.
Es trägt vielfältig Früchte.
Es bringt Heilung dem Kranken
und Ruhe dem Verzweifelten.
Am ersten Schöpfungstage
hast du gesprochen: Es werde Licht!
Und es ward Licht.
Sprich in die dunkle Nacht
meiner Seele: Es werde Licht.
Alle Dunkelheit muß weichen
dem göttlichen Licht,
das in Jesus Christus leuchtet.
Ich lebe nicht allein vom Brot,
der Nahrung für den Leib,
sondern auch von deinem Wort,
das meine Seele stärkt.
Halte ich dein Wort,
so gibst du mir Anteil
am ewigen Leben.
Himmel und Erde vergehen;
die Welt und ihre Ängste,
die Traurigkeiten der Seele
werden nicht mehr sein.
Dein Wort jedoch
bleibt von Ewigkeit zu Ewigkeit.

Mein Herr und Gott,
ich danke dir für dein Wort,
das du zu meiner Seele sprichst.

Was würde ich
in Trübsal und Anfechtung tun,
wenn ich nicht dein Wort hätte?
Dein Wort zeigt mir den Weg,
den ich auf dieser Erde gehen muß,
um zur Ewigkeit zu gelangen.
Schenke mir,
allmächtiger Gott,
deine Gnade und Barmherzigkeit.
Verleihe mir,
lieber Vater im Himmel,
den Frieden des Herzens.
Bewahre meine Schritte
und lenke sie in dein Reich.

Herr,
segne und behüte mich.
Laß dein Antlitz leuchten über mir
und sei mir gnädig.
Erhebe dein Angesicht auf mich
und gib mir deinen Frieden. Amen.

Dieses Gebet ist dem neuen Buch „Schreib dein Wort in meine Seele“ von Peter Helbich entnommen. Der Band enthält auf 126 Seiten meditative Texte, die helfen wollen, „Ordnung zu stiften“. (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn.)



diakonie
report

Postvertriebsstück

E2431FX

Gebühr bezahlt

000236364/005 014

GOSSNERSCHE MISSIONS-GES.
HANDJERYSTR. 19-20

1000 BERLIN 41



DIE NEUEN
WOHLFAHRTS-
MARKEN



Eingegangen
24. OKT. 1980
Erle 4

diakonie report 5

INFORMATIONEN AUS DEM DIAKONISCHEN WERK
DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND
STUTTGART/OKTOBER 1980

Evangelische Kirche in Deutschland – Der Vorsitzende des Rates –

Diakonische Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Kirchen in Deutschland – Der Vorsitzende –

An alle Kirchengemeinden und Pfarrämter,
Einrichtungen und Aktivitäten der Diakonie,
Kirchliche und Diakonische Werke und Verbände.

Betrifft: Diakonische Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte:
»Nehmt einander an, wie Christus uns angenommen hat.«

Liebe Schwestern und Brüder,
sehr geehrte Damen und Herren.

Die Mahnung des Apostels »nehmt einander an, gleichwie Christus uns angenommen hat zum Lobe Gottes« (Röm. 15,7) ergeht an die Christen zu Rom und gilt auch uns. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1981 zum »Jahr der Behinderten« ausgerufen und fordern alle Völker auf, sich der Behinderten anzunehmen und mit ihnen und für sie hilfreiche Aktivitäten in Gang zu setzen.

Noch immer leben viele Behinderte unter uns im verborgenen. Das verstärkte Hören auf das Paulus-Wort läßt uns fragen, wie wir sie ansprechen und auf welche Weise sie am Leben in unseren Gemeinden aktiv teilnehmen können.

Eine Reihe ermutigender Beispiele in Gemeinden und diakonischen Einrichtungen läßt erkennen, daß wir bereits auf dem richtigen Weg sind. Dabei verstehen wir uns als »Glieder an dem einen Leib« unseres Herrn; der Nichtbehinderte ist Bruder des Behinderten.

Wir möchten Sie ermuntern, Ihre Möglichkeiten und Gaben in Ihrer jeweiligen Situation phantasievoll zu entfalten. Etwa,



daß mehr Informationen über Ursachen und soziale Folgen für Betroffene und ihre Angehörigen verbreitet werden und wir von bloßem Mitleid oder Gleichgültigkeit zu gegenseitiger Annahme und zum gemeinsamen Leben finden;



daß wir besser aufeinander hören und fähiger werden, mit Leid und Begrenzung im eigenen Leben umzugehen;



daß in Seelsorge, Unterweisung und anderen Angeboten unserer Gemeinden Behinderte und ihre Familien selbstverständlicher einbezogen werden;



daß wir auch im Alltag Distanz zu behinderten Menschen überwinden, sie unterstützen und nachbarschaftliche und gemeindliche Hilfen entwickeln;



daß wir Betroffene ernst nehmen und ohne gegenseitige Bevormundung mit ihnen wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen;



daß wir die Arbeit mit Behinderten nicht nur den Fachleuten überlassen, sondern neue Formen und mögliche Hilfen wagen, ehrenamtliche Helfer entdecken und den Betroffenen Raum zur Selbsthilfe geben.

So könnte das Paulus-Wort behinderte und nichtbehinderte Menschen in der Gemeinde und ihrer Diakonie in Bewegung setzen, daß wir einander wahrnehmen, uns miteinander aussprechen, uns gegenseitig achten und verbindlich gemeinsam zu leben beginnen.

Kirchengemeinden und ihre Dienste sowie diakonische Einrichtungen sollten in dieser Richtung Bahnbrecher sein.

Im Herbst 1981 wird im Rahmen einer Tagung in Nürnberg mit Gemeinden, Betroffenen, ihren Angehörigen und diakonischen Einrichtungen ein Erfahrungsaustausch angeboten sowie Anregung und Ermutigung vermittelt werden.

Die Tage in Nürnberg werden kein »Abschluß« sein, sondern im besten Fall eine Station auf dem Weg: Denn das Wort des Apostels begleitet uns nicht nur 1981, sondern gilt als Lösung für uns alle, bis der Herr kommt.

Sie finden in diesem Heft Informationen, Anregungen und Arbeitshilfen.
Bitte machen Sie davon Gebrauch.

Nutzen Sie, so gut es geht, alle Ihre Möglichkeiten.
Gott segne unser gemeinsames Bemühen.

Herzliche Grüße Ihre

D. Eduard Lohse

Landesbischof D. Eduard Lohse

Dr. Theodor Schober

Präsident Dr. Theodor Schober

Theologische Besinnung



•Nehmt einander an, wie Christus uns angenommen hat, zu Gottes Lob

Die Konferenz evangelischer Behindertenhilfe und das Diakonische Werk der EKD haben dieses Wort aus dem Römerbrief als Leitmotiv für alle dia-
konischen Initiativen im Jahr des Be-
hinderten 1981 gewählt. Mit Behinde-
rungen körperlicher, geistiger oder
seelischer Art hat es allerdings nichts
zu tun. Es ist hineingezielt in eine ge-
spaltene Gemeinde, in der sich zwei
Gruppen gegenüberstehen – die Star-
ken und die Schwachen, die Heiden-
und die Judenchristen, diejenigen, die
sich über Speisevorschriften im Glau-
ben hinwegsetzen konnten, und sol-

che, die sich darüber ein beschwertes Gewissen machten. Theologische Meinungsverschiedenheiten rissen die Gemeinde auseinander. Paulus mahnt, den Leib Christi, die Gemeinde nicht auseinanderzureißen. „Es lebe ein jeder unter uns so, daß er seinem Nächsten gefalle zum Guten, zur Auferbauung, denn auch Christus hat nicht sich selber zu Gefallen gelebt“, Röm. 15,2 und 3.

Behinderungen trennen Menschen in Gesunde und Behinderte, Normale und außerhalb der Norm Stehende, Helfer und Hilfsbedürftige, Starke und Schwache. Wo kommen die Körperbehinderten, Geistig- und Seelischbehinderten in der christlichen Gemeinde vor? Als Objekte der Betreuung, der Diakonie sind sie gewiß vorhanden. Einrichtungen sind für sie da, Fachleute stehen zur Verfügung.

Gemeinsames Leben aber macht Mühe, erfordert Überdenken und Ausräumen von Vorurteilen und Fantasie.

Gottesdienste, zu denen Behinderte selbstverständlich kommen, sind Ausnahmen. Kirchen und Gemeindehäuser haben Treppen, die Rollstuhlfahrer ausschließen. Eltern von geistig behinderten Kindern fürchten, ihr Kind könnte unruhig werden und stören. Soll man solche Kinder taufen, soll man sie unterrichten, zum Abendmahl zulassen? Diese Fragen werden verschieden beantwortet. Gemeinde Christi mit Trennungslinien zwischen den einzelnen Gliedern.

Christus hat uns angenommen

Zu Jesus kommen im Neuen Testa-
ment Lahme und Blinde, Epileptische
und Aussätzige und begehren und fin-
den Heilung. Besessene erleben ebenso
Befreiung wie Schuldbeladene. „Das Reich Gottes beginnt in die-
ser Welt mit Jesus bei den Armen,
den Kranken, den Ausgesetzten.
Werden sie selig gepriesen, dann sind
sie nicht Objekte christlicher Wohltä-
tigkeit, Mildtätigkeit und Liebe. Sie
sind dann Reichsgenossen (Mt. 5,3)

und „Brüder“ des Menschenohnes“ (Moltmann).

Jesus läßt diese Menschen an sich herankommen bis zur Tischgemein-
schaft, er geht zu ihnen ins Haus:

„Heute ist diesem Haus Heil widerfah-
ren“, und so werden gestörte Men-
schen und Verhältnisse heil und ganz.

Am Anfang der Diakonie steht die Bot-
schaft, daß Christus uns angenom-
men hat, daß er uns herankommen
läßt bis an seinen Tisch und uns be-
freit. Als Angenommene hören wir dann:

Nehmt einander an

Das Schema – Helfer und Hilfeemp-
fänger, Betreuer und Betreuter – eignet
sich nicht für eine ganzheitliche
Diakonie der Gemeinde Jesu Christi.
Behindert und Nichtbehindert haben
je Gaben, die sie für einander ge-
brauchen und mit denen sie ihr Leben
untereinander bereichern können und
sollen. Im Neuen Testament hat „an-
nehmen“ auch den Sinn von Speise
zu sich nehmen – essen als auch zu
sich-ins-Haus-nehmen. Diese Bedeu-
tungen schwingen sicher in der
apostolischen Mahnung, nehmt ein-
ander an, wie Christus uns angenom-
men hat, mit.

Gemeint ist also eine Gemeinde, in
der man miteinander ißt, sich gegen-
seitig ins Haus einlädt, wo die übli-
chen Trennungslinien verwischt sind.
Da kann man Gottesdienst von Be-
hinderten und Nichtbehinderten feiern,
da ist Platz für Rollstuhlfahrer, Raum
für den Lern- und Geistigbehinderten,
Geduld für den seelisch Behinderten.

Gott sei Dank gibt es schon solch ge-
meinsames Leben ansatzweise unter
uns. Das Jahr des Behinderten 1981
kann ein Anstoß werden, die Behin-
derten in den Gemeinden und Einrich-
tungen zu suchen und besser wahrzu-
nehmen, Schritte aufeinanderzu zu
wagen und an vielen Stellen einen ge-
meinsamen Weg zu beginnen.

Diakonische Initiativen

Geistig behinderte Menschen unter uns

Unter uns leben geistig behinderte Menschen. Man schätzt ihren Anteil in der Gesamtbevölkerung auf mindestens 0,6%. Die Ursachen:

- Veränderung der Erbträger,
- Schädigungen vor oder während der Geburt,
- frühkindliche Krankheiten,
- Verletzungen bei Unfällen.

In allen Fällen führen die Beeinträchtigungen der Gehirnfunktionen zu einer Unterentwicklung der geistigen Kräfte. Die daraus entstehenden Behinderungen sind so unterschiedlich wie die Ursachen, die dazu geführt haben.

Zum Beispiel *Martin*: Er richtet sich morgens zu Hause selbst sein Frühstück und fährt dann allein mit dem Bus zur Werkstatt für Behinderte. Am Sonntag geht er mit seinem Vater auf den Fußballplatz und unterstützt seinen Verein durch begeisterte Zurufe.

Oder *Karin*: Sie braucht wesentlich mehr Hilfen. Sie sitzt im Rollstuhl und

braucht auch Hilfe beim Essen. Ihre Lieblingsbeschäftigung ist das Aufreißen von großen farbigen Holzperlen. Sie kann nicht sprechen. Wenn sie sich freut, sieht man das an ihren strahlenden Augen.

Geistig behinderte Menschen kennen- und verstehen lernen

Es gibt geistig behinderte Menschen, die auf uns zugehen und darauf warten, daß wir mit ihnen reden und ihnen zuhören. Anderen müssen wir dabei helfen, sich mitzuteilen: durch Sprache, Mimik oder Gestik.

Manche geistig Behinderte machen es uns leicht, mit ihnen umzugehen. Wir brauchen uns nur Zeit für sie zu nehmen. Andere entwickeln von sich aus keine Initiative. Sie brauchen unser Einfühlungsvermögen, unsere Phantasie und Geduld.

Geistig Behinderte sind mit sich und ihrer Welt oft allein. Sie wünschen sich jemand, der diese Welt mit ihnen teilt: ihre Erlebnisse und Erfahrungen, ihre Freude und ihre Sorgen.

Geistig Behinderte schenken einem Partner ihr ganzes Vertrauen und rechnen damit, daß sie nicht enttäuscht werden.

Erwartungen an uns

Geistig Behinderte brauchen uns. Sie brauchen *Verhältnisse*, in denen sie sich wohl fühlen, entfalten können und sinnvoll beschäftigt sind:

- Familien, frühe Hilfen, Sonder- schulen, Werkstätten, Tagesstätten, Wohnheime, therapeutische Einrichtungen.

Sie brauchen *Gesetze, Regelungen und finanzielle Mittel*, die ihnen den Zugang zu solchen Einrichtungen ermöglichen und gewährleisten:

„Der Behinderte verhungert, weil ihm Erfahrungen – gute sowohl als auch schlechte – vor- enthalten werden. Er erstickt an den vorfabrizier- ten Meinungen, mit denen er vollgestopft wird.“

Wie soll er leben?“

Heide Geiger

- Behörden und Gemeinden, Dienstleistungsbetriebe und Spender.

Sie brauchen *Menschen*, die ihre Behinderungen richtig erkennen und ihnen dabei helfen, sie zu überwinden bzw. mit ihnen zurechtzukommen:

- Erzieher, Heilpädagogen, Ärzte, Sonderschullehrer, Heilerziehungs- pfleger.

Sie brauchen *Partner*, die mit ihnen sprechen, spielen, arbeiten, Ferien machen, die ihnen den Raum geben zur Entfaltung ihres Lebens und dieses mit ihnen gestalten:

- Eltern und Verwandte, Geschäftsleute und Kollegen, Nachbarn und Freunde.

Was können wir tun?

Standhalten: z. B. nicht aus dem Weg gehen.

Geistig Behinderten begegnen bei Verwandten, in der Straßenbahn, in der Gaststätte.

Mitgehen: z. B. sich zuwenden.

Einem geistig Behinderten behilflich sein beim Einkaufen, im Bus, beim Suchen einer Straße. Bei Aktivitäten und Festen von Behinderten mitmachen.

Diakonische Initiativen

Kennenlernen: z. B. eine freundschaftliche Beziehung anbahnen.

Von einem geistig behinderten Menschen mehr erfahren über seine Wünsche, Hoffnungen, Enttäuschungen, Erlebnisse.

Bereit sein: z. B. eine Patenschaft übernehmen.

Sich für einen geistig Behinderten verantwortlich fühlen. Durch Einladungen und gemeinsame Erfahrungen eine dauerhafte Verbindung entstehen lassen.

Informiert sein: z. B. Veröffentlichungen über Behinderte lesen.

Ursachen und Auswirkungen einer Behinderung sowie Möglichkeiten und Grenzen der Hilfe für geistig Behinderte in Erfahrung bringen.

Gesellschaftliche Situation der Behinderten erkennen und sich für Verbesserungen einsetzen.

Auskünfte und Informationen

Wenn Sie helfen wollen oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte an

- Ihren Gemeindepfarrer,
- andere Mitarbeiter der Kirchengemeinde,
- Dienststellen der Diakonie,
- Einrichtungen für geistig behinderte Menschen in Ihrer Nähe.

Wenn Sie weitere Informationen suchen, schreiben Sie bitte an das Diakonische Werk Ihrer Landeskirche (Anschrift bei Ihrem Pfarramt) oder an das Diakonische Werk der EKD oder an den Verband evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e. V., Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Körperbehinderte Menschen kennen- und verstehen lernen

Körperbehindert ist, wer nicht nur vorübergehend im Gebrauch seiner Arme und Beine, Hände und Füße eingeschränkt ist oder sich nicht ohne Hilfe aufrecht halten kann.

Solche Behinderungen können entstehen durch Schädigungen des Kindes im Mutterleib (z. B. durch Contergan) oder während der Geburt (z. B. spastische Lähmungen), durch Krankheiten (z. B. durch Kinderlähmung) oder Unfall (z. B. Querschnittslähmungen).

Oft kommt zu einer Körperbehinderung auch eine Behinderung der Lernfähigkeit oder eine geistige Behinderung hinzu (Mehrfachbehinderung).

In den seltensten Fällen sind Körperbehinderungen erblich oder auf Alkohol- oder Drogenmißbrauch der Eltern zurückzuführen.

Erwartungen an uns

Aus dem Brief einer Rollstuhlfahrerin:

„... und doch hatte ich trotz des schönen Erlebnisses letzte Woche gestern einen sehr schlechten Tag. Es ist ja manchmal so, daß eben alles deprimierend erscheint, was an anderen Tagen halb so schlimm ist...“

Bei mir waren es einmal wieder die Treppen. Von überall starren sie mich an, machten mir klar, daß hier 'Stop' ist, kein Einlaß für Rollstuhlfahrer... und gerade in diesen Schaufelstern entdeckte ich dann Sachen, die ich mir gern näher angesehen hätte...“

Bin dann doch wieder in dem Geschäft gelandet, in das ich wegen der Zufahrt hinein konnte. Ich fühlte mich von den Augen der Verkäuferin die

Körperbehinderte Menschen unter uns

Unter uns leben ca. 450 000 körperbehinderte Menschen. Viel wird für sie getan. Dennoch bleibt ihr Lebensraum eingeschränkt. Für viele bedeutet dies:

Mit einem Rollstuhl leben.

Überall sind *Barrieren*:

Kaum eine Wohnung ohne Treppen, kaum Geschäfte, Schulen, Post, Bahnhof ohne Stufen, kaum ein Verkehrsmittel ist für Rollstühle geeignet.

Nur wenige Kirchen und Gemeindehäuser sind für Rollstühle zugänglich.

Dazu: Vorurteile, Rücksichtslosigkeit und Gleichgültigkeit der Umwelt, mangelnde Kontakte, fehlende Partnerschaft und oftmals ständige Abhängigkeit von anderen.

Das führt zu Enttäuschungen, Resignation und Rückzug in die Isolation. Am Arbeitsplatz, im Freizeitbereich, in Ehe und Familie.

Wer fragt da nicht, wozu lebe ich überhaupt? Was für einen Sinn hat mein Leben?

Diakonische Initiativen

„Jede christliche Gemeinschaft muß wissen, daß nicht nur die Schwachen die Starken brauchen, sondern daß auch die Starken nicht ohne die Schwachen sein können. Die Ausschaltung der Schwachen ist der Tod der Gemeinschaft.“

(Dietrich Bonhoeffer)

ganze Zeit verfolgt, jeden meiner Handgriffe, ja jeden meiner Blicke.

Das ist nichts Neues, denn vor Monaten haben einmal zwei Behinderte dort etwas „mitgehen lassen“, und seitdem herrscht dieses Mißtrauen gegen jeden von uns.

Aber es ist doch immer niederschmetternd und erniedrigend, es selbst zu erleben, zu fühlen, wie schnell verallgemeinert wird, wie schnell durch solche dummen Zwischenfälle Vorurteile verstärkt werden...

... Gestern abend rief mich Michael an. Auf seine Anzeige hin waren ihm zwei Wohnungen angeboten worden, eine im 1., die andere im 3. Stock. Wie Du weißt, ist er auch Rollstuhlfahrer. Also wieder nichts für ihn! –

Ach Almuth, ob es jemals eine andere Welt für Behinderte gibt? Eine mit weniger Barrieren, weniger Vorurteilen, weniger Abhängigkeit???"

Körperbehinderte brauchen Partnerschaft

Mitleid und Ekel kränken, aber Annehmen und Aufnehmen tut gut. Wie jeder Mensch, so braucht der Körperbehinderte andere, die ihn als Menschen annehmen und als Partner ernst nehmen. Er möchte mit seinen Wünschen, Bedürfnissen und Rechten nicht allein gelassen werden. Er möchte teilhaben am öffentlichen und kirchlichen Leben nach seinen Fähigkeiten und Neigungen.

Was können wir tun?

Wir können

- durch die Begegnung mit Körperbehinderten unsere Vorurteile, Bedenken und Hemmungen überwinden;
- im Gespräch ihre Bedürfnisse und Wünsche erfahren;
- gemeinsam mit Behinderten etwas tun: z. B. Rollstuhlpaziergang, Einkaufsbummel, Abholen zum Gottesdienst, an Jahresfesten und Clubaktivitäten teilnehmen, öffentliche Veranstaltungen besuchen;
- gemeinsame Freizeiten organisieren, Gottesdienste vorbereiten und feiern;

und so Partnerschaft erfahren.

Auskünfte und Informationen

Wenn Sie helfen wollen oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte an

- Ihren Gemeindepfarrer,
- andere Mitarbeiter der Kirchengemeinde,
- Dienststellen der Diakonie,
- Einrichtungen für Körperbehinderte Menschen in Ihrer Nähe.

Wenn Sie weitere Informationen suchen, schreiben Sie bitte an das Diakonische Werk Ihrer Landeskirche (Anschrift bei Ihrem Pfarramt) oder an das Diakonische Werk der EKD oder an den Verband Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behindeter e. V., Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Psychisch kranke Menschen unter uns

In der Bundesrepublik Deutschland sind psychisch Kranke keine Minderheit. Etwa jeder Dritte von uns hat bereits einmal in seinem Leben irgend eine psychische Krankheit durchgemacht oder leidet noch daran.

Jährlich sind rund eine Million Personen dringend psychiatrisch oder psychotherapeutisch behandlungsbedürftig. Viele psychisch Kranke finden keine oder keine befriedigende fachliche Hilfe oder sie sind nach Beendigung der Behandlung wieder allein mit ihren Problemen:

- mit der Wohnung,
- mit dem Arbeitsplatz,
- mit den sozialen Kontakten.

Denn immer, wenn es ihnen nicht gut geht, riskieren sie, Wohnung, Arbeitsplatz oder für sie wichtige menschliche Beziehungen zu verlieren.

Psychische Krankheiten können viele Ursachen und Auslöser haben. Es

Diakonische Initiativen

gibt sehr unterschiedliche Theorien, in denen versucht wird, das seelische Leiden der Menschen zu erklären. In keinem Fall kann eindeutig gesagt werden, eine seelische Krankheit sei angeboren. Umweltfaktoren spielen immer eine wesentliche Rolle.

Sehr viele Menschen haben Probleme mit sich und ihren Mitmenschen. Sie werden jedoch deshalb nicht als „Kranke“ bezeichnet. Es gibt keine allgemeine Regel, ab wann jemand als „seelisch krank“ zu bezeichnen ist.

Wenn ein Mensch

- nicht mehr in der üblichen Art und Weise in Kontakt zu seinen Mitmenschen treten kann,
- seine Leistungsfähigkeit gestört ist, ohne daß eine erkennbare körperliche Ursache vorliegt,
- als Erwachsener seine Angelegenheiten nicht mehr selbstständig regeln und
- nicht mehr die Verantwortung für sein Verhalten und Handeln übernehmen kann,

gilt er als seelisch krank. Die Bezeichnung „krank“ gewährt ihm Schutz vor ungerechtfertigter Kritik durch seine Umgebung.

Psychisch Kranke werden heute immer mehr körperlich Kranken gleichgestellt in ihren Rechten und Behandlungschancen. Sie finden Hilfe nicht nur in psychiatrischen Kliniken, sondern auch bei Psychotherapeuten, Nervenärzten und in Beratungsstellen. Zur fachlichen Hilfe kommt heute oft die Selbsthilfe.

Erwartungen an uns

Psychisch Kranke sind häufig isoliert. Nachbarn und Arbeitskollegen bringen oft wenig Verständnis und Geduld für ihr „gestörtes“ Verhalten auf. Man-

cher, der einen psychisch Kranken in nächster Nähe erlebt, fühlt sich selbst gestört: weil er selbst unter Stress steht oder weil er einfach nicht weiß, wie er sich „richtig“ verhalten soll. Der psychisch Kranke stört andere, und diese wenden sich ab. Der psychisch Kranke leidet aber gerade unter dem Rückzug der anderen.

Die soziale Abgeschnittenheit ist schlimm für den psychisch Kranke. Er braucht dringend Kontakt, Interesse und die Zuwendung der Mitmenschen.

Etwas Geduld und Offenheit – aber auch Zeit – ermöglichen gute Kontakte, die jedoch in den seltensten Fällen von dem Kranke selbst aufgenommen werden können. Menschen, die auf ihn zugehen, können wesentlich zu seiner vollständigen Genesung beitragen.

Wir sind als Arbeitgeber, Vermieter und Mitbürger angesprochen, diesen Menschen eine Chance zu geben: Mit einem Arbeitsplatz bzw. einer Wohnung, wo sie akzeptiert sind, bzw. mit neuen fachlichen Hilfen, die wir für sie mit aufbauen.

Was können wir tun?

Wir können uns engagieren und

- den psychisch Kranke und seinen Nachbarn darin unterstützen, daß er in seiner Wohnung bleiben kann
- den psychisch Kranke in seiner Arbeitssituation unterstützen, so weit dies möglich ist
- ihm als Mitmensch Kontaktmöglichkeiten und Hilfestellungen geben, z. B.
- Besuche von psychisch Kranke in Kliniken, Langzeitheimen und psychiatrischen Abteilungen in Alten- und Pflegeheimen,

- Mitarbeit in Kontaktgruppen (Clubs), in der Gemeinde und in Kliniken,
- Mitarbeit in Angehörigengruppen,
- Besuche bei Angehörigen,
- Mitarbeit in der Nachbarschaftshilfe zur Betreuung psychisch Kranke,
- Hilfe bei der Nachsorge nach einem Klinikaufenthalt,
- Betreuung von Kindern seelisch kranker Eltern,
- Übernahme von Vormundschaften und Pflegeschaften,
- Mithilfe bei Sonderkuren und Begleitung bei Erholungsreisen,
- Mitarbeit bei Gemeindeseminaren und Gottesdiensten, bei denen über seelische Erkrankungen informiert wird;
- in einer aktiven Gruppe in der Gemeinde mitarbeiten, die sich für den Aufbau der dringend notwendigen fachlichen Hilfen einsetzt (z. B. ambulante Beratungstelle).

Wenn Sie helfen wollen oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte an

- Ihren Gemeindepfarrer,
- andere Mitarbeiter der Kirchengemeinde,
- Dienststellen der Diakonie,
- Einrichtungen für psychisch kranke Menschen in Ihrer Nähe.

Wenn Sie weitere Informationen suchen, schreiben Sie bitte an das Diakonische Werk Ihrer Landeskirche (Anschrift bei Ihrem Pfarramt) oder an das Diakonische Werk der EKD oder an den Verband evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e. V., Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Diakonische Initiativen

Blinde Menschen unter uns

Blind ist, wer sich ohne Hilfe in einer ihm fremden Umgebung nicht mehr zurechtfinden kann.

Sie werden ihnen häufig begegnen – in Ihrer Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln. Mit einem weißen Stock ertasten sie sich ihren Weg oder sie werden geführt. Manchmal tragen sie eine dunkle Brille und eine gelbe Armbinde mit drei schwarzen Punkten.

80 000 von ihnen leben im Bereich der Bundesrepublik und in Westberlin. Das sind 13 Blinde auf je 10 000 Einwohner. 3,5% sind jünger als 15 Jahre, 24,5% sind zwischen 15 und 65 Jahre alt, 72% sind älter als 65 Jahre, rd. 20% sind berufstätig.

37 000 Blinde gehören einer evangelischen Landes- oder Freikirche an. An sie wendet sich der Dienst der Evangelischen Blindenseelsorge.

Blinde Menschen kennen- und verstehen lernen

Denken Sie bitte nicht, ein Blinder lebe in einer anderen Welt!

Er ist mehr oder weniger klug – wie ein Sehender – je nach Anlagen und Schulbildung.

Er ist ebenso umgänglich oder schwierig wie andere.

Sie können ohne Hemmungen auf ihn zugehen und über alles mit ihm reden.

Ein blinder Mensch hat trotzdem täglich mit inneren und äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen.

Er ist ständig von anderen abhängig – für vieles braucht er Hilfe.

Aus dem Bewußtsein der Abhängigkeit erwachsen bedrängende Folgeerscheinungen: Einsamkeit – Verbitterung – Resignation – das Gefühl der eigenen Minderwertigkeit.

Wie wohl jeder Behinderte, so fragt auch der Blinde besonders intensiv nach dem Warum seines Leides und nach dem Sinn seines Lebens.

Erwartungen an uns

Kein Mitleid, sondern Partnerschaft!

Bloße Mitleidsbezeugungen wirken aufdringlich und verletzend.

Begegnen Sie dem blinden Menschen so „normal“ wie jedem anderen.

Nehmen Sie ihn als Ihren Partner in jeder Hinsicht ernst.

Was er allein tun kann, lassen Sie ihn getrost allein tun. Das bestätigt ihn in seinem Selbstwertgefühl.

Wo er Ihre Hilfe braucht, wird er sie gern in Anspruch nehmen. Helfen Sie in solchen Fällen möglichst selbstverständlich und unauffällig.

Bedenken Sie: jede Hilfe sollte ihn fähiger machen, sich selbst zu helfen. Auf diese Weise wird er mit der Zeit selbstständiger und in mancherlei Hinsicht unabhängiger.

Sie werden erleben: ein Blinder muß nicht nur Hilfe empfangen; er ist auch in der Lage, Hilfe zu leisten.

Was können wir tun?

In der Gemeinde dürfen Blinde nicht abseits stehen!

Wo ein blindes Gemeindeglied niemanden hat, der es zum Gottesdienst oder sonstigen Gemeindeveranstaltungen führt, sorgen Sie bitte für Hilfe.

Blinde sind – je nach ihren Begabungen – fähig, in der Gemeinde aktiv mitzuarbeiten: Kindergottesdienst, Kirchen- und Posaunenchor, Gemeindegruppen aller Art, Kirchenvorstand (Presbyterium, Kirchengemeinderat), Besuchsdienst. Sie sprechen sie an und laden sie ein, in ihrer Gemeinde aktiv zu werden.

Der Christliche Blindendienst und seine Landesverbände stehen darüber hinaus im Dienst der Blindenseelsorge:

Veranstaltungen von Bibel- und Erholungsfreizeiten sowie von Tagstreffen für Blinde;

Herausgabe von Zeitschriften für Blinde in Blindendruck und auf Tonträgern;

Evangelische Blindenhörbücherei mit mehr als 1 200 Titeln aus dem Bereich der christlichen Literatur;

Einzelseelsorge durch Hausbesuche, Briefwechsel, Gespräche während der Zusammenkünfte.

Auskünfte und Informationen

Wenn Sie helfen wollen oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte an

– Ihren Gemeindepfarrer

Diakonische Initiativen

- andere Mitarbeiter der Kirchengemeinde
- Dienststellen der Diakonie
- Einrichtungen für blinde Menschen in Ihrer Nähe.

Wenn Sie weitere Informationen suchen, schreiben Sie bitte an den Christlichen Blindendienst e. V., Lessingstr. 5, 3550 Marburg, oder an die Landesstellen:

Christlicher Blindendienst in Baden,
Albert-Braun-Str. 10b, 7500 Karlsruhe 21

Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Blindenseelsorge in Bayern,
Pirkheimerstr. 14, 8500 Nürnberg

Evangelischer Blindendienst in Berlin,
Feldmarkweg 54c, 1000 Berlin 27

Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau,
Zweifalltorweg 10, 6100 Darmstadt

Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck,
Lessingstr. 5, 3550 Marburg

Christlicher Blindendienst, Landesgruppe Niedersachsen-Bremen,
Brehmhof 13, 3000 Hannover

Christlicher Blindendienst in Nordelbien,
Evangelisches Pfarramt, 2251 Oelderup

Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche im Rheinland,
Rebenberg 51, 6625 Püttlingen 3

Christlicher Blindendienst in Westfalen,
Friesenring 34, 4400 Münster

Evangelischer Blindendienst in Württemberg e. V.,
Schillerplatz 2, 7150 Backnang

Voneinander lernen

In vielen unserer Gemeinden und Einrichtungen gibt es bereits „Diakonische Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte“.

Ein Erfahrungsaustausch wäre hilfreich.

Wir könnten voneinander lernen ...

Bitte schreiben Sie uns von Ihren Versuchen, die Lösung und die Ziele unserer „Diakonischen Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte“ in der Praxis Ihrer Gemeinde oder Einrichtung oder in Ihrer Nachbarschaft umzusetzen und machen Sie uns auf dem Coupon (Rückseite des Heftes) eine kurze Mitteilung.

Wir wollen uns um eine Weitergabe (gegebenenfalls Veröffentlichung) bemühen.

Auch bei der gemeinsamen Tagung (8. bis 11. Oktober 1981) besteht die Möglichkeit zum befruchtenden Erfahrungsaustausch. Das Vorprogramm kann ebenfalls mit dem Coupon angefordert werden.

Evangelische Blindenarbeit in Frankfurt,
Eschersheimer Landstraße 565,
6000 Frankfurt 50

Gehörlose Menschen unter uns

In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 60 000 gehörlose Menschen. Gehörlose Menschen sind infolge der Gehörlosigkeit zugleich sprachbehinderte Menschen.

Es gibt:

- die von Geburt an Gehörlosen,
- die im frühen Kindesalter Ertaubten (Frühertaubte),
- die im jugendlichen Alter gehörlos Gewordenen,
- die Spätautabten.

Es wurde und wird vieles für die Gehörlosen getan, um ihr Schicksal zu erleichtern. Dennoch bleibt die Feststellung: Die Gehörlosigkeit und Sprachbehinderung grenzen den Lebensraum der gehörlosen Menschen ein.

Dies bedeutet:

Sie müssen mit der Gehörlosigkeit leben!

Diakonische Initiativen

Gehörlose Menschen kennen- und verstehen lernen

Gehörlose Menschen haben Probleme:

- Ausschluß aus der Welt der Töne (niemals die Stimme des Menschen hören können; keine Musik, keinen Gesang, keinen Vogel- oder Tierlaut hören können).
- Sich selbst niemals hören können.
- Mangel an sprachlichen Ausdrucksmitteln für die laut-sprachliche Verständigung mit hörenden Menschen.
- Ständiges Schauen auf den Mund des Gesprächspartners.
- Sehr begrenzte Teilhabe an Gesprächen der Hörenden.
- Begrenzte Berufsmöglichkeiten.
- Vorurteile, Verständnislosigkeit, Rücksichtslosigkeit der hörenden Umwelt.
- Begrenzte Teilhabe am öffentlichen Leben der Umwelt (Kultur, Politik, Kirche).
- Verständigungsschwierigkeiten am Arbeitsplatz und im Freizeitbereich.
- Verständigungsschwierigkeiten in Ehe, Familie, Nachbarschaft.

Erwartungen an uns

Gehörlose wollen teilhaben am Leben ihrer Umwelt.

Notwendig ist:

- Die lautlose Minderheit der Gehörlosen nicht übersehen;

- sie erleben lassen, daß Gehörlose und Hörende eine Gemeinschaft sind;
- sie ermutigen, sich ihrer Behinderung nicht zu schämen;
- sie teilhaben lassen am öffentlichen und kirchlichen Leben im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Fähigkeiten und Neigungen;
- mit ihnen gemeinsam versuchen, ihr Leben als Behinderte zu erleichtern.

Was können wir tun?

Wir können dafür sorgen, Probleme gehörloser Menschen unter uns bekannter zu machen.

Wir können uns für sie interessieren.

Wir können Kontakte mit Gehörlosen aufnehmen. Kontaktaufnahme überwindet Vorurteile, Hemmungen und Bedenken.

Wir können kirchliche Veranstaltungen und Aktionen gemeinsam mit den Gehörlosen durchführen.

Wir können dafür sorgen, daß Gehörlose wissen, wer ihnen in ihren leiblichen, seelischen, sozialen Nöten Berater und Helfer ist.

Auskünfte und Informationen

Wenn Sie helfen wollen oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte an

- Ihren Gemeindepfarrer
- andere Mitarbeiter der Kirchengemeinde
- Dienststellen der Diakonie
- Einrichtungen für gehörlose Menschen in Ihrer Nähe.

„Vorrangig wird es darauf ankommen, daß die Behinderten von den Nichtbehinderten angenommen werden. Humane Annahme bedeutet, daß die Abweichung des Behinderten von gesellschaftlichen Erwartungen und Setzungen nicht als Minderwertigkeit, sondern als individuelle Eigenart angesehen wird. Diese Einsicht muß im Bewußtsein der Menschen zur Anerkennung des Behinderten als eines gleichwertigen Partners in allen Lebensbereichen führen.“

Die humane Annahme der Behinderten ist nur in Lernprozessen für die Nichtbehinderten erreichbar.“

(Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974)

Wenn Sie weitere Informationen suchen, schreiben Sie bitte an Pfarrer A. Keller, Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Gehörlosenseelsorger Deutschlands, Haagstraße 10, 6360 Friedberg,

oder an

Bundesarbeitsgemeinschaft der Elternvertreter und Förderer Deutscher Gehörlosenschulen e. V., Haydnstr. 12, 8000 München 2,

Deutscher Gehörlosenbund e. V., Herrn W. Czempin, Rothschildallee 16 a, 6000 Frankfurt 1,

Pfr. H. Barow, Deutsche Gesellschaft für Sprach- und Hörgeschädigte, Rothschildallee 16 a, 6000 Frankfurt 1.

Diakonische Initiativen

Schwerhörige Menschen unter uns

Wer ist schwerhörig?

Schwerhörig sind etwa 3% der Bevölkerung. Schwerhörig kann jeder in jedem Alter werden. Der Anteil bei den Schulanfängern liegt bei etwa 0,3%. Bei den alten Menschen, mit denen wir es in unseren Gemeinden besonders zu tun haben, liegt er relativ hoch.

Woher kommt Schwerhörigkeit?

Neben erblicher Schwerhörigkeit gibt es verschiedene Krankheiten, die zu Hörschäden führen können. Vor der Geburt kann das Gehör z.B. durch Röteln der Mutter in Mitleidenschaft gezogen werden, während der Geburt durch Sauerstoffmangel, nach der Geburt durch Scharlach, Masern, Mumps, Hirnhautentzündung, Unfälle, Hörsturz, Arbeit im Lärm usw.

Schwerhörige Menschen kennen- und verstehen lernen

Wer von Schwerhörigkeit hört oder liest, denkt zunächst an Menschen, die zu leise hören. Das geschieht,

wenn die Schalleitung vom Trommelfell zum Innenohr gestört ist. Der Arzt kann hier durch Medikamente, Operation oder Verschreiben eines guten Hörgerätes Abhilfe schaffen.

Weit schwieriger ist es, wenn das Innenohr, der Hörnerv oder das Gehirn geschädigt sind. Dann hört der Schwerhörige alles verzerrt und ist möglicherweise lärmempfindlicher als ein Gsthörender. Ein fachmännisch angepaßtes Hörgerät kann bis zu einem gewissen Grade Abhilfe schaffen.

Eine dritte Gruppe hat durch Unfall oder Krankheit das Gehör verloren. Diese „Spätautabten“ sind plötzlich ohne Gehör, haben aber nie gelernt, als Gehörlose zu leben. Sie leiden besonders stark.

Erwartungen an uns

Wir sollten wissen:

- Kinderkrankheiten sind kein Kinderspiel; einige können zu Hörschäden führen.
- Gute ärztliche Überwachung während der Schwangerschaft und regelmäßige Inanspruchnahme der Untersuchungen für Kleinkinder helfen Hörschäden frühzeitig entdecken oder gar verhindern.
- Bei Hörbeschwerden oder Ohrenschmerzen den Facharzt aufzusuchen.
- Ein Hörgerät ersetzt kein gesundes Gehör; es hilft nur in gewissen Grenzen.
- Wir schreien einen Schwerhörigen nicht an. Er versteht dann nicht besser, empfindet aber Schmerzen. Wir sprechen deutlich und schauen ihn an. Er muß unsere Mundbewegungen sehen.
- Wenn die Verständigung nicht gelingt, schreiben wir auf, was wir ihm sagen wollen.

- Für schwerhörige oder von Geburt an taube Kinder gibt es in der Bundesrepublik über 70 Schulen mit Vorschuleinrichtungen. Einige führen bis zum Realschulabschluß, zwei bis zum Abitur, eine zum Fachabitur. Die Schulen haben Kontakt zu kirchlichen Stellen. Religions- und Konfirmandenunterricht werden erteilt.
- Hörgeräte werden vom Ohrenarzt verschrieben, vom Hörgeräteakustiker angepaßt und von der Krankenkasse bezahlt. Hören mit Hörgerät muß geübt werden, gleich ob man es im ersten oder im siebzigsten Lebensjahr erhält.

Was können wir tun?

Erwachsene, die plötzlich schwerhörig oder taub werden, benötigen besonders viel Geduld und liebevolle Zuwendung.

Auskünfte über Rehabilitationsmöglichkeiten erteilt der Deutsche Schwerhörigenbund.

Höranlagen in Kirchen und Gemeindezentren, diszipliniertes und deutliches Sprechen bei gemeindlichen Veranstaltungen sind Hilfen für schwerhörige Gemeindeglieder.

Lebhaften Gesprächen kann ein Schwerhöriger auch mit Hörgerät nur in Gruppen bis zu vier Personen folgen. Darum sollte ihm sein Nachbar wichtige Stichworte (Themawechsel) aufschreiben.

Auskünfte und Informationen

Wenn Sie helfen wollen oder Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte an

- Ihren Gemeindepfarrer
- andere Mitarbeiter der Kirchengemeinde
- Dienststellen der Diakonie

„dr“-Interview

„Werden die Armen, Kranken, Verachteten selig gepriesen, dann sind sie nicht Objekte christlicher Wohltätigkeit, Mildtätigkeit und Liebe. Sie sind dann zuerst „Reichsgenossen“ (Matthäus 5,3) und „Brüder“ des Menschensohns, der die Welt richten wird. Sie sind Subjekte im Reich Gottes, nicht Objekte unseres Mitleids. Vor jeder Hilfe kommt die Gemeinschaft, und vor jeder Fürsorge steht die Freundschaft. Wir finden das Reich Gottes mit Jesus, wenn wir in die Gemeinschaft der Armen, Kranken, Traurigen, Schuldigen eintreten, sie als Reichsgenossen anerkennen und von ihnen als Brüder angenommen werden.“

(Jürgen Moltmann)

- Einrichtungen für schwerhörige oder taube Menschen in Ihrer Nähe.

Wenn Sie weitere Informationen suchen, schreiben Sie bitte an

Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Schwerhörigenseelsorge e.V., Pastor Dr. Dietfried Gewalt, Alsterdorfer Str. 299, 2000 Hamburg 60,

Bundesgemeinschaft der Eltern und Freunde schwerhöriger Kinder e.V., Frau Hannelore Hartmann, Pirolkamp 18, 2000 Hamburg 65,

Deutscher Schwerhörigenbund e.V., Herrn Günter Hinzmann, Barenkrug 25, 2000 Hamburg 72.

Erfahrungen mit der Kirchengemeinde

„dr“-Interview mit einer Familie, in der zwei behinderte Kinder leben

diakonie-report: Sie haben zwei behinderte Kinder in Ihrer Familie. Welche Erfahrungen haben Sie in dieser besonderen Situation mit der Kirchengemeinde gemacht?

Mutter: Heute sind die Kinder elf Jahre alt und es gibt auch Möglichkeiten der Hilfe und Familienentlastung. Aber vor elf Jahren war unsere Situation ziemlich schwierig. Wir haben drei Babys, und zwei davon sind behindert und bedürfen besonderer Betreuung. Da waren die Hilfen, die wir eigentlich erwartet hätten, nicht vorhanden. Wir sollten mit den beiden behinderten Kindern jeden Tag Krangymnastik betreiben. Das ging nur, wenn irgend jemand während dieser Zeit den anderen Zwilling hüttete.

Vater: Wir waren immer der Meinung, in unserer Gemeinde gibt es junge Leute, Schülerinnen zum Beispiel, de-

nen es Spaß machen würde, jede Woche einmal an einem Nachmittag Kinder zu hüten. Wir fanden auch vereinzelt junge Mädchen, aber zu dauerhaften Hilfen kam es eigentlich nie, obwohl wir gerne bereit gewesen wären, dafür etwas zu bezahlen.

Mutter: Niemand will sich eben verpflichten, regelmäßig etwas zu tun. Aber das ist wohl nicht nur das Problem von Familien mit Behinderten.

Niemand bindet sich gerne und opfert regelmäßig für jemand anderen einen Teil seiner Zeit.

diakonie-report: Das würde aber doch bedeuten, daß in der Gemeinde jemand fehlt, der dies organisiert. Wenn Einzelne sich nicht über einen längeren Zeitraum hinweg regelmäßig verpflichten können, wäre es theoretisch denkbar, daß mehrere Personen sich solche Aufgaben teilen. Es wäre dann Sache irgend einer gemeindlichen Stelle, dies zu organisieren, damit die Betroffenen regelmäßige und verlässliche Hilfen erfahren.

Mutter: Ja, das wäre ideal. Angebote habe ich schon gehabt. Leute aus der Gemeinde sagten: „Ich komme gerne mit Ihnen zur Gymnastik“. Ich brauche ja immer jemand der sich um den zweiten Zwilling kümmert. Aber kürzlich stand niemand da. Ich rief an und hörte: „Ach so, das ist heute, das habe ich ganz vergessen“. So ist es eben: Die Bereitschaft zur Hilfe ist zwar da, aber es muß mit der Hilfe auch zeitlich klappen.

diakonie-report: Sie fühlen sich der Gemeinde zugehörig. Wie ist das, haben Sie das Gefühl, richtig in der Gemeinde zu stehen, oder fühlen Sie sich eher am Rand, weil Sie manche Angebote nicht annehmen können? Leidet die Gemeinde darunter, daß Hilfsdienste nicht organisierbar sind? Fühlen Sie sich angenommen?

Vater: Behinderte Kinder in einer Familie bringen Belastungen mit sich. So ist es oft nicht möglich, an bestimmten

„dr“-Interview

Aktivitäten der Gemeinde teilzunehmen, etwa regelmäßig zur Bibelstunde am Abend zu gehen, weil man dann regelmäßig einen Babysitter braucht. Andererseits sieht die Gemeinde nur: Aha, die Leute kommen nicht regelmäßig. Viele denken gar nicht darüber nach, woran es liegt, daß eine Familie mit ihren behinderten Kindern bei dieser oder jener Aktivität in der Gemeinde passen muß.

Da ist zum Beispiel ein Gemeindewochenende. Wir überlegen uns, was das mit behinderten Kindern für einen Aufwand erfordert, und sagen: Nein, wir bleiben lieber zu Hause und verzichten darauf, obwohl wir eigentlich gerne dabei gewesen wären. Das wird dann als Interesselosigkeit oder als Vorwand ausgelegt, sich zu drücken. Andererseits haben wir den Eindruck, daß wohl versucht wird, Verständnis für die besondere Situation von Familien mit Behinderten aufzu bringen, die Leute aber eigentlich die Probleme, die wir haben, gar nicht übersehen können.

diakonie-report: Nochmals die Frage: Ist von Ihnen her ein Gefühl des Angenommenseins in der Gemeinde da oder nicht?

Vater: Dies ist schwer zu beantworten. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Einer unserer Söhne sitzt im Rollstuhl, er ist jetzt elf Jahre alt. Man kennt unsere Kinder seit elf Jahren in der Gemeinde. Man weiß auch, daß für Leute, die einen Rollstuhl schieben, Treppen ein Hindernis sind.

Wenn es darum geht, in den Gottesdienstraum zu kommen, ist es in aller Regel Sache meiner Frau und mir, den Rollstuhl die Treppe hinaufzutragen oder wieder herunterzutragen. Ab und zu gibt es Leute, die mit Hand anlegen, aber eigentlich nur, wenn man sie darum bittet.

An unserer Kirche sind am Eingang zwei Stufen zu überwinden. Wir haben mehrmals schon darauf hingewiesen, daß es auch für Leute, die mit dem Kinderwagen in die Kirche kommen, günstig wäre, wenn es eine klei-

Hand aufs Herz

Martin ist eigentlich so ein Typ wie Sie.

Nur, daß Sie die Treppe hochsteigen, und er sitzt im Rollstuhl und hofft auf den Aufzug.

Martin ist eigentlich so ein Typ wie Sie.

Nur Sie sagen Butter, und er sagt B – b – b – ut – tter.

Martin ist eigentlich so ein Typ wie Sie.

Nur Ihre Hände können Sie frei bewegen, und seine sind ganz verkrampft.

Martin ist eigentlich so ein Typ wie Sie –

bis auf so kleinere Unterschiede. Ich weiß nicht – vielleicht sind Sie schon mal dahintergekommen.

Ich meine:

Warum bei Ihnen so manches ganz anders ist als bei Martin.

(Ulrich Bach in „Volmarsteiner Rasiertexte“, Schriftenmissions-Verlag Gladbeck)

ne Rampe oder zwei Schienen gäbe, damit man hinauffahren kann. Aber es hat sich lange nichts getan. Eines Tages sagten wir uns, dann müssen wir die Initiative ergreifen und eine zweckgebundene Spende speziell für eine solche Rampe machen. Wir haben dies getan und erhielten ein Dankeschön. Man sagte uns, selbstverständlich würde man die Sache in Angriff nehmen. Wir wurden dann verschiedene Male auf die Durchführbarkeit einer solchen Sache angesprochen. Man fragte nach Firmen, die so etwas machen, und nach Möglichkeiten der Durchführung. Wir besorgten Prospekte und gaben Hinweise, wie so etwas technisch zu bewerkstelligen ist. Mehrere Male hat man den Reifenabstand unseres Rollstuhles gemessen, auch an Kinderwagen

Messungen durchgeführt. Doch bis die Rampe dann endlich angebracht worden ist, sind immerhin zwei Jahre vergangen.

diakonie-report: Das klingt recht ernüchternd. Sind Ihrer Meinung nach unsere Gemeinden überfordert, wenn es darum geht, rasch, zuverlässig und regelmäßig zu helfen?

Mutter: Ich weiß nicht. Vielleicht denkt man zu wenig über diakonische Initiativen nach, ich meine über Nächstenhilfe und Samariterdienst.

diakonie-report: Wie ist das mit den Nachbarn hier in der Straße? Kommt von dort kein Hilfsangebot? In Ihrer Umgebung wohnen doch viele Mitglieder der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde?

Mutter: Da ist Funkstille. Echte Angebote gibt es nicht. Eine Nachbarin sagte mal mehr nebenbei, ich könnte ein Kind einmal bei ihr abliefern, wenn ich irgendwo hin müßte. Wir haben aber noch nie versucht, sie direkt anzufragen, das macht man eben ungern. Man denkt, die Nachbarn sehen ja ohnehin, wie unsere Situation ist.

Das ist genau wie mit dem Rollstuhltragen in die Kirche: Jedes Mal läuft man an den Männern vorbei. Jeder schaut zu, wie ich mich mit dem Rollstuhl plage. Keiner sagt von sich aus: „Kommen Sie, ich bin ein bißchen stärker“, oder „Sie haben schon die ganze Woche viel am Hals, ich pack geschwind zu“. Da ist nichts drin!

diakonie-report: Es bleibt also die Erwartung nach mehr Gemeinsamkeit in der Gemeinde und die Hoffnung, daß man auf Sie zugeht, nach Ihren Bedürfnissen fragt und spontan Hilfe anbietet.

Wie steht es in diesem Zusammenhang mit den seelsorgerlichen Angeboten, auch in Verbindung mit Amtshandlungen. Haben Sie da Hilfe erfahren? Wie war es zum Beispiel bei der Taufe und dem Taufgespräch?

„dr“-Interview

„Wer Leiden nicht mehr auf andere abschiebt, wer Leiden annimmt, wer Leiden mit erleidet, wer anderen Leiden abnimmt, der heilt, der verbreitet Frieden um sich, der ist im tiefsten Sinne „gesund“, auch wenn er daran stirbt. An ihm werden auch andere gesund.“

(Jürgen Moltmann)

Vater: Als unsere Zwillinge getauft wurden, wußte man noch nicht, daß es sich um behinderte Kinder handelt. Insofern gab es keine Probleme. Daß wir seelsorgerliche Zuwendungen erfahren haben im Hinblick auf die Behinderung unserer Kinder, das könnte ich eigentlich nicht sagen. Vielmehr habe ich den Eindruck, daß viele Pfarrer mit dem Problem „Behinderung“ nicht viel anfangen können und dankbar sind für Hinweise. Kürzlich sagte unser Pfarrer bei einer Taufe, es sei jedes Mal ein Wunder, wenn ein gesundes Kind auf die Welt komme. Die Betonung lag auf gesund. Da frage ich mich immer, ist es kein Wunder oder ist es kein Geschenk Gottes, wenn ein behindertes Kind auf die Welt kommt? Das ist ja die Frage, zu der Theologen sich nicht klar äußern. Sie wissen auch keine Antwort auf die Frage von Eltern „Warum ist gerade unser Kind behindert?“ Ein Gemeindepfarrer ist wahrscheinlich in aller Regel mit solchen Fragen überfordert. Ab und zu bekommen wir Besuch von unserem Gemeindepfarrer. Doch stets haben wir den Eindruck, er ist froh, wenn er wieder gehen darf, weil er zu den Problemen, die da auf ihn zukommen, eigentlich nichts sagen und wenig helfen kann.

diakonie-report: In jedem Stadtteil gibt es sicher mehrere Familien, die in der gleichen oder ähnlichen Situation sind wie Sie. Besteht eine Möglichkeit für Familien mit Behinderten im Raum der Gemeinde zusammenzukommen oder lebt jede so vor sich hin und betrachtet die Gemeinde etwas vorwurfsvoll?

Vater: In unserer Gemeinde existiert kein Treff für Familien mit Behinderten. Solche Elterntreffs werden in der großen Nachbarstadt, im Elternverein, sei es in der Lebenshilfe oder im Körperbehinderten-Elternverein, organisiert. Dort treffen sich Eltern relativ regelmäßig, um gemeinsame Probleme zu besprechen. Dabei geht es allerdings weniger um seelsorgerliche Fragen, als vielmehr um fachliche Dinge oder Versicherungsfragen. Das seelsorgerliche Angebot fehlt ganz, weil es sich eben um überkonfessionelle Vereine handelt. Innerhalb unserer Kirchengemeinde läuft in dieser Richtung nichts.

diakonie-report: Was würde passieren, wenn Ihr Pfarrer die zur Gemeinde zählenden Familien mit Behinderten und sonstige Behinderte ins Gemeindehaus einladen würde, um darüber zu reden, was sich in der Gemeinde im Blick auf ihre Situation ändern sollte. Die restliche Gemeinde sollte mit von der Partie sein. Selbstverständlich müßten auch Babysitter zur Verfügung stehen. Was meinen Sie: Würden da Leute kommen und würden auch Sie da hingehen?

Mutter: Wir würden hingehen. Aber ob auch andere Betroffene kämen, darauf vermag ich keine Antwort zu geben. Ich kenne hier in unserem Viertel noch zwei Familien mit behinderten Kindern. Doch meines Erachtens gibt es in der Gemeinde weit mehr. Bis jetzt hat einfach noch niemand die Initiative ergriffen, um sich gegenseitig kennenzulernen und Treffs zu veranstalten.

Behinderte Menschen können oft nicht aus eigener Kraft zu den Gemeindeveranstaltungen kommen. Ein „kirchlicher Fahrdienst“ (Abhol- und Rückbringangebot) kann Begegnungen erleichtern.

diakonie-report: Wie sollte so ein Anfang in der Gemeinde aussehen? Müßte vom Pfarrer eine erste Einladung ausgehen?

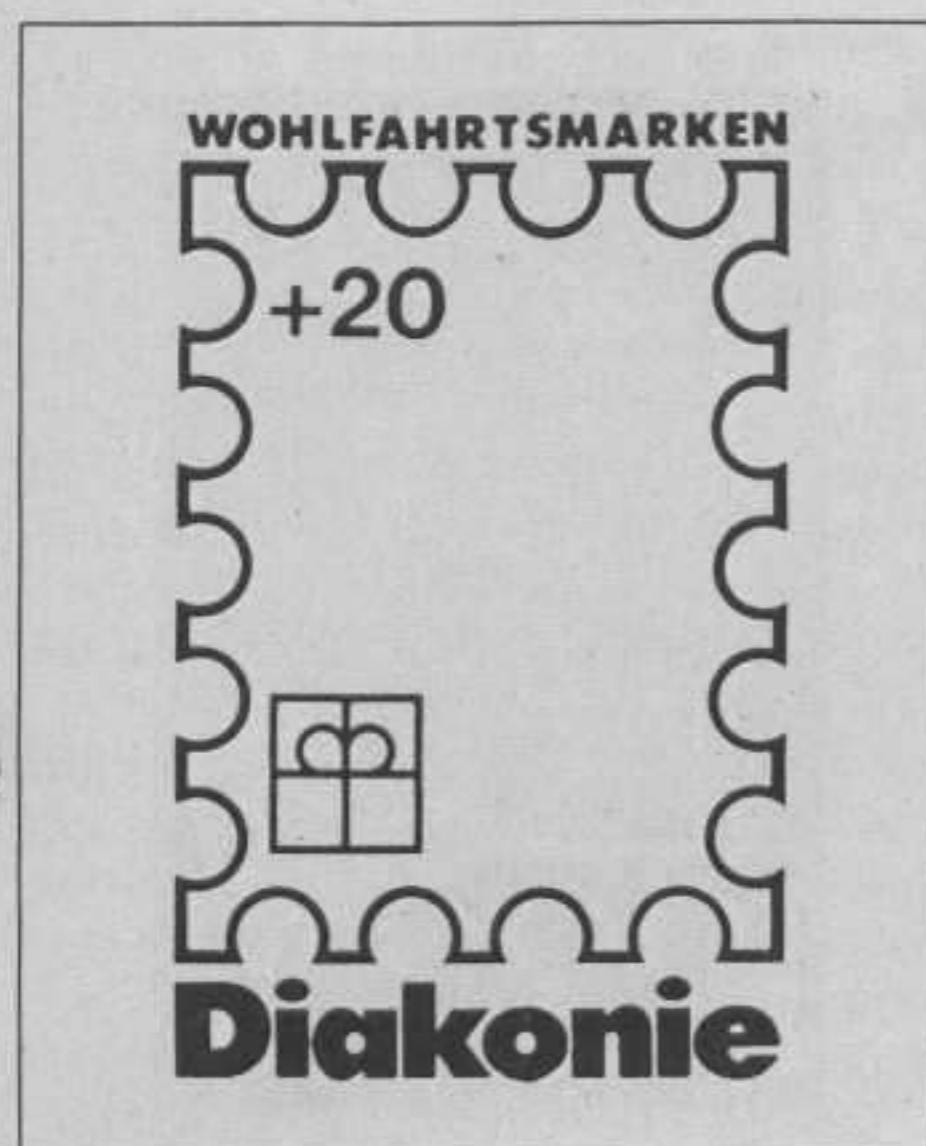
Vater: Sicherlich wäre es Aufgabe des Pfarrers oder der Gemeindehelferin, Anstöße zu entsprechenden Initiativen zu geben, Anfangen müßte das mit praktischen Hilfen. Mit dem Angebot irgendwelcher Gesprächskreise oder Diskussionsgruppen für Eltern von Behinderten ist da nichts getan. Die Leute müssen spüren, hier ist jemand, der helfen will, und zwar ganz praktisch bei den Problemen, die wir täglich haben.

Mutter: Unsere beiden Kinder sind im Kindergottesdienst relativ gut integriert. Mit einer Selbstverständlichkeit werden sie dort aufgenommen. Wenn der Erwachsenengottesdienst später zu Ende ist, dann sind sie im Winter schon für den Heimweg angezogen. Aber ich bedauere, daß außerhalb dieser Stunde Kindergottesdienst nicht ein einziger von diesen netten jungen Leuten jemals bereit gewesen ist, von sich aus zu sagen, wie ist das denn mit den Kindern in der übrigen Zeit? Man muß unseren Jungen an den Sandkasten schnallen, man muß ihn aufs Rad schnallen, man muß ihn wieder vom Rad schnallen, wenn er runter will, und so fort den lieben langen Tag. Unser Junge braucht einen Menschen, der ihm seine Freizeit gestalten hilft, weil er nicht alleine zu rechtkommt, und das sehen die im Kindergottesdienst auch. Sie helfen malen, sie helfen ausschneiden, er kann ja nicht einmal alleine eine Schere halten. Sie helfen dabei, und sie müssen doch dann zu der Einsicht kommen, daß das Kind immer jemanden braucht, der ihm zur Hand geht.

Vielleicht könnte man mit ihm einmal einen Abend oder einen Nachmittag verbringen.

Das ist es, was mich wundert, daß nie jemand auf die Idee kommt, zu sagen, das Kind braucht nicht nur diese Stunde Kindergottesdienst. Es braucht einen Freund. Der Bub hat nur die Beziehung zu uns Eltern. Deswegen

Ansprechpartner Gemeinde



sind wir froh, daß jetzt einmal pro Woche ein Zivildienstleistender vom Hauspflegeverein zur Entlastung zu uns kommt, der sich sehr kameradschaftlich mit unseren beiden behinderten Buben abgibt. Sie haben ja sonst keine Möglichkeit, nach außen hin Freundschaften zu schließen. Sie sind in ihrer Schule eingeschlossen, werden hier abgeliefert, sie haben nicht einmal einen eigenen Schulweg, sie werden mit dem Bus geholt und kommen mit dem Bus wieder her. So haben sie überhaupt keine Möglichkeit, Kontakte oder Freundschaften zu knüpfen oder zu pflegen. Von daher tut es mir immer ein bißchen leid, daß sich niemand findet, damit die Kinder zum Spielen nicht nur die Mutter oder am Abend den Vater haben.

diakonie-report: Ist es realistisch, darauf zu warten, daß sich jemand anbietet? Leben wir nicht in einer Zeit, in der jeder versucht, alleine zurechtzukommen?

Mutter: Sicher ist das ein Problem. Aber trotzdem meine ich, der für den Kindergottesdienst Verantwortliche sollte vielleicht einen Anstoß geben.

Zu uns kam 1½ Jahre lang regelmäßig am Mittwochnachmittag eine Gymnasiastin. Sie hat sich mit unseren Zwillingen befaßt, hat ihnen vorgelesen, hat mit ihnen gespielt, ist

spazieren gegangen. Sie kam mit einer Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit direkt vorbildlich. Dieses Mädchen wurde im Religionsunterricht mit dem Problem vertraut gemacht. Sie hatte vorher überhaupt keine Ahnung, was es heißt, behindert zu sein oder behinderte Kinder zu haben. Da wurde im Rahmen des Religionsunterrichtes auf dieses Problem hingewiesen, und es wurde eben gesagt, daß es für Familien mit behinderten Kindern eine besondere Hilfe wäre, wenn sie einmal in der Woche jemanden hätten, der die Kinder betreut. Das ist doch sicherlich ein Weg, junge Menschen auf die Problematik aufmerksam zu machen.

diakonie-report: Dieses Beispiel zeigt, daß ehrenamtliches Engagement ohne große Organisation und Einteilung für einen relativ langen Zeitraum hinweg durchaus möglich ist. Man könnte vielleicht sagen, daß es schon viel hilft, wenn in der Verkündigung oder in der christlichen Unterweisung mehr über behinderte Menschen unter uns und ihre Familien informiert wird und deutlich Betätigungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Vater: Das ist völlig richtig. Ich habe neulich in einem Jugendkreis über das Problem der Behinderung bzw. vorrangig über Probleme behinderter Menschen gesprochen. Ich mußte feststellen, daß die etwa 25 Jugendlichen gar nicht so recht wußten, welche Arten von Behinderungen es gibt und wo die Probleme von Behinderten liegen. Sie kannten persönlich niemanden und meinten auch, in ihrem weiteren Umkreis niemanden zu kennen, der behindert wäre, auch nicht in ihrer Gemeinde.

Hier sehe ich eine wichtige, ernstzunehmende Aufgabe der christlichen Gemeinde, zu entdecken, daß es Behinderte gibt, die unter uns wohnen und nicht nur in Heimen und Anstalten untergebracht sind. Auch sollte aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten bestehen, ganz praktisch zu helfen. Viele Leute wissen nicht, daß man selbst ohne große Ausbildung viel lindern kann.

Bausteine für einen Gesprächsabend in der Gemeinde

Ziel: Diakonische Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte

I. Ziel eines Abends über das Zusammenleben mit Behinderten ist es,

- über die Situation behinderter Menschen und ihrer Angehörigen zu informieren: Wie leben Behinderte unter uns?
- Vorurteile gegenüber Behinderten und den für sie geschaffenen Einrichtungen der Behindertenhilfe zu überprüfen und zu korrigieren.
- Offenheit in der Gemeinde für die Bedürfnisse Behindarter, ihrer Angehörigen und für die Anliegen diakonischer Einrichtungen zu schaffen.
- Einzelne und Gruppen zu ermutigen, sich im Bereich der Gemeinden und der diakonischen Einrichtungen für Behinderte zu engagieren.

Ansprechpartner Gemeinde

Zur Werbung für den Gemeindeabend und andere Veranstaltungen in der Gemeinde stehen Plakate mit Eindruckmöglichkeiten zur Verfügung (siehe „Prospekt über Material“).

II. Die **Motivation** für die Gemeinde, zu einem Abend über das Zusammenleben mit Behinderten zu kommen, entscheidet über Erfolg oder Scheitern des Versuchs. Der Motivation ist deshalb große Aufmerksamkeit zu widmen. Eine Gemeinde kann motiviert werden z. B. durch

- das allgemeine Bewußtsein: „Die Frage ist jetzt dran!“,
- besondere, aktuelle Notfälle oder Interessenkonflikte (z. B.: Die Zeitung berichtet von einem Behinderten, der tagelang ohne Hilfe blieb. Oder: In einem bestimmten Wohnviertel soll eine Einrichtung für Behinderte entstehen),
- Impulse aus Predigt und Unterricht,
- eine stark motivierte Vorbereitungsgruppe, die dementsprechend wirbt und einlädt.

III. Zur **Vorbereitung** ist es gut, mit einer kleinen Gruppe Informationen über „Behinderte unter uns“ zu sammeln. Diese Gruppe sollte auch an der Gestaltung des Abends beteiligt sein.

Solche Gruppen können sein:

- eine Schulklasse, Konfirmanden- oder Jugendgruppe. Junge Leute sind leicht für die Fragen der Behinderten zu interessieren,
- der gemeindliche Besuchsdienst, der bei Besuchen Behinderten begegnet,
- ein bereits bestehender „Arbeitskreis für Behinderte“,

- eine Gruppe von Mitarbeitern aus der offenen Behindertenarbeit oder aus Teilzeit- oder Vollzeiteinrichtungen für Behinderte in der näheren Umgebung (Anschriftenliste kann mit dem Coupon auf der Rückseite dieses Heftes angefordert werden).

Möglichkeiten, die Situationen von „Behinderten unter uns“ kennenzulernen, sind:

- eigene Erfahrungen, z. B. durch gezielte Besuche,
- Statistiken,
- Gespräche und Interviews mit Behinderten, die man kennt.

Fragen:

Wie wohnen Behinderte unter uns?

Wo finden sie Arbeit?

Was können sie in der Freizeit unternehmen?

- Phantasieübungen: Sich in die Lage eines Behinderten versetzen und überlegen, wie er mit gewöhnlichen alltäglichen Vorgängen zuretkommt: z. B. die Fahrt zur Schule, der Einkauf, ein Ausflug usw.

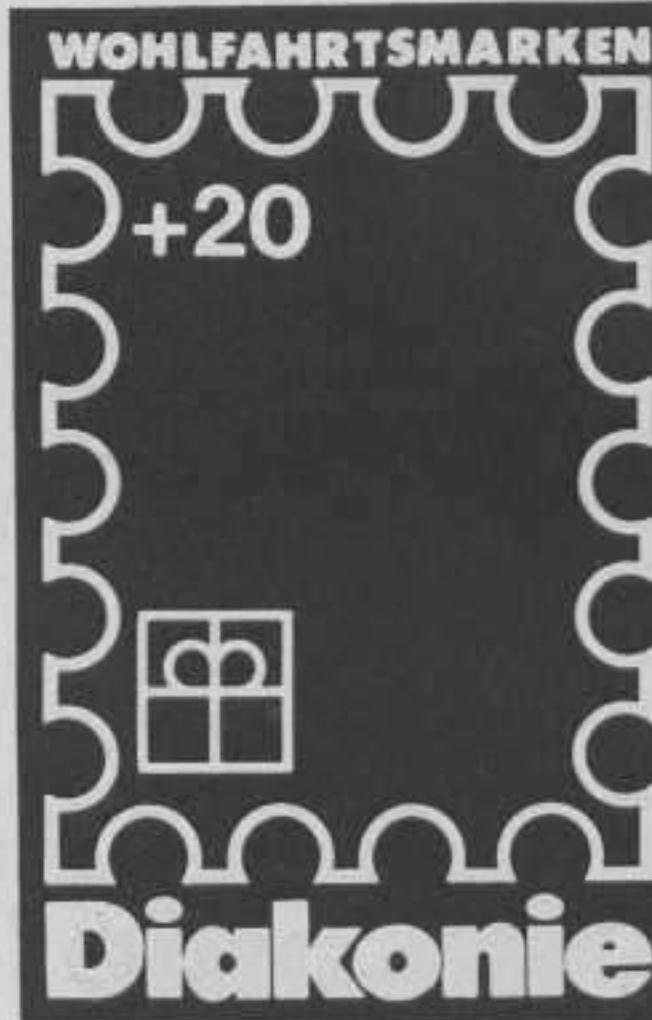
Wünschenswert ist das Gespräch mit möglichst vielen Betroffenen. Sie sollten gleich zum vorgesehenen Gemeindeabend eingeladen werden.

IV. Der **Ablauf des Abends** kann folgende Phasen enthalten:

1. Einstieg
2. Information
3. Gespräch, Gedankenaustausch
4. Zusammenfassung, Konkretion

Wichtig ist der **äußere Rahmen**:

- Tischgruppen sind besser als Stuhlreihen,



- Getränke lassen das Ganze nicht trocken werden,
- Blumen bzw. Tischschmuck macht den Raum einladender,
- eine Begrüßung an der Tür zeigt: Jeder ist willkommen hier.

Zu 1. Möglichkeiten des Einstiegs

- Rollenspiel, in dem der Umgang zwischen Behinderten und Nichtbehinderten dargestellt wird, vor allem im Blick auf gegenseitige Unsicherheiten und Schwierigkeiten; z. B. „Im Hotel“, „Auf der Post“, „Beim Einkauf“.
- Mitarbeiter aus den verschiedenen Bereichen der Behindertenarbeit geben einige Erfahrungen in Form von kurzen Statements zum Thema „Nehmt einander an, wie Christus uns angenommen hat“.
- Die Vorbereitungsgruppe kann Fotos (Dias bzw. Bilder aus Zeitschriften), die sie unter dem Thema „Behinderte – Nichtbehinderte“ gesammelt hat, projizieren und durch Berichte und Nachrichten aus Tageszeitungen kommentieren.
- Kurze Filmszenen (höchstens 10 Minuten) können ebenfalls in das

Ansprechpartner Gemeinde

Thema einführen. Der technische und organisatorische Aufwand ist hierbei jedoch meist groß.

Je anregender der gewählte Einstieg ist, um so zwangloser ergibt sich eine erste Gesprächsrunde, in der Eindrücke und Empfindungen ausgetauscht werden (Tischgespräche).

Zu 2. Informationen

Damit das Gespräch nicht bloß auf der emotionalen Ebene verläuft, müssen bald Informationen über die Situation der Behinderten eingebracht werden. Hier wird die Arbeit der Vorbereitungsgruppe fruchtbar. Die von ihr gesammelten Informationen können

- mündlich (vielleicht von mehreren Sprechern) vorgetragen werden,
- schriftlich jedem Teilnehmer ausgeteilt werden. Sie sollten dann kurz erläutert werden.

Zu 3. Gespräch, Gedanken-austausch

Sollten keine Tischgruppen möglich sein, kann man in den Bänken Sechsergruppen bilden, indem sich drei Teilnehmer umdrehen oder drei anderen zuwenden. Je nach Einstieg und Situation kann das Gespräch folgende Fragen aufnehmen:

- Wo gibt es zwischen Behinderten und Nichtbehinderten in unserer Gemeinde Trennungslinien, wo Verbindungen?
- Wie kommt der Behinderte in unserer Gemeinde zu Wort?
- Wo sind Ansätze zum gegenseitigen Annehmen vorhanden, die weiterentwickelt werden sollten?
- Was muß neu geschaffen werden, um Behinderte in unsere Gemeinde besser zu integrieren?
- Wer könnte was übernehmen?

Denkbar ist auch, daß man das Gespräch von vornherein auf einen Le-

bensbereich konzentriert (Wohnen, Freizeit oder Arbeit).

Zu 4. Zusammenfassung, Konkretion

Damit der Abend greifbare Ergebnisse zeigt, ist es wichtig, Gedanken der einzelnen Gesprächsgruppen festzuhalten und den anderen mitzuteilen.

Das kann geschehen durch

- Kurzberichte aus den Gruppen. Gefahr: Es wird leicht langatmig.
- Wandzeitungen, auf die wichtige Gedanken geschrieben werden. Wenn das durch die Gruppen geschieht, fördert das Anschreiben und Lesen die Kommunikation.

Der Leiter des Abends bzw. die Vorbereitungsgruppe muß versuchen, die Ergebnisse zu bündeln und praktische Konsequenzen zu ziehen:

- Wie geht es weiter?
- Wer macht was?

Mögliche Konkretionen:

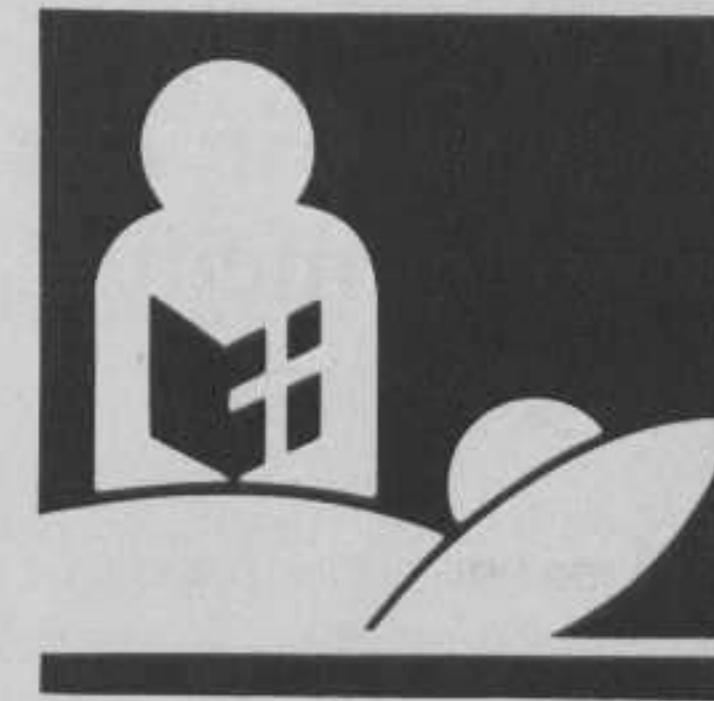
- Arbeitsgruppen in der Gemeinde zu einem der Ziele der „Diakonischen Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte“ (siehe Brief von Landesbischof Professor D. Lohse und Präsident Dr. Schöber);
- Treffpunkt für Behinderte und ihre Angehörigen;
- Clubarbeit;
- Konfirmation mit Behinderten;

Zur Vorbereitung kann Material (Faltblätter, Broschüren etc.) beim Diakonischen Werk der EKD bezogen werden: „Prospekt über Material“ mit dem Coupon auf der Rückseite dieses Heftes anfordern.

- Bauliche Veränderungen in Kirche und Gemeindehaus, damit Behinderte nicht ausgeschlossen bleiben.

Andacht

Ein Abend mit dieser Thematik braucht in einer Gemeinde, die zu Gottesdienst und Predigt zusammenkommt, nicht unbedingt eine biblische Begründung. Wo eine Andacht üblich ist, dort bietet eine Meditation von H. Harsch zum Gleichnis vom Barmherzigen Samariter eine gute Ergänzung (zu finden in „Türen öffnen“, Chr. Kaiser-Verlag 1979, S. 205-208).



Aufeinander zugehen

Ehrenamtliche Mitarbeiter in der Kirchengemeinde

Möglichkeiten für behinderte und nichtbehinderte Gemeindemitglieder

Zu einer lebendigen Kirchengemeinde gehören behinderte und nichtbehinderte Menschen.

Dies zeigt sich unter anderem

- in der aktiven Teilnahme Behindter und ihrer Angehörigen an den üblichen Veranstaltungen der Gemeinde (z.B. Feste, Ausflüge, Gottesdienste, Gesprächsgruppen, Familienkreise, Kinder-, Jugend-, Frauen- und Männerarbeit etc.);
- in Angeboten, die der besonderen Lebenssituation behinderter Menschen und ihrer Angehörigen in unseren Gemeinden gerecht werden und spürbare Entlastung bei der Bewältigung des Lebens erbringen, z.B.
 - Einkaufshilfen für Mütter mit behinderten Kindern,



- stundenweise Betreuung und Beaufsichtigung behinderter Kinder (Sitter-Dienst),
- Besuchsdienste,
- Clubarbeit mit behinderten Jugendlichen und Erwachsenen,
- andere Freizeithilfen.

Damit dies geschehen kann, muß die Bereitschaft behinderter und nichtbehinderter Menschen, einander zu begreifen und einander anzunehmen, geweckt werden.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß gegenseitige Ängste, Abwehrmechanismen und Vorurteile vorhanden sind und der Nichtbehinderte oft meint, dem Behinderten alle Schwierigkeiten aus dem Weg räumen zu müssen; dabei soll er ihm nur dort unter die Arme greifen, wo die Behinderung es erfordert.

Von daher wird es wichtig sein, daß sich in der Gemeinde Nichtbehinderte und Behinderte finden, die das Aufeinanderzugehen mit denen, die es noch nicht können, einüben.

Das Engagement Einzelner wird immer unterschiedlich groß sein. In dem unter a) skizzierten Bereich werden sich einige mehr verantwortlich fühlen für die Gestaltung von Gemeindeveranstaltungen, andere sind eher passiv und machen von den entsprechenden

Angeboten nur Gebrauch. Es wäre nicht richtig, würde man nur die besonders aktiven Menschen als ehrenamtliche Mitarbeiter in der Gemeinde bezeichnen. Auch eher passiv wirkende Menschen können sich bei einer demokratischen Struktur (die Konsequenz der Lösung „Nehmt einander an, wie Christus uns angenommen hat“) eines Kreises, einer Veranstaltung u. ä. mit ihren Möglichkeiten einbringen, ihre Bedürfnisse artikulieren und so Einfluß nehmen auf die Form des Miteinander in der Gemeinde. Unter diesem Gesichtspunkt kann der Kreis der sogenannten ehrenamtlichen Mitarbeiter sehr weit gezogen werden. Je besser dies gelingt, desto mehr fallen die Schranken zwischen den Helfern auf der einen Seite und den eine Hilfe in Anspruch Nehmenden auf der anderen Seite.

Dies gilt auch für den unter b) beschriebenen Bereich.

Freilich sind hier vor allem Menschen gefragt, die sich über einen längeren Zeitraum hinweg engagieren und eine bestimmte Hilfe zuverlässig leisten.

Eltern eines schwerbehinderten Kindes, die beispielsweise im Kirchenchor mitsingen möchten und deren Kind nicht ohne Aufsicht sein darf, sollten sich darauf verlassen können, daß die „Ablösung“ pünktlich und regelmäßig eintrifft, wenn der Kirchenchor probt oder im Gottesdienst singt.

Ist aber nur der Babysitter ein Helfer, ein ehrenamtlicher Mitarbeiter der Gemeinde, und sind die Eltern als Empfänger dieses Dienstes nur Hilfsbedürftige?

Bezogen auf die Situation der tatsächlichen Entlastung am Probenabend des Kirchenchores muß man diese Frage wohl mit ja beantworten.

Sind aber dadurch nicht die Eltern frei, den ihnen möglichen Dienst in der Gemeinde zu tun? Vielleicht gehören sie zu dem Kreis, der das Engagement der sogenannten „gesunden“ Gemeindemitglieder zugunsten behinderter Menschen koordiniert und vor

Aufeinander zugehen

allem über die Artikulation von Gefühlen, Erwartungen und Erfahrungen aus der Situation der Betroffenen heraus dafür sorgt, daß dieser Dienst der Gemeinde in der richtigen Weise geschehen oder sich geänderten Umständen anpassen kann? Sind sie nicht auch der zu achtende Anlaß für die Möglichkeit von Christen, in tätiger Liebe füreinander einzustehen?

Wie sind ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen?

Patentrezepte gibt es hier nicht, und jede Idee muß sich jeweils aus der Situation ergeben.

Die *Abkündigung* im Gottesdienst (siehe auch „Materialien zur Gestaltung von Gottesdiensten“, erhältlich beim Diakonischen Werk der EKD.

„Prospekt über Material“ mit dem Coupon auf der Rückseite dieses Heftes anfordern oder die Ergänzungslieferung „Gottesdienstentwurf zum Thema Leid“) informiert nur die gerade Anwesenden und kann oft nicht beliebig wiederholt werden.

Ein Beitrag im Gemeindebrief oder überregionalen Kirchenblatt über das Vorhaben, Begegnungen zwischen Behinderten und Nichtbehinderten durchzuführen, erreicht mit Sicherheit viel mehr interessierte Personen.

Ein Artikel in der *lokalen Presse* kann Behinderte und Nichtbehinderte auf das Angebot in der evangelischen Kirchengemeinde aufmerksam machen.

Ein *Vortrag* oder eine *Diskussion* über Notwendigkeit und Probleme dieser Treffen im Rahmen des Evangelischen Bildungswerkes oder der Volkshochschule hilft, Ängste abzubauen und Teilnehmer zu motivieren.

Presseberichte über diese Veranstaltung multiplizieren die Wirkung.

Die Gemeinde kann Ausflüge veranstalten zum *Besuch in Einrichtungen*,

in denen Behinderte leben, und dort Kontakte knüpfen (Anschriftenliste mit dem Coupon anfordern).

Diese Besuche – auch an Tagen der offenen Tür – können für Nichtbehinderte Informationen bringen, die Unsicherheit beseitigen und das Interesse steigern.

Ebenso kann Information über bereits laufende Aktivitäten von Behinderten mit Nichtbehinderten, mit Erfahrungsberichten über diese Arbeit auf *Informationsständen* angeboten werden, die in Fußgängerzonen, bei Bürgerfesten, Gemeindefesten und nach Gottesdiensten aufgestellt werden.

Frauen-, Senioren- und *Jugendgruppen* sollten sich bei einem ihrer Treffen mit der Frage des Kontaktes mit Behinderten befassen – möglichst, indem Betroffene dazu eingeladen werden und mit ihnen diskutiert wird.

Eine Begegnung als Kontaktmöglichkeit mit Behinderten wird erfahrungsgemäß gern in Anspruch genommen von *Frauen*, deren Kinder bereits erwachsen sind und die nicht ins Berufsleben zurückkehren können – vorausgesetzt, es wird nicht ein Einsatz im Sinne einer Arbeits- bzw. Dienstleistung erwartet.

Bei den Begegnungen sollte immer im Auge behalten werden, daß alle Beteiligten durch den Kontakt bereichert werden.

Nichtbehinderte werden also auch über ihre positiven Erfahrungen berichten.

Mundpropaganda und gezielte Verbreitung im *Bekanntenkreis* können dem Kreis neue Mitglieder zuführen.

Bei Einschaltung von Presseorganen wird zu bedenken sein, daß behinderte Menschen oft sehr sensibel auf Veröffentlichungen reagieren.

Alle Mitglieder dieser Kreise werden Gelegenheit haben zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik

Versicherungsschutz für ehrenamtliche Mitarbeiter:

Ehrenamtliche Mitarbeiter in Kirche und Diakonie sind entweder in der gesetzlichen Unfallversicherung oder durch landeskirchliche Rahmenabkommen gegen Unfall versichert.

bei der gemeinsamen Tagung, die das Diakonische Werk der EKD vom 8.–11. Oktober 1981 in Nürnberg veranstaltet (Vorprogramm kann mit dem Coupon angefordert werden).

Ehrenamtliche Mitarbeiter nicht allein lassen!

Fragen der ehrenamtlichen Mitarbeit („Laienarbeit“) in der Behindertenhilfe sind immer wieder Gegenstand von Fachdiskussionen. Dabei geht es um die Frage, wie weit die Mitarbeit von Laien in der Behindertenhilfe gehen kann, wo Grenzen und wo Möglichkeiten sind.

Viele behinderte Menschen benötigen spezielle Hilfen, die nur von Fachleuten sachgerecht geleistet werden können. Eine Mitarbeit von Laien in diesem Bereich bedarf der Vorbereitung und Begleitung durch Fachleute. In der Regel kommen diakonische Einrichtungen dieser Aufgabe nach.

Daneben gibt es eine Fülle von Betätigungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Mitarbeiter – in Einrichtungen, in der offenen Arbeit, in Kirchengemeinden –, die keine besonderen fachlichen Vorkenntnisse erfordern, wohl aber eine Begleitung durch hauptamtliche Mitarbeiter der Gemeinde oder der Einrichtung.

Ehrenamtliche Mitarbeiter werden nach Informationen (z. B. über Ursachen von Behinderung) allgemeiner Art über behinderte Menschen fragen,

Zum Beispiel



sie sollten ihnen nicht vorenthalten werden.

Ehrenamtliche Mitarbeiter brauchen den Erfahrungsaustausch untereinander. Sie brauchen auch ab und zu die sichtbare Bestätigung, Mitarbeiter ihrer Gemeinde oder Einrichtung zu sein.

In dem vorhergehenden Beitrag wurde aufzuzeigen versucht, wie das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Gemeinde aussehen kann und wie ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen werden können.

Der folgende Beitrag macht deutlich, wie mit Hilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter aus der Gemeinde eine personelle Notsituation in einer Einrichtung bewältigt werden konnte und wie sich inzwischen ein hilfreicher Dienst mit Gewinn für beide Seiten daraus entwickelt hat.

Zum Beispiel:

Diakonische Initiativen in Himmelkron

Ehrenamtliche Mitarbeiter in Einrichtungen der Behindertenhilfe

In Himmelkron, einem Dorf in Oberfranken, befinden sich Heime für 430 behinderte Frauen und Männer des Evang.-Luth. Diakoniewerkes Neudettelsau. In einer Zeit des akuten Personalmangels erklärten sich die umliegenden Kirchengemeinden bereit, einen Sonntagshelferdienst zu organisieren zur Entlastung der Schwestern. Die Aufgaben für die Sonntagshelfer haben sich gewandelt, nachdem mehr Personal gewonnen werden konnte und im Heim stark unter pädagogischem Gesichtspunkt gearbeitet wird. Aber noch heute ist der Sonnagsdienst eine gute Einrichtung, die sowohl von den Gemeinden wie von den Heimen weiterhin gepflegt wird. Auch heute ist es so, daß am Sonntag nur eine reduzierte Mitarbeiterschaft vorhanden ist. Auch heute freuen sich Behinderte, wenn sie am Sonntag eine Kontaktperson haben.

Deutlich zu spüren ist, daß durch den Sonntagshelferdienst eine gute Information über Behindertenarbeit in den umliegenden Gemeinden erfolgen konnte. Bekanntlich lassen sich Vorbehalte gegen Behinderte und Heime nur durch persönliche Begegnung abbauen. Hierzu bietet der Sonntagshelferdienst eine ausgezeichnete Möglichkeit.

Daß der Sonntagshelferdienst nun im zweiten Jahrzehnt sich so weiterführen läßt, beruht auf einem bewährten Organisationsprinzip:

1. Die Aktion geht immer von den Kirchengemeinden aus.
2. Die Kirchengemeinden übernehmen den Fahrdienst.
3. Die Helfer an einem Ort stehen in Verbindung miteinander. Wenn jemand an einem Sonntag ausfällt, springt der andere ein, oder es wird mindestens eine Vormeldung ans Heim gegeben.
4. Zum Helferdienst wird jeweils für ein halbes Jahr aufgerufen.
5. Zu Beginn des Halbjahres wird eine Einführung im Heim vorgenommen und ein Organisationsplan für das halbe Jahr erstellt.
6. Am Ende des Halbjahres erfolgt eine festliche Verabschiedung der Helfergruppe.
7. Zu dieser Veranstaltung werden neue Interessenten eingeladen.
8. Wer neu oder wieder ein halbes Jahr mitmacht, trägt sich in die Liste ein. Der Organisationsplan wird erstellt usw. (wie 5.).

Manche Helfer können nur im Sommerhalbjahr kommen, manche dagegen nur im Winter. Manche beteiligen sich nur ein halbes Jahr lang, andere über Jahre hinweg. Einige sind von Anfang an bis jetzt dabei. Es kommen viele junge Leute, wichtig ist aber, daß auch ältere mitmachen und durch ihren wiederkehrenden Einsatz die gute

Kontakte unerlässlich

Behinderte Menschen unter uns entdecken und Kontakte herstellen

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland laut statistischen Erhebungen mindestens 4,2 Millionen behinderte Menschen.

Die Ursachen der Behinderung sind sehr verschieden: schädigende Einflüsse vor, während oder nach der Geburt, Krankheiten, Unfälle, Verschleißerscheinungen.

Bei den Behinderungsformen unterscheidet man vereinfachend zwis-

(Fortsetzung von Seite 20)

Tradition aufrechterhalten. Aus den jungen Sonntagshelfern sind manche Mitarbeiter hervorgegangen.

Natürlich gibt es Krisen, sowohl bei den Helfern wie bei den Mitarbeitern. Die Probleme müssen besprochen werden. Bisher konnten sie befriedigend gelöst werden.

schen körperbehinderten, geistig behinderten und seelisch behinderten (psychisch kranken) Menschen und Sinnesbehinderten (Blinde, Schwerhörige, Gehörlose). Viele Menschen sind mehrfach behindert (siehe auch oben „Behinderte Menschen wohnen unter uns“).

Es spielt eine wesentliche Rolle, seit wann jemand behindert ist. Es ist ein Unterschied, ob die Entwicklung eines Menschen von einer Behinderung geprägt wurde oder ob er als Erwachsener behindert wurde. Viele Probleme treffen für alle behinderten Menschen zu, aber nur durch direkten Kontakt mit ihnen können wir die unzähligen Probleme wirklich kennenlernen, überflüssige Vorurteile abbauen und uns um richtig verstandene Hilfen bemühen.

Wo und wie leben behinderte Menschen?

Von den 4–6 Millionen behinderten Menschen leben nur relativ wenige in Heimen, Anstalten und ähnlichen Einrichtungen. Beim Diakonischen Werk, bei der Stadt bzw. Gemeindeverwaltung oder beim Pfarramt kann man uns sagen, ob sich in unserer Umgebung eine Einrichtung befindet. (Eine Anschriftenliste kann auch mit dem Coupon auf der Rückseite dieses Heftes angefordert werden.)

Die meisten behinderten Menschen wohnen jedoch irgendwo unter uns.

Sehr viele von ihnen leben isoliert von der Umwelt, wobei noch eine ganz persönliche Eigen-Isolierung aufgrund gemachter Erfahrungen dazu kommen kann. Diese Isolation, der Mangel an Information, Kommunikation und Aktion und die sich daraus ergebende Passivität und Abhängigkeit der behinderten Menschen und deren Angehörigen (also ebenfalls Betroffene) ergeben einen Teufelskreis, aus dem diese Menschen ohne fremde Hilfe nicht mehr herauskommen. Dies betrifft vor allem diejenigen, die seit



ihrer Geburt, Kindheit oder Jugend behindert und nicht selbstständig geworden sind.

Viele dieser Menschen und ihrer Angehörigen sind so in ihre Isolation verstrickt und haben sich in dieser Situation eingerichtet. Sie haben Schwierigkeiten, herauszukommen.

Sie werden vielleicht auf eine Einladung oder einen Brief nicht reagieren.

Wir sollten darüber nicht enttäuscht sein, sondern Geduld haben. Gerade diese Menschen brauchen unsere Hilfe.

Ihre Situation (unabhängig von der Behinderung) ist manchmal katastrophal, obwohl es den Anschein hat, als ob sie sich darin wohl fühlen und in Ruhe gelassen werden wollen. Übersehen wir nicht, daß es manchmal auch die Angehörigen sind, die sich an diese Situation gewöhnt und – oft unbewußt – Widerstände gegen Außenkontakte haben. Wir laden deshalb die Angehörigen am Anfang auf jeden Fall mit ein. Später überlegen wir auch Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Angehörigen.

Es ist auch möglich, daß Angehörige den behinderten Mitmenschen als eine Last empfinden, die sie im Grunde los werden wollen. Sie lehnen ihn ab und sind anscheinend nicht bereit, seinen Erfahrungsbereich zu erweitern.

Es ist wichtig, daß wir von solch extremen Beispielen wissen, gerade hier gibt es sehr viel Not im verborgenen.

Kontakte unerlässlich

Vorbehalte gegen die Kirche

Noch etwas müssen wir berücksichtigen. Viele Behinderte und ihre Angehörigen fühlen sich von ihrer Kirche mit ihrem Schicksal allein gelassen. Sie sind enttäuscht worden und haben es aufgegeben, von ihr etwas zu erwarten. Ja, sie stehen ihrer Kirche oft sehr zurückhaltend oder gar ablehnend gegenüber.

Im „Jahr der Behinderten“ werden plötzlich die behinderten Menschen und ihre Angehörigen aus dem kirchlichen Bereich angesprochen. Sie bekommen einen Brief oder eine Einladung. Ist es verwunderlich, wenn viele auch aus diesem Grund skeptisch sind und nicht reagieren? Da ist eine verständliche Angst, daß dies nur wegen des „Jahres der Behinderten“ geschieht – einmal ein Fest, ein Jahr lang Treffen etc., und danach ist alles wieder vorbei, und sie werden in ihrer Situation mit ihren Problemen und Nöten wieder allein gelassen.

Um behinderte Menschen ausfindig zu machen, müssen wir verschiedene Wege gleichzeitig gehen. Es gibt – neben den Einrichtungen für behinderte Menschen – Personen auf Ämtern, Dienststellen, bei Verbänden usw., die mit Behinderten laufend zu tun haben. Eine Schwierigkeit ist dabei, daß diese Stellen aus Datenschutzgründen keine Adressen weitergeben dürfen. In persönlichen Gesprächen sind aber viele bereit, weiterzuhelfen oder Informationen und Einladungen zu verschicken, in denen auf unsere Gruppe oder unsere Aktivität hingewiesen wird.

Im Telefonbuch

finden wir Anschriften:

- Sonderschulen (unter Schulen)
- heilpädagogische Tagesstätten (über Stadt- oder Kreisverwaltung)

- Werkstatt für Behinderte (über Stadt- oder Kreisverwaltung)
- Heime u. a. Einrichtungen für Behinderte (über Kirchen/Stadt- oder Kreisverwaltung / Wohlfahrtsverbände)
- Sozialstationen, zentrale Diakoniestationen (über Kirchen, Pfarramt)
- Lebenshilfe für geistig Behinderte
- Behindertenverbände (über Diakonisches Werk der Landeskirche)
- Diakonisches Werk/Innere Mission (über Kirchen/Pfarramt)
- Kirchengemeinden/Pfarrämter
- Caritas
- Deutsches Rotes Kreuz
- Arbeiterwohlfahrt
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Johanniter-Unfallhilfe
- Malteser Hilfsdienst
- Arbeitersamariterbund
- Erziehungsberatungsstellen (über Stadt- oder Kreisverwaltung, Jugendamt)
- Sozialamt/Jugendamt (über Stadt- oder Kreisverwaltung)
- Arbeitsamt
- Gesundheitsamt.

Örtliche Fernsprechbücher sind für unsere Bemühungen oft besser geeignet als amtliche Fernsprechbücher.

Im Branchenfernspprechbuch

finden wir Kontaktanschriften unter den Rubriken „Taxifahrer“, „Apotheken“, „Ärzte/Nervenärzte/Kinderärzte“, „Orthopädische Fachgeschäfte“, „Krankenkassen“, „Krankenpflege und Gymnastik“, „Krankenfahrstühle“, „Heil- und Pflegeanstalten und Krankenhäuser“.

In Gesprächen mit Vertretern dieser Stellen versuchen wir zu erreichen, daß diese Einladungen zu unseren Treffen an behinderte Menschen oder Angehörige verschicken oder verteilen oder Plakate ¹⁾ in ihren Räumen aushängen.

¹⁾ (Plakate mit Eindruck oder Beschriftungsmöglichkeiten sind beim Diakonischen Werk erhältlich. Coupon „Prospekt über Materialien“ auf der Rückseite dieses Heftes.)

Es sollte uns nicht entmutigen, wenn auf einen einmaligen Aufruf sehr wenige behinderte Menschen reagieren.

Wir fangen von vorne an und laden wieder ein. Wir sprechen mit Behinderten, die wir kennen, darüber.

Weitere Möglichkeiten:

- Wir drucken unseren Hinweis auf entsprechende Angebote auf Flugblätter oder Handzettel, die von Gemeindegliedern, Jugendgruppen und Konfirmandengruppen an alle Haushalte (Briefkästen) der Gemeinde, des Stadtteils verteilt werden;
- Gemeindebriefe;
- Aushang in den kirchlichen Schaukästen;
- Mitteilungsblatt der Kommune;
- Plakate in Schaufenstern von Läden;

Wichtig: etwas unternehmen

- Veranstaltungskalender der Zeitungen und Werbeblätter.

Zeitungen bringen sicher auch einen Artikel über unser Vorhaben und unsere Gruppe.

Es gibt in nahezu allen Gemeinden Personen, die „von Amts wegen“ zu vielen Familien Kontakt haben und Informationen überbringen können. Dazu gehören beispielsweise der Briefträger, die Gemeindeschwester, die Milchfrau, der Bäcker usw. Wir können sie bitten, Informationen über unsere Vorhaben in der Gemeinde an entsprechende Familien weiterzugeben.

Wir können auch Kinder fragen. Kinder wissen oft, ob in ihrer Nachbarschaft oder anderswo behinderte Menschen wohnen, und sie sagen es uns meist ohne große Hemmungen, wenn wir sie persönlich ansprechen.

den Mitgliedern Ihres Kirchengemeinderates (Kirchenvorstandes) je ein Heft zur Verfügung stellen als Grundlage für ein gemeinsames Gespräch über mögliche „Diakonische Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte“ in Ihrer Gemeinde?

Wir gründen eine „Diakonische Initiativ-Gruppe 81“

In ihr sollten vertreten sein:

- *Behinderte Menschen,*
- *Angehörige von Behinderten,*
- *andere Gemeindeglieder (z. B. auch Angehörige von Jugendgruppen, Frauen- und Männerkreisen),*
- *offizielle Vertreter der Kirchengemeinden (Vertreter des Kirchengemeinderates, Pfarrer etc.).*

Sinnvoll kann auch die Beteiligung weiterer Persönlichkeiten sein, z. B.

- *Gemeindediakon,*
- *Gemeindeschwester,*
- *Kindergärtnerin,*

oder von Fachleuten aus nahegelegenen Einrichtungen für behinderte Menschen oder Vertreter von Selbsthilfevereinigungen (Lebenshilfe, Spastikerverein).

Die Gruppe sollte versuchen, mindestens ein Jahr lang zusammenzuarbeiten.

Sie könnte eine doppelte Aufgabenstellung haben:

- Impulsgeber und Koordinationsstelle für gemeindliche Initiativen,
- Durchführung konkreter Vorhaben in der Anlaufphase (z. B. erster Gemeindeabend, besondere Gemeindegottesdienste, Durchführung des Besuchsdienstes in Familien mit behinderten Angehörigen etc.).

diakonie report

Zeitschrift des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, herausgegeben von der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart
ISSN 0342-1643

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kober, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 21 59-200 Telex ddw s 07 23 557

(Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)

Spendenkonto „diakonie report“: Diakonisches Werk der EKD Postscheckamt Stuttgart 344 70-701 (BLZ 600 100 70) Landesgirokasse Stuttgart 2 001 351 (BLZ 600 501 01)

Redaktionsbeirat: Günther Dehn, Nürnberg; Herbert G. Hassold, Stuttgart; Hans-Joachim Hofmann, Stuttgart; Peter Holborn, Rendsburg; Hans Kober, Nürtingen (Vorsitender); Horst Seibert, Frankfurt

Verlag und Anzeigenverwaltung: Evangelisches Verlagswerk GmbH, Staffenbergstraße 44, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 24 14 95

Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Hans Becker, Stuttgart Erwin Dürr, Stuttgart

Heide Eder, Gammertingen Günther Fritzsching, Stuttgart

Karl Fuchs, Neuendettelsau Heide Geiger, Stuttgart

Martin Geiger, Kehl-Kork Dietfried Gewalt, Hamburg

Jürgen Holzhauer, Nürnberg Arthur Keller, Friedberg

Gerhard Köhnlein, Stuttgart Christel Kruse, Augsburg

Heimo Liebl, Nürnberg Eduard Lohse, Hannover

Irmin Mantel, Nürnberg Hanne Mittermeier, Nürnberg

Johann Jakob Münden, Bad Kreuznach

Gerhard Niemeyer, Stuttgart

Helmut Rau, Gammertingen

Burkhard Riedel, München

Hans Rupp, Marburg

Theodor Schober, Stuttgart

Gerd Schramm, Stuttgart

Christa Widmaier, Stuttgart

Albrecht Wolf, Coburg

Piktogramme: Diakonisches Werk Nürnberg, Öffentlichkeitsreferat

Entwurf Aktionszeichen: Heinz Giebel, Metzingen Umschlag-Gestaltung: Hans-Eduard Franke, Neuhausen a. d. F.

Druck: Henkel GmbH, Offset, Buchdruck, 7000 Stuttgart 40 (Zuffenhausen)

Auf Wunsch wird Ihnen diese Zeitschrift kostenlos zugesandt. Bestellungen und Anschriftenänderungen nur beim Evangelischen Verlagswerk, Postfach 9 27, 7000 Stuttgart 1

Organisatorische Anregungen

Man könnte den gemeinsamen Aufruf von Landesbischof Professor D. Lohse und Präsident Dr. Schober im Sonntagsgottesdienst verlesen und die Gemeinde im Anschluß an den Gottesdienst einladen zum Gespräch über mögliche Konsequenzen.

*

Von dieser Ausgabe von „diakonie-report“ können kostenlos Mehrexemplare bezogen werden (siehe Coupon auf der Rückseite). Wollen Sie nicht

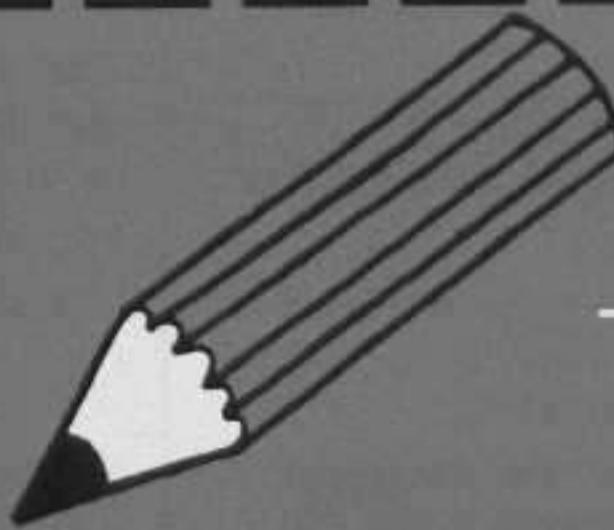
Postvertriebsstück E2431FX Gebühr bezahlt
000236364/005 014
GOSSNERSCHE MISSIONS-GES.
HANDJERYSTR. 19-20
1000 BERLIN 41



diakonie
report

COUPON

Ich interessiere mich für
»Diakonische Initiativen
für Behinderte und Nichtbehinderte«
und bitte um Zusendung von



Bitte ausfüllen und ankreuzen und absenden an:

Diakonisches Werk der EKD
– **Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte –**
Postfach 476
7000 Stuttgart 1

weiteren Exemplaren »diakonie-report« 5/1980

Anschriftenverzeichnis diakonischer und kirchlicher Einrichtungen
Aktivitäten und Dienststellen für behinderte Menschen im Bereich der
Evangelischen Landeskirche in

1 Satz (= 6) Faltblätter »Behinderte Menschen unter uns«

Entwurf zur Gestaltung eines Gottesdienstes (Thema: Leid)

Vorprogramm der gemeinsamen Tagung vom 8.–11. Oktober 1981 in Nürnberg

Prospekt über Material für die Arbeit mit behinderten Menschen

Voneinander lernen:

Ich kann darüber berichten, wie wir in unserer Gemeinde/Einrichtung versuchen

unter den Zielen der »Diakonischen Initiativen für Behinderte
und Nichtbehinderte« zu arbeiten

Kontakte zwischen Einrichtungen und Gemeinden zu pflegen

Name und Anschrift:

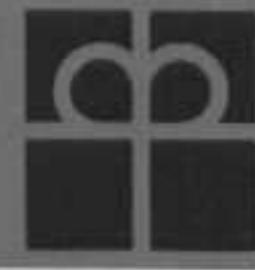
diakonie report 3

INFORMATIONEN AUS DEM
DIAKONISCHEN WERK
DER EVANGELISCHEN KIRCHE
IN DEUTSCHLAND

STUTTGART / JUNI 1980



450 Jahre Augsburgisches Bekennnis
450 Jahre Augsburgisches Bekennnis
450 Jahre Osnaburgisches Bekennnis
450 Jahre Augsburgisches Bekennnis



INHALT

Meinung	3
Die Wahl der falschen Mittel (Präsident Dr. Theodor Schober nimmt Stellung)	
Confessio Augustana	4
Augsburg 1980 – Das Bekenntnis der Neugläubigen „Der heiße Atem Luthers“ Keine „theologische Archäologie“ Gemeinsames Verständnis der Mitte des Glaubens	
Aus der Arbeit	8
Mit Dresden hat es begonnen (Christen in Ost und West unterstützen den kirchlichen Wiederaufbau in der DDR) Es muß nicht immer Krankenhaus sein ... (Vielfältige Hilfe durch kirchliche Sozialstationen) Wieder Freude an der Kirche (Mehr Spaß am Konfirmanden- unterricht)	
aufgespißt	13
Zeiterscheinung	
Problem heute	14
Braucht ein Pastor Freunde?	
Der ferne Nächste	15
Uganda: Vom Hungertod bedroht	
Interview	16
Ermutigung für Frauen (Gespräch mit E. v. Stackelberg, Bundesvorsitzende der Ev. Frauenhilfe)	
Leser haben das Wort	17
Das geistliche Wort	18
Diakonie und das Bekenntnis der Reformation	

Liebe Leser,

jeder Zehnte unter uns ist behindert, geschädigt an Leib, Geist und Seele. Hochgerechnet auf die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik sind das nahezu sechs Millionen Menschen. Wahrlich eine Größe, die deutlich macht, daß Behinderung und Behinderte zum Alltag gehören. Doch wie steht es um die Lebenssituation dieser gesellschaftlichen Mammutgruppe? Tatsache ist, daß Behinderte vielfach noch im Abseits stehen, Vorurteilen ausgesetzt sind und statt Ermutigung bittere Ablehnung erfahren. Dies ist beschämend. Not tut eine Korrektur der falschen Vorstellungen über die Behinderten, die eines nicht sein wollen: Menschen im Glashaus, Zeitgenossen mit Sonderstatus. Ihnen geht es schlichtweg darum, gleichwertig in alle gesellschaftlichen Bereiche eingebunden zu sein, partnerschaftlich und menschlich angenommen. Sie in unsere Gesellschaft, in Familie und Nachbarschaft, in die bürgerliche und kirchliche Gemeinde zu integrieren, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Von dieser Selbstverständlichkeit sind im Alltag leider nur Ansätze erkennbar. Hier einen Wandel herbeizuführen, ist besonders die Diakonie der Kirche gefordert. Gerade weil sie einen christlichen Auftrag wahrnimmt, hat sie sich an dem Ruf und der Bitte der Behinderten zu orientieren: versteht uns, lebt mit uns – offen und unvoreingenommen! Der für das „Internationale Jahr der Behinderten 1981“ erwogene Slogan der Deutschen Nationalen Kommission „Einander verstehen – miteinander leben!“ sollte auch in den evangelischen Gemeinden Widerhall finden.

Mit freundlichem Gruß

Die Wahl der falschen Mittel

Kein noch so guter Zweck rechtfertigt falsche Mittel zu seiner Verwirklichung.

Darum ist es z. B. nicht zu verantworten, das lebensgefährliche *Heroin* mit einem anderen *Suchtmittel* zu bekämpfen. Hier würde eine sinnvolle Therapie durch die Bankrotterklärung vor der Drogenseuche ersetzt.

Stabile Preise sind erstrebenswert. Wer aber tonnenweise z. B. frischen Seefisch vernichtet, nur um die Marktpreise für Fisch zu halten, läuft in die falsche Richtung.

Politische Krisenherde gefährden den Weltfrieden. Die letzten Wochen haben uns das deutlich genug gezeigt. Gewaltaktionen sind zu verurteilen, von welcher Seite sie auch kommen. Aber kann ein Lebensmittelboykott, kann das Verbot, Medikamente in ein solches Land zu senden, wirklich dem Frieden dienen? Das Gegenteil ist der Fall. Der Druck, der mit solchen Mitteln auf die Regierenden ausgeübt werden soll, wird zum Leidensdruck für die Schwächsten – also gerade für die falsche Seite.

Familienplanung ist heute unentbehrlich in einer Welt, deren Bevölkerung sich in immer kürzeren Abständen verdoppelt. Aber die Tötung ungeborenen Lebens ist ein unerlaubtes Mittel auf diesem Weg. Menschliches Leben ist unantastbar – in Asien wie in Europa und an jedem anderen Platz.

Zweifelhafte Praktiken mancher *Reise-Veranstalter* müssen angeprangert werden. Wenn aber ein deutsches Gericht einer Reisenden die teilweise Rückzahlung ihrer eingezahlten Kosten unter anderen Begründungen

auch deswegen zuspricht, weil die ihr auf dieser Reise zugemutete Hotel-Begegnung mit einer Gruppe von Behinderten als Minderung der Urlaubs-erholung anzuerkennen sei, ist das eine gefährliche Engführung im Denken der Antragstellerin und der Richter signalisierendes Ereignis. Widersteht solchen neuen Anfängen einer heillosen Entwicklung, an deren Ende die Ausklammerung von „lebensunwerten Leben“ stehen kann!

Humanität im Krankenhaus wird heute überall gefordert. Wer aber gleichzeitig die Planstellen für Schwestern und Pfleger verringern will, damit die Krankenhauskosten gesenkt werden können, trägt zum Gegenteil bei.

Dadurch würde die menschliche Zuwendung im Krankenhaus gerade noch rarer, nicht weil Schwestern und Pfleger dazu nicht bereit wären, sondern weil sie dann einfach keine Zeit mehr haben, mit den Patienten zu sprechen, sondern gehetzt von einem Bett zum anderen rasen, um wenigstens das Notwendigste zu erledigen.

Die z. Z. wieder erörterten Veränderungen im Krankenhausfinanzierungsgesetz dürfen nicht dazu führen, daß krankenhausferne Institutionen in den inneren Betrieb und Ablauf dieser hochempfindlichen Einrichtungen eingreifen und den Rat aller Krankenhausträger, aller Schwesternschaften und vor allem der freien Wohlfahrtsverbände überhören: Hände weg vom Krankenhaus! Es ist absolut ungeeignet als Manöverfeld für die Erprobung neuer Verwaltungspraktiken.

Auch im übrigen sozialen Alltag ist vor den falschen Mitteln zur Erreichung bestimmter richtiger Ziele zu warnen.

Dafür ein paar Beispiele:

Wer eine abweichende Meinung zu irgendeiner Frage hat, darf deswegen nicht diskriminiert, sondern muß von der besseren Meinung überzeugt werden.

Straffällige sollen nicht verwahrt, sondern re-sozialisiert werden. Wo das

Streben nach Sicherheit alles beherrscht, geht bald nichts mehr, was mit einer sinnvollen Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu tun hat.

Die Lebensprobleme von *Nichtseßhaften* und „*Stadtstreichern*“ werden weder durch moralische Entrüstung noch durch polizeiliche Ordnungsmaßnahmen bewältigt, sondern vielleicht am ehesten dadurch, daß alle Bürger Schritt für Schritt ihre Vorurteile gegenüber dieser Personengruppe abbauen und sich bemühen, sie nicht zu verurteilen, sondern sie mit ihrer oft sehr schwierigen Schicksalslage in ihrem gestörten sozialen Umfeld zu verstehen bis dahin, daß wir ihnen gegenüber unser Herz und unsere Türen öffnen.

Kinder brauchen als Zeichen der Zuwendung nicht noch mehr Schokolade und noch mehr Fernsehen, sondern mehr Liebe, eine Liebe freilich, die den jeweiligen Partner so ernst nimmt, daß sie auch einmal nein sagen kann.

Nicht die autogerechte, sondern die *kindergerechte* Stadt muß das Ziel der Planer und Städtebauer werden. Wir blockieren uns selbst die Zukunft, wenn wir so viele Parkplätze schaffen, daß für spielende Kinder und für Kinderwagen schiebende Eltern kein Platz mehr bleibt, der ohne Lebensgefahr begangen werden kann.

Wer *heranwachsenden Jugendlichen* helfen will, darf nicht nur nach ihren Zensuren fragen und in ihre Zeugnisse schauen, sondern sollte ihnen öfters in die Augen sehen. Dabei wird er manche Angst erkennen, die es abzubauen gilt, wenn daraus kein verpfusches Leben werden soll. Denn kein Mensch lebt letztlich von seiner Leistung. Und er darf auch nicht lebenslang auf sein Versagen festgenagelt werden. Wo bleibt sonst der Platz für Gottes befreiende und neuschaffende Liebe?

Als die Väter von 1530 das *Augsburgische Bekenntnis* formulierten, ging es ihnen letztlich auch um diese Warnung:

Confessio Augustana

Augsburg 1980 – Das Bekenntnis der Neugläubigen

*Lutheraner und Katholiken
im Jubiläumsjahr der Augustana*

„Ich habe Sorge, daß wir nimmermehr so nahe werden zusammenkommen, als zu Augsburg 1530.“ – Wie richtig Martin Luther die Situation auf dem Augsburger Reichstag einschätzte, zeigt ein Vergleich mit den heutigen Gegebenheiten: Die Christenheit ist den Weg eines in viele konfessionelle Kirchentümer geteilten Gottesvolkes weitergegangen. Da gibt es u. a. weltweit rund 70 Millionen Lutheraner, die in diesem Jahr das 450jährige Jubiläum des Augsburgischen Bekenntnisses als der für sie verbindlichen Glaubensaussage begehen. Über 25 000 werden vom 22. bis 29. Juni wiederum in Augsburg zu „Festtagen evangelischer Kirchen aus aller Welt“ erwartet. Natürlich werden ökumenische Gäste aus dem Weltprotestantismus wie der römisch-katholischen Kirche nicht fehlen.

„Nicht im offiziellen Auftrag“

Eine gerade rechtzeitig vor den Festtagen publizierte gemeinsame Untersuchung lutherischer und katholischer Theologen würdigt „nicht im offiziellen kirchlichen Auftrag, sondern in Ver-

(Fortsetzung von Seite 3)

Greift nicht zu den falschen Mitteln, um Eure Sache mit Gott ins reine zu bringen. Nehmt die Gnadenmittel, die Christus anbietet, und verdankt Euch immer wieder neu seiner Vergebung.

Theodor Schober

antwortung der beteiligten Autoren“ die Confessio Augustana als „Bekenntnis des einen Glaubens“. Man habe, wie die 24 Theologen als Ergebnis ihrer Studienarbeit festhalten, das Augsburgische Bekenntnis als „Bekenntnis des einen Glaubens wiedergefunden“. (Confessio Augustana – Bekenntnis des einen Glaubens, gemeinsame Untersuchung lutherischer und katholischer Theologen, herausgegeben von Harding Mayer und Heinz Schütte.) Ein Privatunternehmen also mit kirchlicher ökumenischer Bedeutung, wie man hofft.

Die Hoffnung scheint nicht ganz unberechtigt zu sein, denn am 26. März veröffentlichte eine offizielle römisch-katholische / evangelisch-lutherische Kommission in Genf und Rom eine Stellungnahme, in der grundsätzlich festgestellt wird, daß die inhaltlichen Aussagen der Confessio Augustana ihrer Ansicht, den Glauben der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche zu bezeugen, „in hohem Maße entsprechend und insoweit als Ausdruck des gemeinsamen Glaubens angesehen werden können“.

Man darf auf weitere Erklärungen seitens der Kirchen gespannt sein.

„... mit uns nicht uneinig sein können“

Nun, 1530 gab es noch keine getrennten Kirchen von Lutheranern und römischen Katholiken. Eher eine Art Reformbewegung innerhalb der römisch-katholischen Kirche, die in Augsburg darum bemüht war, ihre Übereinstimmung mit der katholischen Kirche zum Ausdruck zu bringen, eben durch das Augsburgische Bekenntnis als einem Bekenntnis zu der in Jesus Christus begründeten einen Kirche. Deshalb formulierte Philipp Melanchthon als Hauptverfasser zum Abschluß des ersten Teils: „Weil nun diese Lehre in der Heiligen Schrift klar begründet ist und außerdem der allgemeinen christlichen, auch der römischen Kirche, soweit es aus den Schriften der Kir-

chenväter festzustellen ist, nicht widerspricht, meinen wir, daß unsere Gegner... mit uns nicht uneinig sein können.“ War also damals unter „ökumenisch“ der Versuch einer Bewahrung der bedrohten kirchlichen Einheit zu verstehen, so stehen heute Bemühungen an, die verlorengegangene Einheit wieder zu gewinnen.

Politische Gegebenheiten anders

Einen zweiten grundlegenden Unterschied zwischen Augsburg 1530 und 1980 gilt es zu berücksichtigen: die politischen Gegebenheiten, insbesondere das Verhältnis von Kirche und Staat. Sicherlich, die politische Prominenz – Bundespräsident, Bundeskanzler, bayerischer Ministerpräsident und viele andere mehr – werden bei den diesjährigen „Festtagen“ in Erscheinung treten – doch nur so, wie wir es schon von evangelischen Kirchentagen und Katholikentagen kennen. Augsburg 1530 war ein staatlicher Akt, ein vom Kaiser ausgeschriebener Reichstag mit der Tagesordnung: Maßnahmen zur Abwehr der Türkengefahr und Sicherung der Einheit von Kirche und Reich. Da Martin Luther als Gebannter und Geächteter keinen Zugang zum Reichstag hatte, war es Melanchthon aufgetragen, die Wittenbergische Theologie als „katholisch“ zu vertreten. Dem Kaiser als Schirmherr der Kirche und Schiedsrichter für strittige Kirchenfragen oblag es zu entscheiden, nicht einem Bischof oder dem Papst. Kurz: Kirche und Staat waren eins.

Dazwischen liegen Welten

Zwischen Augsburg und Augsburg liegen somit Welten. Ein historischer Abstand, der auch beim besten menschlichen Willen nicht aus der Welt geschafft werden kann. Auch noch so intensives ökumenisches Bemühen heute kann die verpaßte Chance von 1530 sowie die daraus resultierenden Folgen nicht wie mit einem Schwamm auswischen.

Confessio Augustana

Das haben alsbald evangelische und katholische Theologen gemerkt, die seit zehn Jahren intensiv das Augsburgische Bekenntnis zum Gegenstand ihrer Forschungen machen. Es fiel katholischerseits das schillernde Wort der „Anerkennung“ des Bekenntnisses als gültiger Ausdruck des christlichen Glaubens, was eine Flut von wissenschaftlichen Beiträgen für und wider auslöste. Auch konfessionelle Ängste brachen erneut auf. Evangelischerseits: Wollte die römisch-katholische Kirche die Lutheraner als ihre bevorzugten ökumenischen Dialogpartner aus der Gemeinschaft der Protestanten herauslösen und zu sich hinüberziehen? Katholischerseits: Gefährdete eine etwaige Anerkennung nicht die innerkatholische Einheit?

Neue Fragen

Schnell wurde man sich dessen bewußt, daß mit einer Anerkennung des 450 Jahre alten Bekenntnisses allein das ökumenische Problem kirchlicher Zerrissenheit nicht aus der Welt zu schaffen war. Die im 16. Jahrhundert vollzogene Trennung der Kirchen und ihre jahrhundertelang folgende je eigene Geschichte führen heute zu neuen Fragen, die – kurz gesagt – darin ihren Grund haben, daß die Lutheraner von heute nicht die von gestern sind, und die Katholiken ebenso wenig. Das Reizwort „Anerkennung“ verschwand aus der ökumenischen Debatte, und ein neues fand Eingang – die Identitätsfrage.

So wird das Jubiläumsjahr 1980 nicht eine „Anerkennung“ der Lutheraner als eine legitime Schwesterkirche der römisch-katholischen bringen. Ist damit aller ökumenischer Gehirnschweiß vergebliche Liebesmüh gewesen? Mitnichten! Rom und Augsburg stehen wie alle anderen christlichen Kirchen weiterhin in der Verantwortung eines gemeinsamen Zeugnisses unter den Bedingungen der Neuzeit und unter Berücksichtigung der je eigenen konfessionellen Tradition. Fragen unterschiedlicher Frömmigkeit und Lehrausbildung, die 1530

noch keine Rolle gespielt haben, müssen mitbedacht werden. Das Ziel der Einheit – man spricht heute lieber von Gemeinschaft – steht in seiner Dringlichkeit wie vor 450 Jahren als unbevältigte Aufgabe vor uns.

Langer Bewußtseinsprozeß

Im 16. Jahrhundert kam die ökumenische Intention des Augsburgischen Bekenntnisses nicht zum Ziel. Die Confessio Augustana wurde die grundlegende Bekenntnisschrift allein der Lutheraner, nicht einmal auch der Reformierten. Es hat lange gedauert, bis Wittenberg und Rom sich der ökumenischen Dimension des Augsburgischen Bekenntnisses bewußt wurden.

Nach Jahrhunderten konfessionalistischer Abgrenzung wird es heute von Theologen beider Kirchen als „Bekenntnis des einen Glaubens“ wiedergefunden.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen beginnt man erst in unseren Tagen die Confessio Augustana nicht als Manifest oder Urkunde einer bestimmten Religionspartei oder Partikularkirche zu verstehen, wie jüngst der Bischof der kurhessen-waldeck'schen Kirche, Hans Gernot Jung, betonte.

Zwischenkirchliche Gemeinschaft

Die Debatten im Vorfeld der Augsburger Festtage waren der Versuch und das Wagnis, verlorengegangene zwischenkirchliche Gemeinschaft von Lutheranern und Katholiken neu zu finden, ohne die innerprotestantische Einigung wie die Leuenberger Konkordie zu gefährden. Dieses ökumenische Wagnis verdient Respekt, es ist auch mit 1980 noch nicht abgeschlossen. Auch wenn die „Anerkennung“ noch ausbleibt, so besteht kein Grund, aus vorschneller Euphorie in Pessimismus oder Resignation zu verfallen. Beides sind keine christli-

Wenn unser Herz richtig schlägt, ist alles in Ordnung.

*Alfred Delp
1907–1945*

chen Tugenden, Nüchternheit und Hoffnung dagegen sehr. Die ökumenische Option bleibt weiterhin der einzige gangbare Weg der zerrissenen Christenheit. Irrwege werden dabei nicht ausbleiben. Einer jedoch – das hat insbesondere die Augustana-Debatte gezeigt – darf als untauglicher Pfad ausgeklammert werden. Nicht die Frage, ob die Katholiken evangelischer und die evangelischen katholischer geworden sind oder werden, führt uns zusammen, sondern die geistige Erneuerung der Kirchen unter dem Evangelium. Dazu gehören tägliche Reue und Buße auf beiden Seiten, wie Luther sie forderte.

Glaubwürdiges Bekennen gefordert

In diesem Sinne ist auch der anfangs genannten gemeinsamen Untersuchung evangelischer und katholischer Theologen weite Resonanz zu wünschen. „Im Rückgriff auf das Augsburgische Bekenntnis“ haben sie „ein gemeinsames Verständnis der Mitte des christlichen Glaubens erreicht“. Darum geht es zwischen Rom, Wittenberg, Augsburg sowie allen anderen christlichen Kirchen im Jubeljahr der Confessio Augustana. Nicht um die Anerkennung eines alten Stücks Papier, sondern um die Herausforderung zu gemeinsamem glaubwürdigen Bekennen heutigen Christseins.

Rüdiger Bieber

Confessio Augustana

„Der heiße Atem Luthers“

Was mir die Confessio Augustana bedeutet

Meine Begegnung mit der Confessio Augustana war zunächst eine rein technische. Natürlich wußte ich ein paar Daten. Natürlich waren mir von meinem beruflichen Pflichtenkreis her Namen wie Vinzenz Pfür bekannt, der in Rom den Anstoß gegeben hatte für eine so unerwartete intensive Diskussion darüber, ob die römisch-katholische Kirche die Confessio Augustana förmlich anerkennen sollte. Natürlich habe ich mir – höchst laienhafte – Gedanken darüber gemacht, warum sie das eigentlich bis heute nicht getan hat. Auch ein Vortrag des Münchner Dogmatikers Heinrich Fries im Frühjahr 1978 in der Katholischen Akademie Augsburg – eines Mannes, dessen Ausscheiden aus der deutschen Hochschultheologie zu bedauern ist – war für mich zunächst Pflichtbesuch. Und doch hatte dieser Abend Weiterungen. Er löste, das wurde mir erst rückschauend klar, so etwas wie persönliche Betroffenheit aus.

Eine formale Vorbemerkung erscheint mir sinnvoll. Ich war zunächst einfach nur verblüfft, wie ungemein präzis und praktisch dieses Dokument geschrieben ist. Was die redaktionelle Arbeit betrifft, so nötigt sie einem heute noch ehrlichen Respekt ab. Selbstverständlich kann man darüber streiten, was original Luther ist und was Melanchthon, wer hat damals etwas dazugetan aus dem Kreis der evangelischen Stände, wie weit ist die ursprüngliche Absicht verändert, verdünnt worden im Bemühen, das Papier zu retten? Man kennt dieses Verfahren von Arbeitsgruppen, von Redaktionskomitees und Programmausschüssen ja heute zum Überdruß, um nicht zu wissen, wie so etwas läuft und wie problematisch oft die Ergebnisse sind. Aber über alledem ist klar:

Die Confessio Augustana ist ein Dokument dafür, wie man publizistisch arbeiten kann in Dingen des Glaubens und der Kirchenpolitik.

Ich beobachte den wachsenden Markt an Publikationen über die Confessio Augustana und mache mir Gedanken darüber, wie man sie heute behandeln, unter die Leute bringen soll. Und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß das Original noch immer von hinreißender sprachlicher Aktualität ist. Die großen Schwierigkeiten, heute Theologie zu beschreiben, kennt jeder, der sich mit ihrer Vermittlung an Nichttheologen zu befassen hat. Hinzu kommt das andere aktuelle Problem, wie in einer kirchenpolitisch höchst aufgeheizten, zu Polemik geradezu zwingenden Situation sachgerecht argumentiert werden kann. Das war, vom Standpunkt des Journalisten gesehen, eben genau das Problem der Autoren des Confessio-Textes.

Zu kaum einer anderen Zeit als eben noch dem Reformationszeitalter war das breite Interesse an theologischen Fragen derart groß wie heute. Das ist ein Gemeinplatz, aber er zwingt alle, die auf dieses Interesse reagieren müssen, täglich dazu, zu überdenken, wie darauf angemessen zu reagieren ist.

Hieb- und stichfest

Die Väter der Confessio Augustana mußten ihr Bekenntnis theologisch hieb- und stichfest formulieren, denn sie hatten es ja auf der Gegenfront auch mit Theologen zu tun. Auf der anderen Seite mußten sie aber auch – wie man heute sagen würde – gesellschaftspolitisch formulieren. Auch den heutigen üppigen theologischen Büchermarkt kann man nicht mehr einfach säuberlich so aufteilen, daß theologische Bücher in der Breite nicht informativ und schon gar nicht persönlich hilfreich sein müssen, während die religiöse Gebrauchsliteratur – das, was Karl Rahner einmal in bezug auf seine eigene Produktion „meine frommen Sachen“ genannt hat – intellektuell unzulänglich sein darf.

Es sind heute nicht sehr viele, die so schreiben können, daß sie beides verbinden, und es war vielleicht seit Reformationstagen auch nicht mehr so notwendig, daß man beides zu verbinden sucht. Das gefestigte Sachwissen in Glaubensdingen, das Elternhaus, Religionsunterricht und Gemeindekatechese vermitteln, ist zweifelsohne heute zurückgegangen, dramatisch zurückgegangen sogar. Gleichzeitig wurden aber nie so viele theologische Bücher und Bücher über Glaubenserfahrung gelesen wie heute. Man braucht sich nur die Verlagsverzeichnisse auch von sonst durchaus weltlichen Verlagen anzusehen. Die Spitzennautoren beider Konfessionen sind ja in der auch diesbezüglich bislang sehr ordentlich eingeteilten Bundesrepublik mehr und mehr in die großen belletristischen Verlage ausgewandert. Auch das fände doch nicht statt, hätten diese Autoren nicht ihr intellektuell anspruchsvolles Publikum und verkauften sie sich nicht trotzdem massenweise. Nur des Renommees wegen verlegt niemand unverkäufliche Bücher.

Anteil am theologischen Disput

Die Fürsten und die Stadtregimenter, die sich auf dem Augsburger Reichstag von 1530 hinter die Confessio Augustana gestellt haben, gehörten zwar einem gehobenen Bildungsstand an, waren auch theologisch belehrt oder hatten zumindest ihre einschlägigen Berater. Aber es gehört ja gerade zu den erregenden Neuerungen der damaligen Jahre, daß der Glaubenskampf sehr weit in die breite Bevölkerung hineingetragen worden war. Es liest sich heute so philologisch trocken, daß Martin Luther die säkulare literaturgeschichtliche Leistung einer deutschen Volkssprache vollbracht hat.

Die Autoren der Confessio Augustana waren auch geprägt von der Erfahrung, daß, wie niemals zuvor, das, was wir heute öffentliche Meinung nennen, leidenschaftlichen Anteil an einem theologischen Disput nahm. Was

mich an der Entstehungsgeschichte der Confessio fasziniert, ist die Gründlichkeit und leidenschaftliche Intensität, mit der da theologische Sätze für eine engagierte Öffentlichkeit verdeutlicht worden sind. Es interessiert mich nicht so sehr, ob Philipp Melanchthon der trockene Professor gewesen ist, der den heißen Atem Luthers in papierene Form bannte und dabei zwangsläufig scheitern mußte. Dafür, das zu beurteilen, bin ich zu sehr Laie. Etwas anderes berührt mich stark. Man hat nicht grundsätzlich in der Reformation viel Anstoß für modernen Journalismus gesehen. Sicher, die zeitgleiche Erfindung des Buchdrucks kam auch dazu, damit über Reformationsthesen und -antithesen handfeste öffentliche Meinung gemacht werden konnte. Aber das erklärt noch nicht, warum das alles auch bleibenden Erfolg gehabt hat.

Wir, die wir heute am Problem der Überinformation leiden, auch einiges mehr als die Zeitgenossen des Reichstags von 1530 über die Mechanismen wissen, unter denen Meinung gemacht wird, haben auch unsere durchaus selbstkritische Erfahrung mit den Schwierigkeiten, wie man existentielle Erfahrungsbereiche anderer Menschen anspricht, ohne Mystagogie zu werden – was ein Journalist nie werden dürfte, denn er steht von Berufs wegen immer in Gefahr, daß die Leute das, was er sagt und schreibt, für ein Evangelium halten. Anders gesagt: Wie läßt sich Glaubenserfahrung faßbar niederschreiben, ohne einseitig schwärmerisch zu sein oder aber einseitig verkopft, so daß es den Adressaten kalt läßt?

Ich lese die Confessio Augustana, den einfachen Text von damals, ohne jeden ergänzenden Kommentar, immer wieder einmal unter diesem Gesichtspunkt. Und sie gibt mir da etwas.

Elisabeth Emmerich

Keine „theologische Archäologie“

*Landesbischof
D. Dr. Johannes Hanselmann
zum Jubiläum
der Confessio Augustana*

Unter dem Vorzeichen der Wiederentdeckung und damit Wiederaneignung des Bekenntnisdokuments und nicht als „theologische Archäologie“ will der bayerische Landesbischof D. Dr. Johannes Hanselmann die Erinnerung an die Confessio Augustana (CA) verstanden wissen, deren Veröffentlichung sich in diesem Jahr zum 450. Mal jährt. Das 1530 von Philipp Melanchthon verfaßte und beim Augsburger Reichstag verlesene Bekenntnis ist heute eines der wichtigsten Glaubensdokumente für rund 70 Millionen Lutherische Christen in der ganzen Welt.

Wie der Bischof der gastgebenden Landeskirche anlässlich der Vorlage des Veranstaltungsprogramms für Juni 1980 bei einer Pressekonferenz feststellt, sei eine Kirche darauf angewiesen, „ständig Grundhaltungen, Einsichten und Orientierungen aus der Tradition ihrer Bekenntnisse abzurufen“. Hanselmann äußerte gleichzeitig die Hoffnung, daß das CA-Jubiläum ein Stück Weltkirche sichtbar werden lasse. „Die Väter der Confessio haben sich nie als exklusiv verstanden, sondern mit Entschiedenheit am gemeinsamen Glaubengut festgehalten, ohne je in ihrer Verhandlungsbereitschaft nachzulassen.“

Ökumene erfordere aber immer auch ein redliches Stück Arbeit. Dogmatische Verschiedenheiten könnten und müßten in der ökumenischen Begegnung ertragen werden, wenn nur die Erkenntnis im Zentralen nicht verdunkelt werde, im Christuszeugnis, wie es das Neue Testament überliefert habe.

Es sei auch das zentrale Anliegen des vor vierhundertfünfzig Jahren vorgelegten Bekenntnisses. Und daran gelte es nun erneut zu erinnern. „So sollen die Festtage in Augsburg“, meint Hanselmann wörtlich, „dem Gespräch und der Begegnung von Christen dienen; der Dialog kommt am besten so voran, daß man sich auf sein eigenes besinnt, seinen spezifischen Beitrag, sein spezifisches Erbe“. In der weithin sichtbaren Neubeschäftigung mit einem der evangelisch-lutherischen Grundbekenntnisse auf der Ebene des Weltluthertums bis in die kleinste bayerische Gemeinde hinein wie in der lebhaften Diskussion des Augsburger Bekenntnisses in der römisch-katholischen Kirche sieht der Bischof eines der ersten fruchtbaren Ergebnisse des bevorstehenden Jubiläumsereignisses.

Anlässlich des CA-Jubiläums finden in der letzten Juniwoche in Augsburg zahlreiche Veranstaltungen statt, zu deren Höhepunkten über 20 000 Besucher erwartet werden. Die Augustana-Tage stehen unter dem Motto „Den Glauben bekennen“.

Gemeinsames Verständnis der Mitte des Glaubens

Ein katholisch-lutherischer „Kommentar“ zum Augsburger Bekenntnis

„Confessio Augustana – Bekenntnis des einen Glaubens“, dies ist zugleich Titel und Gesamtergebnis einer in der Geschichte erstmaligen theologischen Veröffentlichung: einer gemeinsamen katholisch-lutherischen Kommentierung der „Augsburger Konfession“, des Grundbekenntnisses der lutherischen Kirchen der Welt.

Insgesamt 24 namhafte Theologen, zwölf Katholiken und zwölf Lutheraner

Aus der Arbeit

aus verschiedenen Ländern haben sich an dieser wissenschaftlichen Untersuchung beteiligt, um „zu prüfen, wie weit ein gemeinsames katholisch-lutherisches Verständnis der Confessio Augustana möglich ist“. Um diese gestellte Aufgabe recht auszuführen, wurden insgesamt zehn Sachkomplexe herausgestellt, die den Inhalt des Augsburger Bekenntnisses im wesentlichen decken. Ihre Bearbeitung wurde jeweils von einem katholischen und einem lutherischen Theologen gemeinsam vorgenommen und verantwortet: Gott und Christus; Sünde und Erbsünde; Rechtfertigung, Glaube, Werke; Amt; Kirche; Taufe, Abendmahl, Sakramente; Buße, Beichte; Heiligenverehrung; Mönchtum; Beruf; weltliches Regiment.

Verheißungsvolle Grundlage

Die Untersuchung war veranlaßt worden durch die in den letzten Jahren lebhaft geführte Diskussion um die Möglichkeit einer katholischen Anerkennung des Augsburger Bekenntnisses als einen legitimen Ausdruck des gemeinsamen christlichen Glaubens.

Die vorliegende Veröffentlichung gibt dieser Erörterung um eine katholische Neubewertung des lutherischen Bekenntnisses nunmehr eine ebenso solide wie verheißungsvolle Grundlage.

Die Einleitung des Bandes betont, daß die gemeinsame Untersuchung „keinerlei kirchlich-offiziellen Status“ besitzt, sondern ganz „in der Verantwortung der beteiligten Autoren“ steht. Wie die Stellungnahme der gemeinsamen römisch-katholischen/evangelisch-lutherischen Kommission zum Augsburger Bekenntnis und auch das Hirtenwort der katholischen Bischöfe Deutschlands zur Weltgebetswoche 1980 zeigen, hat das Ergebnis der gemeinsamen Untersuchung bereits jetzt erfreuliche Auswirkungen gehabt. Man kann gewiß sein, daß sie auch für die Weiterbeschäftigung mit dem Augsburger Bekenntnis innerhalb beider Kirchen von Bedeu-

tung sein wird, insbesondere für die Frage, wie weit dieses lutherische Bekenntnis eine Hilfe zur Verständigung zwischen den Kirchen ist.

„Bekenntnis des einen Glaubens“

Die Antwort, zu der die Untersuchung gelangt, ist bei aller Differenziertheit grundlegend positiv. In der mehrseitigen Zusammenfassung des „Ergebnisses der Studienarbeit“, mit der der Band schließt und die von allen Autoren gemeinsam erarbeitet und angenommen wurde, heißt es: „Es ist ein

Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, daß die Confessio Augustana nicht nur die Intention hatte, den gemeinsamen katholischen Glauben zu bezeugen, sondern daß ihre inhaltlichen Aussagen tatsächlich in hohem Maße als Ausdruck dieser Katholizität verstanden werden müssen ... Insfern haben wir die Confessio Augustana als „Bekenntnis des einen Glaubens“ wiedergefunden, auch wenn noch offene Fragen bleiben und wir von der Confessio Augustana nicht als gemeinsamem Bekenntnis dieses einen katholischen Glaubens sprechen können.“

Harding Meyer

Mit Dresden hat es begonnen

Christen in Ost und West unterstützen den kirchlichen Wiederaufbau in der DDR

Etwa 10 000 Kirchen zählten die evangelischen Gemeinden im Bereich der heutigen DDR vor Beginn des letzten Weltkrieges. Wenige Jahre später, bei Kriegsende 1945, war knapp ein Drittel von ihnen total zerstört, ausgebrannt oder schwer beschädigt. Von den verbleibenden rund 7 000 Kirchen hatte ein beträchtlicher Teil über die Kriegsjahre hinweg nur notdürftig instand gehalten werden können; bei vielen waren mehr oder minder große Reparaturen notwendig, um die zum Teil sehr wertvollen Baudenkmäler in ihrer Substanz zu erhalten oder sie vor weiterem Verfall zu bewahren.

Erhebliches geleistet

Was seither von den Kirchengemeinden in der DDR mit eigenen Mitteln

wieder aufgebaut und instand gesetzt wurde, ist gewiß erheblich. Und doch waren nicht wenige Gemeinden und ihre Landeskirchen durch das Maß der Zerstörung ihrer Gebäude völlig überfordert, den Wiederaufbau aus eigener Kraft zu bewältigen. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die Stadt Dresden, die wie keine andere deutsche Stadt den Zerstörungswahn des Krieges noch kurz vor seinem Ende erfahren und erlitten hat, als am 13. Februar 1945 britische und amerikanische Bomben weite Teile der Elbestadt fast völlig zerstörten. Aber auch zahlreiche andere Städte wie Rostock und Neubrandenburg, Magdeburg, Potsdam oder Frankfurt an der Oder waren in einem Maße zerstört, daß ein Wiederaufbau der Kirchen ohne fremde Hilfe gar nicht möglich war.

Gemeinsames Anliegen

Angesichts dieser Not entschloß sich 1952 die Diakonische Konferenz der damals noch gesamtdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland, die Gemeinden der evangelischen Landeskirchen in beiden deutschen Staaten zu Geldspenden für den Wiederaufbau von Kirchen und kirchlichen Gebäuden in den vom Krieg beson-

ders betroffenen Städten aufzurufen. Zur ersten „Stadt des kirchlichen Wiederaufbaus“ wurde Dresden erklärt, für die in den beiden Jahren 1952/53 über 100 000 DM gesammelt wurden.

Diakonie mit einbezogen

An eine Beendigung der Sammelaktion war damals wie heute nicht zu denken. Wismar, Potsdam sowie Orte in der Oberlausitz und in Thüringen schlossen sich Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre an. Aber schon mit der elften Sammelaktion 1971/73 war mit der Änderung des Namens in „Stätten des kirchlichen Wiederaufbaus“ eine Änderung der Konzeption insoweit erfolgt, als nunmehr nicht nur für eine Stadt, sondern für Wiederaufbauprojekte in mehreren Orten gesammelt wurde.

Verbunden damit war eine stärkere Berücksichtigung der diakonischen Einrichtungen, für die bis dahin lediglich ein Drittel der gesammelten Spenden bereitgestellt wurde. Hinzu kam, daß sich an den Sammelaktionen, die bis heute ihren grenzübergreifenden Charakter beibehalten haben, seit Anfang der siebziger Jahre auch die Gemeinden der evangelischen Freikirchen diesseits und jenseits der deutsch-deutschen Grenze beteiligen.

Die stärkere Berücksichtigung diakonischer Einrichtungen kam bereits mit der 12. Aktion 1974/75 für Arnstadt, Eisenach und Weimar zum Tragen.

Die darauffolgende Aktion 1976/77, die um ein weiteres Jahr verlängert wurde, berücksichtigte nur noch diakonische Einrichtungen.

Fünf Projekte...

Diese Aufgabe steht auch im Mittelpunkt der gegenwärtigen 14. Sammelaktion, die – wie die vorangegangene schon – den neuen Schwerpunkt auch durch die Erweiterung des

Namens in „Stätten des kirchlich-diaconischen Wiederaufbaus“ zum Ausdruck bringt. Fünf Projekte sollen durch die bis Ende dieses Jahres durchgeführten Sammlungen gefördert werden:

Bad Elster

– Das Orthopädische Kinderkrankenhaus der Inneren Mission „Heimdall“ in Bad Elster, dessen Gebäude vor knapp siebzig Jahren in Leichtbauweise erstellt worden sind, benötigt dringend neue Behandlungs-, Aufenthalts- und Hobbyräume sowie moderne sanitäre Anlagen. Das Hauptgebäude soll darum rekonstruiert werden, um den Aufenthalt für die mehr als 60 Kinder während der bis zu zwölf Wochen dauernden Behandlung behaglicher und effektiver machen zu können.

Neubrandenburg

– Die Kirchengemeinde Neubrandenburg/Ost mußte ihr ehemaliges Haus „Gottes Güte“ wegen Baufälligkeit aufgeben. Die Bewohner des darin untergebrachten Altersheims sollen nun in einem neuen Gemeindezentrum Unterkunft finden, das auch einen Gottesdienstraum anstelle der bisherigen Kirchenbaracke außerhalb des Neubaugebietes haben wird.

Schmalkalden-Aue

– Die „Christliche Pflegeanstalt“ des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR in Schmalkalden-Aue beherbergt 150 hirngeschädigte Menschen aller Altersstufen über 18 Jahre. Vor 96 Jahren wurde das Hauptgebäude dieses Heimes bezogen, das längst nicht mehr den gegenwärtigen Anforderungen entspricht. Mit den Spenden der Sammelaktion soll das Hauptgebäude rekonstruiert, mit Fahrstuhl und Zentralheizung versehen und für die Heimbe-

wohner und die 50 Mitarbeiter wohnlicher gestaltet werden. – Das Pflegeheim „Bethesda“ in Teltow ist mit seinen 175 Plätzen das einzige evangelische Altenpflegeheim im gesamten Kreis Potsdam-Land. 1928 wurde das Heim errichtet, auf dessen zehn Pflegestationen sich überwiegend Zwei-Bett-Zimmer befinden. Nach einem Luftangriff 1944 konnte das Dach nur notdürftig repariert werden. Seither besteht ein provisorisches Pappdach, das dringend ersetzt werden muß. Dieses Notdach soll nun rekonstruiert und das Dachgeschoß für 25 Pflegeheimplätze sowie Mitarbeiterwohnungen ausgebaut werden.

Weimar

– Das „Sophienhaus“ in Weimar ist das größte Krankenhaus der thüringischen Landeskirche, das für die ambulante fachchirurgische Betreuung der Weimarer Bevölkerung besondere Bedeutung hat. Kamen 1962 pro Sprechstundentag 50 Patienten, so sind es heute zwischen 150 und 200.

Doch diese Behandlung muß bislang in den Räumen des Operationstraktes erfolgen, die Sprechstunden müssen parallel zum gynäkologischen Operationsprogramm durchgeführt werden.

Darum soll nun mit Hilfe der Spendenaktion ein Zwischentrakt für die chirurgische Ambulanz errichtet werden.

Außerdem sind Unterrichtsräume für die Krankenpflegeausbildung dringend notwendig.

Wittenberg

– Das „Paul-Gerhardt-Stift“ in Wittenberg ist mit seinen 500 Betten das größte evangelische Krankenhaus in der DDR. Mit seiner inneren, chirurgischen und gynäkologischen Fachabteilung ist dieses Krankenhaus zugleich bedeutende Ausbildungsstätte für die kirchliche Krankenpflegeausbildung, die staatlicherseits vor kur-

Aus der Arbeit

zem zur Fachschulausbildung mit vierjähriger Ausbildungszeit angehoben wurde. Diese Erweiterung der Ausbildungszeit hat zur Folge, daß 30 Schwesternschülerinnen mehr ausgebildet und untergebracht werden müssen, obwohl die Unterbringung bislang schon sehr schwierig war. Darum soll das Internat für die Krankenpflegeausbildung rekonstruiert und erweitert werden, wobei zusätzlicher Wohnraum für 30 examinierte Schwestern geschaffen werden soll.

Weiterhin eine Aufgabe

Für den größten Teil dieser wie auch der rund 950 weiteren diakonischen Einrichtungen in der DDR besteht fast durchweg das Problem, daß die Gebäude im Schnitt zwischen 50 und 80 Jahre alt sind – die Schäden während des Zweiten Weltkrieges und die der letzten 35 Jahre seit Kriegsende aber nicht selten nur notdürftig ausgebessert werden konnten. In dieser Situation den diakonischen Einrichtungen in der DDR zu helfen, wird auch weiterhin eine wichtige Aufgabe aller Gemeinden in Ost und West sein. Denn mit den Beträgen, die von staatlicher Seite für die medizinische Betreuung und Pflege der Patienten und Heimbewohner gezahlt wird, können lediglich die laufenden Kosten dieser Einrichtungen beglichen, nicht aber der Aus- und Umbau von Gebäuden und die Anschaffung moderner Geräte und Einrichtungen finanziert werden.

Die „Hilfe von Christen für Christen“, die in den 28 Jahren seit dem ersten Aufruf für die Spendenaktion – die bisherigen Spenden der laufenden Aktion mit einbezogen – auf westlicher Seite insgesamt rund 15 Millionen erbracht hat, wird darum auch in Zukunft notwendig sein. Ein anderer Schwerpunkt wird allerdings die Unterstützung von Gemeinden in Neubaugebieten sein, denen von staatlicher Seite die Genehmigung zum Bau von Gemeindezentren in Aussicht gestellt oder schon erteilt wurde. Diese zumeist kleinen Gemeinden bei der Errichtung eines eigenen Gemeinde-

zentrums zu unterstützen, geht zwar über das ursprüngliche Anliegen der Sammelaktion hinaus, ist darum aber nicht minder wichtig, nicht zuletzt auch im Blick darauf, daß damit ja auch ein Stück „besondere Gemeinschaft“ der Christen in beiden deutschen Staaten praktiziert wird – ein Anliegen also, das bei der Sammelaktion von Anfang an von Bedeutung war.

Hans-Jürgen Röder

Es muß nicht immer Krankenhaus sein ...

Vielfältige Hilfe durch kirchliche Sozialstationen

Nicht immer sieht eine Sozialstation wie eine Sozialstation aus. Es kann durchaus passieren, daß man sich in einem unbedeutend aussehenden Büro wiederfindet, wenn man sich aufmacht, eine solche Station in Augenschein zu nehmen. Ein Schreibtisch, mehrere Aktenstapel, ein recht häufig klingelndes Telefon, bedient von einem meist weiblichen Wesen – das ist manchmal schon alles, was fürs erste greifbar ist.

„Spitze des Eisbergs“

Aber – wenn man diesen unpassenden Vergleich einmal wagen darf – dieses Büro ist dann auch nur die „Spitze des Eisbergs“. Was alles so dazugehört, befindet sich verstreut im

Umkreis von oft vielen Kilometern: Krankenschwestern im „fliegenden“ Einsatz, abrufbare Hauspflegerinnen, Behandlungs- und Geräteräume, Altenpflegerin, Dorfhelperin, ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, Fachkräfte, die auf Stundenbasis arbeiten – eben alles, was zur ambulanten Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen oder ihren Familien in einem genau umgrenzten Gebiet nötig ist.

In Backnang zum Beispiel, einer 30 000 Einwohner-Stadt im Württembergischen, ist die Sache ähnlich und doch ein bißchen anders. Die personalstarke „Evangelische Diakoniestation“ als Träger der viele Dienste umfassenden „Kirchlichen Sozialstation“ ist in einem mausgrauen, mittelgroßen Haus unweit des Bahnhofs untergebracht. Von hier aus koordiniert Schwester Lore Buck den Einsatz der Fachkräfte in der Krankenpflege. Es gibt Büroräume für die Sekretärin und den Sozialstations-Geschäftsführer, ferner die Ambulanz, bestehend aus Behandlungs-, Lager- und Wirtschaftsräumen sowie einem recht gemütlichen Sitzungszimmer für die ebenso häufigen wie notwendigen Teambesprechungen.

Für 34 000 Bürger zuständig

Per Kooperationsvertrag ist die Diakoniestation mit sieben verschiedenen evangelischen und katholischen (im Prinzip selbständig tätigen) Diensten des Umkreises verbunden. Träger sind einige Kirchengemeinden, je ein evangelischer und ein katholischer Krankenpflegeverein mit ihren Mitarbeiterinnen und die komplette, aber kleinere Diakoniestation eines Nachbarortes. Alles in allem ist die von Bund, Land und Kommunen unterstützte „Kirchliche Sozialstation“ für 34 000 Bürger zuständig. Ganz schön kompliziert in der Organisation, wesentlich anschaulicher in der Praxis. Schwester Lore erzählt, wie der Alltag so aussieht:

In der Regel geht es mit einem Telefonanruf los. Ein Patient erbittet Hilfe,

vielleicht auch Angehörige, das Krankenhaus oder einer der 30 Backnanger Ärzte. Eine Schwester besucht dann den Patienten zu Hause und stellt fest, welche pflegerischen und sonstigen Hilfen zu leisten sind. Die Einsatzleiterin entscheidet, wer welche Aufgaben übernimmt, und – in Zusammenarbeit mit den Ärzten – wie die Grund- oder die Behandlungspflege im Einzelfall auszusehen hat und welche Hilfsmittel und Geräte (Lifter, Nachtstühle, Gehhilfen, Lagerungshilfen) aus den Vorräten der Sozialstation mitgenommen werden, um den Patienten im eigenen Bett fachgerecht zu versorgen. Falls notwendig, wird auch die zur Station gehörende „Hauspflege und Nachbarschaftshilfe“ fernmündlich mobilisiert, sei es, weil Kinder einer erkrankten Mutter zu versorgen sind, sei es, weil tagsüber niemand zu Hause ist, der dem bettlägerigen Patienten das Essen zubereiten kann.

Kein Mangel an Arbeit

Daß sich so mancher Krankenhausaufenthalt auf diese Weise vermeiden oder wenigstens verkürzen läßt, liegt auf der Hand; vielen alten Menschen, chronisch Kranken, Behinderten oder Gelähmten ersparen die ambulanten Dienste den Umzug in ein Pflegeheim. Schwester Lores Truppe (auch eine Altenpflegerin ist dabei), meist im Dienstwagen unterwegs, hat über Arbeitsmangel nicht zu klagen. Jede Schwester hat pro Tag etwa 10 bis 12 Patienten zu versorgen, im Stations-Behandlungsraum finden sich diejenigen ein, die gehen können und eine Spritze, einen neuen Verband oder einen Einlauf brauchen. Und die Kosten?

Bestimmte (genau fixierte) vom Arzt verordnete Leistungen übernehmen die Krankenkassen, aber das reicht nie aus, so daß die Station auf Zuschüsse der öffentlichen Hand angewiesen ist. Auch die Mitglieder der Krankenpflegevereine (zum Backnanger evangelischen Krankenpflegeverein gehören 2600 Personen, die jähr-

lich 25 DM zahlen) tragen zur Finanzierung der personalintensiven Stationen bei. Sie haben manche Vergünstigungen. Gratis und franko für alle ist Lebensberatung und Seelsorge (sofern erwünscht). „Auch die kirchenfernen Patienten“, so berichtet Schwester Lore, „erweisen sich oft als ansprechbar, wenn es um religiöse Fragen geht.“ Und mehr als einmal haben ihr Patienten und Angehörige gesagt, daß sie mit der Kirche eigentlich wenig im Sinn hätten, aber diesen Zweig, die Diakonie, doch voll akzeptieren könnten.

Vielgliederiges Gebilde

In Backnang gibt es seit gut drei Jahren eine „Kirchliche Sozialstation“, aber das vielgliederige Gebilde erwuchs nicht so einfach aus dem Nichts. Den evangelischen Krankenpflegeverein mit der einsam von Haus zu Haus ziehenden Gemeindekrankenschwester beispielsweise gab es bereits seit 1891. Seit 1974 arbeitete die Schwester nicht mehr allein auf weiter Flur, sondern gehörte – durch nachbarschaftlichen Zusammenschluß – zur „Evangelischen Diakoniestation“ mit mehreren Pflegekräften. Die Vorteile: Vertretung im Urlaub und bei Erkrankung sowie Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen wurden möglich und damit der Beruf auch für jüngere Schwestern wieder attraktiv. Dann kam die Welle der großen, auch überkonfessionellen Zusammenschlüsse, mit dem Ziel, durch ein Netz von Stationen die Bedürfnisse aller zu Hause auf Hilfe angewiesener Menschen abzudecken. Noch ist der Prozeß nicht abgeschlossen, und es gibt auch die unterschiedlichsten Bezeichnungen für die inzwischen entstandenen Stationen.

Schwester Lore in Backnang stöhnt manchmal, weil die Sozialstation erstens eine Menge „Papierkrieg“ verursacht und zweitens ihr das Leben sauer macht, da es gar nicht so einfach ist, viele Patienten und viele Pflegekräfte mittels ausgeklügeltem Einsatzplan reibungslos unter einen Hut

Die Stärke der sozialen Mitverantwortung, nicht zuletzt gegenüber dem Kind, das unsere Hilfe braucht, ist für die Qualität unseres Lebens ausschlaggebend.

Hermann Gmeiner

zu bringen. Von den Aufregungen dieses täglichen Abenteuers erholt sie sich am besten am Krankenbett. Zu den Menschen gehen, sie pflegen, versorgen, trösten – das ist ihr halt immer noch am liebsten.

Jutta Fröhlich

Wieder Freude an der Kirche

Die Jugend steht weniger abseits – Mehr Spaß am Konfirmandenunterricht

Möchten Sie ein neues Lied zu einem Thema im Religionsunterricht schreiben oder komponieren? Oder als Pfarrer nach zwanzig Jahren Konfirmandenunterricht neue Ideen tanken, damit die Jugendlichen bei der Sache bleiben? Das Pädagogisch-Theologische Institut (PTI) der Evangelischen Kirche im Rheinland sucht in diesem Jahr Texter und Komponisten und bietet überdies eine Reihe von Fortbildungsmöglichkeiten an.

„Was wächst, macht keine Schlagzeilen“, sagte kürzlich der rheinische Präses Karl Immer. Er meinte damit die vielfältigen Initiativen in den Kirchengemeinden. Aber der Satz gilt auch für das PTI am Akazienweg 20

Aus der Arbeit

Die Geburtsstunde der menschlichen Freiheit ist die Stunde der Begegnung mit Gott.

Alfred Delp
1907–1945

im vornehmen Ortsteil Heiderhof der Bundeshauptstadt. Auch äußerlich ist das PTI, das früher meist nur die jungen Vikare vom Schulpraktikum her kannten, in letzter Zeit ziemlich gewachsen. Nämlich um einen Anbau für 1,7 Millionen DM, damit mehr Tagungsteilnehmer eine Unterkunft finden können: fortan rund 50. Die Zahl der hauptamtlichen Dozenten ist auf neun angestiegen. Sie haben sich in zwei große Fachbereiche aufgeteilt, einen für den Religionsunterricht an Schulen und einen für den Konfirmandenunterricht.

Volkskirche als Gemeinschaft

Die Volkskirche ist wesentlich darauf angewiesen, daß sie sich dem jungen Menschen als eine Gemeinschaft darstellt, in der es Spaß macht, mitzuarbeiten. Je mehr aber im Elternhaus das christliche Leben in den Hintergrund gedrängt wird, desto wichtiger ist es, einen lebendigen Religions- und Konfirmandenunterricht zu gestalten. Daß sich gerade im Konfirmandenunterricht in den letzten Jahren viel geändert hat, ist das Verdienst des PTI, das einen engen Kontakt zu Lehrern, Pfarrern, Presbyterien und Eltern sucht. Mit Fortbildungstagungen und Werkstätten, Studienseminaren und Vorträgen. In einem Materialdienst werden die Ergebnisse festgehalten und allen Interessenten zur Verfügung gestellt.

Der Konfirmandenunterricht macht wieder Spaß. Das hört man vor allem aus den Gemeinden, die eng mit dem PTI zusammenarbeiten. Konfirmanden und Eltern treffen sich mit dem Pfarrer zu einem Wochenendunterricht, der meist unter einem besonderen Thema steht, das dann auch in einen gemeinsam gestalteten Gottesdienst einfließt. Konfirmandenunterricht ist längst auch Elternarbeit. Alle machen mit und sind im nachhinein erstaunt, wie interessant Kirche heute sein kann. Gleches gilt für den Religionslehrer, ist er erst einmal neu motiviert worden, eingefahrene Gleise zu verlassen. Neuerdings gibt es auch zwei, vom PTI herausgegebene Platten, die „Lieder zum Mitsingen“ enthalten.

Wichtige Mittlerfunktion

Die Zielsetzung des Fachbereichs Religionsunterricht ist ebenso klar wie vielfältig festgelegt: Das PTI will zwischen Kirche und Schule, zwischen Theologie und Pädagogik vermitteln. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrer und rheinischer Landeskirche soll vertieft werden. Darüber hinaus bemüht sich das PTI – die offizielle religiöspädagogische Arbeitsstätte der Evangelischen Kirche im Rheinland – um eine enge Zusammenarbeit mit den Schulreferenten der 46 Kirchenkreise, der „Gemeinschaft Evangelischer Erzieher“ in Duisburg und den Hochschullehrern.

Von großem Erfolg ist auch das Fernstudium für Lehrer begleitet, die nachträglich die Befähigung zum Religionsunterricht erwerben wollen. Teilnahmeberechtigt sind Lehrer mit einem abgeschlossenen zweiten Staatsexamen. Die Studiendauer beträgt zwei Jahre für die Lehrerlaubnis bis zum 10. Schuljahr, und drei Jahre bis zum 13. Schuljahr. Erstmals wird in diesem Jahr ein solches Fernstudium auch für Berufsschullehrer angeboten. Das Studium besteht aus einem Studienbrief, einem sogenannten Direktseminar und einem Studienzirkel.

Längst hat das PTI aufgehört, für seine Arbeit groß zu werben. Viele Seminare sind auf Monate hinaus ausgebucht und man ist zur Langzeitplanung übergegangen, um all den Wünschen aus Gemeinde und Schule nachkommen zu können. Für die neun Dozenten auf dem Bonner Heiderhof das schönste Kompliment.

Thomas Merten

„Fürchte dich nicht“

Zur Lösung für den Hamburger Kirchentag 1981

„Fürchte dich nicht“ heißt die Lösung für den 19. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 17. bis 21. Juni 1981 in Hamburg. Das beschloß das Kirchentagspräsidium Ende Januar.

„Fürchte dich nicht“ – das scheint so zeitgemäß und menschengerecht, so wichtig und so richtig zu sein, daß man zunächst geneigt ist, die neue Lösung einfach als notwendige Aussage zur Kenntnis zu nehmen, ohne besonders darüber nachzudenken.

Nach einiger Zeit aber setzen die Überlegungen ein: „Fürchte dich nicht“ ist die Zusage Gottes an verschiedene Adressaten unter ganz verschiedenen Bedingungen, an den einzelnen ebenso wie an das Volk Gottes, an Menschen in existentieller Not und solche, die in Gefahr sind, mutlos zu werden. „Fürchte dich nicht“ bedeutet Trost und Verheißung, aber auch Zumutung. In Zeiten der Bedrängnis brauchen wir uns nicht zu fürchten, wir sind nicht allein, Gott steht uns bei, wir können uns geborgen fühlen und werden getröstet, wie Kinder getröstet werden.

Diese Zusage und dieser Trost, die uns die tiefe Furcht nehmen, werden

Zeiterscheinung

Neulich las ich ein wichtiges Papier eines wichtigen Ministeriums (oder war es eine andere Institution?) über „Grundsätze zur Behindertenpolitik, Konzeption und Programm“.

Ich bekam zu lesen über spezifische Informationsbedürfnisse und Informationsdefizite, Prävention, Fremdhilfemöglichkeiten, Handlungskompetenz, bedarfsgerechten Ausbau komple-

(Fortsetzung: Kirchentag)

uns allerdings nicht so ohne weiteres zuteil. „Fürchte dich nicht“ ist auch der Appell an den einzelnen Menschen, es nicht einfach mit sich geschehen zu lassen, sondern selbst die Initiative zu übernehmen, selbst etwas zu tun. Dazu gehört die Einsicht in das eigene Fehlverhalten und Unvermögen ebenso wie der Mut, eine Meinung zu haben, als einzelner etwas in Gang zu setzen und etwas zu bewirken, auch um den Preis, dabei nicht die Rückendeckung von vielen zu haben.

„Fürchte dich nicht“ bedeutet Selbstbesinnung, Buße und Umkehr, allerdings in der Gewißheit, daß wir auf diesem Weg begleitet werden. Es ist nicht die Losspredigung von Ängsten, die wir haben und behalten werden, es ist kein bloßes Rezept für die Bewältigung des Lebens in schwierigen Zeiten, es ist vielmehr ein Stück Einsicht, daß wir auch selbst etwas für die Erhaltung des Friedens und die Umkehr zum Leben tun können, wenn wir die Frage nach Gott nicht verdrängen. „Fürchte dich nicht“ ist deshalb Mahnung und Zusage an jeden einzelnen von uns, so wie es in der Apostelgeschichte im 18. Kapitel heißt: „Fürchte dich nicht, sondern rede und schweige nicht, denn ich bin mit dir, und niemand soll sich unterstehen, dir zu schaden: Denn ich habe ein großes Volk in dieser Stadt.“

Carola Wolf

mentärer Dienste, Erziehungsanspruch und Erziehungsbedarf, Mikrozensus; ich las: „Die Probleme der behinderten Menschen treten verstärkt in das Blickfeld politisch verantwortlicher Stellen“; ich las von Projektgruppen, Arbeitsschritten, Bestandsaunahmen, Aktivitäten, Zielstruktur, Leithema und Entwicklungsarbeit, von Problembeschreibung, Ressortzuständigkeit, sozialer Eingliederung, Modell-Förderung, Forschungs-Förderung, Problemdarstellung, Handlungskompetenz, gemeinsamen Aspekten, Veränderung von Einstellungen, von emotionaler und sozialer Distanz, von Kommunikationsfähigkeit, Multiplikatorengruppen, Beratung und Beratungsdiensten, Verbesserung der Beratung, von Fernsehspots, Broschüren, vom Internationalen Jahr der Behinderten – 30 Seiten lang.

Zwischendurch dieser Satz: „Behinderte Menschen können in der Regel den Leistungsansprüchen und Rollenerwartungen der Gesellschaft nicht oder nicht voll entsprechen.“

Dieser Satz beschreibt das Leben, unsere Wirklichkeit, vielleicht nur dieser eine Satz. Nur dieser Satz ist vermutlich der wichtigste. Und weil dies so ist, weil unsere Wirklichkeit und unser Alltag bestimmt sind von Leistung und Leistungserwartungen, von Rollenerwartungen und Rollenpflichten, darum haben es die Behinderten so schwer in unserer Welt und tun wir uns schwer mit unseren Behinderten.

Weil wir nicht abgehen (können?) von diesen Leistungs- und Rollenerwartungen, entstehen allemal die Defizite, Probleme und Schwierigkeiten im Zusammenleben der relativ Nichtbehinderten mit den Behinderten.

30 Seiten zuviel an bedrucktem, beschriebenem Papier? Sicher ist nicht alles, was ich da zu lesen bekam, überflüssig, wirklichkeitsfremd, reine Theorie. Sicher wäre es ungerecht, jene 30 Seiten nur zu glossieren.

Sind sie nicht aber doch ein Zeitdokument? Sind wir nicht zu viele am

Schreibtisch? Fällt es uns nicht allzu leicht zu denken, zu theoretisieren, Papiermengen zu beschaffen, zu bedrucken, zu vervielfältigen und auszuschütten auf die Menschheit? Haben wir es nicht vielleicht deshalb schwer zu leben, wirklich zu leben, Zeit zu haben zu leben? Vielleicht hätten statt jener 30 Seiten auch 25 Zeilen genügt, und dann hätten ich und andere Zeit gewonnen, Zeit zum Beispiel einem Behinderten zu schenken. Ich habe den Verdacht, daß solche „Papiere“ gemacht werden (müssen), weil das nächste Jahr zum Internationalen Jahr der Behinderten ausgerufen worden ist. Ich fürchte, solche und ähnliche Papiere werden sich häufen, dazu Tagungen und Kongresse die Menge. Alle wegen des Internationalen Jahres der Behinderten. Das wirkliche Leben aber wird weitergehen – mit den üblichen Leistungsansprüchen und Rollenerwartungen, soll doch die Wirtschaftswachstumsrate auch künftig stimmen.

Gelegentlich begegne ich einem Behinderten. Im Alltag an der Straßenbahn etwa, im Urlaub nebenan wohnend – dann bin ich gefordert, dann sollten keine „Leistungsansprüche und Rollenerwartungen“ stören und verhindern können, daß ich den anderen sehe, annehme, mit ihm gemeinsam das Nächstliegende tue, mit ihm gemeinsam lebe.

Günter Seefried

*Das Ende aller Dinge
wird aller Schuld
Vergessung sein.*

*Origenes
um 185–254*

Problem heute

Braucht auch ein Pastor Freunde?

Eine Frage an die Gemeinden

Neulich unterhielt ich mich mit einer jungen Frau über das Leben in unserer Kirchengemeinde. Und so kam auch die Rede auf die Pastoren. Unvermutet sagte sie zu mir: „Haben Sie sich schon einmal überlegt, daß ein Pfarrer jederzeit für die Nöte anderer da sein soll; aber wer hört denn umgekehrt ihm zu, wenn er bedrückt ist? Ich meine, Pastoren sind letztlich sehr einsam.“ Tatsächlich wußte ich dazu so plötzlich nichts zu sagen. Ich mußte mir zugeben, daß ich darüber noch nie nachgedacht hatte, und dann wurde mir klar, daß wohl auch ich dazu neigte, in dem Pastor eine Art von Übermensch zu sehen, jemanden, der schon von Berufs wegen so fest und unerschütterlich im Glauben steht, daß er auf den Zuspruch und den Beistand anderer Menschen verzichten kann. Mir fiel der alte Gesangbuchvers ein „Hab ich nur ihn zum Freunde und bin geliebt bei Gott...“. Auf wen sonst, wenn nicht vornehmlich auf Pastoren, sollte diese Zeile gemünzt sein? Doch blieb ich an dieser Stelle nicht stehen. Mit einmal ging mir die Frage nach: Braucht auch ein Pastor Freunde?

Antwort: Selbstverständlich...

Ich sprach noch eine andere Bekannte darauf an, und zugegebenermaßen verblüffte es mich, daß sie sofort sagte: „Selbstverständlich muß auch er Freunde haben. Ich kann mir ohne weiteres vorstellen, mit einem Pastor befreundet zu sein. Ich kann mir vorstellen, ihn wie jeden anderen bei uns zu Gast zu haben und mit ihm so vertraut zu sprechen wie mit einem anderen Freund.“

So lief es darauf hinaus, daß ich mich nun an Pastoren wendete. Der erste

war ein junger evangelischer Geistlicher. Er erklärte mir sofort, freundschaftliche Verbindungen seien für ihn selbstverständlich. Er gehe davon aus und erhoffe doch sehr, daß seine Gemeindeglieder das Verhältnis zu ihm hätten und ihn so ansähen, als sei er jedem ein guter Freund. Und für sich selbst habe er engen Kontakt zu Menschen aus anderen Berufen schon deshalb nötig, um seinen Gesichtskreis zu erweitern und vor Einseitigkeit bewahrt zu bleiben. Dies alles klang sehr überzeugend und kam mir dennoch etwas unverbindlich vor. War es Zufall, daß unser Gespräch mit der Feststellung endete, sein bester Freund sei allerdings ein anderer Pastor?

Eine andere Dimension

Die Unterhaltung mit einem älteren evangelischen Geistlichen bekam von Anfang an eine andere Dimension. Er überraschte mich nämlich mit der Anmerkung, als wir am Telefon unsere Terminabsprache getroffen hätten, sei mein Thema ihm recht banal vorgekommen. Zunächst hätte das für ihn auf einer Linie gelegen mit den etwas kuriosen Fragen, ob auch ein Pastor Bier trinken dürfe, ob er auch einmal das Tanzbein schwingen könne. Aber dann sei ihm klargeworden, daß hier doch Tieferes angesprochen würde. Es ginge dabei letztlich ja um das Verhältnis zu seiner Gemeinde. Und so stellte es sich heraus, daß im Laufe seines Lebens nähere Beziehungen nur zu anderen Theologen entstanden waren.

„Ich habe darüber nachgedacht“, so sagte er, „was ich denn überhaupt unter Freundschaft verstehen würde.“

Und sicherlich bedeutet sie für mich nicht nur geselliges Beisammensein, sondern zum Wesen der Freundschaft gehört ja auch, daß man einander wohlwollend kritisiert. Schließt dies dann aber nicht von vornherein aus, daß ein Pastor mit Laien befreundet sein kann? Ist es denn möglich, daß er sich auch von Menschen kriti-

sieren läßt, die am Sonntag unter seiner Kanzel sitzen?“

Selten eine echte Resonanz

Und nun bekam ich wieder eine Antwort, die mich erstaunte. Die nämlich, daß dieser Pastor es jedenfalls als unbefriedigend empfand, so selten vor seiner Gemeinde echte Resonanz, auch kritische, zu erfahren. Er hielte in diesem Sinne freundschaftliche Kontakte zu seiner Gemeinde für so sehr wünschenswert, doch er habe den Verdacht, daß er noch immer mit dem Nimbus des Pfarrherrn umgeben und betrachtet werde, und daß so die Gemeinde es letztlich nicht wage, in ihm einen auf freundschaftliche Unterstützung Angewiesenen zu sehen. So liefe es denn darauf hinaus, daß er tatsächlich Glaubensfragen, eigene Zweifel und Nöte mit Laien kaum besprechen könne. Er sei jedoch der Meinung, daß sich in der Predigt ein mittelbarer Dialog über seine Glaubenserfahrungen mit der Gemeinde ergebe.

Aber ob die Gottesdienstbesucher dies auch so empfinden? Ob sie sich nicht doch noch eine engere Beziehung zu ihm wünschten? Wer heute ein seelsorgerliches Gespräch sucht, kann sich den Gesprächspartner unter den Pastoren auswählen. Wird er sich nicht für den Geistlichen entscheiden, zu dem er sich besonders vertraut verbunden fühlt? Aber dennoch, so meinte dieser Pastor, sollen ja gerade in solch einem Gespräch die menschlichen Beziehungen zurücktreten. Der Seelsorger müsse Gott als den entscheidenden Freund und Helfer deutlich werden lassen. Die ganz große Nähe kann wirklich immer nur Gott sein.

Eine höhere Schranke?

Ich überlegte mir, ob wegen des Zölibats die Frage der menschlichen Freundschaft für katholische Geistliche nicht noch mehr Gewicht haben

müsste. Oder war davon auszugehen, daß gerade katholische Priester in ihrer Kirche ein noch stärkeres Ausgeprägtsein des hierarchischen Denkens vorfinden und so bei der Hinwendung zur Gemeinde eine noch höhere Schranke zu überwinden hätten? Kommt für katholische Priester ausschließlich eine Freundschaft zu anderen Theologen in Frage? Tatsächlich schien sich dies im Gespräch mit einem älteren katholischen Pfarrer zu bestätigen. Der Gedanke an menschliche Freundschaft zu Laien schien ihm schlechterdings fremd zu sein. Und es fiel ihm offensichtlich schwer, sich vorzustellen, daß seine Gemeinde andere Erwartungen haben könnte.

Den Gläubigen ganz öffnen...

Doch völlig entgegengesetzt äußerte sich ein junger katholischer Geistlicher. Er sprach aus, daß der Dialog mit seiner Gemeinde eine ganz andere Tiefe bekommen habe, seit er sich den Gläubigen ohne Einschränkung geöffnet habe. Sie wüßten nun von ihm, daß auch er sich mit Nöten und Zweifeln auseinandersetzen müßte. Und seit er sich in dieses Vertrauen habe fallen lassen, sei das Verhältnis ein anderes, ein freundschaftliches geworden. Nun sei jede patriarchalische Einordnung vergessen, jetzt könne er das Verhältnis zwischen Gemeindegliedern und sich betrachten als etwas Kostbares einerseits, als etwas so Selbstverständliches andererseits, wie es eben als Verbundenheit unter Freunden zu verstehen sei. Und ein Angehöriger seiner Gemeinde bestätigte mir: „Seit er uns erkennen ließ, daß er ein Mensch ist wie wir, hat er nur gewonnen.“

Sicherlich wäre es unangebracht, die Aussagen dieser Gespräche verallgemeinern zu wollen. Und was nützt es schon, jetzt zu analysieren und den Unterschied zwischen jüngeren und älteren Pastoren herauszustellen. Ich meine, daß es hier vornehmlich um den Anteil der Gemeinde geht. Es ist ihre Sache, den Pastoren noch deutli-

cher das Zeichen zu setzen: Unter uns gibt es Menschen, die bereit sind und die darauf warten, euch Freund zu sein.

Inge Britt

Uganda: 136 000 vom Hungertod bedroht

Nur die Kirchen haben eine Chance zu helfen

Das Flüchtlingselend in Südostasien, die sowjetische Intervention in Afghanistan und das Tohuwabohu in Iran haben fast in Vergessenheit geraten lassen, daß es nicht weniger Leid und Bedrängnis in Afrika gibt. Solange es schrullige Eskapaden und blutige Schlächtereien vom gestürzten Diktator Idi Amin zu berichten gab, war Uganda noch in den Spalten der Presse zu finden. Doch seither ist das Interesse an diesem Land geschwunden, die Fähigkeit zum Mit-Leid abgestumpft. Wenn nun 136 000 Menschen unmittelbar vom Hungertod bedroht sind, bewirkt die Meldung mehr als ein Achselzucken über ein vermeintlich unabwendbares Schicksal?

Alles ist ausgedörrt

Schon im zweiten Jahr ist der Regen ausgeblieben, der Nordosten Ugandas zu den Grenzen nach Kenia und zum Sudan hin ausgedörrt. Wer noch Kraft genug hat, schleppt sich aus der Karamoja-Gegend in die Städte. Dort sieht man sie auf den Märkten oder an den Straßenrändern, ausgemergelt, mit aufgeblähten Hungerbäuchen, vor sich hindämmern und kaum noch fähig, die Hand zum Betteln zu erheben.

Die Stadtbewohner haben selbst nur wenig, und meist sind sie auch von einem anderen Stamm. Wer auf dem Lande zurückgeblieben ist, wartet auf das Ende. Ein Ende oftmals in Schrecken. Denn versprengte Reste von Amins Armee terrorisieren nach wie vor die Bevölkerung, verhindern, daß Felder – sofern es überhaupt noch möglich ist – bestellt werden, und plündern und räubern die Lebensmittelvorräte.

Dieser doppelten und sich gegenseitig verstärkenden Bedrohung hat die Regierung nichts entgegenzusetzen.

Erstens ist sie in interne Machtkämpfe verwickelt und die Regierungspartei UNLF durch Fraktionszänkereien zwischen Linken und Royalisten paralysiert. Und zweitens gibt es keine Verwaltung des Landes mehr, die Infrastrukturen sind zerstört. Selbst wenn die Regierung wollte, wie sollte sie zum Beispiel Lebensmittel verteilen?

Die einzigen, die noch über ein gewisses funktionierendes Netz verfügen, sind die Kirchen. Bei ihnen gibt es noch die Kommunikation im hierarchischen Aufbau, gibt es Gemeinden, gibt es Hilfskomitees und Helfer.

„Brot für die Welt hilft mit“

Deshalb arbeiten die internationalen Hilfsorganisationen, die gemeinsam eine Hilfsaktion zugunsten der 500 000, die von der Dürre betroffen sind, eng mit den Kirchen Ugandas zusammen. Engagiert haben sich besonders der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, das Rote Kreuz und natürlich die kirchlichen Hilfswerke. In der Bundesrepublik beispielsweise haben „Brot für die Welt“ und der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED) zusammen 1,9 Millionen Mark bereitgestellt. Um den 136 000 Kindern, Frauen und Männern, deren Leben unmittelbar bedroht ist, eine Chance zum Überleben zu geben, müssen innerhalb der nächsten Wochen 6400 Tonnen Nahrungsmittel

Interview

Ermutigung für Frauen

Die neue Bundesvorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe: Elisabeth Freifrau von Stackelberg

„Wofür unser Herz schlägt, dafür finden wir auch Zeit. Und meins schlägt für die Frauenhilfe.“ Für Elisabeth Freifrau von Stackelberg (61) nichts Besonderes. Denn mit der Evangelischen Frauenhilfe ist sie sozusagen groß geworden. Doch niemals hätte sie sich träumen lassen, einmal an der Spitze des 500 000 Mitglieder zählenden größten evangelischen Frauenverbandes zu stehen. Im Frühjahr wurde sie gewählt, nachdem Ilse-Marie Bangert den Rücktritt erklärt hatte. Frau von Stackelberg, die auch weiterhin die Frauenhilfe in ihrem Heimatstädtchen Dierdorf auf dem Westerwald leitet und dem rheinischen Landesvorstand angehört, zögerte zunächst, das Amt der Bundesvorsitzenden anzunehmen. Jetzt sagt sie, und das war dann auch der Ausschlag für

die Annahme des Amtes: „Ich sehe unseren Auftrag und die Legitimation für all unsere Arbeit darin, die Frauen in den Gemeinden zu ermutigen, die frohe Botschaft des Evangeliums in ihrem Leben als die Kraft zu erkennen und anzunehmen, von der aus wir alle Lebensfragen und Probleme angehen, Christus als ‚unserem alleinigen Trost‘ zu vertrauen.“

Nachdrücklich bestreitet sie die Behauptung, daß die Frauenhilfe keinen guten Ruf mehr hat. Vielleicht spielt sie in der Kirche keine große Rolle mehr, dafür aber eine um so größere in den Gemeinden vor Ort. Und diese ist „so wichtig, daß ich stolz bin, diese Arbeit tun zu können“. „In aller Unvollkommenheit, die unserem menschlichen Tun nun einmal anhaftet“, fügt sie sofort hinzu. Das macht übrigens die neue Bundesvorsitzende aus: die Bescheidenheit. Sie kommt von Herzen, weil das Dienen für Frau von Stackelberg alles andere als ein Fremdwort ist.

Gleiche unter Gleichen

Innerhalb des Bundesvorstandes, der in Düsseldorf-Kaiserswerth über eine

neue Geschäftsstelle verfügt, versteht sie sich als Gleiche unter Gleichen. Mit den hauptamtlichen Kräften zusammen will sie arbeiten und diese nicht als zuarbeitende Mitarbeiter verstehen. Teamarbeit gilt viel. Auch das Verhältnis zu den einzelnen Landesverbänden soll intensiviert und verbessert werden. „Aber das wichtigste für die Evangelische Frauenhilfe in Deutschland ist wohl, ein lebendiger Schnittpunkt für den Erfahrungs- und Meinungsaustausch der Frauenhilfen untereinander zu sein, Hilfen und Anregungen zu geben oder zu vermitteln. Wir wollen ein Umschlagplatz für Meinungen und Erfahrungen der Landesverbände sein.“

In der Frauenhilfe stand schon immer das Ehrenamt im Mittelpunkt. Trotz aller „Professionalisierung auch in weiten Bereichen unserer Kirche“ kommt dem Ehrenamt nach wie vor eine große Bedeutung zu, schon um die bezahlte Arbeit nicht überhand nehmen zu lassen. Daß die Frau auch in der Kirche noch immer ein Schattendasein führt, wenn es um Leitungsaufgaben geht, bestreitet auch die neue Bundesvorsitzende nicht, die übrigens vor allem auch den Kontakt zu den Frauenhilfen in der DDR intensivieren will. Aber in der Wirtschaft und Politik sei das nicht anders: „Das heißt aber nicht, daß wir Frauen in der Kirche untätig in der Ecke stehen. Wir sollten uns in der Frauenhilfe mehr Mut machen, in der Öffentlichkeit aktiv zu werden.“ Die qualifizierte Mitarbeit von Frauen in Leitungsgremien sei nicht selten ein „Männerproblem“: „Es gibt viele qualifizierte Frauen, nur müssen sie auch die Möglichkeit haben, an entsprechender Stelle mitarbeiten zu können.“

Nicht abseits stehen!

Bei den großen innen- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart, vor allem im Blick auf die Familien- und Ehepolitik, darf die Frauenhilfe nicht abseits stehen. Frau von Stackelberg: „Wir wollen unseren Mitgliedern möglichst um-

(Fortsetzung: Uganda)

verteilt werden. 500 000 Tonnen sind der Bedarf für die nächsten sechs Monate.

Es wird nicht leicht sein, alles denen zukommen zu lassen, für die es bestimmt ist. Denn Schmuggel und Schwarzmarkt locken mit Profiten, an denen vor allem Regierungsangestellte verdienen können, weil sie an der Quelle sitzen. So wie auch heute der größte Teil des Kaffees, Hauptexportgut Ugandas, nach einem Bericht des amerikanischen Magazins „Time“ ins benachbarte Burundi verschwindet.

Burundi soll im letzten Jahr die doppelte Menge Kaffee exportiert haben, die es selbst geerntet hatte.

Voreilige Verurteilungen der kleinen Profiteure sollte man allerdings vermeiden. Was soll denn ein Lehrer machen, der – wie Maxime Rafransea vom Weltkirchenrat erläutert – etwa 500 ugandische Shilling im Monat verdient, wo er doch schon 200 braucht, um das Essen für einen Tag zu kaufen? In kaum einem Restaurant Kampalas, Ugandas Hauptstadt, gibt es ein Essen unter 100 Shilling (das sind etwa 27 DM), zwischen 10 und 20 US-Dollar kostet eine Flasche Bier.

Hilfe kommt erfreulicherweise nicht nur von außen. Die Kirchen haben ihre Gemeinden ebenfalls aufgerufen, für ihre Landsleute in den Dürregebiets-Landesteilen Lebensmittel zu spenden. Mehrere Diözesen aus den südlicheren Landesteilen haben schon geantwortet.

Hans Vögeli

Leser haben das Wort

fassende Informationen über anstehende Probleme vermitteln und ihnen so zu einer eigenen Stellungnahme zu verhelfen.“ Deshalb komme in der Frauenhilfsarbeit der Gegenwart der Erwachsenenbildung eine besonders große Bedeutung zu.

Das Wort von der Überalterung der Frauenhilfe hört Elisabeth Freifrau von Stackelberg nicht gern: „Sind nicht die Jahrgänge der 50- bis 70jährigen Frauen weithin die tragenden Kräfte in unserer Kirche, ohne die Gottesdienst und viele andere Aktivitäten undenkbar wären?“ Und sie fügt gleich an: „Für den Einsatz gerade dieser Jahrgänge sollten wir sehr dankbar sein.“

Insgesamt ist die Frauenhilfe in Deutschland „wohl keine sehr publikumswirksame Sache“, aber deren Arbeit für die Gemeinden „von großer Wichtigkeit“. Freilich, in der kirchlichen Öffentlichkeit, könnte die Arbeit der 500 000 Mitglieder „besser zu Wort kommen“.

K. Rüdiger Durth

„Bruder“ – ein Angebot

Unter der Rubrik „aufgespießt“ war in „diakonie report“ Nr. 1/ 1980 die Erfahrung eines „Bruders“ unter „Brüdern“ wiedergegeben, die mit dem Seufzer schloß: wie lange noch, „Brüder“.

Solange ich in der Kirche arbeite, ist der Streit unter „Brüdern“ ob Bruder, ob Kollege, ob Herr oder Amtsbruder. Die Verschiedenheit der Anrede scheint mir der vielzitierten „protestantischen Vielfältigkeit“ zu entsprechen. Man kann die Anreden sehr nuancenreich verwenden je nach Grad von Sympathie oder Antipathie. Dabei kann man auch wieder variieren, indem man den Grad der Sympathie so-

wohl bei der Anrede „Bruder“ beginnen lassen kann, als bei der Anrede „Herr“.

Wegen dieser Variationsmöglichkeiten allein wäre es schon schade, die Anreden auf die Anrede „Herr“ zu vereinfachen. Nach langem Schwanken habe ich mich an den Gebrauch der Anrede „Bruder“ gewöhnt und gebrauche sie auch gegenüber allen Mitarbeitern in der Kirche, die sie sich gefallen lassen.

Ich biete die Anrede an mit folgender Erklärung: Ich glaube, daß Christus uns als „Brüder“ und „Schwestern“ einander verbunden hat, und ich möchte das auch für mich als Auftrag und Aufgabe annehmen. Wie ich im Leben mir meine Geschwister nicht aussuchen konnte sondern sie mir schicksalhaft an die Seite gestellt wurden, weil meine Mutter sie geboren hat, so bekenne ich mit der Anrede „Bruder“, daß mein Mitarbeiter und Partner mir an die Seite gestellt ist, ob es mir paßt oder nicht. Ich habe ihn darum nach dem Willen Jesu als „Bruder“ zu halten und anzunehmen. So könnte uns die Anrede „Bruder“ gegenseitig helfen, uns nicht zu überfordern in unserem Verhältnis zueinander sondern einander anzunehmen, weil wir uns nicht aussuchen konnten. Sie konnte ein Bekenntnis sein einer Hoffnung oder einer Erfahrung oder vielleicht auch ein verstecktes Gebet, das Christus uns als „Brüder“ und „Schwestern“ schicksalhaft einander anvertraut. Günter Seefried hat recht, „Brüder sein“ ist kein Privileg der Pfarrer, sondern aller, die von Christus sich berufen wissen. Darum, wenn wir die Anrede gebrauchen, dann sollte sie ein Angebot an alle sein, die mit uns in der Arbeit stehen, die ein Stück Nachfolge Christi verwirklichen möchten. „Wie lange noch Brüder“, hoffentlich immer mehr.

*Joachim Haupt,
Dekan des Kirchenkreises Gelnhausen*

„Muß es immer gleich A 14 sein?“

Sehr geehrter Herr Ulrich,

natürlich weiß ich nicht, ob Sie schon früher Gelegenheit gehabt hätten, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Viele, die heute ähnlich reden, hätten Gelegenheit dazu gehabt. Warum geschieht dies erst jetzt? Seit 1954 bin ich im kirchlichen Dienst und habe seitdem oft mit meinen Kollegen über das in dem Artikel „Muß es immer gleich A 14 sein“ angeschnittene Thema gesprochen. Wir wollten nicht das komfortable Pfarrhaus, das uns an Miete bzw. Mietwert, an Heizung und Bereinigung eigentlich viel zu teuer kam. Wir haben das Gerede in der Bevölkerung oft genug erlitten. Wer hat uns denn damals geholfen und der Gemeinde klargemacht, daß vielen eine normale Mietwohnung viel lieber gewesen wäre? Nein, es gab und gibt die sogenannte Residenzpflicht im Pfarrhaus.

Haben Sie einmal nachgeprüft, ob die Anzeigen mit der Hervorhebung von vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern auch nur annähernd stimmen?

Schnell ist man mit der Feststellung bei der Hand, daß die Pfarrer ja eine Mitarbeit gar nicht wünschen!

Sie reden im Zusammenhang von Pfarrstellenwechseln von Angst und Torschlußpanik. Ob Sie in diesem oder jenem Einzelfall recht haben, kann ich nicht beurteilen. Ganz sicher ist Ihre Unterstellung aber anmaßend und falsch. „Die Examenskandidaten“ fragen – wie Sie zu wissen glauben – besorgt, ob sie auch eine gute Stelle bekommen werden. Wissen Sie wirklich nicht, daß kein Pfarrer eine Beamten Sicherheit hat? Wir sind – wenn hier schon von Sicherheit geredet werden soll – ganz darauf angewiesen, wie viele sich finanziell an dieser Kirche beteiligen. Beamten Sicherheit

Das geistliche Wort

kann nur der Staat mit seiner absoluten Steuerhoheit bieten, die Kirche, die zwar auch von Steuern redet, weiß ganz genau, daß diese Bezeichnung bei ihr letztlich falsch ist.

Auch darin scheinen Sie völlig sicher zu sein, daß die Pfarrer die Diakone, Jugendleiter etc. aus ihren Stellen verdrängen werden. Wissen Sie denn nichts von Stellenplänen und anderen Verhandlungen?

Sie stellen dann die Frage: Warum wird man eigentlich Pfarrer? Ich kenne keinen, der es wegen des Hauses, der Pension, der guten Landschaft, des hohen Ansehens (bei wem eigentlich?) wegen wurde. Sie haben völlig recht: Wir wurden es, weil wir hofften, einer Gemeinde das Evangelium predigen und mit ihr danach leben zu können. Und was fanden wir? Gemeinden, die um die 3000 Menschen zählen, von denen nur ein kleiner Teil einem wirklich bekannt wurde, große Konfirmandengruppen, mit denen nicht das verwirklicht werden konnte, was wir uns so sehr erhofft hatten. Wir haben Menschen getraut, beerdigt und Patenbriefe ausgestellt wie Funktionäre. Wir hatten nicht die Möglichkeit, ihnen das zu sein, was wir doch wollten: Pastoren, Hirten, Seelsorger.

Wer hat denn unsere Schreie gehört? Wer von denen, die jetzt von Ängsten und von Sorgen in den Pfarrhäusern reden. Im Gegenteil: wir wurden diffamiert und – wie in Ihrem Artikel – angeklagt, gerichtet. Aber wer hat geholfen? Sie denken gerade an die Bergpredigt: „Sorget nicht...“ Weil wir immer daran gedacht haben, deswegen haben wir all die Jahre durchgehalten, auf Urlaub verzichtet, denn wir müssen ja selbst um Vertretung bemüht sein, die Familie und die Kinder zurücktreten lassen, Freundschaften nicht durchhalten können und anderes mehr. Ich weiß, Sie werden vielleicht die Nase rümpfen und sagen: Ach du liebe Zeit, da könnte ich ganz andere Beispiele aufzählen. Nun gut, tun Sie es, es stört nicht mehr, wir sind kaputt und fertig, denn wann hat sich jemand mal die Mühe gemacht,

unseren Alltag kennenzulernen? Aber auf uns rumgetreten, ja, das hat man gründlich.

Sie haben recht: Das Evangelium muß man nicht in hauptamtlicher Funktion weitersagen. Ich würde nie wieder Theologie studieren mit dem Ziel, eine hauptamtliche Funktion in der Kirche zu übernehmen. Ich würde mein Brot viel lieber anderswo verdienen und dann in der Freizeit an einem Arbeitsgebiet versuchen, in der ganzen Vielfalt zu verkündigen. Dann könnten wir unseren Gaben gemäß da arbeiten, wo wir es auch können. Wir müssen nicht auf allen Gebieten mitmischen; überall wird nicht nur der volle Einsatz erwartet, sondern auch die besondere Leistung. Wird diese nicht erbracht, ist Kritik nicht mehr fern.

Haben Sie sich einmal klargemacht, wie pharisäisch es klingt, wenn Sie so erhaben von Theologie-Beamten reden? Wäre es nicht besser, sie würden, wenn schon nicht redlicher, so doch wenigstens etwas genauer die Sache ergründen, von der Sie reden?

Sind Sie einmal hingegangen zu den Presbyterien, Kirchenvorständen, Kirchenleitungen etc. und haben dort lautstark von dem Hingehen an die Hecken und Zäune geredet? Haben Sie sich mal etwas Mühe gegeben und sich die Realität unserer großen Gemeinden, die unüberschaubar sind, angesehen und mitgeholfen?

Haben Sie gesagt, daß ein Mensch das nicht schaffen kann, wovon Sie reden: Das Evangelium hineinragen in die Gemeinde, Schulen, Fabriken, Büros, an die Hecken und Zäune? Und wer macht verlässlich und dauernd mit?

Nein, Ihr Artikel hat nicht geholfen! Er hat denen weh getan, die seit Jahren sich quälen, mühen, suchen, immer wieder weitermachen, müde und kaputt sind. Nachdenken und mutig Konsequenzen ziehen tut seit Jahren not. Haben Sie keine Angst, es gibt viel mehr, als Sie mit Ihrem Theologie-Beamten-Denken sich träumen

Diakonie und das Bekenntnis der Reformation

Als die ersten Bekenntnisse der Lutherischen Kirche entstanden – der Kleine und der Große Katechismus Martin Luthers – dachte ihr Verfasser und seine Freunde nicht daran, sich mit diesen Büchern von den Glaubensauffassungen der Kirche abzutrennen. Die Leser – größere und kleinere – sollten eine Darstellung ihres Glaubens haben, um daraus ihr Leben zu gestalten. In den Hauptstücken, über die Gebote, den Glaubensartikel, dem Vaterunser und den beiden Sakramenten, lag eine Anleitung vor, bei der es nicht nur um das Wissen ging, sondern um die Praxis: die Praxis des Glaubens, die das Leben eines Christen bis hinein in die Alltäglichkeiten einen Gottesdienst werden läßt. Daß Glaube und Liebe auseinandergerissen sein könnten, war nicht denkbar. Glaube und Liebe aber des Christen stehen in gleicher Weise unter der Einschränkung, daß sie in dieser Zeit nicht vollkommen sein werden. Glaube und Liebe verhalten sich wie die Flüssigkeit in zwei kommunizierenden Röhren, sie haben Teil daran, daß Christen allzumal Sünder und Gerechtfertigte zugleich sind.

Diakonie, die oft verstanden wird als Dank für erfahrene Liebe des dreieini-

lassen können, die gerne zu klaren Konsequenzen bereit sind, wenn sich dadurch die Möglichkeit ergibt, daß wir das sein können, was wir werden und sein wollten: Pastoren voller Freude – mit denen, die zu uns gehören.

Mit freundlichem Gruß

Eckard Jaeger, Hallig Langeness

Das geistliche Wort

gen Gottes, wurzelt nach der Confessio Augustana tiefer. Sie ist Teil des neuen Lebens, das im Menschen in dem Maß entsteht, als er Rechtfertigung empfängt und zur Heilung geführt wird. Gute Werke sind Zeichen der Wirksamkeit Gottes im Menschen und damit Vergewisserung des Heils.

Diakonie ist nach der Augsburger Konfession Frucht des Glaubens und erfährt auch von dort aus ihre Struktur.

Der Hinweis, daß Vollzug christlicher Liebe nur Schuldigkeit des Christen ist, führt weiter zu dem Gedanken einer Diakonie, die mit der Hilfeleistung keine Bedingungen seitens des Hilfesuchenden verbindet, also weder eine persönliche Dankbarkeit oder eine vorlaufende oder gleichlaufende religiöse Konsequenz. Hier klingt bereits an, daß der Helfende den Hilfesuchenden nicht mit einem Abhängigkeitsgefühl belasten kann, daß er auch nicht höhergestellt ist als der Hilfesuchende, denn nach reformatorischem Glauben ist er gerechtfertigt, nicht aus sich, sondern aus Gottes Gnade, übt er gute Werke nicht aufgrund seiner Leistungsfähigkeit, sondern weil ihn Gott selber mit seinem Geist und mit seiner Kraft dazu befähigt hat.

So wird Diakonie immer aus dem Empfangenen weitergeben, aber gerade darin Zeugnis des erfahrenen Heils sein. Sie wird ihre höchste Würde in der Nachfolge Christi haben, der Knechtsgestalt angenommen hat.

Eine Diakonie, die sich von Christus her versteht, erfüllt in dieser Welt den Auftrag der mit unserer Jahreslosung angesprochen ist:

GOTT WILL, DASS ALLEN MENSCHEN GEHOLFEN WERDE UND SIE ZUR ERKENNTNIS DER WAHRHEIT KOMMEN.

Diakonie ist gerade nach reformatorischem Bekenntnis eine Antwort darauf, daß Menschen Christus verstanden haben, von Christus her ergriffen sind, und in Christus leben.

Hartes, nüchternes, bohrendes – wenn es sein muß – Fragen ist schon ein Akt der Frömmigkeit, die dem geistig wachen Christen geboten ist.

Karl Rahner

Diakonie hat in den letzten Jahrzehnten ihre Bedeutung auch im politischen Raum wahrnehmen müssen und wahrnehmen können. Diakonie ist anders als zur Zeit der Reformation eine eigene Größe in der Partnerschaft zur öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Aber in aller Partnerschaft, in allen Zuordnungen gilt, daß man „in solchen Ordnungen christliche Liebe und rechte gute Werke“ erweist.

Diakonie ist zu keiner Zeit allein von dem einzelnen gefordert, sondern ist gerade in unserer Zeit Erfüllung gesellschaftlicher Verantwortung der Kirche Jesu Christ.

In der Confessio Augustana steht im 20. Artikel: „Deshalb ist die Lehre vom Glauben zu rühmen, daß sie lehrt, gute Werke zu tun, und daß sie Hilfe anbietet wie man zu guten Werken kommen kann“. Und weil „die hohen und rechten guten Werke nicht geschehen könnten ohne die Hilfe Christi wie er selbst spricht: Johannes 15: „ohne mich könnt ihr nichts tun“, ist Diakonie als Frucht des Glaubens zugleich Antwort auf Gottes Wirken im Menschen, und nach außen Vollzug der Liebe Christi, also sind diakonische Menschen seine Hände, die seine Werke weitertreiben“.

Karl Leipziger

diakonie report

Zeitschrift des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, herausgegeben von der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kober, Staffenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 21 59-200 Telex ddw s 07 23 557 (Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)

Spendenkonto „diakonie report“: Diakonisches Werk der EKD Postscheckamt Stuttgart 344 70-701 (BLZ 600 100 70) Landesgirokasse Stuttgart 2 001 351 (BLZ 600 501 01)

Redaktionsbeirat: Günther Dehn, Nürnberg; Herbert G. Hassold, Stuttgart; Hans-Joachim Hofmann, Stuttgart; Peter Holborn, Rendsburg; Hans Kober, Nürtingen (Vorsitzender); Hans Albrecht Pflästerer, Hamburg; Horst Seibert, Stuttgart; Lothar Schulz, Hamburg; Helmut Winter, München

Verlag und Anzeigenverwaltung: Evangelisches Verlagswerk GmbH, Staffenbergstraße 44, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 24 14 95

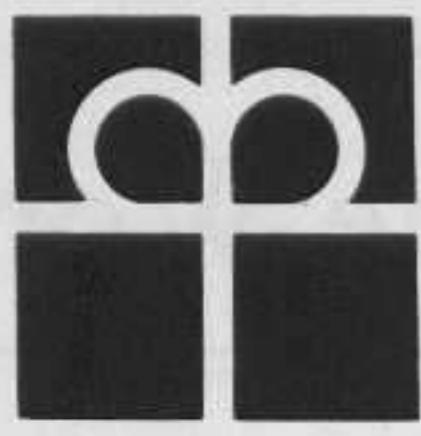
Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Rüdiger Biber, Bensheim Inge Britt, Frankfurt K. Rüdiger Durth, Bonn Elisabeth Emmerich, Augsburg Jutta Fröhlich, Stuttgart Hans Kober, Nürtingen Karl Leipziger, Nürnberg Thomas Merten, Bonn Harding Meyer, Frankfurt Hans-Jürgen Röder, Berlin Günter Seefried, Kassel Theodor Schober, Stuttgart Hans Vögeli, Genf Carola Wolf, Fulda

Umschlag-Gestaltung: Hans-Eduard Franke, Stuttgart EBA-Bild Lachmann

Druck: Henkel GmbH, Offset, Buchdruck, 7000 Stuttgart 40 (Zuffenhausen)

Auf Wunsch wird Ihnen diese Zeitschrift kostenlos zugesandt. Bestellungen und Anschriftenänderungen nur beim Evangelischen Verlagswerk, Postfach 927, 7000 Stuttgart 1



diakonie
report

Postvertriebsstück E2431FX Gebühr bezahlt
000236364/003 014
GOSSNERSCHE MISSIONS-GES.
HANDJERYSTR. 19-20
1000 BERLIN 41

+

450 Jahre Augsburgisches Bekenntnis
450 Jahre Olmachurisches Bekenntnis
450 Ja
450 Jahre Augsburgisches Bekenntnis
450 Jahre Augsburgisches Bekenntnis
450 Jahre Augsburgisches Bekenntnis

DEN
GLAUBEN
BEKENNEN
450 Jahre
Augsburgisches
Bekenntnis
Festtage Evangelischer
Kirchen aus
aller Welt, Augsburg,
25.-29. Juni 1980

E 2431 FX

E 2431 FX

diakonie report 6

INFORMATIONEN AUS DEM DIAKONISCHEN WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

STUTTGART / DEZEMBER 1979





21. Aktion **...daß alle leben**

Brot **für die Welt**

 Gossner
Mission

INHALT

Meinung	3
Das Leben Jesu und der Hunger in der Welt (Präsident Dr. Schober nimmt Stellung)	
Der ferne Nächste	4
Aufruf zur 21. Aktion „Brot für die Welt“	
Der Christ – eine Quelle des Lebens (Zum neuen Slogan der Brot-Aktion: „... daß alle leben“)	
Zum Beispiel	6
„Greifen Sie mir doch mal in die Hosentasche!“ (Prominente und andere sammeln)	
Brot für die Welt	7
Flüchtlinge sind überall (Mehr als elf Millionen Menschen unterwegs)	
Mit den Augen der Indianer (Zum Titelbild dieser Ausgabe)	
Entwicklungshilfe	10
Die Mühsal mit der Mündigkeit der anderen	
(Zur Frage der Partizipation)	
Problem heute	12
Sich selbst und andere wahrnehmen (Selbsterfahrung und Gruppendynamik)	
Information	14
Die Kluft wird immer größer (Verheerende Bilanz der Entwicklungshilfe)	
„Brot für die Welt“ in Zahlen	
Zur Diskussion gestellt	16
Das abschließbare Krankenzimmer (Krankenhäuser sollen menschlicher werden)	
Für Sie gelesen	17
Diakonische Ernte '79	
Das geistliche Wort	18

Liebe Leser,

wir sollten – allesamt – dankbarer sein. Dankbar dafür, daß wir leben, uns freuen können, Sorgen miteinander teilen und andere uns ertragen. Dankbar auch, daß wir eine Kirche haben, die uns im Glauben stärkt, und es nicht an Menschen mangelt, die Samariterdienste tun. Doch das Danken als Ausdruck persönlichen Empfindens, innerer Anteilnahme und Herzenswärme scheint – der Alltag beweist's – mehr und mehr zur Nebensache zu werden, steril und stereotyp. Dank solcher Art, geübt aus bloßer Pflicht oder reiner Gewohnheit, trägt jedoch den Keim des Verletzens in sich. Das aber widerspricht dem Geist des Dankens. Wir Menschen, Christen zumal, sollten vielmehr bestrebt sein, nicht Wunden zu schlagen, sondern zu vereiteln. Das setzt voraus, daß wir lernen, mit dem Dank und dem Danken recht umzugehen.

Was den Dank glaubwürdig und ehrlich macht, ist Zuwendung. Ohne sie gleicht das Danken einer leeren Hülse. Leider wird in der Kirche, ihren Werken und Gemeinden das Danken noch überwiegend als das Abgelten einer erbrachten Leistung praktiziert, nüchtern, bar jeglichen Gespürs für Innerlichkeit und Spontaneität. Beides aber erst erhebt den Dank aus der „Sphäre der Sachlichkeit“ in die Welt des Gefühls, ins Persönliche und Menschliche. Diese Seite des Dankes und des Dankens braucht neuen Glanz. Denn Dank mit Herz bereichert zweifach. Den, der dankt, und jenen, der Dank empfängt.

Im Dank liegt Segen. Dank und Segen finden im Gebet höchsten Ausdruck. Lasset uns – das ist mein Advents-Wunsch – deshalb nicht müde werden im Beten und Danken, im Danken und Dienen, im Dienen und Glauben.

Mit freundlichem Gruß



Das Leben Jesu und der Hunger in der Welt

„Was ist an diesem Leben Jesu, und was spricht uns aus diesem Leben immer wieder an? Ich glaube, es sind nicht diese oder jene Wundergeschichten, sondern es ist dieses Leben einer großen, führenden Leidenschaft selbst, das uns ergreifen kann. Welcher Leidenschaft? Nicht die Sehnsucht der Seele nach einem schmerzfreien Leben im Himmel, sondern der Liebe zum Reich Gottes im Diesseits: nicht der Wunsch nach einem Leben nach dem Tod beseelt dieses Leben Jesu. Wo Kranke geheilt werden, Aussätzige angenommen werden, Sünden nicht vergolten, sondern vergeben werden, da ist Leben gegenwärtig.“

Wenn Jürgen Moltmann so Jesu neuen Lebensstil skizziert, dann verdient

er Aufmerksamkeit. Zwar ist am Leben Jesu noch anderes zu bedenken – weil eben Karfreitag und Ostern aus diesem Leben nicht wegzudenken sind! –, aber das mindert nicht seine Liebe zum Reich Gottes im Diesseits.

Dieses Diesseits ist dunkel. Was Wilhelm Raabe vor 100 Jahren geschrieben hat, hat seitdem noch an bedrängender Aktualität gewonnen: „Wahrlich, es ist eine böse Welt! Die Liebe ist geborsten, die Versöhnung hat ein Loch, die Barmherzigkeit hat den Henkel verloren und dem Glauben ist der Boden ausgefallen.“ Manchmal scheint der Lichtschein der Seligpreisungen nicht mehr das Dunkel zu durchdringen.

„Verraten sind die Armen, denn sie haben nichts einzubringen. Verraten sind die Leidtragenden, denn sie sind ausgeschlossen aus der Gesellschaft.

Verraten sind die Sanftmütigen, denn sie werden an die Wand gedrückt.

Verraten sind, die hungern und düren nach Gerechtigkeit, denn Macht geht vor Recht, und Geld regiert die Welt.

Verraten sind die Barmherzigen, denn Undank ist der Welt Lohn. Verraten sind, die reinen Herzens sind, denn sie werden übers Ohr gehauen.

Verraten sind die Friedfertigen, denn sie werden verfolgt werden, denn am Ende ist doch alles umsonst.“
(Heinz Zahrnt beim Stuttgarter Kirchentag 1969)

Auch wenn unsere eigenen Erfahrungen und das, was wir aus Südkorea und Äthiopien, aus Rußland und dem südlichen Afrika, aus Südamerika und aus den Schilderungen unserer neuen Mitbürger, die als ausländische Arbeitnehmer, als Umsiedler oder Asylanten zu uns kamen, wissen, hundertmal diesem resignierenden Urteil „verraten sind“, recht geben möchten, protestieren wir doch dagegen. Nicht weil wir die Augen vor

der Wirklichkeit verschließen, sondern weil wir Gott mehr zutrauen. Er streicht das „Verraten“ durch und schreibt mit der Farbe des Blutes Christi dafür sein „selig“.

Das kann nicht bewiesen werden. Jetzt noch nicht. Aber Signale dafür gibt es. Auch wir können sie setzen. „Brot für die Welt“ ist eine Gelegenheit dazu. Wenn Menschen irgendwo in der Dritten Welt erfahren, daß Christen in Deutschland für sie opfern, obwohl keiner den andern kennt und auch keine politischen oder missionarischen Nebenabsichten dahinterstehen, kann etwas von der Heilandsliebe Christi transparent werden, die will, daß alle Menschen gerettet werden und sie alle die Wahrheit kennen lernen. Denn beides gehört zusammen. Wer einem andern wirklich helfen möchte, kümmert sich um dessen Leben und um seine Zukunft, nicht nur um die nächste Mahlzeit. Er sorgt sich um den ganzen Menschen. Er versucht zu helfen in jeder Beziehung – von Gott her und auf den Mitmenschen zu, für Heil und Wohl, für Zeit und Ewigkeit.

Wir sollten dankbar sein, daß es diese Möglichkeiten gibt, mitten in der Dunkelheit weltweiter Spannungen solche Lichter anzuzünden. Karl-Heinrich Waggerl schreibt einmal: „Und wir Heutigen? Leben wir nicht auch in einer Weltzeit des Advent? Scheint uns nicht alles von der aufkommenden Finsternis bedroht zu werden, das karge Glück unseres Daseins? Wir warten bang auf den Engel mit der Botschaft des Friedens und überhören so leicht, daß diese Botschaft nur denen gilt, die guten Willens sind. Es ist keine Hilfe und keine Zuflucht bei der Weisheit der Weisen und bei der Macht der Mächtigen. Denn der Herr kam nicht zur Welt, damit die Menschen weiser, sondern damit sie gütiger würden. Und darum sind es allein die Kräfte des Herzens, die uns vielleicht noch werden retten können.“

Uns und Millionen andere, die alle Menschen *s e i n e s* Wohlgefällens sind und das auch leiblich spüren sollen.

Theodor Schober

Der ferne Nächste

Aufruf zur 21. Aktion „Brot für die Welt“

„Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.“ Dieses Bibelwort wird uns im Jahr 1980 als Lösung begleiten. Es erinnert uns daran, wem wir unser Leben verdanken. Durch Christus gewinnt es Sinn und Ziel und Weite.

Er beruft uns zu Gottes Mitarbeitern und ermutigt uns, seine Hilfe mit anderen zu teilen, die darauf warten.

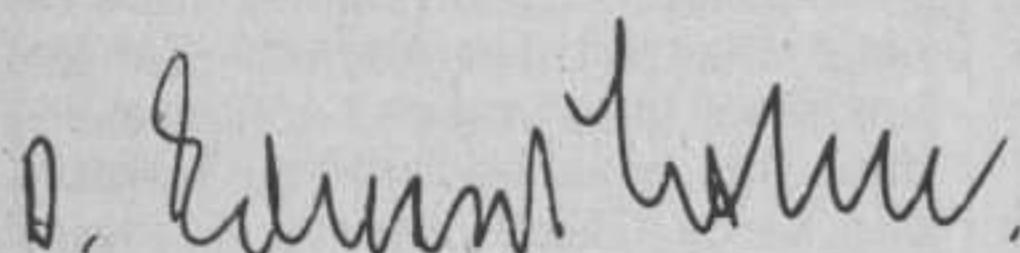
Zum 21. Mal eröffnen wir die Aktion „Brot für die Welt“, um diese Hilfe viele Menschen spüren zu lassen, die in Asien, Afrika und Lateinamerika Hunger und Mangel leiden, ihrer Menschenwürde beraubt sind und mit ihrem Recht auf wirkliches Leben immer wieder an den eigennützigen Interessen der Mäch-

tigen scheitern. Um ihnen möglichst wirksam „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten zu können, bitten wir unsere Kirchengemeinden und die Öffentlichkeit wieder um reichliche Opfer für „Brot für die Welt“. Und wir erbitten noch mehr: daß wir unser eigenes Verhalten dort ändern, wo es dazu beiträgt, andern Menschen die Chancen auf ein menschenwürdiges Leben zu schmälern und die Umwelt zu gefährden.

Wo Gottes Liebe unseren Egoismus überwindet, wird solche Umkehr möglich.

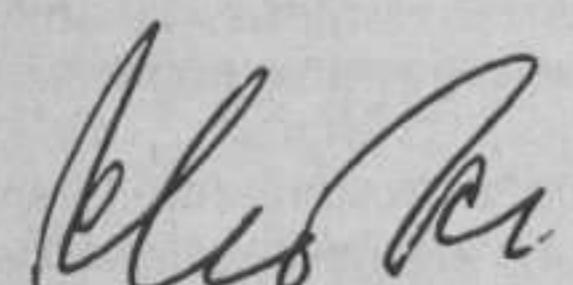
„Brot für die Welt“ kann ein Signal dafür werden und Zeichen der Hoffnung aufrichten, „... daß alle leben“ – in Afrika, Asien, Lateinamerika und mitten unter uns.

Für die Evangelische Kirche in Deutschland



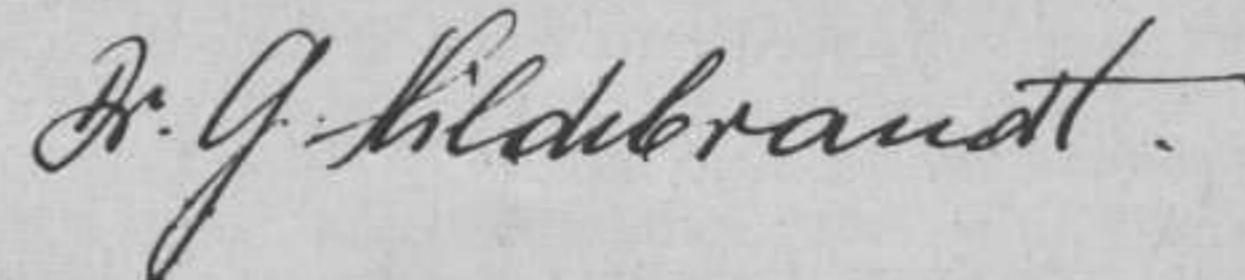
Landesbischof Dr. Eduard Lohse

Für das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland



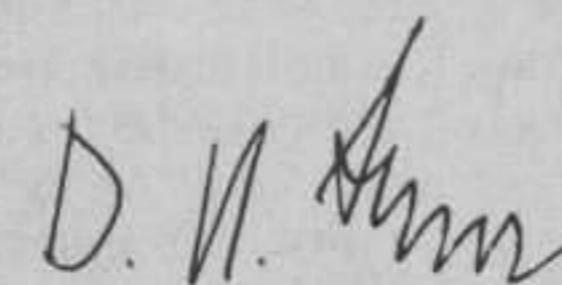
Präsident Dr. Theodor Schober

Für die evangelischen Freikirchen



Dr. Gerhard Hildebrandt,
Vorsitzender der
Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden

Für den Verteilungsausschuß „Brot für die Welt“



Kirchenrat D. Friedrich-Wilhelm von Staa

Der Christ – eine Quelle des Lebens

Zum neuen Slogan von „Brot für die Welt“: „... daß alle leben“

„Hilfe zum Leben“, so lautet das Motto, mit dem „Brot für die Welt“ in den letzten Jahren die evangelischen Christen aufgerufen hat, nicht an der Not der Mitmenschen in aller Welt vorüberzugehen. In diesem Jahr lautet das Motto: „... daß alle leben“. Die Werbefachleute und Theologen haben in vielen Sitzungen darüber nachgedacht, ob dieses Motto eine angemessene Parole sei. Klingt dieser Slogan nicht zu vollmundig? Wird hier nicht ein Programm aufgestellt, das nicht zu erfüllen ist? Ist da das Wort, das Jesus einmal zu seinen Jüngern gesagt hat, nicht viel realistischer: „Arme habt ihr immer bei euch“ (Lukas 14,7)? Haben uns die Erfahrungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe in den letzten Jahren nicht ernüchtert und erschreckend deutlich gemacht, daß mit unserer Macht nicht viel ausgerichtet werden kann? Fragen über Fragen voller Skepsis und Resignation. Um so erstaunlicher war es, daß dennoch an dem Motto: „... daß alle leben“ festgehalten wurde. Wie war das möglich?

Entscheidend, was Gott will

Das entscheidende Argument im Werbeausschuß von „Brot für die Welt“ lautete: Es geht doch zunächst nicht um unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten, es geht doch zunächst nicht darum, was wir wollen und können, welche Pläne wir aufstellen und erfüllen können, sondern darum, was Gott will, und diesen Willen Gottes haben wir zu proklamieren. Unser Wollen hat sich an seinem Willen zu orientieren.

In der Tat, wer sich ein wenig in der Bibel auskennt, weiß, daß die beiden

Worte „alle“ und „leben“ Hauptworte der Heiligen Schrift sind. Im Jahr 1980 wird uns als Jahreslosung das Wort aus dem 1. Timotheus-Brief begleiten: „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ (2,4). Und ein paar Kapitel später heißt es, daß der lebendige Gott „der Heiland aller Menschen ist“ (4,1). Auch im Alten Testament begegnen wir immer wieder dem Wort „alle“. „Reiche und Arme begegnen einander, der Herr hat sie alle gemacht“ (Sprüche 22,2). „Alle Welt“ und „alle Lande“ sollen sein Wort hören. Gottes Heilshandeln schließt alle Völker ein: „Und der Herr Zebaoth wird auf diesem Berg (auf dem Zion) allen Völkern ein fettes Mahl machen, ein Mahl von reinem Wein, von Fett, von Mark, von Wein, darin kein Hefe ist“ (Jesaja 25,6).

„Brot des Lebens“

Auch „leben“ ist ein Hauptwort der Bibel, in dem wie in einem Brennglas ihre ganze Botschaft sich bündelt. Wer leben will, braucht Nahrung für Leib und Seele. Brot allein macht fett, aber nicht satt. Der Lebenshunger kann mit materiellen Gütern nicht gestillt werden. Jesus speiste die Hungrigen und bot sich ihnen als „Brot des Lebens“ an. Und die Propheten des Alten Testaments riefen den Menschen zu, die nur auf die Leibsorge und Leibpflege bedacht waren: „Suchet mich (Gott), so werdet ihr leben“ (Amos 5,4) und: „So kehret um, damit ihr lebt“ (Hesekiel 18,32). Verzicht kann Gewinn bedeuten. Das Glück wird multipliziert, indem man es teilt.

„... daß alle leben“. Die größte Versuchung ist, daß wir sagen: Ja, das will Gott. Das wird einmal sein, am jüngsten Tag. Aber ebenso sehr wie das Wort Gottes die materielle und spirituelle Seite des Lebens zusammenhält, verbindet sie das, was sein wird, mit dem, was ist. Gewiß, wir werden es nicht schaffen, daß alle Völker an einem gemeinsamen Tisch zu einem köstlichen Mahl versammelt sind, aber Gott will es tun und hat uns als Einladende ausgesandt. Mit den

Brot für die Welt



... daß alle leben

Postscheck Köln 500 500-500

Worten „Nehmet hin und esset“ und „Nehmet hin und trinket“ sollen wir das „Brot des Lebens“ austeilen.

Jeder Christ – eine Quelle des Lebens

In Hesekiel 47 sieht der Prophet einen Wasserstrom, der vom Tempel ausgeht und durch die Wüste Juda zum Toten Meer fließt: „... und alles soll gesund werden und leben, wohin dieser Strom kommt“ (Vers 9). Im letzten Kapitel der Bibel wird dieses Bild aufgenommen. Der Seher sieht einen „Strom des Lebenswassers, klar wie Kristall“, der vom Thron Gottes ausgeht. Dieser Strom hat zu fließen begonnen und hat uns erreicht. Jesus sagte zu der Samariterin am Jakobsbrunnen: „Das Wasser, das ich ... geben werde, das wird in ihm eine Quelle werden, deren Wasser bis ins ewige Leben quillt“ (Johannes 4,14). Jeder Christ – eine Quelle des Lebens. Wenn das so ist, dann wird unsere Hoffnung eine Hoffnung für viele.

Horst Keil

Zum Beispiel

„Greifen Sie mir doch mal in die Hosentasche!“

Prominente und andere sammeln für „Brot für die Welt“

„Ich habe jetzt keine Hand frei. Greifen Sie doch mal in meine Hosentasche und holen Sie meinen Geldbeutel heraus.“ Diese vertrauensvolle Aufforderung eines mit Einkaufstaschen schwer beladenen Passanten galt der wohl auffälligsten Truppe, die in diesem Jahr unterwegs war, um für die Aktion „Brot für die Welt“ zu sammeln. Das Foto, das dabei in der Fußgängerzone der Augsburger Innenstadt entstand, erinnert an ein Abenteuer, das allen Beteiligten „einen Mordsspaß“ gemacht hat und außerdem den stolzen Betrag von 6210,02 DM für „Brot für die Welt“ einbrachte.

Acht Tage lang waren Frauen und Männer aus der 700-Einwohner-Gemeinde Westendorf bei Kaufbeuren mit einem Siebener-Tandem-Fahrrad unterwegs gewesen. Wohin sie auch kamen, überall waren die Radler – Alter zwischen 20 und 44 – mit ihren „Brot für die Welt“-Sammelbüchsen sofort Mittelpunkt der Schaulustigen. Zu Beginn ihrer 264-Kilometer-Fahrt hatten sie freilich, wie sich der Initiator der Tour, der Westendorfer Metzger Hermann Satzger erinnert, erst einmal selber in die Tasche greifen müssen. Es regnete in Strömen, so daß man sich in Weilheim (Obb.), der ersten Etappe, zunächst mit Regenkleidung versehen mußte.

Da muß man was tun ...

„Das Fahrrad haben wir im Motorsportclub Westendorf schon 1973 gebaut“, berichtet Hermann Satzger. Doch die sommerliche Tour zugunsten von „Brot für die Welt“ war die erste größere Ausfahrt mit dem Rie-

sen-Stahlroß. „Sonst sind wir mehr mit dem Auto unterwegs – kleine Rallys, Bildersuchfahrten usw.“, sagt Hermann Satzger. Auf „Brot für die Welt“ kam die Gruppe, unter ihnen ein Bundesbahnbeamter, ein Filialleiter, eine Arzthelferin und eine Bankangestellte, mehr durch Zufall: „Wir haben ein Plakat gesehen, und da dachten wir: Da muß man was tun.“ Die Westendorfer Radler um Hermann Satzger und den Landmaschinenschlosser Alfred Schmid, der als Lenker das nicht ganz leicht zu steuernde Gefährt über München und Augsburg mit Zwischenstationen wieder zurück nach Westendorf brachte, haben alle Unkosten aus eigener Tasche getragen, auch die Kosten für die Begleitfahrzeuge. Lediglich der Pfarrer der Augsburger St.-Anna-Kirche, berichtet Hermann Satzger, habe ihnen 100 Mark in die Hand gedrückt: „Davon kauft ihr euch selber eine Brotzeit.“ Das Bier dazu mußten die bezahlen, die während der Fahrt ohne Erlaubnis des Lenkers die Füße von den Pedalen nahmen. „Wer die Fuß’ hänga läßt, zahlt a Maß!“

Originelle Einfälle

Zahlen für „Brot für die Welt“ sollen auch in diesem Jahr wieder die Bürger von Bad Nauheim. Bei der dortigen evangelischen Kirchengemeinde gibt es schon seit Jahren einen aktiven „Brot für die Welt“-Arbeitskreis, der immer wieder mit originellen Einfällen Aufsehen erregte. 1977 hatte man die gesamte bundesdeutsche Prominenz um Gegenstände aus ihrem persönlichen Besitz gebeten. Spitzengebote bei der damaligen Bad Nauheimer Versteigerung erzielten unter anderem eine Pfeife Herbert Wehnens und eine Krawatte Walter Scheels. Im vergangenen Jahr konnte man allerlei Gaben unter den Hammer bringen, die die Bonner Botschaften verschiedener Länder zur Verfügung gestellt hatten. Mehr Mühe, aber auch mehr Spaß war jedoch, wie Rainer Kreutz aus Bad Nauheim berichtet, damit verbunden, daß Männer und Frauen mehrere Tage lang

gemeinsam Obst ernteten und verarbeiteten. Süßmost und Zwetschgen-Mus verkaufte man für „Brot für die Welt“.

Auch in diesem Jahr sind die Bad Nauheimer wieder für ihre „Brot für die Welt“-Auktion gerüstet. Nicht weniger als 14 Vereine der Fußballbundesliga, darunter der amtierende Deutsche Meister Hamburger SV, stellten Fußbälle mit den Autogrammen ihrer Starkicker zur Verfügung. Und auch die von Rainer Kreutz angeschriebenen Oberbürgermeister von Amsterdam bis Wuppertal ließen sich meist nicht lumpen. Bildbände, Stiche, Posters werden am ersten Advent in Bad Nauheim ebenso zu ersteigern sein, wie z. B. zehn signierte japanische Fächer, die der Bürgermeister von Hiroshima geschickt hat, oder der Nachdruck einer Doppelseite der Gutenberg-Bibel, die der Mainzer OB Jockel Fuchs beigesteuert hat ...

Das sollte Schule machen

In Cremlingen im Braunschweigischen nutzte die Gemeinde wieder einmal die Chance, die überall im Lande nach Wahlereignissen aller Art besteht. Am Sonntag nach der Europawahl beklebte man nach Absprache mit politischen Parteien und Verwaltungen sämtliche Plakatwände, die zur Wahl aufgestellt worden waren, mit den attraktiven „Brot für die Welt“-Plakaten. Ein Beispiel, das in den bevorstehenden Wahlkämpfen Schule machen sollte, meint das Diakonische Werk der Braunschweigischen Kirche.

Leute, die man kennt, gehen alle Jahre wieder für „Brot für die Welt“ in Hamburg auf die Straße: Schauspieler und Fernsehmoderator Volker Lechtenbrink, Helga Feddersen, „Lästerlyriker“ Hans Scheibner, um nur einige zu nennen. Überall im Land sorgen Menschen – junge und alte, bekannte und unbekannte – immer wieder dafür, daß „Brot für die Welt“ nicht zur Alle-Jahre-wieder-Routine erstarrt, daß es den Namen „Aktion“ zu Recht trägt.

Herbert G. Hassold

Flüchtlinge sind überall

Mehr als elf Millionen Menschen einer ungewissen Zukunft ausgesetzt

Erst seit in Südostasien die Bootsflüchtlinge zu Tausenden ertranken, begann man in Europa, Nordamerika und Australien allmählich einzusehen, daß es nicht mehr anders geht, als sich mit dem Schicksal der Flüchtlinge auseinanderzusetzen. In weniger drastischer Form, die der einzelne Betroffene aber nicht minder bedrohlich erlebt, vermochte dieses weltweite Zeitphänomen kaum in das öffentliche Bewußtsein einzudringen.

Trauriger Exodus

Schätzungen zufolge gibt es gegenwärtig mehr als 11 Millionen Menschen auf der Welt, die ihre Heimatländer, -städte und -dörfer verlassen haben und einer ungewissen Zukunft in der Fremde entgegensehen. Die Zahlen ändern sich von Monat zu Monat und zeigen eine immer noch ansteigende Kurve. Betroffen von diesem traurigen Exodus sind alle Kontinente, wobei Afrika und Asien zur Zeit mit Rekordzahlen aufwarten. Was Menschen veranlaßt, im günstigsten Fall eine nur vorübergehende Entwurzelung in Kauf zu nehmen, im schlimmsten Fall aber einen Dauzustand kultureller Entfremdung zu ertragen, läßt sich bei allen kontinentalen und regionalen Besonderheiten vielleicht so zusammenfassen: Kriege und ihre Auswirkungen haben schon immer Fluchtbewegungen ausgelöst. Was aber das 20. Jahrhundert in besonderer Weise zu einem Jahrhundert der Flüchtlinge macht, sind die verschiedenen Formen von Unterdrückung und Unrecht, die sich zunehmend in eklatanten Verletzungen der Menschenrechte äußern. Sie füh-

ren zu Verfolgung oder begründeter Angst vor Verfolgung. Politische, ideologische und religiöse Gegensätze scheinen in immer stärkerem Maß den Machtmissbrauch herauszufordern und den einzelnen dem Terror und der Gewalt auszuliefern.

In Afrika

In Schwarz-Afrika ist es vor allem die Rassenpolitik Rhodesiens, Südafrikas und Namibias, die bisher etwa eine Million Menschen den Fluchtweg in andere afrikanische Staaten eingeschlagen ließ. Aber auch in anderen Teilen Afrikas machten übersteigerter Nationalismus, Stammesrivalitäten und Militärdiktaturen die Menschen zu Zwangsnomaden. Zwischen zwei und vier Millionen Menschen sollen in Afrika ihre Heimat verlassen haben. Sie leben in rund 20 afrikanischen Staaten, teils in Lagern, teils bei Verwandten. Die meisten nahmen nur mit, was sie tragen konnten. Sie gehören im Gastland häufig zu den wirtschaftlich Schwächsten, finden selten Arbeit, sprechen oft die Landessprache nicht und müssen zuweilen auch befürchten, eines Tages wieder in ihre Heimat abgeschoben zu werden.

In Asien

Mehr als eine Million Menschen haben seit 1975 ihre Heimatländer in Indochina verlassen. Jeder weiß inzwischen, daß vor allem Vietnamesen chinesischer Herkunft die waghalsige Flucht über die See wagen, seit die vietnamesische Politik dem chinesischen Bevölkerungsanteil des Landes die Existenzgrundlage erschwert. Auch von Laos- und Kambodscha-Flüchtlingen wird hierzulande ausgiebig berichtet. Weniger schon von den ständig weiter nach Hongkong legal und illegal einsickernden Flüchtlingen aus der Volksrepublik China (123 000 von Januar bis April 1979). Schlecht belohnt worden ist die bisher großzügige Aufnahmepolitik Hongkongs gegenüber den

60 000 bis Juli 1979 eingetroffenen Bootsflüchtlingen. Im Vergleich zu Malaysia mit einer Abrufquote von 47 Prozent konnte das sowieso übervölkerte Hongkong bisher lediglich zehn Prozent der dort Gestrandeten an endgültige Asyländer wieder abgeben. Auch Thailand trägt schwer an der Bürde der vor allem aus Laos zugewanderten 172 000 Menschen. Daneben gibt es zahlreiche asiatische Länder, deren ältere Flüchtlingsprobleme vor dem aktuellen Hintergrund der Indochina-Situation verblassen, die aber nichtsdestoweniger auf eine Lösung warten (Burmesen in Bangladesch, Afghanen in Pakistan, Philippinos in Indonesien und nicht zuletzt die 1,5 Millionen Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten).

Lateinamerika

Auch in Lateinamerika setzte sich die Fluchtbewegung vieler Menschen unter dem politischen Druck totalitärer Militärdiktaturen fort. Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit wurden in vielen Ländern Menschenrechte massiv verletzt. Verhaftungen, Verschleppungen, Folterung und offene politische Morde sind an der Tagesordnung. Lediglich vier Staaten (Venezuela, Mexiko, Costa Rica und Panama) bilden hier eine Ausnahme. Insgesamt sollen zwei Millionen Menschen aus ihren Heimatländern geflohen sein.

Aufgaben der Kirchen

Die verzweifelte Situation der Flüchtlinge in aller Welt beschäftigt in immer stärkerem Maß auch die Kirchen und fordert sie zur Mitarbeit an einer Lösung heraus. In Deutschland haben sich vor allem „Brot für die Welt“ und der Kirchliche Entwicklungsdienst des Flüchtlingsproblems angenommen. Es besteht in diesem Zusammenhang eine enge Zusammenarbeit mit dem Weltrat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, den jeweiligen Kirchen am Ort und vor allem mit

„Brot für die Welt“

dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR). Die bisherigen Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit zeigen, auf welche Weise sich die Arbeit der Kirchen und der zwischenstaatlichen Organisationen ergänzen können.

Während sich der UNHCR in erster Linie auf den internationalen Rechtsschutz für Flüchtlinge und auf die Unterstützung von Regierungen bei der freiwilligen Rückführung oder bei der Eingliederung von Flüchtlingen in neue nationale Gemeinschaften konzentriert, ist die finanzielle Unterstützung und praktische Mithilfe der Kirchen oft unerlässlich, wenn es darum geht, neben der Versorgung mit Lebensmitteln durch den UNHCR, wenigstens die wichtigsten Aufgaben, wie etwa Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, in Angriff zu nehmen. Den Kirchen bleibt es auch überlassen, sich in besonderer Weise um diejenigen zu kümmern, die durch die Maschen der internationalen Flüchtlings-Definitionen fallen und als Flüchtlinge nicht anerkannt werden, es aber dennoch sind. Und nicht vergessen werden soll der Beitrag, den kirchlicher Entwicklungsdienst etwa durch Rechtshilfeprogramme oder Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeiten zur Beseitigung von Ursachen des Flüchtlingselends leistet.

Formen der Hilfe

Unter Hinweis auf die leidvollen Erfahrungen, die wir selbst als Volk mit Krieg und Flüchtlingsdasein gemacht haben, appellierte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland verschiedentlich an die evangelischen Christen, dem Flüchtlingsproblem in der Welt vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Linderung der Not für Menschen auf der Flucht kann verschieden aussehen. Für „Brot für die Welt“ geht es dabei nicht nur um die Befriedigung von Grundbedürfnissen, etwa durch Lebensmittel, Kleidung, Unterkünfte, Medikamente, sondern vor allem auch um die Fortführung

laufender Programme und Verpflichtungen aus vergangenen Jahren, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Flüchtlinge und ihre gesellschaftliche Wiedereingliederung zum Ziel haben. Dabei handelt es sich meist um Überbrückungsgelder und Kredite, um Ausbildungsbeihilfen oder Stipendien, um die Vermittlung von Arbeitsplätzen und um Rechtsberatung. In besonderer Weise sind Bildung und Ausbildung wichtig für die persönliche Weiterentwicklung der Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika und Äthiopien. Unter ihnen ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen besonders stark angewachsen. Auch zahlreiche Ansiedlungsprojekte mit landwirtschaftlichen Schulungskursen und Beratungssystemen, mit medizinischer Versorgung und Mütterberatung sind von „Brot für die Welt“ gefördert worden, um Flüchtlingen eine wirkliche Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Sachkundige Rechtsberatung

In engem Zusammenhang mit diesen Aktivitäten im Heimatkontinent der Flüchtlinge müssen aber auch die Bemühungen gesehen werden, die den in der Bundesrepublik lebenden

*Ohne Reform
unserer
Gesellschaft
gibt es für die
Dritte Welt
keine
Hoffnung.*

»Brennt in der Macht des Geistes, stellt eure Kraft in den Dienst des Herrn, freut euch in der Hoffnung, haltet stand dem Schweren« Römer 12,11f

**Brotbrechen
am Altar ohne
wirtschaft-
liches Teilen
wird uns nicht
zu Brüdern
machen.**

»Der Herr redet: Mein ist der Erdkreis und was ihn erfüllt«

Psalm 50,112 b

Flüchtlingen gelten. So steht z. B. im Diakonischen Werk der EKD das Referat „Hilfen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen“ für eine sachkundige Rechtsberatung zur Verfügung, ein neu eingerichtetes Flüchtlingsreferat kümmert sich um die soziale Betreuung der Flüchtlinge und schließlich können unter bestimmten Voraussetzungen auch Ausbildungsstipendien für die Bundesrepublik beantragt werden.

Angesichts der komplexen Flüchtlingsprobleme in aller Welt haben die Kirchen erkannt, daß sie bei der Förderung von Hilfsprogrammen nicht stehenbleiben dürfen, wenn sie das traurige Los der Flüchtlinge bessern wollen. „Wer auf Dauer Flüchtlingselend lindern will“, sagte kürzlich Kirchenpräsident D. Hild in einer Pressekonferenz, „muß sich darüber im klaren sein, daß es sich dabei um eine weltweite Aufgabe säkularen Ausmaßes handelt. Sie bedarf politischer Lösungen über den Tag und den akuten Notfall hinaus. Zu ihrer Findung und Durchsetzung wollen wir die Regierenden der Welt, insbesondere unsere Bundesregierung, ermutigen.“

Erika Friese

„Brot für die Welt“

Mit den Augen der Indianer

Dorfbewohner malen die Bibel – Neues „Meditationstuch“ von „Brot für die Welt“

In der Kirche von Chongos Alto in Peru wartet eine Überraschung auf jeden Fremden, der nach vier Stunden Fahrt mit einem klapprigen Bus von der Provinz-Hauptstadt Huancayo über holprige Andenstraßen die Plaza betritt. Die Plaza ist ein Dorfplatz, der sich in nichts von Tausenden anderer solcher Ortsmittelpunkte in Lateinamerika unterscheidet. Ein großes Quadrat, in der Mitte ein einsamer Heiliger oder General auf seinem Denkmalsockel, Wohnhäuser, Läden und Amtshäuser an den Seiten und an der Stirnseite die Kirche.

In Chongos Alto ist die Kirche ebenso unscheinbar und bescheiden, wie die anderen, in mühsamer Gemeinschaftsarbeit aus Lehm, Stein und Tonziegeln aufgerichteten Dorfkirchen der Andenregion.

Als wir – eine kleine Gruppe von Mitarbeitern im kirchlichen Entwicklungsdienst – vor drei Jahren ein von „Brot für die Welt“ finanziertes Bewässerungsprojekt besuchten, hätten wir sie in der Geschäftigkeit der Dienstreise fast übersehen. Doch der Schweizer Ingenieur Robert Funk bestand auf eine Besichtigung: „Das müssen Sie sich ansehen, dann werden Sie staunen, wozu die Leute hier fähig sind.“ Er hatte nicht zuviel versprochen. Wer erwartet schon in einer solch abgelegenen und armen Region eine vollständig mit farbenprächtigen Darstellungen biblischer Motive ausgemalte Kirche, dazu noch in einer Form, die Einfachheit des Stils mit hoher Darstellungskunst verbindet?

Kein Abklatsch

Man sieht es auf den ersten Blick, daß hier etwas Neues entstanden ist. Keine Nachahmung europäischer Kirchen-

kunst der vergangenen Jahrhunderte, wie sie sonst üblich ist, sondern eine Darstellung, die am Ort entstanden ist. Die handelnden Personen in den biblischen Geschichten sind herübergeholt aus dem palästinensischen Raum, sind Indios geworden. Indios sind hineingeschlüpft in die Rollen, sind selbst zu einem Teil der Geschichten geworden.

Wir haben gestaunt und fotografiert und danach die geplante Projektbesichtigung einer in freiwilliger Gemeinschaftsarbeit gegrabenen Bewässerungsleitung von 13 Kilometer Länge absolviert, um berichten zu können, daß die 50 000,- Mark Zuschuß von „Brot für die Welt“ gut angelegt sind und sich die Aussichten auf eine vermehrte landwirtschaftliche Produktion verbessert haben.

Die Wasserleitung und eine dörfliche Weberei waren überzeugende Beispiele für den hohen Stellenwert, den unter den Indianern auch heute noch die gemeinschaftliche Arbeit an gemeinsamen Aufgaben hat, obgleich diese uralte Tradition von den spanischen Kolonisatoren so ungeheuer zum eigenen Vorteil ausgenutzt worden war.

Eine Arbeit der Gemeinschaft

Erst viel später erfuhren wir, daß auch die Gemälde in der Kirche eine solche Gemeinschaftsarbeit sind.

Regelmäßiges Teilen geht am weitesten.

„Jeder gebe, wie er es sich im Herzen vorgenommen hat, nicht aus Mißmut heraus oder aus Zwang“
2. Korinther 9,7a

Josué Sanchez, der Künstler, der – selbst ein Indio – mit den Bauern der Gemeinde die Gemälde gestaltete, berichtet dazu: „Fünf Monate bin ich im Land gereist, um das Volk, seine Ideen, seinen Glauben kennenzulernen. Dann begann ich mit den Skizzen, wobei ich stets mit den Gemeindemitgliedern Gedanken austauschte, mich in sie hineinversetzte, von ihnen lernte. Mit der Gemeinde wurden die Motive ausgewählt und fünf Bauern halfen beim Malen. Es wurden Motive bevorzugt, die in Beziehung zum alltäglichen Leben und Denken der Bauern stehen und eine Verbindung haben zur materiellen und geistigen Unterdrückung, Ausbeutung und Verfolgung der Indios seit der Eroberung durch die Spanier.“

In Chongos Alto gibt es heute noch einen Platz mit einem Steinkreuz, genannt Cani Crûz; dort wurden die Bauern ausgepeitscht, die sich weigerten, in die Minen zu gehen. Die Landbevölkerung möchte in Selbstachtung und ohne Demütigung leben. Sie bezieht daher die biblischen Ereignisse auf ihren Kampf um Menschenwürde.“

„Speisung der Fünftausend“

So sind in der Darstellung der „Speisung der Fünftausend“, die einen zentralen Platz unter den Wandmalereien einnimmt, nicht nur das Volk, das gespeist wird, sondern auch Jesus und die Jünger, die Brot und Fisch verteilen, Indios. Sie, die seit Jahrhunderten unter Hunger und Entbehrung litten, sind zu Gebenden und Empfängenden geworden. Das Bild von der „Speisung der Fünftausend“ wurde von der Aktion „Brot für die Welt“ inzwischen als Meditationstuch für den Gottesdienst ausgewählt und auf einen farbenprächtig bedruckten Wandbehang sowie auf Poster und Postkarten übertragen. Jeder kann – dieses Kunstwerk vor Augen – darüber nachdenken, welche Rolle er selber bei dem weltweiten Teilen der Güter dieser Erde spielt oder spielen könnte.

Berthold Burkhardt

Entwicklungshilfe

Die Mühsal mit der Mündigkeit der anderen

Partizipation als Leitwort der Entwicklungshilfe

Darüber können Zahlen und Statistiken, die auch in der Entwicklungshilfe eine Rolle spielen, eine Auskunft nicht geben. Es handelt sich dabei sozusagen um das Inwendige der Entwicklungshilfe: Wie gehen Entwicklungshilfe-Leistende und Entwicklungshilfe-Empfangende miteinander um? Was räumen sie sich gegenseitig an Kompetenz und Vertrauen ein? Auf was müssen sie gegenüber den Interessen der anderen mit Rücksicht auf die eigene Situation bestehen?

In die Verantwortung einbeziehen

Für diesen Umgang miteinander gibt es seit einigen Jahren ein wichtiges Stichwort. Dieses heißt Partizipation. Damit ist gemeint, daß der Entwicklungshilfe-Entgegennehmende an allen damit zusammenhängenden Entscheidungen beteiligt wird. Partizipation soll auf der Empfängerseite stehen für Mitsprache, Mitverantwortung, Teilgabe, Teilhabe, Einbezogensein in den Prozeß der Planung, der Auswahl und der Vergabe von Entwicklungshilfe.

Mit anderen Worten: Von den Entwicklungshilfe-Leistenden wird nicht nur erwartet, daß sie Geld und Personal verfügbar machen. Mit dieser Hilfe soll zugleich auch das Recht an die Empfänger übergehen, selber darüber zu befinden, wie beides an Ort und Stelle in der Dritten Welt verwandt werden soll. Die Armen wissen selber am besten, so wird gesagt, wie den Armen zu helfen ist.

Dieser Grundsatz der Partizipation hat in den zurückliegenden Jahren zunehmend Vorgehen und Arbeitsweise der Entwicklungshilfe, speziell

auch des Entwicklungsdienstes der Kirchen bestimmt. Dabei hat sich die Praxis nicht irritieren lassen durch die Undeutlichkeiten, die dem Begriff Partizipation in diesem Zusammenhang anhaften. Um nur drei zu nennen:

Er schließt das Mißverständnis nicht aus, als ob die einen (die Entwicklungshilfe-Leistenden) Mitverantwortung und Teilhabe einseitig den anderen offerieren könnten. In der Entwicklungshilfe sind beide Seiten, empfangende wie gebende, die Betroffenen. Verfügbare Ressourcen gehören vor dem Hintergrund problematischer historischer Verknüpfungen letztlich beiden Seiten gleichermaßen.

Er läßt mit einem leicht paternalistischen Unterton die Vermutung zu, daß damit lediglich ein Teil an Verantwortung, nur begrenzte Kompetenz zur Disposition gestellt wird, jedoch nicht das Ganze. Entwicklungshilfe ist immer auf der Seite derer, die dafür die materiellen Mittel einbringen, auch ein Stück Preisgabe von Macht. Unsere weithin eben immer noch subtil vorhandene kolonialistische Mentalität besteht in der (stillschweigenden) Unterstellung, daß die Adressaten unserer Hilfe noch nicht so recht in der Lage dazu seien, mit dieser Macht umzugehen.

Permanente Lernaufgabe

Er wird andererseits aber auch denen nicht ganz gerecht, die Entwicklungshilfe leisten. In dem Sinne, daß Partizipation in umgekehrter Richtung nun auch eine permanente Lernaufgabe für die Entwicklungshilfe-Nehmenden ist. Diese werden nicht den Standpunkt einnehmen können, daß ein Hilfsprojekt abgeschlossen ist, sobald der Transfer der dafür notwendigen Mittel zu Ende geführt ist. Von ihnen wird mit Verständnis auch dafür gerechnet, daß die Entwicklungshilfe-Gebenden auch danach eine Verbindung zu den Adressaten ihres Engagements weiter aufrechterhalten wollen. Ihres eigenen Lernpro-

zesses wegen wollen sie ihrerseits aus diesem Beteiligtsein nicht einfach entlassen werden.

Eine Studie gibt Aufschluß

Wie sieht das alles in der Praxis aus? Eine Studie des vom Lutherischen Weltbund verantworteten Entwicklungsdienstes, der durch „Brot für die Welt“ und den Kirchlichen Entwicklungsdienst mit namhaften Beträgen aus Deutschland gefördert wird, hat jetzt bestätigt, was zu vermuten war: Mitverantwortung, Beteiligung an Kompetenz und Entscheidungsprozessen im Sinne von Partizipation in den Entwicklungsländern kommen auf den verschiedenen Ebenen außerordentlich unterschiedlich zum Zuge. Beispiele dieser Studie veranschaulichen, daß sie auf der obersten Leitungsebene geradezu optimal ist. Gleichzeitig geht daraus hervor, daß an der Basis Interesse und Aktivität mit dem Ziel eines verstärkten partizipatorischen Verhaltens zunehmen.

Defizite im Mittelfeld

Eindeutige Defizite bestehen in dieser Hinsicht hingegen unverändert im breiten Mittelfeld. Also in den weiten Bereichen möglicher Mitgestaltung und Mitverantwortung zwischen Basis und Zentrale. Hier fehlen fast ausnahmslos differenzierte Angebote und geeignete Spielräume für die Beteiligung der Betroffenen an Entscheidungsprozessen. Hier ist eine institutionalisierte Teilhabe an Verantwortung am Ort des Geschehens, hier ist eine haltbare partizipatorische Infrastruktur selbst in Ansätzen noch nicht zustande gekommen. Folgende Beispiele sind weithin für das Ganze kennzeichnend:

Positive Beispiele

In einem Landjugendprojekt auf Papua-Neuguinea, in einer Landwirtschaftsschule auf Madagaskar und in einem breitangelegten Hilfswerk in Nord-Nordostbrasilien liegt die ober-

Entwicklungshilfe

ste Leitung entweder weitgehend oder vollständig in Händen der einheimischen Kirche. Das oberste Leitungsgremium des Landesjugendprogramms setzt sich zusammen aus Vertretern der sieben betroffenen Kirchendistrikte, einem Vertreter der Kirchenleitung (alles Neuguineer) und – das hängt mit traditionellen Verflechtungen in der Missionsarbeit zusammen – jeweils einem Vertreter aus Australien, Bundesrepublik und Vereinigte Staaten. Dem Leitungsgremium der Landwirtschaftsschule bei Antsirabé gehören ausschließlich von der Synode gewählte Madagassen an. Seit 1975 ist auch der Direktor ein Madagasse. Und im Vorstand des Diakonia-Werkes in Nord-Nordostbrasilien? Hier bilden Repräsentanten der neun Gründerkirchen dieses Werkes den Vorstand, alles Brasilianer. Unter den 25 Sachbearbeitern in diesem Bereich (Nord-Nordost) befinden sich lediglich zwei Ausländer. In allen drei Fällen ist somit, zumindest organisationspolitisch, ein Maximum an Partizipation verwirklicht worden.

„Betreuung zur Befähigung“

Noch ausschlaggebender für das Konzept, das in der Entwicklungshilfe von der „Betreuung zur Befähigung“ führen will, ist zweifellos das, was nun tatsächlich an der Basis geschieht. Auch dafür bieten diese drei Projekte Beispiele. Innerhalb des Didiman-Projekts auf Papua-Neuguinea haben sich Landjugendgruppen inzwischen selber einen Vorstand gewählt. Diese eigene Instanz soll an Ort und Stelle darüber entscheiden, welche Vorhaben im Dorf ausgeführt werden. In der Landwirtschaftsschule Tombontsoa bei Antsirabé haben frühere Schüler sich zu einer Vereinigung mit regelmäßigen Versammlungen zusammengeschlossen. Bei den Treffen dieser Vereinigung mit inzwischen rund 500 Mitgliedern wird darüber beraten, wie man sich untereinander in der landwirtschaftlichen Arbeit noch besser helfen kann, was gemeinsam unternommen werden soll und ähnli-

ches. Und schließlich in Nord-Nordostbrasilien.

Um das Sozialzentrum von Pau dos Ferros hat sich ein Förderkreis mit nunmehr bereits 700 Mitgliedern aus allen am Ort vertretenen Konfessionen gebildet. Die Mitglieder tragen mit persönlichen Beiträgen von monatlich 15 Cruzeiros zur Arbeit ihres Zentrums bei. Gleichzeitig bemühen sie sich in eigener Initiative um Ausbau und Weiterführung bestimmter Programme. Sie bieten sich ihrerseits Rat- und Hilfesuchenden als Anlaufstelle an.

Gute Ansätze

Das sind unübersehbare positive Ansätze. Daß sich ungeachtet dessen das Gesamtbild von realisierter Partizipation nicht günstig darstellt, liegt vor allem daran, daß diese guten Ansätze nicht konsequent weitergeführt werden, in höhere Kompetenz-Ebenen, für breitere Räume, mit vermehrten Einflußmöglichkeiten für mehr Menschen. Dieselben drei Projekte mit ihren ansonsten so günstigen Voraussetzungen veranschaulichen auch symptomatische Defizite. Unter den Didiman-Landjugendgruppen gibt es zwar eigene Vorstände. Sie haben jedoch überregional und institutionalisiert keinen Kontakt untereinander. Es bleibt ihnen deshalb die Möglichkeit verschlossen, aufgrund einer gemeinsamen Meinungsbildung auf Konzeption und Weiterführung des Programms einzuwirken. Somit haben sie auch keinen Zugang – welcher Art auch immer – zu den Überlegungen in der obersten Leitung des Projekts. Weshalb sollte ein gemeinsam gewählter Vertreter der Basis oder der Region darin nicht Sitz und Stimme haben?

Schüler proben den Aufstand

In der Landwirtschaftsschule Tombontsoa auf Madagaskar geschieht folgendes: Schüler proben den Aufstand. Im Windschatten der offiziellen Politik des Landes – „Alle Macht den

Machtlosen“ – wollen auch sie, angefeuert von einigen politisch stark engagierten Kommilitonen, in die Offensive gehen. Sie treten wegen ihrer Forderungen an die Schulleitung einfach in den Streik. Die Forderungen der Schüler betreffen das Ausmaß der praktischen Arbeit auf der Farm, sie fühlen sich durch das Maß der im Lehrplan eingesetzten praktischen Übungen mit Handarbeit ausgebaut. Außerdem verlangen sie bessere Lehrabschluß-Zertifikate, die ihnen günstigere berufliche Möglichkeiten einräumen.

Die Gespräche zwischen Schülern und Leitungsgremium der Schule führen zu keinem Erfolg. Daraufhin wird das Lehrjahr kurz und bündig abgesagt. Die Aktivität der Schüler, wie ungeschickt sie sich auch in der Sache selbst artikuliert haben mögen, wird nicht eingebbracht in eine weiterführende Diskussion über Möglichkeiten einer von beiden Seiten akzeptierten Mitsprache nach dem Vorbild von Schülerselbstverwaltung. Somit bleibt auch Mitverantwortung für das Gesamtgeschehen der Schule aus.

Zugriff von außen

In demselben Projekt: Der Landwirtschaftsschule ist eine Farm eingegliedert. Der Ehrgeiz der dafür Verantwortlichen ist es, daß der Betrieb sich finanziell selber trägt. Das gelingt auch. Doch muß die Farm ihre positive Bilanz jetzt gegen einen völlig unerwarteten Zugriff von außen verteidigen. Sie muß Leute aus der unmittelbaren Umgebung abweisen, die Ansprüche auf den Gewinn des Unternehmens geltend machen. Diese Anrainer kommen auf die Farm und wollen sich ihren Anteil am Profit abholen. In Naturalien oder Geld. Sie vertreten die – in der Linie der Politik des Landes liegende – Ansicht, daß erwirtschafteter Gewinn grundsätzlich und ohne Abstriche Gemeineigentum darstellt und dementsprechend im Gemeinwesen zu verteilen ist.

Auch die Leitung des Projekts ist sich im klaren darüber, daß sie diese

Problem heute

Sich selbst und andere wahrnehmen

Zu den Reizwörtern „Selbsterfahrung“ und „Gruppendynamik“

Das Wort „Selbst“ hat bei manchen Christen keinen guten Klang. War da nicht jener Pharisäer, der „rechtfertigte sich selbst“? Fanden nicht die Reformatoren, der Mensch sei „in sich selbst verkrümmt“? Überhaupt, dieses Auf-sich-selber-Starren!

In Jochen Kleppers Weihnachtslied heißt es: „Sieh nicht an, was

du selber bist / in deiner Schuld und Schwäche. / Sieh den an, der gekommen ist, / damit er für dich spreche...“

Ein Pfarrer, der Selbsterfahrung und Gruppendynamik mit Gewinn für die Beteiligten gefördert und betrieben hat, sagt – in Anklang an den Apostel Paulus: „Hätte ich sieben Selbsterfahrungs-Trainings pro Jahr und hätte in der täglichen Begegnung nicht die Liebe, so wäre es mir nichts nütze.“

Wichtig: Ziel klar begrenzen

Damit steht und fällt alles, daß Selbsterfahrung und Gruppendynamik ihr Ziel klar begrenzen. Es geht um Versuche, sich selbst und andere besser wahrzunehmen, um dann auch besser mit sich und anderen umgehen zu können. Erlöst wird da niemand. Wer das meint, der verdient die Prügel, die ent-

schiedene Christen seit längerem austeilen: „Die Gruppe – der neue Heiland“, „Gruppendynamik setzt sich an die Stelle Gottes“, sie „ist antichristlich, satanischen Ursprungs“, „der Trainer wird zur gottähnlichen Figur“, „eine ziemlich gräßliche Nabelschau“, „das eigene Gewissen wird abgebaut, das Gruppengewissen wird aufgebaut“.

Überschweres Geschütz wird da aufgefahren. Sieht man im Eifer des Gefechts noch genau hin, auf wen man da eigentlich zielt? Was heißt denn das: sich selber erfahren? Jeder von uns hat, unbewußt, ein Bild von sich selbst. Halte ich mich für begabt oder für unbegabt? Meine ich, verkannt zu werden? Fühle ich mich dazu verurteilt, immer „den unteren Weg“ zu gehen? Dieses Bild, das ich von mir selber habe, könnte klarer und wahrer werden.

„Seelische Sackgasse“

Vielleicht komme ich dahinter, daß meine ständige Mattigkeit und Bedrücktheit eigentlich und insgeheim als Waffe dienen. So zwinge ich – mir völlig unbewußt – andere zur Anteilnahme, zur Rücksichtnahme. Unsere Natur ist nun einmal eine listige Einrichtung. Solche tief unbewußten Vorgänge könnten mir im offenen, freimütigen Austausch innerhalb einer Gruppe allmählich bewußt werden, und vielleicht komme ich aus der seelischen Sackgasse heraus, in die ich mich unmerklich selber hineinmanövriert habe, womöglich mit Hilfe der Familie, die mich, den immer Leidenden, nur geschont hat.

Nun aber komme ich in eine Gruppe von mindestens acht, höchstens 14 bis 15 Menschen, die ich nicht kenne und denen ich nach Abschluß dieser Gruppentherapie auch kaum wieder begegnen werde. In dieser Gruppe ist alles zugelassen, was jedes ihrer Mitglieder fühlt und denkt. Man darf es äußern, unzensiert. Und wird einer gekränkt, soll auch dies offen ausgesprochen werden. Warum kränkt

(Fortsetzung von Seite 11)

Menschen nicht einfach vom Grundstück jagen kann. Andererseits fehlen ihr alle Voraussetzungen dafür, die Anfrage und die damit verbundenen Erwartungen dieser Menschen in einer angemessenen Weise aufzugeben. Projekt und Mitarbeiter sind nicht darauf vorbereitet, angesichts einer solchen akuten Situation einen eigenen, gegebenenfalls sogar alternativen Beitrag zur Einübung in neue Vorstellungen über Arbeit und Eigentum in einem Gemeinwesen zu leisten.

Diakonia-Projekt

Beim Diakonia-Projekt in Nord-Nordostbrasilien werden Sozial- und Gesundheitszentren von fähigen Einheimischen geleitet. Mit dieser ersten Bewährung in einer kommunalen Arbeit werden Voraussetzungen für andere umfassendere Aufgaben in oder außerhalb des Projekts geschaffen. Die jetzt naheliegende weitere professionale Qualifizierung bleibt je-

doch aus, weil das Projekt selbst auch einfachste Fortbildungsmöglichkeiten nicht kennt, selbst in den Tätigkeiten nicht, die es selber in Gang gebracht hat. Eine Qualifizierung und im Zusammenhang damit auch berufliche Verbesserungen kommen hier vor allem deshalb nicht zustande, weil kompetente Zwischenebenen in den Entscheidungsprozessen örtlich, kommunal, regional und interregional nicht vorgesehen – und möglicherweise auch nicht gewünscht – sind. Das Projekt wird im ganzen nach einer in dieser Hinsicht geradezu phantasielosen Struktur, in der Hierarchie-Struktur Zentrale – Basis, geleitet. In dieser Struktur haben Übungsräume für künftige Führungskräfte keinen Platz.

Eine Entwicklungshilfe, die ehrlich und konsequent Partizipation möchte, wird sich hier noch mehr einfallen lassen müssen. Entwicklungshilfe ist soviel, wie sie dem anderen an Mündigkeit zutraut. In dieser Hinsicht stehen bei uns im Lande wie in den Projektländern die wirklichen Fortschritte noch aus.

Hans-Wolfgang Heßler

Problem heute

mich das? Und was regte sich in dir, als du mich kränktest? Wie erlebe ich dich? Wie erlebst du mich? Vor wem hier habe ich Angst? Und warum wohl? Wen empfinde ich als stärker oder als schwächer? Wessen Nähe suche ich? Wem gegenüber wünsche ich Abstand? Und welcher unbewußten Regung folge ich da?

Gegensätze und Gemeinsamkeiten

Hier kommt also eine Dynamik, eine Bewegung in Gang. Gegensätze brechen auf, Gemeinsamkeiten werden entdeckt („Ach und ich dachte, bloß mir ginge es so“); oder plötzlich wird jemand als Außenseiter empfunden, der Gruppenleiter sucht ihn zu stützen, sucht einem etwaigen Gruppenzwang entgegenzuwirken, sagt etwa: „Ich habe das Gefühl, unser Ton verschärft sich so . . .“, sagt aber nicht: Benehmt euch“ oder „Seid bitte höflicher . . .“ Der einzelne und die Gruppe als ganze müssen es selber lernen, Folgerungen zu ziehen.

Gruppendynamik geschieht unvermerkt überall, wo Menschen zusammen leben. Am Arbeitsplatz etwa: unter völlig gleichen Bedingungen schafft eine Gruppe mehr und besseres als die andere. Warum? Weil in dieser anderen eine verborgene Feindseligkeit schwelt, den Beteiligten kaum bewußt. Oder in der Familie: Tüchtiger, über tüchtiger Vater – zarter, scheuer, nach innen gerichteter Sohn – das bloße Dasein dieses erfolgreichen Vaters bedrückt ihn, auch wenn der gar nicht mahnt oder drängt. Die Mutter: „Mein armes Kind, du hast es so schwer im Leben . . .“ Ein seelisches Wechselbad für den jungen Mann, das seine Not verstärkt. Dabei wollen alle das Gute und lieben einander auch, auf ihre Weise – eben auf ihre.

Kein Allheilmittel . . .

Solch ungesteuerter Gruppendynamik – in anderen Fällen mag sie

ganz anders aussehen und sehr hilfreich wirken – kann nun eine eigens dazu gebildete Gruppe sinnvoll entgegenwirken. Kein Allheilmittel, natürlich nicht. Aber für viele eine Hilfe. Schwierig bleibt es dann immer noch, das in dieser Gruppe Erfahrene und Gelernte auf den Alltag außerhalb der Gruppe zu übertragen. Immerhin, habe ich mich selbst ein wenig besser wahrgenommen, habe es gelernt, wie man andere wahrnimmt, dann ist das schon etwas.

Aber nun der Christ, so lautet der Einwand, „der hat doch Gott – was braucht der die Gruppe? Er hat doch Größeres als sein Selbst, und im Glauben überschreitet er dieses Selbst.“ Ja, aber er umgeht es nicht.

Gotteserfahrung hat es auch mit Selbsterfahrung zu tun. Das wußten schon die christlichen Mystiker. Aber eines kann das andere nicht ersetzen. Im lebendigen Glauben, der mehr ist als ein rechtgläubiges Bewußtsein, kommt alles ins Spiel, auch mein Unbewußtes ist tief beteiligt.

Leben im Schein-Ich

Wie nun, wenn ich in einem Schein-Ich lebe? Die übergute Mutter, sich immerfort nur aufopfernd, sie ahnt ja gar nicht, wie dieses religiöse verklärte Nur-nur-Dienen ein ihr selber völlig unbewußtes Herrschen sein kann. Wer wagte es schon, einer so guten Mutter zu widersprechen, sich ihr auch einmal zu entziehen?

Durch Selbsterfahrung, durch Gruppendynamik könnte solch ein Schein-Ich ans Licht kommen. Und nun gerät einiges durcheinander. Was? Der Glaube? Nein, dieses Schein-Ich. Und der Glaube nur, soweit er sich auf dieses Schein-Ich gegründet hat. Dieser Glaube war auf Sand gebaut. Denn mein wirkliches Ich steht vor Gott. Eine schmerzliche, eine befreiende Erfahrung.

Selbsterfahrung, Gruppendynamik, noch junge Bewegungen, durchaus

in der Gefahr, wild zu experimentieren, ideologisch unterwandert zu werden – alles zugestanden. Aber was ließe sich nicht mißbrauchen? Sogar die Bibel kann man mißbrauchen. Um den guten, um den menschenfreundlichen und befreienden Gebrauch dieser therapeutischen Versuche geht es.

Gerd Schimansky

Zukunft

Was kann getan werden, um in Zukunft mehr von dem zu verwirklichen, was dringend notwendig ist? Um den Hunger in der Welt zu bekämpfen, um notleidende Menschen auf die eigenen Füße zu stellen, um Menschenrechte durchzusetzen? Wir müssen lernen, die Welt als Einheit zu verstehen, begreifen, daß uns die Güter der

Brot für

Erde zur gemeinsamen Nutzung gegeben sind. Wir müssen einfacher leben, damit andere einfacher leben können. Wir brauchen Einsicht, Opferbereitschaft und Tat. Es gilt das Richtige zu tun, zielstrebig neue Wege zu gehen, zukunftsgerichtet zu handeln. Mit „Brot für die Welt“ für eine bessere Zukunft.

die Welt

Spendenkonto 500500-500
bei Landesgirokasse Stuttgart,
Commerzbank AG Stuttgart
und Postscheckamt Köln

Information

Die Kluft wird immer größer

Weltbankpräsident: Verheerende Bilanz der Entwicklungshilfe

Die Reden des Weltbankpräsidenten Robert S. McNamara sind zumeist schonungslose Bestandsaufnahmen der Unterschiede zwischen Nord und Süd, zwischen Reich und Arm weltweit. So auch wieder Anfang Oktober in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad vor dem Gouverneursrat der Weltbank. Nachgerade wird McNamara, einer der wichtigsten und einflußreichsten Vertreter des westlichen Wirtschaftssystems, zu einem Mahner, der den Politikern ins Gewissen redet, ihnen die Wirklichkeit und die Zahlen vor Augen führt, die die Weltbank und der Internationale Währungsfonds mit 138 Mitgliedern und entsprechend großem wissenschaftlichen Apparat überblicken und sammeln.

Vor sieben Jahren begann McNamara seine Rede vor der UNCTAD in Santiago de Chile mit der Feststellung: „Der Stand der Entwicklung in den meisten Entwicklungsländern ist heute unakzeptabel, unerträglich, und das in zunehmendem Maße.“ In Belgrad stellte er eingangs fest, die turbulente zweite Entwicklungsdeka-de (der siebziger Jahre) näherte sich ihrem Ende, doch ein offensichtlich noch kritisches Jahrzehnt stehe vor der Tür. Und wieder ein Satz wie schon vor sieben Jahren: „Die Aus-sichten sind ganz einfach unakzeptab-“

Nimmt man alles nur in allem, was da an Zahlen über die Beschäftigung, über Ernährung, über absolute Armut im Zusammenhang mit Bevölke-rungszunahme, Verstädterung und Wirtschaftswachstum für das Jahr 2000 vorauszusehen ist, so drängt die Rede des Weltbankpräsidenten zu einer einzigen, noch nicht völlig in ihrer nüchternen Härte ausgespro-

chenen Schlußfolgerung: die Kluft zwischen der reichen Minderheit und der armen Mehrheit aller Menschen ist mit den bisher angewandten, bis-her geplanten Mitteln nicht zu schlie-ßen, im Gegenteil, sie wird sich noch vergrößern. Mit Entwicklungshilfe, mit Krediten und der daraus folgen-den immer drückenderen Schuldenlast, mit Welthandel werden Milliar-den Menschen nie jenen Lebensstan-dard erreichen können, den wir in den wohlhabenden Industrieländern wie selbstverständlich genießen.

So klar hat es McNamara nicht ausgesprochen, denn noch will er nicht aufgeben, noch will er aufrütteln. Aber selbst bei den günstigsten ange-nommenen Wachstumsraten läßt sich die Zahl der absolut Armen von heute 800 Millionen auf immer noch 470 Millionen im Jahr 2000 vermin-dern; realistischer dürfte sie 710 Mil-lionen lauten. „Allein durch Wachstumsraten“, so McNamara, ist „die absolute Armut innerhalb eines wün-schenswerten Zeitraums nicht zu ver-ringen“. Die bestehenden Institu-tio-

„Brot für die Welt“ in Zahlen

Die Eingänge der 19. und 20. Aktion „Brot für die Welt“ (1977/78 und 1978/79) ergeben im Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlins folgendes Bild:

Landeskirche	Ergebnis in DM	
	1977/78	1978/79
Baden	2 931 739,82	3 248 269,59
Bayern	6 787 316,13	7 710 374,68
Berlin	1 896 247,69	1 835 285,03
Braunschweig	665 233,44	773 610,77
Bremen	292 896,51	306 564,52
Hannover	4 770 817,18	4 895 766,74
Hessen-Nassau	3 461 099,28	4 048 886,78
Kurh.-Waldeck	2 140 204,78	2 308 563,18
Lippe-Detmold	439 501,34	475 036,61
Oldenburg	557 257,53	606 822,24
Pfalz	1 181 666,33	1 229 912,25
Ref. Nordwest-Deutschland	481 895,69	546 929,59
Rheinland	5 434 099,71	6 228 145,64
Schaumburg-Lippe	124 455,20	143 827,70
Nordelbische Kirchen	2 385 985,72	2 747 691,13
Westfalen	4 898 931,24	5 712 969,29
Württemberg	6 887 786,97	7 841 171,74
Freikirchen	1 882 372,93	2 160 718,50
Spenden im Rahmen der AG „Gemeinsam handeln“	291 958,74	287 515,72
Katastrophe Indien	1 388 395,51	-
	48 899 861,74	53 126 061,70

Das Gesamtergebnis seit 1959, dem Beginn der Aktion „Brot für die Welt“ beträgt damit DM 639 919 913,59.

Außerdem standen im Abrechnungszeitraum 1978/79 DM 1 072 957,24 als zusätzliche Spendengelder für Katastrophenhilfe zur Verfügung. Die bei der Hauptgeschäftsstelle 1978/79 eingegangenen Einzelspenden in Höhe von DM 4 931 856,22 wurden anteilig dem Spendenaufkommen der Landes- und Freikirchen zugerechnet.

nen und die politischen Entscheidungsmechanismen seien einer wirtschaftlichen gegenseitigen Abhängigkeit nicht mehr gewachsen, die unaufhaltsam an der Gestaltung einer neuen Weltordnung arbeite. Sollte es überhaupt irgendwelche Fortschritte geben, so seien „Strukturveränderungen von bisher nicht erlebten Ausmaßen nötig“, doch dazu gibt es kei-

ne politische Entschlossenheit, weder bei uns noch in den meisten Entwicklungsländern selbst. Noch, so der Verfechter eines freien Welthandels, gebe es kein weltweites Planungssystem, keine Weltfinanzbehörde, keinen zentralen Haushaltssapparat, der für die Zuweisung öffentlicher Mittel verantwortlich sei. Diese Bilanz ist niederschmetternd.

Für Hunderte von Millionen Menschen ist während des letzten Jahrzehnts das jährliche Einkommen um nicht mehr als zwei oder drei Dollar gewachsen. Während der Bonner Entwicklungsminister Offerdell für 1982 0,4 Prozent des Bruttonsozialprodukts der Bundesrepublik für öffentliche Entwicklungshilfe zu erreichen glaubt, schätzt McNamara – wahrscheinlich realistischer –, daß die Bundesrepublik 1985 nur drei Hundertstel eines Prozentpunktes mehr als jetzt leisten werde, nämlich 0,35 Prozent, daß die USA ihren Beitrag von gegenwärtig 0,22 Prozent sogar überhaupt nicht erhöhen. Dabei ist mit Entwicklungshilfe nur ein Bruchteil des Erforderlichen zu bewirken. Im letzten Jahr sind mehr als 30 Millionen Kinder unter fünf Jahren verhungert. Wir verschließen unsere Augen fest vor der Erkenntnis, daß es jährlich noch viel mehr sein werden, wenn nicht ein radikales Umdenken beginnt.

Ansgar Skriver

Fast 60 Millionen Mark bewilligt

Im Arbeitsjahr 1978/79 (Nov. 78 bis Sept. 79) hat der Verteilungsausschuß „Brot für die Welt“ 59,3 Mio. DM für Katastrophenhilfe und Projekte der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in der Dritten Welt bewilligt. Die Projekte verteilen sich nach Sachgebieten und geographisch wie folgt:

Aufteilung nach Sachgebieten

		%
Katastrophenhilfe	7 208 900,— DM	12,15
Landwirtschaft und Fischerei	13 527 418,— DM	22,79
Handwerk	3 617 968,58 DM	6,09
Sozialzentren	11 388 174,39 DM	19,18
Gesundheit	4 964 129,59 DM	8,36
davon		
dezentrale und vorbeugende Medizin	2 244 244,62 DM	3,78
Krankenstationen und Hospitäler	1 325 140,95 DM	2,23
Medizinische Geräte und Medikamente	920 555,04 DM	1,55
Sozialmedizin und Familienplanung	474 188,98 DM	0,80
Können und Wissen	4 975 743,46 DM	8,38
davon		
funktionale Grundausbildung	1 120 746,10 DM	1,88
Erwachsenenbildung, Alphabetisierung,		
Beratungsprogramme	3 268 003,50 DM	5,51
Berufliche Ausbildung	581 873,86 DM	0,98
Formale Bildung	5 120,— DM	0,01
Einheimische und europäische Fachleute	5 820 581,88 DM	9,81
davon		
Vermittlung von Entwicklungshelfern aus Europa	31 478,— DM	0,05
Ausbildung und Einsatz		
überseeischer Fachleute	5 789 103,88 DM	9,76
Vorbereitung von Projekten	2 670 883,08 DM	4,50
Übergreifende Maßnahmen	5 186 720,— DM	8,74
	59 360 518,98 DM	100 %

Geographische Aufteilung

Afrika	16 386 114,67	27,60
Asien	23 699 367,15	39,90
Latein- und Mittelamerika	11 298 387,16	19,05
Europa	510 000,—	0,90
Überregional	7 466 650,—	12,55
	59 360 518,98 DM	100 %

Gebet

Heiliger Gott, laß dein Wort von Liebe, die wir zu unserem Nächsten haben sollen, unsere Herzen erfüllen. Dein Wort sagt, daß wir das, was wir dem Geringsten getan haben, dir, unserem Herrn Jesus Christus, getan haben. Du selber kamst, um zu dienen und nicht, dir dienen zu lassen. In den Allergeringsten, den Erniedrigten, Verachteten und Beleidigten begegnest du uns. Schenke uns einen klaren Blick, zu erkennen, wem wir der Nächste sind, daß wir denen helfen, die zerschlagen und ausgeraubt, ausgebeutet, krank und verlassen auf den Straßen unseres Lebens liegen. Bewahre uns davor, achtlos und feige an ihnen vorüberzugehen. Wir bitten dich für die Werke der Diakonie, für alle, die darin tätig sind, für die Anstalten und Heime, für Kindergärten, Gemeindepflegestationen, Bahnhofsmisionen, Krankenhäuser. Wir bitten, Herr, für die Mitarbeiter ebenso wie für die, denen geholfen wird. Laß alle Hilfe in deinem Namen geschehen und öffne uns selber Herzen und Hände. Amen.

Zur Diskussion gestellt

Das abschließbare Krankenzimmer

Krankenhäuser müssen menschlicher werden

Professor Dr. Hans Joachim Prill vom Evangelischen Waldkrankenhaus in Bonn erzählte kürzlich auf einer Studenttagung der Frauenhilfe eine nachdenkliche Geschichte: Ein Apotheker mußte ins Krankenhaus, wo er weniger durch seine Krankheit als durch seine Eigenheiten auffiel. Der gute Mann nämlich bestand darauf, in der Welt der medizinischen Apparate und weißen Zimmer sein Privatleben zu führen. Kopfschüttelnd fanden sich Ärzte und Schwestern damit ab, daß der neue Patient zwischen 13 und 15 Uhr und ab 18 Uhr für keinerlei Untersuchungen zur Verfügung stand. Zu einem Sturm der Empörung kam es freilich, als der Apotheker auch noch um einen Schlüssel für sein Krankenzimmer bat, damit er es abschließen konnte.

Ein möglicher Gewinn

Der Arzt fügte dieser Erzählung gleich selbstkritisch hinzu: „Ich kenne kein Krankenhaus, wo den Patienten ein Schlüssel für das Zimmer überreicht wird. Diese Möglichkeit der Privatisierung, des Rückzugs in die eigene Intimsphäre stört vielleicht nur wenige. Aber für viele wäre es sicherlich ein Gewinn und eine bessere Heilungschance, wenn dies ermöglicht werden könnte.“

Dieser Apotheker, der auf den ersten Augenblick als Querulant erscheint, ist mir irgendwie sympathisch. Auch der Arzt, der Verständnis für den so ungewöhnlichen Patienten zeigt, und ihm nicht mit dem Hinauswurf droht. Denn wo

steht eigentlich geschrieben, daß man mit seiner Einlieferung in ein Krankenhaus all das preisgeben muß, was dem Menschen am wichtigsten ist, nämlich seine Rechte auf die Intimsphäre?

Klagelied der Patienten

Wie selbstverständlich muß der Kranke mit seiner Einlieferung ins Hospital darauf verzichten. Man teilt ihm ein Bett zu. Die Hausordnung ist streng, weil angeblich sonst das Pflegepersonal die Arbeit nicht mehr schafft. Daß die Türen rund um die Uhr offen sind, Besucher der Mitpatienten erduldet werden müssen, Ärzte und Schwestern kommen, wann sie wollen – das ist so. Waschen um 6, Frühstück eine halbe Stunde später, Mittagessen um 11.30 Uhr und Abendbrot um 17 oder 18 Uhr. Zeiten, die im Alltag undenkbar und ungewöhnlich sind. Aber das ist so. Die Klagen über den künstlichen Tagesablauf sind alt. Geändert hat sich nichts, weil in der medizinischen Apparate-Fabrik andere Gesetze gelten. Gesetze, die niemand hinterfragt. Und nun soll der Patient auch noch einen Zimmerschlüssel bekommen.

Moment – stellen Sie sich vor, zu Ihnen könnte man zu beliebiger Tages- und Nachtzeit in die Wohnung kommen, im Hotel hätten Sie sich damit abzufinden, daß die Putzfrau dann kommt, wenn sie möchte und nicht, wenn Sie wollen. Aber das Krankenhaus ist weder eine Wohnung noch ein Hotel, sieht man einmal von den Tages-sätzen ab, die kein Luxushotel in Rechnung zu stellen wagt, will es nicht binnen kurzer Zeit bankrott gehen.

Medaille mit zwei Seiten

Als Patient muß man zwangsläufig viel von seiner Privatsphäre aufgeben. Doch das darf nicht dazu führen, daß sie einfach aufgehoben wird. Mit Kleinigkeiten lassen sich wesentliche Verbesserungen durch-

führen, die das Krankenhaus menschlicher machen. Beispielsweise durch normale Essenszeiten, durch das Recht auf Ruhe, ja, auch durch einen Zimmerschlüssel. Aber wenn etwas passiert? Für kein Hotel ein Problem, weil im Falle eines Falles jedes Zimmer von außen leicht geöffnet werden kann. Das Problem steckt darin, daß zwar alle davon reden, das Krankenhaus menschlicher zu machen, doch niemand den Mut hat, ein paar alte Zöpfe abzuschneiden und dem Menschen im Krankenhaus sein Menschsein zu lassen. Jener scheinbar so sture Apotheker hat nichts anderes getan als auf ein paar Rechten zu bestehen, die uns allen außerhalb des Krankenhauses selbstverständlich sind. Er wollte nicht mehr als dies: für sich selbst verantwortlich bleiben.

Anstoß für mehr Menschlichkeit

Ein sympathischer Apotheker. Ein guter Arzt, der die Frage nach dem Schlüssel versteht. Ob die evangelischen Krankenhäuser nicht mit gutem Beispiel vorangehen und mit der Einlieferung dem Patienten einen Zimmerschlüssel aushändigen sollten? Man komme jetzt nur nicht mit der Intensivstation, dem Mehrbettzimmer. Der Zimmerschlüssel des Apothekers kann ein Anstoß für mehr Menschlichkeit im Krankenhaus sein. Viele andere Schlüssel im übertragenen Sinn lassen sich ebenso leicht anfertigen. Man muß es nur wollen und den Patienten wirklich ernst nehmen – als Mensch. Doch dahin ist der Weg noch weit. Warum eigentlich?

Thomas Merten

Das Fragen
ist die Frömmigkeit
des Denkens.

Martin Heidegger

Für Sie gelesen

Diakonische Ernte '79

Ein Handbuch zur diakonischen und missionarischen Verantwortung der Gemeinde

Die Papierflut, der sich der lesende Mensch ausgesetzt sieht, macht oft mutlos, schon mal Gedachtes nachzudenken. Die Literatur über Gott und seine Welt inbegriffen. Wer auf dem laufenden bleiben will, was Theologen für wichtig halten und aufschreiben – wer sich daran nicht nur erbauen, sondern daran lernen will – hat stets eine satte 40-Stunden-Woche zu tun. Um so dankbarer wird empfunden, wenn in der Flut des Gedruckten ein Floß dahertreibt, das einige Stabilität verspricht: eine Sammlung interessanter Standpunkte zu einem Thema, im Sammelband mit Orientierungshilfen.

Eine solche Zusammenfassung zeitgenössischer Denkarbeit betreibt das Diakonische Werk der EKD in der Reihe „Handbuch für Zeugnis und Dienst“. Thema der diesjährigen Kollektion, des zweiten Bandes der Reihe (im Quell-Verlag): „Gemeinde in diakonischer und missionarischer Verantwortung“. Die Herausgeber, Diakonie-Präsident Dr. Theodor Schober und Präsident i. R. D. Hans Thimme, sagen im Vorwort, was es mit diesem trockenen Motto auf sich hat:

„Der Glaube kommt durch Liebe zum Ziel. So bezeugt es die Bibel, und so bezeugt es die Erfahrung. So eindeutig die Liebe Gottes in Jesus Christus geworden ist – menschliche Erfahrung ist nie ganz eindeutig. Sie ist immer auch von persönlichen Gaben und Vorgaben, von Situationen und Zeiten abhängig. Die Erfahrungen von Menschen, die Gottes Wort weitersagen und Diakonie üben, sind allesamt ähnlich, aber doch auch anders. Daraus erklärt sich die Bandbreite der Beiträge und Positionen in diesem Buch... Die Verfasser dieses Buches sind sich darin einig, daß Mission und Diakonie nicht von-

einander getrennt werden können, daß sich die Botschaft nicht in Worten erschöpft und daß christliche ‚gute Worte‘ zwar dem Menschen in Not, aber nicht frommer Selbstrechtfertigung dienen dürfen, sondern der Ehre Gottes. Vorbilder der Diakonie sind nicht nur der barmherzige Samariter, sondern ebenso Petrus und Johannes im Tempel in ihrem apostolischen Dienst in Wort und Tat.“

Entsprechend diesem Vorwort ist die Gliederung des Buches in folgende drei Abteilungen wie selbstverständlich: „Was die Gemeinde gründet“, „Wie die Gemeinde wächst“, „Was der Gemeinde aufgetragen ist“. 53 Autoren teilen sich die 360 Seiten in Grundsatzartikel und Praxisbeiträge und bieten eine reiche Palette praktischer Wegweisungen und Zukunftsorientierung. Daß derlei Bestrebungen und Überlegungen nicht nur den Gemeindepfarrern, sondern vor allem den Mitarbeitern am Ort Gewinn bringen soll, ist beabsichtigt.

Sehr hilfreich sind bei der Suche nach Gewinn die Randnotizen zu den einzelnen Beiträgen, in denen auf paralleles Denken in anderen Aufsätzen, auf sachliche Querbezüge sowie auf theoretisch-praktische Zusammenhänge aufmerksam gemacht wird. Durch diese redaktionelle Arbeit, verantwortet von Helmut Flender, Hartwig Grubel und Horst Seibert, erhielt das Buch enzyklopädischen Charakter.

Der Band „Gemeinde in diakonischer und missionarischer Verantwortung“ ist Direktor Dr. Heinrich-Hermann Ulrich zum 65. Geburtstag gewidmet, dem Mann, der ein Leben lang eben diese Verantwortung der Gemeinde weckte, pflegte, förderte. Deshalb ist diese Widmung mehr als nur eine noble Geste des Diakonischen Werkes für einen seiner Direktoren. Das Buch ist eigentlich sein Buch. Es ist wie eine Ernte, und zwar eine Ernte, in deren Wachsen und Gedeihen Dr. Ulrich seine ganze Kraft investiert hat.

Hans-Joachim Hofmann

„Geschichten von jungen Menschen“

Eine neue Broschüre informiert über evangelische Jugendhilfe

Was sind das für Kinder, die heute in Heimen leben? – Aus welchen Gründen entstehen Lern- und Verhaltensstörungen? – Was treibt Jugendliche in die Kriminalität oder in die Drogenabhängigkeit? – Welche Hilfen gibt es für junge Menschen, deren Eltern nicht für sie sorgen können? – Welche Chancen bieten Pflege- und Adoptionsfamilien? Über diese und andere Fragen informiert die neue Broschüre „Geschichten von jungen Menschen“ (Untertitel: Eine Art Lesebuch für Christen und andere Mitbürger, denen das Schicksal nicht nur der eigenen, sondern auch fremder Kinder nicht gleichgültig ist). Im Mittelpunkt der Broschüre, die vom Diakonischen

Werk Württemberg herausgegeben wurde, stehen Lebensbeschreibungen von 21 Kindern und Jugendlichen, um die sich Mitarbeiter in württembergischen Einrichtungen evangelischer Jugendhilfe bemühen. Das 56 Seiten umfassende Heft mit Beiträgen von Jutta Fröhlich, Pfarrer Günter Häußermann und dem Tuttlinger Kinderdorf-Direktor Siegfried Hörrmann, kann kostenlos angefordert werden bei: Pressestelle Diakonisches Werk Württemberg, Reinsburgstraße 46, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 62 33 51.

*Es ist nicht gestattet,
sich zu beruhigen,
solange es Elend gibt,
das besiegt werden kann.*

Friedrich Naumann
1860–1919

Das geistliche Wort

Geistliches und weltliches Regiment

Der Aufbruch des Islam stellt die viel-diskutierte Frage der „Unterscheidung der zwei Reiche“ in ein neues Licht. Der Islam ist „eine Religion der Öffentlichkeit“ und beansprucht, das gesamte Leben, einschließlich der Rechts- und Wirtschaftsordnung, nach den Geboten des Koran zu bestimmen. Seine Vertreter kritisieren die kapitalistische wie die kommunistische Gesellschaftsordnung um ihrer Säkularität und Eigengesetzlichkeit willen. Sie fordern, das ganze Leben dem Willen Gottes zu unterwerfen. Welcher Christ kann dem widersprechen? Der Islam fordert die westliche Welt heraus, die geistigen Grundlagen ihrer Lebensordnung zu überdenken.

Zugleich erweist das Anliegen Luthers im Vergleich mit der Lebensgestaltung des Islam sein Recht. Luther wollte ja keine „dogmatische“ Lehre von den beiden Reichen darbieten, sondern er wollte in seiner Zeit angesichts einer verworrenen politischen Situation seelsorgerlich helfen. Er sah die Vermengung von Geistlichem und Weltlichem in der Kirche (Ämterkauf, Ablaß, weltliche Gewalt geistlicher Fürsten einschließlich des Papstes) und wollte das Evangelium vor gesetzlicher Entstellung und die Welt vor klerikaler Mißwirtschaft bewahren. Er wollte dem einzelnen Christen helfen, die Gebote der Bergpredigt mit dem täglichen Leben zu vereinbaren. Dabei war ihm die Gegenwart Gottes auch im weltlichen Regiment selbstverständlich. In Speyer protestierten 1529 die evangelischen Reichsstände (die vornehmsten Vertreter des weltlichen Regiments also!) gegen die Mehrheit des Reichstags aus der Nötigung ihres christlichen Gewissens. Sie praktizierten das allgemeine Priestertum in ihren weltlichen Aufgaben.

Unsere heutige pluralistische Gesellschaftsordnung versteht sich dagegen säkular und handelt im weltlichen Bereich bewußt, „als wenn es Gott nicht geben würde“. Unter dieser, seit der Neuzeit gültigen Voraussetzung wird Luthers Unterscheidung der beiden Reiche mißbraucht, die Eigengesetzlichkeit der Welt theologisch zu rechtfertigen. Ein „Denken in zwei Räumen“ bestimmt das Gemeinbewußtsein: Die weltlichen Dinge funktionieren aus ihren eigenen Gesetzen, und das geistliche Regiment wird auf partielle Bereiche des Wirklichkeitsganzen beschränkt (vgl. D. Bonhoeffer, Ethik 61 ff.).

Die Kirche äußert sich heute in vielen Verlautbarungen zu den Fragen unserer Zeit. Sie übersieht dabei leicht, daß sie selbst eine weltliche Gestalt hat. Es ist aber dringend gefordert, die Kirche als Institution theologisch zu beschreiben. Wenn sie im Sinne Luthers „ein weltlich Ding“ ist, darf sie dann einfach als profane Größe gelten und sich den anderen öffentlichen Institutionen gleichstellen? Der Streit um die Tarifverträge zeigt, wie wenig vorbereitet wir diesen Fragen gegenüberstehen.

Innenhalb der Kirche behält Luthers Unterscheidung der Regimenter ihr Recht. Rechtsordnung und Bruderschaft wollen unterschieden und doch einander zugeordnet sein. Seid niemand etwas schuldig, außer daß ihr einander liebt, sagt Paulus (Rm. 13,8). Wie leicht wird im kirchlichen Bereich daraus: Habt euch nur lieb untereinander, dann könnt ihr euch ruhig etwas schuldig bleiben! Gleich sind zwei Räume konstituiert:

In der offiziellen Sprache gilt: „Wir sind doch Brüder“, unter der Oberfläche aber wird Gemeinschaft zerstört, weil Recht verletzt ist.

Wir versuchten in einem Kreis von Pfarrern, Schwierigkeiten, die die einzelnen aus ihren Gemeinden mitbrachten, in Rollenspielen zu klären. Der Konflikt mit einer Kindergärtnerin wurde gespielt. In seiner Rolle als Dienstherr änderte der betreffende

Pfarrer plötzlich sein Verhalten: Aus einem gesprächsfähigen Partner wurde ein distanzierter Vorgesetzter, der sich dem rechtlich begründeten Standpunkt der Arbeitnehmerin verschloß.

Recht anerkennen und als Schuldner in der Liebe darüber hinausgehen (Mt. 20,15) – eine solche Haltung könnte „Dienstgemeinschaft“ einüben. Der Amts- oder Funktionsträger braucht Macht nicht „brüderlich“ zu verstecken; er kann sich offen dazu bekennen, wird aber um der Liebe willen auch zum Machtverzicht bereit sein. So wird kühle Sachlichkeit von persönlicher Wärme durchdrungen, ohne verfälscht zu werden. Der Einzelfall geht dann nicht in der allgemeinen Vorschrift unter, in die er sich nicht einordnen läßt; die Vorschrift wird vielmehr so abgefaßt, daß sie einen Entscheidungsspielraum für die unvoraussehbare Vielfalt menschlichen Lebens läßt.

Wenn so Recht und Liebe in ihrer Eigenart anerkannt und zugleich einander zugeordnet sind, wird „echte Weltlichkeit“ verwirklicht. Sie weist im „Vorletzten“ hin auf das „Letzte“: Die Versöhnung kann nur bittend übermittelt (2. Kr. 5,20) und frei angenommen werden. Die Kirche als weltliche Institution steht zwischen dem Auftrag Christi, der zur Versöhnung mit Gott und den Menschen ruft, und den Lebensformen der heutigen Gesellschaft, an denen sie teilhat. Der weltliche Gehorsam der Christen, ihre „guten Werke“, sind dann Zeichen der Herrschaft Christi über die Welt und Vorbild gelingender Menschlichkeit zugleich. Die lutherische Lehre von den „zwei Reichen“ und die reformierte Auffassung von der „Königsherrschaft Jesu Christi“ sind dann nicht unvereinbar miteinander, wie kürzlich die Regionalkonsultation zur Leuenberger Konkordie feststellte. Es ist dann in der Tat „sachgemäß“, anstatt von zwei Reichen von den zwei Regierweisen Gottes zu reden, um das Mißverständnis zu vermeiden, als handle es sich um zwei voneinander unabhängige Reiche“.

Helmut Flender

„Brot für die Welt“



Details einer Wandmalerei
des peruanischen Künstlers Josué Sanchez
aus der Kirche von Chongos Alto
bei Huancayo/Peru schmücken die neue
Grußkartenserie der Aktion „Brot für die Welt“.
Der sechs Karten umfassende Satz mit
neutestamentlichen Motiven kostet 5,- DM.
Der Verkauferlös kommt Projekten
in Ländern der Dritten Welt zugute.

diakonie report

Zeitschrift des Diakonischen Werkes
der Evangelischen Kirche in Deutschland,
herausgegeben von der Hauptgeschäftsstelle
in Stuttgart
ISSN 0342-1643

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kober,
Stafflenbergstraße 76, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 21 59-200
Telex ddw s 07 23 557
(Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)

Spendenkonto „diakonie report“:
Diakonisches Werk der EKD
Postscheckamt Stuttgart 344 70-701
(BLZ 600 100 70)
Landesgirokasse Stuttgart 2001 351
(BLZ 600 501 01)

Redaktionsbeirat: Günther Dehn, Nürnberg;
Herbert G. Hassold, Stuttgart; Hans-Joachim
Hofmann, Stuttgart; Peter Holborn, Rendsburg;
Hans Kober, Nürtingen (Vorsitzender);
René Leudesdorff, Frankfurt; Hans Albrecht
Pflästerer, Hamburg; Horst Seibert,
Stuttgart; Lothar Schulz, Hamburg;
Helmut Winter, München

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Evangelisches Verlagswerk GmbH,
Stafflenbergstraße 44, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 24 14 95
Mitglied des Gemeinschaftswerks der
Evangelischen Publizistik

Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Berthold Burkhardt, Stuttgart
Helmut Flender, Stuttgart
Erika Friese, Stuttgart
Herbert G. Hassold, Stuttgart
Hans-Wolfgang Heßler, Frankfurt
Horst Keil, Leonberg
Hans-Joachim Hofmann, Stuttgart
Hans Kober, Nürtingen
Thomas Merten, Frankfurt
Gerhard Schimansky, Bonn
Theodor Schober, Stuttgart
Ansgar Skriver, Hamburg

Umschlag-Gestaltung:
Hans-Eduard Franke, Stuttgart

Druck: Henkel GmbH, Offset, Buchdruck,
7000 Stuttgart 40 (Zuffenhausen)

Auf Wunsch wird Ihnen diese Zeitschrift
kostenlos zugesandt. Bestellungen und
Anschriftenänderungen nur beim Evangelischen
Verlagswerk, Postfach 927, 7000 Stuttgart 1



diakonie
report

Einbezogen
02. JUN. 1970
Erledigt

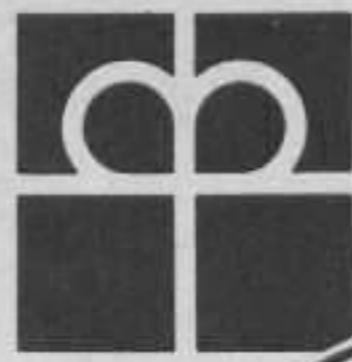
Postvertriebsstück E2431FX Gebühr bezahlt
00236364/006 014
GOSSNERSCHE MISSIONS-GES.
HANDJERYSTR. 19-20
1000 BERLIN 41



Brot
für die Welt
Gossner
Mission

Wandgemälde von Josué Sanchez/Peru
»Die Speisung der Fünftausend«

Diakonie



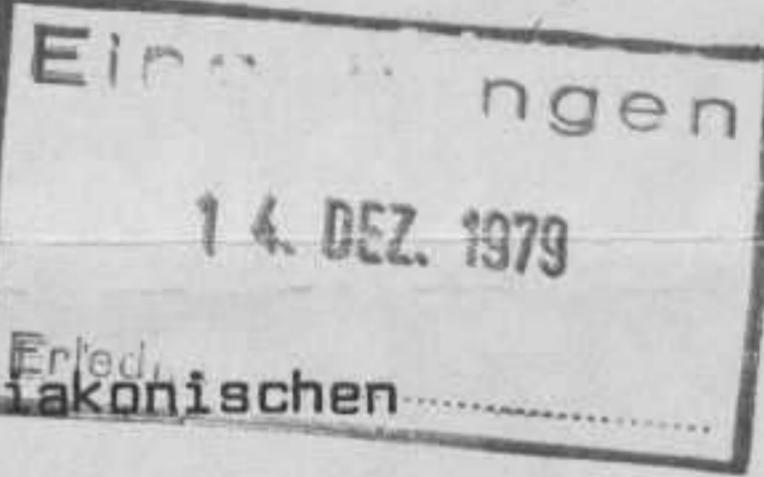
Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

aktuell

Stuttgart, den 7. Dezember 1979

30/79



Weihnachten mit Ausländern 1979

Aufruf des Kirchlichen Außenamtes und des Diakonischen
Werkes der EKD

Die Weihnachtszeit erinnert daran, daß Josef und Maria mit ihrem Kind im Ausland Asyl suchen mußten. Jesus hat in einem seiner Gleichnisse seine Verbundenheit mit den Flüchtlingen und Fremden in eindringlicher Weise zum Ausdruck gebracht: "Ich bin fremd gewesen und ihr habt mich aufgenommen" (Matth. 25,35).

Wie werden Asylanten und Ausländer von uns aufgenommen? Weitgehend begegnen sie Vorurteilen und Ablehnung. Als christliche Gemeinden sollten wir uns zu Weihnachten besonders der Fremden unter uns annehmen. Viele von ihnen sind einsam und vermissen Zeichen der Zuwendung. Gerade Weihnachtsfeiern und Gemeindeveranstaltungen in der Adventszeit sind gute Gelegenheiten, auch ausländische Studenten, Soldaten, Asylsuchende und Arbeitnehmer mit ihren Familien einzuladen.

Wir bitten die Gemeinden und Gemeindeglieder, Augen und Herzen für die in unserem Lande lebenden Fremden zu öffnen und ihnen etwas von der Liebe weiterzugeben, die uns Christus geschenkt hat.

Dr. Heinz Joachim Held
Präsident des Kirchlichen
Außenamtes der EKD

Dr. Theodor Schober
Präsident des Diakonischen
Werkes der EKD

- Vorsitzende des Ausschusses der EKD für den kirchlichen Dienst an ausländischen Arbeitnehmern -

Diakonie



Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Korrespondenz

Stuttgart, den 3.12.1979

12. DEZ. 1979

13/79

Erledig

Diakonie gegen Alkoholwerbung

Die Zeichen stehen auf Alarm - Jugendgefährdende Entwicklung

Immer noch werben Filme und Plakate dafür, daß nur der Erfolg im Leben hat, der kräftig zur Flasche greift: Leitbilder, die sich in das Unterbewußtsein von Kindern und Heranwachsenden einprägen. Inzwischen sind es über 37 Milliarden DM, das sind rund 600,-DM pro Kopf der Bevölkerung, die jährlich in der Bundesrepublik für alkoholische Getränke verausgabt werden.

Die Folgen einer solchen Entwicklung lassen nicht auf sich warten. Je zeitiger Kinder und Jugendliche in derart unguter Weise in die Erwachsenenrolle hineingedrängt werden, wofür nicht zuletzt die Massenmedien und die nachlassende Erziehungsbereitschaft der Erwachsenen mitverantwortlich sind, umso ungeschützter sind sie den Einflüssen des allgemeinen Konsumzwanges ausgesetzt. Die in allen Lebensbereichen bestehende Verfügbarkeit alkoholischer Getränke: in der Hausbar, im Kiosk neben der Schule, im Betrieb, in den Selbstbedienungsläden, in den Sportgaststätten und Diskotheken sowie die Nichtbeachtung dieser kinderfeindlichen Umweltgefahren durch die Erwachsenen erschweren jede Bemühung um einen dringend notwendigen Jugendschutz bereits im Ansatz.

Die Zeichen stehen auf Alarm! Die Erhebungen der Bundesländer machen deutlich, daß das Ansteigen des Alkoholmißbrauchs unter Schülern und

Lehrlingen beider Geschlechter besorgniserregend ist. Eine Schülerbefragung (Fahrenkrug u.a. Kiel 1977) ergab, daß bereits ein Sechstel aller Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren alkoholismusgefährdet ist. Aufgrund dieser Akutgefährdung fordern wir:

- 1. Keine Werbung für alkoholische Getränke in Medien und auf Werbeträgern, die in öffentlicher Verantwortung betrieben werden (z.B. im Fernsehen, auf der Bundesbahn und in Straßenbahnen).
- 2. Keine Werbung für alkoholische Getränke auf öffentlichem Grund und Boden.
- 3. Qualitative Einschränkung der Werbung auf gesetzlicher Basis. Es müssen alle Werbeaussagen vermieden werden, die sich auf die Verhütung, Minderung und Beseitigung von Mißstimmungen und Krankheiten auf die Beseitigung und Linderung von Mißbehagen oder Angstzuständen auf die Beseitigung oder Überwindung von Alltagskonflikten, Streßsituationen, Familienschwierigkeiten oder andere psychosoziale Konflikte sowie auf die leistungssteigernde Wirkung durch alkoholische Getränke beziehen.
- 4. Förderung aller Initiativen zur Beschränkung der alkoholischen Trinksitten in der Öffentlichkeit.
- 5. Wirksame Kontrolle zur Einhaltung des bestehenden Jugendschutzgesetzes über das Abgabeverbot von alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche.

Diakonie



aktuell

Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Stuttgart, den 25. Oktober 1979

28/79

"Brot für die Welt": 2 Millionen DM für Nicaragua

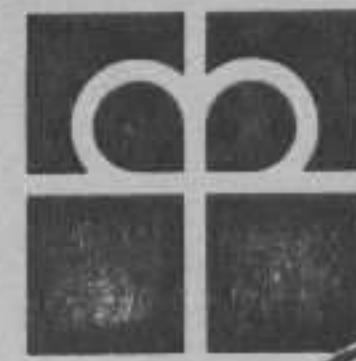
Insgesamt 88 neue Entwicklungsprojekte mit 32,8 Millionen DM gefördert

Für den Wiederaufbau in Nicaragua hat der Verteilungsausschuß der Aktion "Brot für die Welt" am 24. Oktober 2 Millionen DM bereitgestellt. Mit dieser Bewilligung folgt "Brot für die Welt" einem Appell des Ökumenischen Rates der Kirchen, der von seinen Mitgliedskirchen insgesamt 10 Millionen DM für diesen Zweck erbittet. Neben der zunächst noch im ganzen Land erforderlichen Verteilung von Lebensmitteln sind Starthilfen für Hausbau, Landwirtschaft und Handwerk sowie die Rehabilitierung von Kriegsopfern vordringlich.

Im asiatischen Raum liegt Indien mit insgesamt 4,2 Millionen DM an der Spitze der Bewilligungen der diesjährigen Herstsitzung des Ausschusses. Eine Million DM ist für die ärmsten indischen Bevölkerungsschichten vorgesehen, die zur Zeit von der seit 25 Jahren schwersten Dürrekatastrophe betroffen werden. Die übrigen Beträge werden größtenteils ländlichen Entwicklungsprogrammen zugeführt. Für die kürzlich angelaufenen Hilfsmaßnahmen in Kampuchea und im thailändischen Grenzgebiet wurde ebenfalls eine Million DM bewilligt. Damit erhöht sich die bisher in diesem Zusammenhang geleistete Hilfe des Diakonischen Werkes der EKD/"Brot für die Welt" und des Kirchlichen Entwicklungsdienstes auf 2,1 Millionen DM.

Für landesweite Wiederaufbauprogramme nach dem Sturz des Amin-Regimes erhielt die ugandische Kirche 800.000 DM aus "Brot für die Welt"-Mitteln.

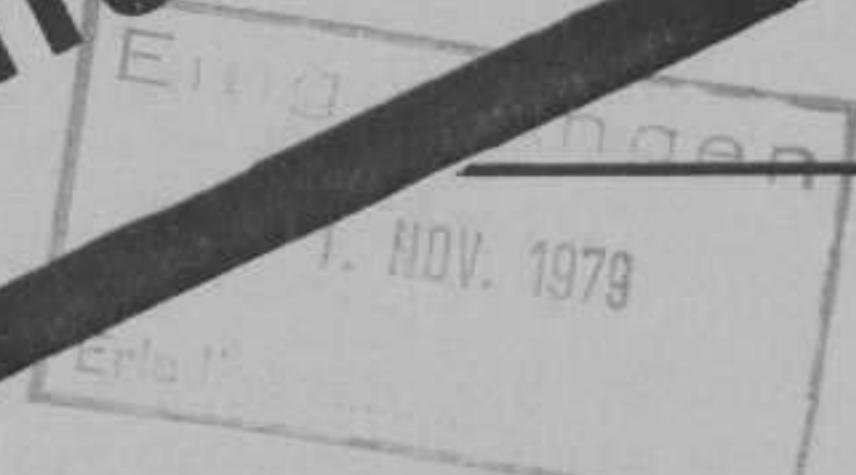
Insgesamt bewilligte der Ausschuß 32,8 Millionen DM für die Förderung von 88 Entwicklungsprojekten.



Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Korrespondenz



Stuttgart, den 30. Oktober 1979

10/79

Übergangsheime fordern mehr Unterstützung

Ungeklärte Finanzierung belastend für die Rehabilitation psychisch Kranke

Vertreter von 20 Übergangseinrichtungen für psychisch Kranke im Bereich des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland aus allen Teilen der Bundesrepublik haben bei einer Arbeitstagung des Verbandes evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e.V. und der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der EKD in Münster aktuelle Probleme ihrer Arbeit beraten. Dabei kristallisierte sich heraus, daß die ungeklärte Finanzierung der Rehabilitation psychisch Kranke und Behinderte in Übergangseinrichtungen aller Art die Arbeit mit dieser Personengruppe in unerträglicher Weise belastet. Therapeutisches Personal ist wegen der ungeklärten und unterschiedlichen Zuständigkeiten der Behörden und Kostenträger so stark mit der Abklärung dieser Fragen belastet, daß der inhaltliche Auftrag der Einrichtung, nämlich die individuelle Arbeit mit Rehabilitanden, zu kurz kommt.

Notwendig sind deshalb:

1. Die rechtliche Gleichstellung der psychisch Kranke mit körperlich Kranke muß endlich realisiert werden.

Grundsätzliches Ziel sollte dabei sein, daß der die Rehabilitation psychisch Kranke betreffende Leistungskatalog aus dem Bereich der Sozialhilfe als Regelleistung in den Bereich der Sozialversicherung überführt wird. Entsprechende fachliche Vorschläge liegen allen Verantwortlichen seit langem vor; es gilt nun, diese zu verwirklichen, zumal die Übergangseinrichtungen den Erweis erbracht haben, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Reintegration psychisch kranker Menschen leisten.

2. Die Übergangseinrichtungen sind strukturell und personell so auszustatten, daß sie in der Lage sind, regional auch die Nachsorge für die psychisch Kranke zu übernehmen.

Die vielerorts schon große Zahl unkoordinierter nebeneinanderher ar-

beitender Dienste darf nicht vergrößert werden. Es geht um therapeutische, kostensparende Kontinuität und klare regionale Verantwortlichkeiten.

3. Kurzfristig müssen schon vor Inkrafttreten der unter 1. genannten Regelungen mit den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe folgende Vereinbarungen getroffen werden, um eklatante Ungleichbehandlungen und Härtefälle sofort zu beseitigen. Hierzu bedarf es keiner Gesetzesänderung.

a) Die Heranziehung des Einkommens und Vermögens des Hilfeempfängers einschließlich seiner Angehörigen ist bei Eingliederungshilfen bundeseinheitlich so zu regeln, daß folgende Gesichtspunkte berücksichtigt sind:

- der rehabilitative Anreiz "Geld zu verdienen" muß erhalten werden,
- Unterhaltsverpflichtete sollen grundsätzlich bei der Finanzierung von Eingliederungsmaßnahmen nicht beteiligt werden,
- Vermögen der Rehabilitanden sollen grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden, da sonst sowohl die Motivation zur Rehabilitation als auch die materielle Existenzgrundlage nach Abschluß der Maßnahme zerstört werden.

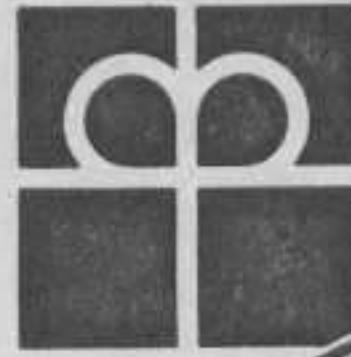
b) Die Finanzierung der Wohngruppen, die als Fortsetzung und Erfolg der Arbeit der Übergangsheime vielerorts entstehen, soll so geregelt werden, daß für Wohnung und Lebensunterhalt die Betroffenen selbst oder aber der örtliche Sozialhilfeträger aufkommen. Für die noch notwendige therapeutische Begleitung (Nachsorge) sollen die Fachkräfte der Übergangseinrichtungen zuständig sein.

Deshalb sollen die Kommunen sich an den Vorhaltekosten von Wohngruppen beteiligen.

4. Zum Problem der beruflichen Rehabilitation sind erforderlich:

- a) Im Übergangsheim selbst sollen neue Formen beruflicher Förderung aufgebaut werden, die auf der Grundlage von § 58 AFG und in Zusammenarbeit mit Werkstätten für Behinderte am Übergangsheim durchzuführen sind.
- b) Von der Möglichkeit, gesonderte Werkstätten für psychisch Kranke einzurichten und mit einem umfassenden Angebot an "Arbeits- und Berufstraining" auszustatten sowie geeignete Arbeitsplätze anzubieten, sollte mehr als bisher Gebrauch gemacht werden. Die bestehenden Werkstätten für Behinderte sollten intensiv mit den in ihrer Nähe befindlichen Übergangseinrichtungen für psychisch Kranke kooperieren und die Bedürfnisse der psychisch Kranken berücksichtigen.

Diakonie



aktuell

Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Stuttgart, den 16.10.1979

26/79

"... daß alle leben"

Er

22. OKT. 1979

Aufruf zur 21. Aktion "Brot für die Welt"

"Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen." Dieses Bibelwort wird uns im Jahr 1980 als Lösung begleiten. Es erinnert uns daran, wem wir unser Leben verdanken. Durch Christus gewinnt es Sinn und Ziel und Weite.

Er beruft uns zu Gottes Mitarbeitern und ermutigt uns, seine Hilfe mit anderen zu teilen, die darauf warten.

Zum 21. Mal eröffnen wir die Aktion "Brot für die Welt", um diese Hilfe viele Menschen spüren zu lassen, die in Asien, Afrika und Lateinamerika Hunger und Mangel leiden, ihrer Menschenwürde beraubt sind und mit ihrem Recht auf wirkliches Leben immer wieder an den eigennützigen Interessen der Mächtigen scheitern. Um ihnen möglichst wirksam "Hilfe zur Selbsthilfe" leisten zu können, bitten wir unsere Kirchengemeinden und die Öffentlichkeit wieder um reichliche Opfer für "Brot für die Welt". Und wir erbitten noch mehr: daß wir unser eigenes Verhalten dort ändern, wo es dazu beiträgt, andern Menschen die Chancen auf ein menschenwürdiges Leben zu schmälern und die Umwelt zu gefährden.

Wo Gottes Liebe unseren Egoismus überwindet, wird solche Umkehr möglich.

"Brot für die Welt" kann ein Signal dafür werden und Zeichen der Hoffnung aufrichten, "...daß alle leben" - in Afrika, Asien, Lateinamerika und mitten unter uns.

Für die Evangelische Kirche
in Deutschland

Landesbischof D. Eduard Lohse

Für das Diakonische Werk der
Evangelischen Kirche in Deutsch-
land

Präsident Dr. Theodor Schober

Für die evangelischen Freikirchen

Dr. Gerhard Hildebrandt,
Vorsitzender der Vereinigung
der Deutschen Mennonitengemeinden

Für den Verteilungsausschuß
"Brot für die Welt"

Kirchenrat D. Friedrich-Wilhelm
von Staa

*

"Brot für die Welt"-Eröffnung mit Carl-Friedrich von Weizsäcker

Der Physiker und Philosoph Carl-Friedrich von Weizsäcker wird das Hauptreferat bei der zentralen Eröffnungsveranstaltung zur 21. Aktion "Brot für die Welt" halten, die am ersten Advents-Sonntag (2. Dezember 1979) im Kurfürstlichen Schloß in Mainz stattfindet. Gottesdienste mit prominenten Gastpredigern - unter ihnen der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof D. Eduard Lohse, der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, und Kirchenpräsident Helmut Hild (Darmstadt) - werden in den evangelischen Kirchen von Mainz und Umgebung den "Brot für die Welt"-Tag einleiten.

Bei der Feierstunde am Nachmittag, die der Südwestfunk in seinem zweiten Hörfunkprogramm übertragen wird, wirken neben Chören und Posaunenbläsern aus Mainz Musikgruppen aus Korea und Indonesien mit. Der Mainzer Kabarettist Hans-Dieter Huesch wird unter anderem ein Lied uraufführen, das er der Aktion "Brot für die Welt" gewidmet hat und in dem er auf seine Weise die neutestamentliche Geschichte von der "Speisung der Fünftausend" interpretiert. Jugend- und Aktionsgruppen aus dem gesamten Bereich der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau werden zugleich im Gewölbesaal des Mainzer Schlosses ihre entwicklungs politischen Initiativen vorstellen.

Diakonie



Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Korrespondenz

Stuttgart, den 10.10.1979



9/79

Aufgabe von Rang: Anwalt des Kindes sein

Die Kirche und ihre Diakonie mehr denn je herausgefordert
- Bundeskongreß der EBASKA formuliert Wünsche und Notwendigkeiten

Mehr denn je ist die Kirche und ihre Diakonie gefordert, Anwalt des Kindes zu sein und darin eine "Aufgabe von Rang" zu sehen. In diesen Satz läßt sich zusammenfassen, was die mehr als 2000 Delegierten der fünf in der Evangelischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialpädagogik im Kindesalter (EBASKA) zusammengeschlossenen Verbände und Verantwortliche aus Kirche und Diakonie auf dem Bundeskongreß 1979 in Osnabrück diskutierten. Zwei Tage lang befasste sich dieser Kongreß am 4. und 5. Oktober unter dem Thema "Kinder in unserer Welt - Gefährdung und Chancen" mit Problemen, die nicht nur im "Jahr des Kindes" aktuell sind. Als Ursachenbereich für die meisten Erziehungsschwierigkeiten kristallisiert sich nach dem Ergebnis der Osnabrücker Tagung zunehmend das soziale Umfeld heraus. Auch sind in der Ökologiepolitischen Auseinandersetzung insofern Defizite erkennbar, als bislang die für das Kind wichtige Sozialökologie vernachlässigt worden ist. Für die Kirche erwächst angesichts der gegenwärtigen Situation die Notwendigkeit, ihre vom Evangelium her gestellte Verantwortung für Kinder ernster zu nehmen und im Gottesdienst und Gemeindeleben von einer Erwachsenen-Kirche zu einer ganzheitlichen "Familie Gottes" zu kommen.

Die große Bedeutung der Sozialpädagogik im Kindesalter für die Gesellschaft unterstrich der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober (Stuttgart). Diesen Gedanken bekräftigte Prof. Dr. Kurt Nitsch (Hannover). Als Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes wandte er

Verantwortlich für den Inhalt: Chefredakteur Hans Kober, Informationsabteilung des Diakonischen Werkes der EKD, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1, Fernruf (07 11) 2159 - 200, Fernschreiber 7 23 557. Belegexemplar erbeten.

sich gegen die weit verbreitete Auffassung, den Kindern unserer Zeit gehe es besser denn je: "Ihre Situation in den Wohnungen der Wohlstandsgesellschaft ist manchmal schrecklich". Zuviele Eltern wüßten zu wenig über den Umgang mit den Kindern, und es mache betroffen, in wieviel Familien noch die "Tracht Prügel" als Erziehungsmittel gelte. Jenseits allen Ideologienstreits müsse jedoch Kindesrecht vor Elternrecht gehen. Professor Nitsch kritisierte die Mängel der gegenwärtigen Familien- und Sozialpolitik und setzte sich mit Nachdruck dafür ein, die Gefährdeten-Situation von Kindern zu verbessern. Dabei wies er vor allem auf die besonderen Möglichkeiten der Kirchen hin.

In der Frage, inwieweit die Kirchen ihrer Aufgabe als Anwalt des Kindes gerecht werden, stehe man noch ganz am Anfang, sagte der Direktor des Bildungsbüros im Ökumenischen Rat der Kirchen, Prof. Dr. Ulrich Becker (Genf). Die Kirche sei nur dann berechtigt, Mut zum Kind zu machen, wenn sie zugleich engagiert an einer Verminderung der Risiken für die Zukunft der Kinder arbeite. Dies habe im Blick auf Millionen hungernder und ausgesetzter Kinder in der Dritten Welt Konsequenzen in Richtung einer stärkeren Entwicklungsverantwortung. Auch müsse man sich fragen, meinte Prof. Becker, ob die Erwachsenen in der Kirche nicht immer wieder so handelten wie die Jünger Jesu, als sie die Kinder dagegen hindern wollten, zu ihm zu gehen. Eine "Theologie der Kindheit" sei mehr und mehr dazu herausgefordert, für kindgerechtes Handeln in Gottesdienst, Gemeinde und Unterricht zu wirken. "Das erfordert kindgerechte Lebensformen, auch im Alltag der Kirche".

Zum Thema "Chancen und Probleme des evangelischen Kindergartens" führte Diplom-Psychologin Hanna Massing (Berlin) aus, die kindlichen Grundbedürfnisse nach Teilnahme, Anerkennung, persönlicher Bewährung, einsehbarem Kontext und sinnhafter Orientierung würden heute nicht oder nur ungenügend befriedigt, wesentliche Erfahrungen fehlten, dem Kind werde der Aufbau seiner Identität erschwert. "Die notwendigen Lebenserfahrungen, die nicht mehr naturwüchsig

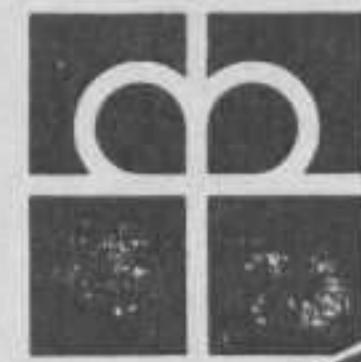
gegeben sind, können im Kindergarten geplant und reflektiert vermittelt werden. Dazu braucht der Kindergarten jedoch Erzieher, die sich wieder als Persönlichkeiten verstehen, die im unmittelbaren Miteinander von Mensch zu Mensch authentische Kenntnisse und Erfahrungen an die nächste Generation weitergeben, die zeigen, was es heißt, sein Leben autonom zu bewältigen. Materialien und Programme können dabei lediglich notwendige Hilfsmittel, "Krückstöcke", sein.

Der durch umfangreiche Verkaufs- und Fachausstellungen bereicherte Kongreß wurde umrahmt von gelungenen Darbietungen von Kindermusikgruppen des Osnabrücker Konservatoriums und einer Band der Bonnus-Kirchengemeinde Osnabrück.

Es ist zu wünschen, daß dieser Kongreß Impulse für die Praxisarbeit in den Kindergärten und für neues Nachdenken über die gemeinsame Aufgabe, die Kindergärten und Kirchengemeinden gestellt ist, gibt. Daß die Notwendigkeit dazu besteht und Hilfen entsprechend gesucht werden, zeigte in Osnabrück nicht zuletzt die große Zahl von Teilnehmern.

Die in der EBASKA zusammengeschlossenen fünf Verbände - Bundesvereinigung Ev. Kindertagesstätten, Verband Ev. Erzieher und Sozialpädagogen, Bundesverband Ev. Ausbildungsstätten für Sozialpädagogik, Verband Ev. Kinderpflegerinnen und Ev. Erziehungsverband (EREV) - betreuen im Bundesgebiet und in Berlin (West) rd. 7 100 evangelische Kindergärten und Tagesstätten. Das sind etwa ein Drittel aller Kindergärten in der Bundesrepublik. An 44 evangelischen Fach- und Fachhochschulen werden Kinderpflegerinnen, Erzieher und Sozialpädagogen ausgebildet. Der evangelische Bereich stellt damit rund ein Viertel aller einschlägigen Fachschulen in der Bundesrepublik.

Diakonie



aktuell

Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

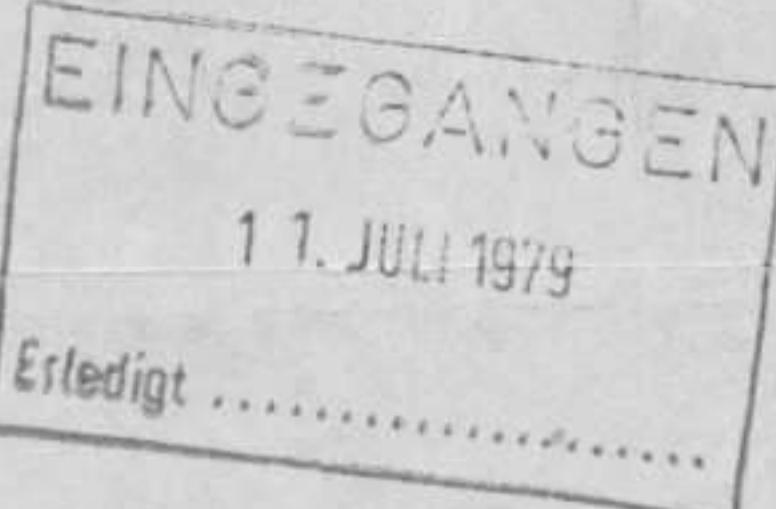
Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Stuttgart, den 5.7.1979

20/79

Zehn Prozent mehr Spenden für "Brot für die Welt"

20. Aktion erbrachte 52 Millionen DM



Rund 52 Millionen DM beträgt das vorläufige Spendenergebnis der 20. Aktion "Brot für die Welt". Damit wurde zum ersten Mal seit Bestehen des Hilfswerks die 50-Millionen-DM-Schwelle überschritten. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das Ergebnis eine Steigerung um rund zehn Prozent.

Wie der Direktor der Ökumenischen Abteilung des Diakonischen Werkes der EKD, Pfarrer Hans Otto Hahn, dazu erklärt, werden diese Mittel dazu beitragen, die Lebensbedingungen ungezählter Menschen in der Dritten Welt zu verbessern und "die Zeichen der Ermutigung zu vermehren". Hahn dankt allen Spendern, die sich mit ihrem finanziellen Beitrag immer wieder neu für die Benachteiligten, Hoffnungslosen und vielfältig Gezeichneten einsetzen und ihnen damit zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen. Laut Hahn wird die vor etwa einem Jahr verstärkt in Angriff genommene Flüchtlingshilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika auch in naher Zukunft ein Schwerpunkt in der Arbeit von "Brot für die Welt" bleiben.

Wie aus dem soeben von "Brot für die Welt" vorgelegten Jahresbericht für 1978 hervorgeht, konnten im vergangenen Jahr Entwicklungsprojekte und Hilfsmaßnahmen in 122 Ländern mit rund 49 Millionen DM gefördert werden. Davon wurden etwa 40 Prozent für landwirtschaftliche und handwerkliche Projekte sowie für Sozialeinrichtungen ausgegeben.

Der Jahresbericht kann beim Pressereferat von "Brot für die Welt", Stafflenbergstraße 76, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1, kostenlos angefordert werden.

Verantwortlich für den Inhalt: Chefredakteur Hans Kober, Informationsabteilung des Diakonischen Werkes der EKD, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1, Fernruf (07 11) 2159 - 200, Fernschreiber 7 23 557. Belegexemplar erbeten.

Diakonie



Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Korrespondenz

Stuttgart, den 17.9.79

8/79

Voten und Resolutionen

der

Diakonischen Konferenz der EKD

(Jahrestagung 1979 vom 12. bis 15. September in der Diakonissenanstalt Speyer)

Verantwortlich für den Inhalt: Chefredakteur Hans Kober, Informationsabteilung des Diakonischen Werkes der EKD,
Postfach 476, 7000 Stuttgart 1, Fernruf (07 11) 2159 - 200, Fernschreiber 7 23 557. Belegexemplar erbeten.

Für baldige Verabschiedung eines neuen Jugendhilfegesetzes

Die Diakonische Konferenz spricht sich nachdrücklich für eine baldige Verabschiedung eines neuen Jugendhilfegesetzes aus.

Sie erwartet, daß das Prinzip der Stärkung der Erziehungskraft der Familie im ganzen Gesetz durchgehalten wird. Hierfür ist auch eine entsprechende Gestaltung des Leistungsrechts erforderlich. Die verantwortliche Mitwirkung freier Träger bei der Planung und Durchführung der Jugendhilfe muß gewährleistet bleiben.

Ein neuerliches Scheitern dieser Rechtsreform würde aller Voraussicht nach für einen längeren Zeitraum die notwendige Fortentwicklung der Hilfen für Familien, Kinder und Jugendliche blockieren. Die Diakonische Konferenz appelliert deshalb an Bundestag und Bundesrat, die Beratungen zügig und konstruktiv fortzusetzen, um die überfällige Reform des Jugendhilferechts zu einem guten Ende zu bringen.

DIAKONIE-Korrespondenz Nr. 8/1979

Krankenpflege-Ausbildung muß am Krankenbett erfolgen

Die Diakonische Konferenz bittet den Deutschen Bundestag, bei der Verabschiedung des neuen Krankenpflege-Gesetzes den Stellungnahmen der evangelischen und katholischen Kirche, ihrer diakonischen und karitativen Verbände sowie der kommunalen Spitzenverbände und der Deutschen Krankenhausgesellschaft zu folgen und ein Gesetz eigener Art für diese Berufsausbildung zu schaffen, da die Krankenpflegeausbildung durch ihren ganzheitlichen Bezug zum hilfsbedürftigen Menschen mit keinem anderen beruflichen Ausbildungsgang vergleichbar ist. Dabei ist sicherzustellen, daß die Krankenpflegeausbildung auch in Zukunft in der Verantwortung der Krankenhäuser am Krankenbett qualifiziert erfolgt.

Das neue Gesetz sollte möglichst bald die ganze Materie umfassend und abschließend ordnen.

DIAKONIE-Korrespondenz Nr. 8/1979

Zivildienst: Der vorrangige Einsatz im sozialen Bereich darf nicht entfallen

Die Diakonische Konferenz bedauert, daß die nunmehr dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe über die Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung und den zivilen Ersatzdienst Verschlechterungen für den Zivildienst erwarten lassen, die vom Diakonischen Werk im Verein mit anderen freien Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen nicht hingenommen werden können.

Der vorrangige Einsatz im sozialen Bereich darf nicht entfallen, da sonst die Voraussetzungen für einen sozialen Friedensdienst nicht mehr durchgängig gewährleistet sind.

Für die Arbeit in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen ist es unerlässlich, daß sie ein Auswahl- und Vorstellungeverfahren der künftigen Zivildienstleistenden vor ihrer Einberufung gesichert erhalten. Nicht jeder Zivildienstleistende ist den großen Belastungen gewachsen, die sich im Dienst mit leidenden, kranken und hilfesuchenden Menschen ergeben können.

Darum können wir auch nicht auf die Einführungslehrgänge in der Verantwortung der diakonischen Verbände verzichten.

Soweit Verbände der freien Wohlfahrtspflege die Verwaltungsaufgaben im Zivildienst übernommen haben, sollte es dabei bleiben, weil dadurch der Zivildienst effektiver, praxisnäher und sinnvoller durchgeführt werden kann.

Die Diakonische Konferenz erwartet mit vielen Kriegsdienstverweigerern ein neues Gesetz, das einen Zivildienst ermöglicht, welcher der Ernsthaftigkeit einer Gewissensentscheidung entspricht. Dieses Gesetz sollte baldmöglich mit großer Mehrheit des Deutschen Bundestages verabschiedet werden, um das Vertrauen vieler junger Männer in unseren Staat nicht zu gefährden.

Eingestanden

2 NOV. 1979

Erledigt

Resolution

des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
zu § 7 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs einer Verordnung über personelle
Mindestanforderungen für Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime
für Volljährige

Die Diakonische Konferenz als oberstes Organ des Diakonischen Werkes hat anlässlich ihrer Jahrestagung am 14. September 1979 mit Bestürzung den Beschuß des Bundesrates zur Kenntnis genommen, im Pflegebereich von Einrichtungen der Altenhilfe einen Personalschlüssel von 1 : 5 (eine Pflegekraft für fünf pflegebedürftige Menschen) als Mindestanforderung festzulegen. In vielen Einrichtungen der Altenhilfe liegt bereits ein günstigerer Personalschlüssel im Pflegebereich zugrunde; ein Mindestpersonalschlüssel von 1:5 bedeutet einen erheblichen Rückschritt für die Betreuung und fachgerechte Pflege alter kranker Menschen und muß eine negative Signalwirkung ausüben.

Ein Personalschlüssel von 1:5 ermöglicht es nicht, z.B. eine Station mit 20 pflegebedürftigen Menschen - unter Berücksichtigung der tarifrechtlichen Arbeitszeit - rund um die Uhr wenigstens mit einer einzigen Pflegeperson zu besetzen.

Dies bedeutet, daß der einzelne Bewohner einer Pflegestation, der - nach der Definition in § 7 Abs. 4 des Entwurfs der Heim-Mindest-Personal-Verordnung - "so hilflos ist, daß er für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang der Hilfe anderer dauernd bedarf", innerhalb von 24 Stunden nur 54 Minuten Pflege erhalten könnte.

Folgen wären

- eine nicht sachgemäße Pflege aus Zeitmangel, insbesondere die Unmöglichkeit einer reaktivierenden Pflege,
- ein fast volliger Wegfall jeder persönlichen Zuwendung,
- ein unangemessener Tagesablauf und ein anomaler Schlaf-Wach-Rhythmus.

Die Diakonische Konferenz bittet daher Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat dringend, einen Mindest-Personalschlüssel von 1:4 für den Pflegebereich festzulegen.

Diakonie



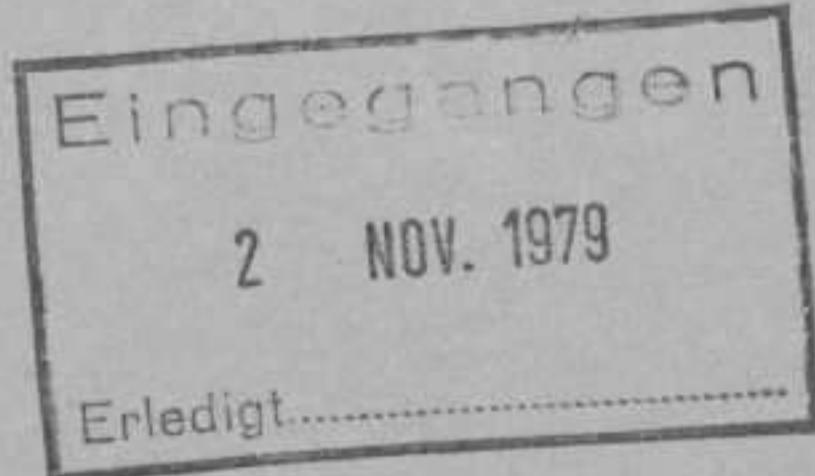
Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Korrespondenz

17. September 1979

7/79



DIAKONISCHE ANTWORTEN AUF PROTESTANTISCHE GRUNDFRAGEN

(Überarbeiteter)

Bericht von Präsident Dr. Theodor Schober

auf der Jahrestagung 1979

der DIAKONISCHEN KONFERENZ in Speyer

(12. September 1979)

DAIKONISCHE ANTWORTEN AUF PROTESTANTISCHE GRUNDFRAGEN

Bericht von Präsident Dr. Theodor Schober
auf der Jahrestagung 1979
der DIAKONISCHEN KONFERENZ in Speyer

(12. September 1979)

"Paulus hat den sich selber fesselnden Menschen eindrücklich beschrieben: als ein menschliches Ich, das, wie man so sagt, nicht aus sich herausgehen kann. Wir sagen das in der Regel von einem gehemmten Menschen. Der Sünder ist ein durch und durch gehemmter, nämlich ein durch sich selbst gehemmter Mensch. Er gönnt sich Gott nicht. Er gönnt sich nur das, was er selber produziert. Und das Wichtigste von allem, was er produziert, das ist - er selbst. Der Sünder produziert sich. Selbstverwirklichung heißt die dafür heute übliche Kategorie, von der allerdings in Tönen höchster Bewunderung die Rede ist. Der Glaube hingegen kennt den sich selbst verwirklichenden Menschen als den Sünder. Weil er unter dem Zwang lebt, sich produzieren zu müssen, deshalb kommt er von sich selber nicht los, kommt vielmehr bei allem, was er tut und lässt, immer wieder auf sich selbst zurück: ein ganz und gar auf sich selbst fixiertes Ich. Ein solches Ich lebt vielleicht in einer relativ freien Gesellschaft und genießt die kleinen Freiheiten des bürgerlichen oder die nicht ganz so kleinen Freiheiten eines unbürgerlichen Lebens. Aber sich selbst gegenüber ist es unfrei. Es lebt im Zwang zu sich selbst. Ihm fehlt die ursprünglichste aller Bewegungsfreiheiten, die es ihm erlaubt, aus sich herauszugehen: ihm fehlt Vertrauen" (Prof. Eberhard Jüngel auf dem Kirchentag 1979 in Nürnberg).

Hier kann sich Diakonie als befreiendes Angebot bewähren, wenn sie evangeliumsgemäß verstanden und gelebt wird. Davon soll das Folgende beispielhaft - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - handeln.

I. Der rechte Stellenwert der guten Werke in Theologie und kirchlicher Praxis

- Fehlurteile und Positionen -

Zu den protestantischen Grundfragen, die im Kontext der 450-Jahrfeier der Protestation von Speyer und in Vorschau auf das Augustana-Jubiläum 1980 neu bedacht werden müssen, gehört zweifellos die Frage nach dem Stellenwert der guten Werke. An dieser Frage entzündete sich bekanntlich Luthers Widerspruch gegen Rom (die von ihm kritisierte Beichtpraxis war ja nur ein Ausdruck für ein falsches Verständnis von Evangelium und Gesetz), und diese Frage wirkte weit über Luther hinaus bis in die theologischen Streitigkeiten der beginnenden Orthodoxie hinein, in der sich Nikolaus von Amsdorf immerhin zu der paradoxen und ganz gewiß nicht biblischen Aussage verstieß, daß gute Werke "schädlich zur Seligkeit" seien.

Dabei hatten die Reformatoren selbst die Notwendigkeit guter Werke niemals bestritten. Das kommt nicht nur in Luthers bekanntem "Sermon von den guten Werken" (1520) zum Ausdruck, sondern ebenso im 6. Artikel der Confessio Augustana (1530). Dort heißt es: "Auch wird gelehrt, daß solcher Glaube gute Früchte und Werke hervorbringen soll und daß man allerlei gute Werke, die Gott geboten hat, tun muß; aber das alles um Gottes willen, doch nicht, als ob man auf solche Werke vertrauen und dadurch Gnade vor Gott verdienen könne. Denn wir empfangen Vergebung der Sünde und Gerechtigkeit durch den Glauben an Christum".

Was die Reformatoren ablehnten, waren also nicht die guten Werke selbst, sondern der Verdienstcharakter, der ihnen seitens der römischen Kirche zugeschrieben wurde. Hiergegen ging ihr Kampf. Doch wird man sagen müssen, daß von diesen Auseinandersetzungen ein gewisser protestantischer Affekt gegen die guten Werke geblieben ist. Eine Folge davon ist die Tatsache, daß der Protestantismus lange Zeit ein gebrochenes Verhältnis zur Ethik hatte, besonders zur Sozialethik (was

Adolf Schlatter immer heftig kritisiert hat), und daß in akademischen Vorlesungen über den Römerbrief die Kapitel 12 - 16 kaum einmal zur Sprache kamen. Im Vordergrund der protestantischen Glaubenslehre stand immer die Rechtfer-tigungslehre, also die Soteriologie, in deren Fragestellung es tatsächlich bei der Feststellung bleiben muß: "... ohne des Gesetzes Werke, allein aus dem Glauben..." (Röm 3,28).

Die entscheidende Wende im protestantischen Bewußtsein dürfte Johann Hinrich Wichern zu verdanken sein. Seine berühmte Losung, "die Liebe gehört mir wie der Glaube", die er in seiner Wittenberger Rede 1848 als Forderung an die Kirche er hob, läßt erkennen, wie tief er den inneren Zusammenhang von Glaube und Liebe im Sinne des Paulus-Wortes erfaßt hat: "In Jesus Christus gilt nur der Glaube, der in der Liebe tätig ist" (Gal 5,6). Zugleich wird bei ihm deutlich, daß er die ekklesiologische Relevanz der guten Werke erkannt hat: ihren Zeugnischarakter. Ob der Glaube in der Liebe tätig wird oder nicht, ist nicht nur eine Frage an die Individualethik, sondern ebenso eine Frage an die Lebensqualität der Gemeinde, also eine ekklesiologische Frage. In diesem Sinn heißt es im Epheserbrief: "Wir (also die Gemeinde) sind sein Werk, geschaffen in Christus Jesus zu guten Werken, welche Gott zuvor bereitet hat, daß wir darin wandeln sollen..." (Eph 2,10). Was diesem Satz dann folgt, sind Anweisungen an die Gemeinde, jene Versöhnung und jenen Frieden in ihrem Leben darzustellen, zu dem Christus mit seinem Kreuzestod den Grund gelegt hat.

In dieser Perspektive muß man es dann auch sehen, daß der Sendungsbefehl an die Gemeinde nach dem Markus-Text einen Hinweis auf die "Zeichen" enthält, "die da folgen werden denen, die da glauben" (Mark 16,17 f). Es sind die guten Werke, die der Heilung des bedrohten Lebens dienen und die Worte Jesu aus der Bergpredigt verifizieren: "Ihr seid das Salz der Erde" - "Ihr seid das Licht der Welt" (Matth 5,13 ff).

Manche falschen Alternativen in unserer Kirche heute hängen damit zusammen, daß es am rechten Stellenwert der guten Werke mangelt. Sonst wäre weder eine auf Aktionismus noch eine auf bloße Innerlichkeit abzielende evangelische Verkündigung möglich. Bis hinein in den Lehrbetrieb unserer theologischen Ausbildungsstätten (wo Diakonik durchgängig unterbelichtet ist) und in die Angebote von Praktika für Theologiestudenten ist dieser Mangel verheerend spürbar. Daß die Finanzgremien unserer Kirchen bisher den Sirenengesängen derer nicht gefolgt sind, die Einsparungen vor allem im Bereich der Diakonie oder der Entwicklungshilfe zugunsten der "eigentlichen Aufgaben der Kirche" vorschlugen, ist dankbar zu vermerken.

II. Der Diakonat in der Gemeinde, für die Gemeinde und der Gemeinde

- Theorie und Wirklichkeit in Kommunikation, Ausbildung, geistlicher Profilierung und kirchlicher Verantwortung -

1. Das Neue Testament kennt keinen gemeindlichen Gottesdienst, in welchem nicht die Versöhnung mit dem Bruder integriert wäre (E. Käsemann). Die theologische Wissenschaft hat aufgewiesen, daß in der Urgemeinde speziell vom Abendmahl her eine komplexe Entwicklung des Diakonieverständnisses eingeleitet wurde. Daher läßt sich sagen: Diakonie hatte von Anfang an ihren "Sitz im Leben" in der Gemeinde, in ihrer Versammlung und Eucharistie.

Die Gemeinde orientierte sich dabei an der Überlieferung von Jesus, der die jüdische Frömmigkeit kritisiert hatte, weil sie die Sache Gottes und die der Menschen im Konflikt miteinander sah und deshalb Prioritäten setzte und Grenzen zog zwischen den Wertigkeiten religiösen und sozialen Handelns.

Folgerichtig gehört Diakonie im Neuen Testament zu den Charismen: als Konkretion umfassend erfahrener und ebenso zu übender Gnade, als Konkretion von Gottes Heilswillen.

Diakonie ist Lebenselement einer Gemeinde, die sich von Gott gesegnet weiß (vgl. E. Käsemann, der formuliert, "daß gute Werke von uns gefordert und erbracht werden als Zeichen dessen, daß wir von Gott gesegnet worden sind").

2. Die "Leitlinien zum Diakonat" von 1975 nahmen dieses gemeindliche Diakonieverständnis auf, indem sie u.a. formulierten: "Diakonie ist Präsenz der Gemeinde im sozialen Bezugsfeld" und betonten, daß Diakonie "im gottesdienstlichen Geschehen ihren Ausdruck" findet.

Die Übersetzung dieses gemeindlichen Ansatzes in einen Aktionsplan führte zu einer Reihe von Forderungen und Anregungen:

- angefangen etwa von der analytischen Aufgabe der Gemeinde, die sich Rechenschaft geben und Überblick verschaffen sollte über bereits vorhandene diakonische Aktivitäten und Einrichtungen, Angebote und Mitarbeiter und zugleich über das, was noch fehlt,
- über die Möglichkeiten eines Diakonieausschusses, dem diese gemeindliche "Entdeckungsarbeit" anvertraut werden könnte, der Gewinnung, Zurüstung und Einsatz ehrenamtlicher und nebenamtlicher Mitarbeiter verantworten sollte und Kontakte aufnehmen und halten könnte zur politischen Gemeinde, zu Behörden und übergemeindlichen diakonischen Einrichtungen mit ihren Erfahrungen,
- bis hin zu Empfehlungen für den Gemeindegottesdienst und seine Gestaltung: die Predigt sollte die diakonische Dimension der Verkündigung Jesu stärker bewußt machen können; Fürbitte und Abkündigung - oder auch Kollekte - könnten stärker aufeinander bezogen sein, informierend und werbend.

3. Die Voraussetzungen zur Annahme und Realisation dieser Anregungen müßten sich in den letzten Jahren verbessert haben. In den Gemeinden hat eine Pfarrergeneration Einzug gehalten, die stärker als frühere während ihrer Ausbildung mit allgemein lebens- und gemeindeanalytischen Instrumentarien vertraut gemacht und durch neue Arbeitsformen zur Anleitung von Dienstgruppen besonders befähigt wurden.

Gleichzeitig wurden die Fort- und Weiterbildungsangebote für neu gewonnene Mitarbeiter ständig vermehrt und verbessert, regional wie überregional (z.B. auch durch die Diakonische Akademie). Die gemeindebezogenen Arbeitshilfen und Materialien waren in den letzten Jahren ein besonderes Anliegen auch der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes: in den Broschüren findet der gemeindliche Aspekt zunehmend Berücksichtigung; die Zeitschriften berichten über ermutigende gemeindliche Diakoniemodelle in wachsendem Umfang; gottesdienstliche Gestaltungshilfen, die die diakonische Dimension und die Möglichkeiten ihrer Vermittlung pointiert darstellen, wurden publiziert (z.B. in "Danken und Dienen" oder auch in den Arbeitshilfen von "Brot für die Welt"); Modelle und Materialien für den kirchlichen Unterricht, speziell auch für die Konfirmandenunterweisung, wurden vermehrt erstellt (Diakoniebriefe für den Unterricht z.B.). Der 2. Band unserer Reihe "Handbücher für Zeugnis und Dienst der Kirche" mit dem Titel "Gemeinde in diakonischer und missionarischer Verantwortung" hat kürzlich den Diakonat IN der Gemeinde, FÜR die Gemeinde und DER Gemeinde umfassend darzustellen versucht.

Solche Bemühungen sind Versuche, der Diakonie ihren Sitz im Leben der Gemeinde und in ihren Versammlungen zuzuweisen - oder doch wenigstens ein Bewußtsein für diesen Sachverhalt und seine Notwendigkeit zu schaffen.

4. Einige Aspekte künftig zu verstärkender Maßnahmen:

- Es wird zu einem grundsätzlich verstärkten Austausch kommen müssen: von der Diakonie zur Gemeinde wie von der Gemeinde zur Diakonie.
- Die Themen der Laboratorien (in diesem Fall z.B. gruppendynamischer, therapeutischer Laboratorien u.ä.) müssen zu Themen und Anliegen der Oratorien werden (vgl. A. Einstein: "Die Quelle unseres Jammers ist, daß wir mehr von Laboratorien als von Oratorien leben" oder B. Meyer: "Gottesdienst kann helfen, daß unser diakonisches Laboratorium, unser

Laboratorium mit einer Vielzahl unverzichtbarer wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse und Möglichkeiten geöffnet, geweitet werden zum Oratorium, zum dankenden Lobpreis vor dem, der uns reich beschenkt hat. Der Gottesdienst wird damit aus der lähmenden Isolierung herausgeführt...").

Konkret würde dies z.B. bedeuten, daß diakonische Gottesdienst- und Unterrichtsmodelle nicht nur über Diakonie handeln und informieren (dies wohl auch!), sondern strukturell diakonisch sein, etwas von diakonischem Geist atmen sollten, um die Gemeinde ganzheitlich anzusprechen.

- Umgekehrt sollte den Mitarbeitern der Diakonie ein Instrumentarium theologischer Kriterien für die Beurteilung ihrer Arbeit mit ihren human- und sozialwissenschaftlichen Ansätzen vermittelt werden, um sie instand zu setzen, die Konsequenzen ihrer Arbeit auch gemeindetheologisch reflektieren zu können.
- In der Pfarrer- wie der Sozialarbeiterausbildung sollte verstärkt sowohl die wertorientierte als auch die aufgabenorientierte Komponente kirchlichen Dienstes zusammgezogen und vermittelt werden, um auch ein besseres Kommunizieren zwischen diesen Berufsgruppen zu ermöglichen.
- Angesichts sowohl der biblischen Grundlegung als auch der erfahrungswissenschaftlich nachgewiesenen Bedeutsamkeit der Kasualien für das "Gemeindegefühl" der Kirchenmitglieder (K.-W. Dahm weist z.B. auf die Verklammerung von Lebensgeschichte bzw. Lebenszyklus und Gemeindekirchlichkeit hin) sollten Experimente gefördert werden, in denen diakonisch Betreute, Randständige u.a. in die gemeindliche Amtshandlungspraxis integriert werden (z.B. Abendmahlsfeiern mit Behinderten oder Konfirmation von Behinderten nicht nur in den Anstalten, sondern in der Gemeinde; vgl. DIAKONIE 2/79: dort positive Erfahrungsberichte) usw.

Die Tatsache, daß "Diakoniebedürftigkeit" auch etwas mit dem Lebenszyklus zu tun hat, der wiederum eine immense Bedeutung für die gemeindliche Existenz hat (Taufe, Konfirmation, Trauung, Bestattung), sollte sich innerhalb der

Gemeinendarbeit stärker auswirken. Das Wahrnehmen solcher Verklammerungen hieße u.a. auch: Betonung der Normativität diakonischer Hilfen der Kirche sowie der diakonischen Existenz der Gemeinde (um der "Hilfebedürftigkeit" den defizitären Geruch zu nehmen). Familiengottesdienste, Familienfreizeiten mit Jung und Alt, z.B. von Konfirmanden ausgestaltete Goldene Konfirmationen usw. könnten diakonisches Umgehen miteinander "selbstverständlicher" werden lassen.

- Ein weites Aufgabenfeld öffnet sich bei der Einbeziehung diakonischer Mitarbeiter (Sozialarbeiter im Kirchenkreis, Gemeindeschwester, Kindergärtnerin u.a.) in Gottesdienst und kirchlichen Unterricht sowie in sonstige gemeindliche Versammlungen (in dieser Richtung sollte auch im Blick auf die zentralen Diakoniestationen ("Sozialstationen") etwas geschehen ohne die Mitarbeiter geistlich oder physisch zu überfordern).
- Die Grenzen zwischen der Gemeinde und ihrer Diakonie sowie der Anstaltsgemeinde sollten auf viele Weisen durchlässiger gemacht werden (und zwar von beiden Seiten her): etwa durch Kanzeltausch zwischen Gemeinde- und Anstaltspfarrern; oder durch Gestaltung gemeindlicher Gottesdienste durch Anstaltsgruppen und umgekehrt; Ermöglichung von Gottesdienstbesuchen nach beiden Seiten hin (Warum sollte nicht die "normale" Gemeinde sonntags einmal geschlossen in die Anstaltskirche umziehen?); gemeinsame Feste und Feiern usw.

III. Stärkung des "Laienelementes" in verantwortlichen Diensten

- allgemeines Priestertum im Alltag -

Drei Begriffe sind heute überall dort im Gespräch, wo von Diensten der Jugend- und Sozialhilfe im Zeichen der Diakonie die Rede ist. Sie lauten:

- Annahme,
- Beratung und Seelsorge,
- Caritas und Mission.

1. Unter Annahme versteht man dabei die Kunst, einen anderen in seiner Eigenart, mit seinen Belastungen, mit seinen Lasten und auch mit seiner nach menschlicher Beurteilung außerordentlichen Lebensbiographie anzunehmen: ohne vor schnelle Forderungen an ihn, ohne mit ihm unsere Ziele im Auge zu haben oder gar ein vorgefertigtes Programm zu ver folgen. Genauso wie Christus Menschen vorbehaltlos angenommen hat, so sollen auch wir andere annehmen. "Ich will", so erklärte es ein Streetworker in Paris, seines Zeichens Theologieprofessor und Erzieher, "in der selbstgewählten Aufgabe einer Sorge für Dirnen, Menschen ohne Hoffnung oder belastete Menschen, die am Ende ihrer Kraft sind, die verstört, krank oder ausgeflippt zu mir kommen, nicht missionieren oder mit einem Rehabilitationsprogramm beglücken, ich will sie aufnehmen, ausschlafen lassen, zu sich kommen lassen und sie vor der Kriminalisierung bewahren."

Annahme dieser Art ist Aufgabe von Christen im Alltag in der Form von Nachbarschaftshilfe, allgemeiner Lebensberatung, Hilfe über Hürden, und das in vielen kleinen Hand lungen im Alltag.

Das Annehmen ist nichts, was von oben herab erfolgt oder aus einem barmherzigen Zuwendungsakt besteht. Es ist ein gegenseitiges Austauschen, Angenommenwerden; es schafft Erleichterung und setzt Hoffnung. Annehmen beantwortet einen Teil der Fragen nach dem Sinn des Daseins und nach der "Brauchbarkeit" jedes Menschen für den Nächsten.

2. Die Beratung ist ebenso wie die Seelsorge unter uns zur Profession geworden. Wer ratlos ist, wendet sich an Erziehungs-, Lebens-, Ehe- und Familien-, Sozialberater, an Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter, Ärzte oder Juristen. An die Profis werden große Hoffnungen gerichtet. Da sie aber auch Menschen sind, werden solche Hoffnungen nicht selten enttäuscht. Der Bedarf an Beratung ist zudem größer als er von Hauptamtlichen jemals geleistet werden kann.

Deshalb sollte jeder jedermanns Berater sein und sich auf diese Aufgabe vorbereiten. Zu allererst ist dies ein weites Aufgabenfeld charismatischer Begabungen in den Gemeinden; Beratung besteht dabei schon im Aufzeigen von Möglichkeiten und Grenzen, von Spielräumen und von Gelegenheiten, solche Spielräume auszuweiten. Zur Beratung gehört das gemeinsame Ausarbeiten von Alternativen mit anderen, zwischen denen der Ratsuchende dann wählen und selbst entscheiden kann.

In unserer differenzierten Welt, die überall nach Experten ruft, geht man lieber nicht zum "Schmiedle", sondern zum "Schmied" - auch und gerade in der Seelsorge. Da erwartet man Freispruch, vollmächtige Vergebung der Sünden und Ermutigung zum Neuanfang. Das ist in mancher Situation sicher nötig und richtig. Aber warum eigentlich sollen dabei nicht auch Laien mitarbeiten können? Beratung und Seelsorge verlangen die Kunst des Zuhörens, des Sicheinfühlens in die Situation des anderen und des behutsamen Herausfindens, was die Ursache und die Wirkung seiner Not ist, was die Krise für ihn ausmacht. Menschen, die zuhören und sich einfühlen können, die Erfahrenes bei sich und im Fürbittegespräch mit Gott behalten können, sind zur Beratung befähigt. Unsere Gesellschaft braucht sie nötiger denn je - in den Betonblocks moderner Siedlungen, in der Arbeitswelt, bei der Zusammenarbeit mit Eltern von Kindern des Kindergartens oder der Schule, bei der Zusammenarbeit mit Alten, Kranken und Behinderten. Allgemeines Priesteramt im Alltag kann und muß in Zukunft noch mehr als heute aus der Bereitschaft vieler bestehen, dem Nächsten in der Wohn- und Arbeitswelt Berater und Seelsorger zu sein.

3. Caritas endlich als die aus Hochachtung vor dem Hilfebedürftigen als Ebenbild Gottes entspringende tatkräftige Sorge für den Nächsten kann im Alltag aus vielen kleinen Handreichungen bestehen. Zu ihrer Ausführung bedarf es wiederum nicht nur der Fachkräfte; nicht nur sie sind zur Mission berufen, und d.h. im diakonischen Kontext zu einer

Hilfe mit göttlicher Zukunftsperspektive im Vertrauen auf das Leben und Sterben Christi für uns. Das Missionarische Jahr 1980 bietet als Lern- und Sehhilfe dazu mehr Möglichkeiten, als wir vielleicht ahnen. Wir sollten sie tapfer wahrnehmen und es Gott anheimstellen, was er daraus machen will.

Es ist gewiß nicht allzu schwer, Menschen für diesen A-B-C-Katalog zu erwärmen. Aber damit ist es eben allein nicht getan. Gleichzeitig müssen wir noch mehr haupt- und ehrenamtliche Helfer, Begleiter, Entlaster bereitstellen. Ohne sie wird sich der einzelne verraten und verkauft und nur als eine gutgemeinte Alibifunktion empfinden. Das problemorientierte und zur Mitarbeit bereitete "Hinterland" der Gemeinde ist unverzichtbar.

IV. Freiheit und Gebundenheit der Gewissen

- Zivildienst, Schwangerschaftskonflikte, Beratungsarbeit, Sterbehilfe -

Wir alle kennen das Sprichwort "Ein gutes Gewissen ist das beste Ruhekissen". Ist das Wohlfahrtsdenken in unserem Lande so ausgeprägt, daß wir oft gar nicht mehr merken, wenn unser Gewissen auf der Strecke bleibt? Zu häufig machen wir uns gegenseitig ein gutes Gewissen: beim Konsum von Genussmitteln, beim Gebrauch des Autos, bei materiellen Zuwendungen an unsere Kinder, beim Rennen und Jagen im Beruf und auch im Mißbrauch der Freizeit.

In der Bibel steht aber nichts davon, einander ein weites Gewissen zu machen. Vielmehr sollen wir einander ermahnen, nicht bequem und nachlässig zu werden und unser Gewissen im göttlichen Wort gebunden zu halten. Wer sich nur dem eigenen Interesse hingibt und dem persönlichen Vorteil lebt, der verfehlt sein Leben.

Exemplarisch müßten wir es z.B. "Fehlentwicklungen" nennen, wenn

- der Zivildienst ein "bequemer Weg" wäre und keine alternative Gewissensentscheidung zum Wehrdienst
- der Schwangerschaftsabbruch aus dem Interesse von Mutter oder Vater geschehe, ohne das Lebensinteresse des Kindes zu bedenken
- Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung nur den einen Menschen sähe, der zur Beratung kommt, und nicht auch seinen Lebenspartner und sein soziales Umfeld
- die Humanmedizin den Tod nur als Niederlage verstünde und nicht auch als Gabe und Hoffnung.

1. Zivildienst

Die Diskussionen über das Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sowie die damit zusammenhängenden Probleme der Durchführung des Zivildienstes sind seit einigen Monaten verstärkt in Gang gekommen. Seit Ende Juni liegen dem Bundestag Gesetzentwürfe vor, die durch eine Reihe wichtiger Punkte für die Kirchen und ihre Verbände, aber auch für die gesamte Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland unannehmbar sind. Nicht nur halten wir es für undurchführbar, daß nicht bloß die Ernsthaftigkeit, sondern auch die Unausweichlichkeit der Gewissensentscheidung zum Gegenstand der Überprüfung gemacht werden soll. Auch die Durchführung des Zivildienstes ist durch die vorgesehenen Bestimmungen ernsthaft gefährdet:

- a) Streichung des vorrangigen Einsatzes im sozialen Bereich
Die sozialen Einrichtungen waren dem Staat für Zivildienstleistende fast 20 Jahre lang gut genug. Nun sollen andere Bereiche an ihre Stelle treten, die nicht alle Voraussetzungen für einen sozialen Friedensdienst mehr bieten.

b) Abschaffung des Auswahl- und Vorstellungsverfahrens der Zivildienstleistenden vor ihrer Einberufung

Für die Arbeit in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen ist es unerlässlich, daß Zivildienstleistende nicht von einer übergeordneten Stelle in soziale Felder einfach "hineingeschickt" werden. In der Regel sind Zivildienstleistende großen Belastungen ausgesetzt, wenn sie mit leidenden, kranken und hilfesuchenden Menschen arbeiten.

c) Gefährdung unserer Einführungslehrgänge

Die Ausrichtung von Einführungslehrgängen auf die Bedürfnisse kirchlicher und diakonischer Praxis ist nur dann gewährleistet, wenn diese Lehrgänge, die Zivildienstleistende zu ihrer Arbeit in den jeweiligen Dienststellen qualifizieren sollen, in den Händen der jeweiligen Verbände bleiben. Die im Neuordnungsgesetz vorgesehenen staatlich reglementierten Einführungsdienste sind keinesfalls dazu geeignet, flexibel auf unsere kirchlichen und diakonischen Bedürfnisse und Interessen einzugehen.

d) Rücknahme der seit 1977 wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben weithin diese Aufgaben übernommen. Die bisherige Praxis zeigt, daß dadurch der Zivildienst effektiver, praxisnäher und sinnvoller durchgeführt werden kann.

Insgesamt muß leider davon ausgegangen werden, daß die vorliegenden Gesetzentwürfe Verschlechterungen für den Zivildienst erwarten lassen. Wir bitten dringend um eine schnelle Verabschiedung eines Gesetzes, das diese Verschlechterungen vermeidet.

2. Schwangerschaftskonflikte

Die Reform des § 218 StGB hat nicht nur zu steigenden Abbruchzahlen nach der Statistik geführt. In weiten Kreisen unserer Bevölkerung hat sich die Meinung verbreitet, daß der Abbruch einer Schwangerschaft weitestgehend in das Ermessen der Schwangeren und ihrer Partner gestellt worden sei. Gerne wird der Begriff "Soziale Indikation" bemüht, um den Schwangerschaftsabbruch schon aus wirtschaftlichen, beruflichen und anderen sozialen Gründen zu legitimieren. Das ist jedoch nicht legal, denn das Gesetz nimmt nur Schwangerschaftsabbrüche aus eugenischen und medizinischen Gründen, bei Vergewaltigung und bei schweren sozialen Notlagen, die nicht anders behoben werden können, von der Strafandrohung aus. Jeder von uns trage auf seine Weise und im Rahmen seiner Möglichkeiten innerhalb der Diakonie mit ihren Einrichtungen und Diensten, aber auch in unseren Gemeinden dazu bei, daß hier nicht falsch geredet und gehandelt wird! Dabei ist die Gesetzesabsicht, Leben zu erhalten, nur das eine. Das andere ist der Wille Gottes, Leben zu geben - und gegebenenfalls zu nehmen. Er mache uns zu Werkzeugen seiner Liebe - auch zum ungeborenen Leben. Zum Herrn über Leben und Tod hat er uns nicht berufen. Darum bedürfen alle, die mit Entscheidungen im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen beruflich konfrontiert sind, der besonderen Fürbitte und seelsorgerlichen Begleitung. Die Gewissensnot von Ärzten, Schwestern und Beratern geht uns alle an. Was tun wir dazu, um diese meist unter Zeitdruck stehenden Personen in ihrer schweren Entscheidung nicht allein zu lassen? Worin besteht unser Beitrag, Verhältnisse und Haltungen so zu verändern, daß schwangere Frauen sich nicht mehr von Ängsten bedroht fühlen und der Abbruch nicht als einziger Ausweg gesehen wird? "Global läßt sich die Resignation insbesondere der mit Konfliktschwangerschaften belasteten Frauen so ausdrücken, daß unter materiellem Aspekt von der Gesellschaft alles getan wird, um den Abbruch zu ermöglichen, nur wenig Effektives jedoch zur Erleichterung des Austragens. Unter ideologischem und moralischem, kirchlich-institutionellem Aspekt erscheint das umgekehrt:

es wird sehr viel moralisiert und dogmatisiert, um Frauen per se zum Austragen zu nötigen, jedoch ohne Befähigung und Bereitschaft zum Verständnis der Notlagen dieses betroffenen Personenkreises erkennen zu lassen" (aus einer evangelischen Beratungsstelle)

3. Beratungsarbeit

Solche Mitsorge brauchen alle Berater, die Menschen dabei helfen, ihre Probleme zu lösen oder auch zu tragen. Hierauf wird evangelische Beratung immer gerichtet sein müssen. Abnehmen kann die Beratung die Probleme niemandem. Wir sind nicht zum problemlosen Leben geboren. Probleme erwachsen regelmäßig aus dem Zusammenleben mit Menschen, aus der Art und Weise des Miteinander-Umgehens und Aufeinander-Eingehens. Deswegen geschieht Beratung nicht losgelöst von den Menschen, mit denen der Ratsuchende lebt und arbeitet, mit denen er sich freut oder sorgt. So gehört es zur Aufgabe des Beraters, daß er den Partner des Ratsuchenden im Beratungsgespräch nicht draußen läßt. Das meint nicht nur, wo es möglich und angezeigt ist, die Partner-(Familien) Beratung; das meint auch die Distanz des Beraters in seiner Beziehung zum Ratsuchenden; der Berater darf nicht der großen Versuchung erliegen, sich z.B. in einer Eheberatung mit dem einen Ehepartner und seiner Sicht der Eheproblematik zu solidarisieren. Sonst trägt der Berater - ungewollt - zur evtl. Ehescheidung bei. Gerade in der Eheberatung sollten wir modischen Trends widerstehen! Die lebenslange Ehe bleibt Geschenk, Gabe und Gestaltungsaufgabe Gottes.

4. Sterbehilfe

Der von uns oft ins Spiel gebrachte Freiraum für das diaconische Handeln wird dort, wo er uns unbestritten zuerkannt ist, nicht immer voll ausgeschöpft.

Beinahe 60 % aller Sterbefälle ereignen sich heute im Krankenhaus. Von den 1,2 Mio Patienten in evangelischen Krankenhäusern jährlich erleben rd. 50.000 ihre letzte Lebensstunde in unserer Obhut - was tun wir für sie?

Im Bewußtsein unserer Mitarbeiter wächst die Notwendigkeit einer Sterbebegleitung. Zu knappe Stellenpläne und der Zwang, ein reibungsloses Funktionieren der Akutversorgung anderer Kranker zu gewährleisten, gefährden häufig die Umsetzung des guten Willens in die Tat. Hinzu kommt noch, daß auch evangelische Krankenhäuser die Chance zur Auseinandersetzung mit dem Sterben und die Vorbereitung auf den Tod zu selten als Thema für Besprechungen, Seminare und Diskussionen innerhalb der Krankenhausgemeinde und mit der örtlichen Gemeinde nützen. Auch besteht im Bereich der ethischen Medizin ein erhebliches Defizit in der Ausbildung von Ärzten und Schwestern - sowie in ihrer Weiterbildung. Die Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach dem Wert der Gesundheit, nach der Bedeutung von Schmerz, Leid und Tod sowie nach den Grenzen einer durch ärztliches und pflegerisches Handeln herbeigeführten Lebensverlängerung bedürfen immer neu auch der theologischen Reflexion. Dabei handelt es sich dann nicht nur um Fragen nach der rechten Hilfe in den letzten Lebensstunden anderer, sondern auch um die Bewältigung eigener Probleme.

Solche Hilfe muß frühzeitig einsetzen. Gerade bei der Betreuung über einen längeren Zeitabschnitt, also von dem Zeitpunkt an, an dem die Schwere der Erkrankung sichtbar wird, zeigen sich für den Patienten und die Begleitpersonen die Früchte einer gezielten Hinführung.

Für das einzelne Krankenhaus konzentriert sich die Frage besonders auf die Ausgestaltung des Sterbebeistandes in den letzten Lebensstunden.

Es gilt, gerade unsere Krankenhäuser, aber auch die anderen, in der Auseinandersetzung mit diesen Fragen nicht allein zu lassen. Hier sieht sich die Evangelische Konferenz für Krankenhausseelsorge besonders angesprochen, Wege zu finden, die es den Krankenhausseelsorgern ermöglichen, in ihren Häusern wegweisend und breitenwirkend zu handeln.

V. Der Wert des Menschen zwischen Gesundheit und Krankheit

- "Humanität im Krankenhaus" -

1. Nachdem lange Jahre in der Diskussion über das Krankenhauswesen Finanzierungsprobleme, Kostenexplosion und Bedarfsplanung im Mittelpunkt standen, hat sich die Thematik in den letzten 20 Monaten gewandelt. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit haben eine Entwicklung eskaliert, die von uns schon vor Jahren angeprangert wurde. Gekennzeichnet durch zu knappe Stellenpläne, ständiges Anspruchsdenken, enorme Ansprüche an berufliche Flexibilität und Mobilität, hohen Grad an Spezialisierung ist die menschliche Zuwendung zum Patienten immer mehr zurückgedrängt worden.

Die Kirchen waren zwar die ersten, die sich gegen diese Entwicklung aussprachen, um die Gesellschaft rechtzeitig vor einer Weiterentwicklung zu warnen. Inzwischen haben sich auch andere Institutionen diesem Thema gewidmet:

- Die Gewerkschaften beklagen insbesondere mangelhafte Arbeitsbedingungen als Hauptursache für humanes Fehlverhalten. Einen Ausweg sehen sie in der Erweiterung der Stellenpläne und insbesondere in der Beteiligung von Gewerkschaftsfunktionären am Krankenhausalltag.
- Der Senat der Freien Hansestadt Hamburg hat den Bericht einer Arbeitsgruppe "Humaneres Krankenhaus" vorgelegt, in dem einzelne Problembereiche von den Wartelisten bis zur mangelnden Information aufgezeigt sind.
- Die Gewerkschaft ÖTV versucht in Schriften und Veranstaltungen glaubhaft zu machen, daß Humanität im Krankenhaus erst einkehren wird, wenn die Ausbildungssituation sich verändert hat und ein unter gewerkschaftlicher Mitwirkung durchgeführtes duales Prinzip auch für die Krankenpflege gilt.

Hier noch eine Bemerkung zur Krankenpflege-Ausbildungs-Reform:

Bekanntlich hat die Bundesregierung einen für uns unannehbaren Gesetzentwurf dem Bundesrat und in erster Lesung dem Bundestag vorgelegt, der eine entscheidende Veränderung der Ausbildung in der Krankenpflege mit sich brächte. Zur Zeit wird der Gesetzentwurf in den zuständigen Bundestagsausschüssen beraten.

Die CDU/CSU lehnt den Gesetzentwurf in Übereinstimmung mit den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden ab. Inzwischen haben auch führende Politiker der Koalition zugesagt, für eine Änderung des Entwurfs einzutreten, um die Einführung des Berufsbildungsgesetzes und damit die Spaltung der Krankenpflegeausbildung zu verhindern. Diese Absichtserklärungen müssen jetzt aber noch unter Beweis gestellt werden durch eindeutige, unzweifelhafte Formulierungen als Vorschläge der Ausschüsse an das Parlament.

Im parlamentarischen Anhörungsverfahren haben sich jetzt auch die kommunalen Spitzenverbände eindeutig gegen den Gesetzentwurf gestellt und plädieren mit den Kirchen und der Krankenhausgesellschaft für eine *lex specialis*. Somit lehnen alle Berufsverbände und Krankenhausorganisationen die vorgelegten Bestimmungen ab; befürwortet werden sie nur noch von der Arbeiterwohlfahrt und den Gewerkschaften.

Nach der Sommerpause wird ein deutliches Signal aus Bonn erwartet, welche Richtung im weiteren Verfahren eingeschlagen wird und ob überhaupt in dieser Legislaturperiode noch mit einer Novellierung zu rechnen ist. Die christlichen Kirchen, die in Deutschland die Krankenpflege seit Jahrhunderten - im Lauf der Zeit zusammen mit manchen anderen - durchführen, warten auf eine klare Entscheidung des Parlaments: die ganzheitliche Zuwendung zum Patienten und seine Pflege darf nicht zum Politikum werden.

- Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" beklagt insbesondere den Zusammenhang zwischen teueren und modernen, aber seelenlosen Krankenhäusern.
 - Die CDU hat einen Bericht vorgelegt, der eine Reihe von umsetzbaren Beispielen für die Krankenhäuser enthält.
 - Die SPD sieht in einer Veränderung der Strukturen innerhalb des Krankenhauses und im Gesundheitswesen insgesamt Möglichkeiten zur Abhilfe.
2. Für die Diakonie kann es aber nicht genügen, verbal immer wieder die Notwendigkeit für mehr Humanität im Krankenhaus bewußt zu machen. Deshalb haben Aktionen begonnen, die verschiedene Aspekte dieses Themas praxisbezogen beleuchten und in die Krankenhäuser hineinwirken lassen.

Ausgehend von der auch vom Diakonischen Werk mitgetragenen Untersuchung eines Arztes, der Erfahrungen in der 3. Welt gesammelt hat, überprüfen gegenwärtig 9 evangelische Krankenhäuser einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen, die zu Erleichterungen für die Patienten beitragen. Da dies unter den gegebenen Struktur- und Finanzierungsverhältnissen geschehen muß, können wir Aussagen darüber erwarten, was vom einzelnen Haus in eigener Regie getan werden kann, aber auch, was nur unter Mithilfe anderer Partner zur Verbesserung der Situation der Kranken gemacht werden kann.

In den beteiligten Häusern sind Arbeitsgruppen gebildet worden, die sich gezielt mit Teilfragen befassen. Durch gegenseitige Informationen und Zusammenkünfte werden Probleme und Anregungen zwischen den beteiligten Krankenhäusern ausgetauscht. Erste Erfahrungen dieses im Frühjahr begonnenen Verfahrens zeigen, daß einerseits durchaus Mitarbeiter da sind, die einen hohen Bereitschafts- und Erkenntnisgrad für zusätzliche humanitäre Maßnahmen haben - andererseits aber durch weitere moralische Appelle eher verprellt werden.

Es gibt aber auch Mitarbeitergruppierungen, die jeden Gedanken an zusätzliches Engagement ablehnen, bevor nicht die personelle Situation in ihrem Arbeitsbereich wesentlich verbessert ist. Es wird deshalb darauf ankommen, die Bereitwilligen zu stärken und den unter dem Arbeitsdruck Leidenden die Brücke zur Reflexion und Aufnahmebereitschaft zu zeigen.

Das Projekt wird im Frühjahr 1981 abgeschlossen sein. In der Zwischenzeit beschäftigen sich insbesondere auch evangelische Akademien mit der Frage nach humanerer Gestaltung im Gesundheitswesen. So hat die Akademie Bad Boll im Sommer hierzu einen Arbeitsbericht vorgelegt, in dem schwerpunkt-mäßig die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Krankenversorgung angesprochen wird.

3. Ein ebenfalls praxisorientiertes Forschungsvorhaben wird derzeit im Diakoniewerk Kaiserswerth durchgeführt, das sich insbesondere mit der menschlicheren Pflege des Patienten befaßt. Die Ergebnisse können richtungsweisend für die gesamte zukünftige Krankenpflege sein.
4. Eine vom Rat der EKD dem Diakonischen Rat empfohlene Kommission zur Beratung ethischer Fragen in der Medizin hat sich in der bisherigen Arbeit insbesondere den ergänzenden Faktoren der Humanität im Krankenhaus gewidmet, z.B. der Hilfe für Sterbende und den Anforderungen an die ärztliche Ausbildung. Von hier werden Impulse ausgehen, die eine bewußte Erfüllung des Dienstes im Krankenhaus erleichtern.
5. Sicher sind alle Beteiligten inzwischen für das Thema einer ganzheitlichen, personalen Medizin und Pflege im Krankenhaus geschärft und aufnahmebereit. Was fehlt, ist aber die Bereitschaft zum vorurteilslosen Miteinander unter Zurückstellung eigener Interessen und unter der Bereitschaft zur tätigen Mithilfe, auch unter Opfern.

So sind nach wie vor zu wenig Signale zu erkennen, daß die Kirche ihre Krankenhäuser finanziell (z.B. durch Übernahme von Personalkosten und Bereitstellung von künftig mehr Seelsorgern) bei den Maßnahmen unterstützt, die diese für ein kirchliches Krankenhaus als besonders notwendig erachten, aber über den Pflegesatz nicht bezahlt bekommen.

Der Staat läßt keine Anzeichen erkennen, daß die Krankenhausfinanzierung liberaler gestaltet wird, um den einzelnen Häusern die Durchführung besonderer humaner Maßnahmen zu erleichtern.

Die Kostenträger, also die Krankenkassen, sind weitgehend nicht bereit, ihre Forderungen nach kostengünstigen Pflegesätzen abzuwägen mit der nicht immer finanziell meßbaren Verbesserung der Versorgung durch mehr Personal.

Die Presse ist allzuleicht bereit, einzeln auftretende Mißstände zu verallgemeinern und nur der Organisation eines Krankenhauses Fehler und schuldhafte Verhalten zuzuschreiben.

Daß auch die Öffentlichkeit und der einzelne Patient eine Eigenverantwortung für ihr Verhalten im Krankheitsfall haben, wird oft verschwiegen.

In einer Zeit, in der das non-verbale, voll-technisierte Krankenhaus mit letzter Computer-Perfektion herumspukt, ist das institutionalisierte Gegengewicht gegen die inhumanen Zwänge im Krankenhaus besonders wichtig, bei dem die Sinnfrage nicht ausgeklammert wird.

6. Die jährlich über 1,2 Mio Patienten in evangelischen Krankenhäusern sind eine große Möglichkeit, das Wort Gottes hörbar zu machen, gerade auch solche Menschen an den Gottesdienst wieder heranzuführen, die die Kirche sonst wohl nur schwer erreicht. Die Kranken sind besonders ansprechbar für Fragen,

die sich direkt mit ihrer schwierigen Lebenssituation befassen. Dafür steht die Krankenhausseelsorge bereit.

Die Einbeziehung des Gottesdienstes erfordert auch eine gezielte Weiterentwicklung entsprechender Technik, z.B. der Rundfunk- und Bildübertragung innerhalb des Krankenhauses und der Ausrüstung der Krankenhauskapellen mit Schwerhörigenanlagen. Auch darf der Krankenhausgottesdienst nicht allein bleiben: Anschlußgespräche, begleitende Schriften und die direkte Ansprache der Station für Andacht und Sakrament lassen erst den Gottesdienst lebendig wirken. Ein zentraler Gottesdienstraum sollte außerhalb der Gottesdienstzeiten offenstehen und genutzt werden als Mittelpunkt für Begegnung, Besinnung und Trost.

Der Gottesdienst im Krankenhaus kann durch Einbeziehung von Mitarbeitern und von Mitgliedern der Kirchengemeinde die notwendige Brücke zwischen Gesunden und Kranken bilden.

VI. Pro-test-Dienste zur Verbesserung der Situation von Minderheiten

- Psychisch-Kranke, Strafvollzug, Suchtgefährdete, Obdachlose, Ausländer -

Minderheiten haben es in Deutschland nie leicht gehabt. Das Mindeste, was ihnen blüht, ist unsere Gleichgültigkeit - das Schlimmste:physische Vernichtung.

1. Die psychisch Kranken stellen eine Minderheiten-Gruppe dar, die unsere Gleichgültigkeit am krassesten zu spüren bekommt: in Anstalten und Krankenhäusern leben ca. 200.000 Patienten. Jedes Jahr erkranken 120.000 Menschen neu an Schizophrenien und anderen Psychosen. Viele von ihnen verschwinden für viele Jahre oder auch für immer in den Stationen der 130 psychiatrischen Kliniken der Bundesrepublik. Oft fühlen sie sich versteckt und vergessen. Damit sind sie aus der Gesellschaft ausgeschlossen, sind sozial tot.

Am 1. 9. 1979 war der 40. Jahrestag von Hitlers Ermächtigung zur Tötung psychisch Kranker. An diesem Tag begann ein Vernichtungskrieg nicht nur nach außen, sondern auch nach innen (Holocaust), dem insgesamt 120.000 psychisch Kranke, sowie geistig und körperlich Behinderte zum Opfer fielen. Damals hat unser Volk - von wenigen Ausnahmen abgesehen - der Euthanasie mit Schweigen zugesehen. Haben wir dieses Schweigen in den vergangenen 40 Jahren gebrochen? Wir sollten heute beginnen, das Schweigen durch Trauern zu ersetzen. Der Krieg nach innen ist noch nicht vorbei: es gilt zu verhindern, daß wir unsere eigene Identität auf Kosten anderer gewinnen, die wir ausgrenzen und damit an den Rand der "sozialen Euthanasie" bringen. Sie steht heute auf dem Spiel in der Ausgrenzung psychisch Kranke in große psychiatrische Krankenhäuser und (auch diakonische) Anstalten (30 % aller in psychiatrischen Kliniken aufgenommenen Patienten leben dort schon seit mehr als 10 Jahren - weithin versteckt und vergessen).

Können wir die Verantwortung für diese zur Zeit praktizierte Psychiatrie überhaupt - auch mit unseren Einrichtungen - übernehmen? Oder müssen wir nicht protestieren gegen diese anhaltende Inhumanität der Zustände? Wie kann, muß unser Protest aussehen?

- Auf lange Sicht müssen die großen Anstalten auf realitätsgerechte kleinere Größen reduziert oder aufgelöst werden. Mittelfristig verlangt dies viele kleine Schritte, aber auch unbequeme Aktionen, Widerstand gegen die bürokratische und fachliche Routine: So beschloß z.B. das Personal (!) eines Landeskrankenhauses einen Aufnahmestop für einige überlastete Stationen (nur noch Notfälle werden aufgenommen). Mit dieser Aktion sollen die Mißstände in der Psychiatrie vor Ort offensiv angegangen und die Verbände, Ämter, Beratungsstellen und Ärzte gezwungen werden, nach Hilfemöglichkeiten in der Gemeinde zu suchen.
- Wir müssen als Anwälte für die psychisch Kranken unseren Protest gegen manche Zustände einlegen - und wir können

als starker Wohlfahrtsverband etwas für sie tun: in den Gemeinden fehlen ambulante und teilstationäre Hilfen.

In diesem defizitären Bereich offener, gemeindenaher Hilfen sollte sich die Diakonie zur Lobby der psychisch Kranken machen (z.B. über Modellprojekte).

2. Die Evangelische Konferenz für Straffälligenhilfe hat bei den Diakonischen Werken der Gliedkirchen erfragt, ob im Strafvollzug die Tendenzen zur Sicherung zum Nachteil des Resozialisierungsvollzuges abgenommen haben. Anlaß zu dieser Umfrage waren Klagen der Praktiker in der Strafentlassenenhilfe, daß ihnen die Arbeit mit den Justizvollzugsanstalten erschwert würde durch Sicherungsbestimmungen, die mit Gefangenen begründet werden, welche dem Terrorismus nahestehen.

Die Umfrage stand unter der Überschrift "mehr Sicherheit, weniger Menschlichkeit".

Die Antworten lauten sehr verschiedenartig. Die Situation in den Bundesländern, sogar zwischen einzelnen Strafanstalten, ist sehr unterschiedlich, doch läßt sich wohl eine Tendenz feststellen, daß die Bestrebungen zur Sicherheit immer noch zunehmen.

Das Terroristenproblem wird manchmal als Vorwand genommen. So heißt es in einer Antwort: "Sicherlich wird das Terroristenproblem oft zum Alibi, um im Vollzug "alte" immer noch bestehende Vorurteile gegen Straffällige zu stützen." Ein überzogenes Sicherheitsbestreben muß Unsicherheit und Mißtrauen wecken, Mißtrauen zwischen Verwaltung, Gefangenen und ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern in der Straffälligenhilfe. Damit wird das Vollzugsziel, die Gefangenen fähig zu machen, ein Leben in sozialer Verantwortung zu führen, unterlaufen. Die Gefahr besteht, daß man sich durch vermehrtes Sicherheitsbestreben aus tatsächlichen oder vermeintlichen Gründen im Vollzug an diese Situation gewöhnt, auch wenn keine zwingenden Gründe dafür mehr vorliegen. Wenn ein alter Fachmann resigniert feststellt: "Vor

lauter Sicherheitsstreben läuft pädagogisch und sozial-therapeutisch nichts mehr" und wenn er dazu noch auf den in den Strafanstalten zunehmenden Drogenkonsum verweist, kann uns das nicht ruhen lassen. Die Kirche und ihre Diakonie darf sich nicht nur um die seelsorgerliche Hilfe kümmern - sie trägt auch ein Stück unabwendbare Verantwortung für eine Reform des Gesamt-Vollzugs!

3. Suchtgefährdung ist heute kein Minderheitenproblem, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Chemische Substanzen wie Alkohol, Tabletten und Drogen werden zunehmend als eine Art "Lebenshelfer" eingesetzt. Mindestens zwei bis drei Prozent unserer Bevölkerung, das sind 20 - 30 Menschen unter 1.000 Einwohnern, sind alkoholkrank. Dazu kommt die wachsende Zahl der Medikamenten- und Drogenabhängigen mit immer schwereren Krankheitsbildern, insbesondere unter den Frauen und Jugendlichen.

An dieser Tatsache müssen sich die Gegenmaßnahmen orientieren. Ein erfreuliches Zeichen ist, daß Selbsthilfegruppen und christliche Kollektive ständig an Bedeutung gewinnen. Zur Zeit sind rd. 14.000 freiwillige Helfer, die für diese Aufgaben geschult werden, in den Blau-Kreuz-Verbänden und Freundeskreisen innerhalb der Diakonie tätig. Diese Gruppen setzen sich zu einem großen Teil aus ehemals Suchtkranken und deren Angehörigen zusammen. In enger Zusammenarbeit mit über 200 Beratungsstellen, Fachkliniken und Rehabilitationseinrichtungen der Diakonie bilden sie eine "therapeutische Kette", die jährlich über 50.000 Hilfesuchende und deren Angehörige erreicht.

Dennoch ist dies nur "ein Tropfen auf den heißen Stein", angesichts der 1,2 bis 1,8 Millionen Alkoholkranken und angesichts der über 400 zumeist noch jugendlichen Drogen-toten, die bei uns jährlich an der Heroinspritze zugrunde gehen. - Noch zeichnet sich keine Änderung ab. Die "Sucht" ist ein Indikator für eine wachsende Zahl verzweifelter

Menschen auch in unseren Gemeinden. Hier bedarf es der verstärkten Anstrengung aller Christen, um der Gefahr eines "Auswanderns" aus den konkreten Lebensbezügen und den damit verbundenen Lebenskonflikten entgegenzuwirken.

Wer Kinder und Jugendliche zur Süchtigkeit verführt, verdient schärfste Bestrafung. Alkohol-Rausch und Drogenkonsum sind keine Kavaliersdelikte, die eine starke "freie" Persönlichkeit auszeichnen. Hier wird Leben zerstört und da muß jede Verharmlosung aufhören!

4. "Füchse haben ihren Bau und Vögel ihre Nester, doch der Menschensohn hat keinen Fleck Erde, um sein Haupt niedergelegen" (Matth 8,20).

600.000 - 800.000 Menschen in der Bundesrepublik sind obdachlos. Es sind Alte, Mütter, Väter, Kinder, die in städtischen Notunterkünften untergebracht wurden und mitunter zu 7 Personen auf 20 qm leben müssen. Etwa 70.000 alleinstehende Männer - sie werden Nichtseßhafte, Penner, Landstreicher genannt - schlafen in wechselnden Heimen und Asylen, auf den Parkbänken, sind dreckig und tragen schmutzige Kleidung. Sie wohnen scheinbar auf der Straße und trinken dort ihr Bier und billigsten Wein aus großen Flaschen. Wenn sie betrunken und laut sind, sind keine 4 Wände da, die das verbergen. Ein Stammtisch steht nicht auf der Straße. Sie haben nichts zum Vorzeigen, um sich dahinter schützen zu können. Sie haben nichts zu verlieren, sie haben einen üblen Ruf. Ihr einziges Kapital ist die besondere Form ihres Armseins und die Geschichte dieses Armgewordenseins. Sie haben es gelernt, daß man ihrer Armut etwas gibt: private oder professionelle Barmherzigkeit z.B., die sich an ihr in einer flüchtigen Begegnung befriedigt.

Aber sie müssen mit ihrer Armut wuchern, denn die Besitzenden brauchen viel Armut für ein wenig Mitleid. So arbeiten sie mit dem Kapital ihrer Armut und sie wird dabei immer größer - wie andere an ihrem Besitzkapital immer reicher werden.

Es gibt viele Gründe, ihnen nicht nachhaltig zu helfen: sind sie nicht selber schuld? Wer aber sind wir, daß wir schuldig sprechen können? Wer gibt uns das Recht, ihre Not in eine gerechte Sühne in dieser Welt umzuwandeln? Wohin verirren wir uns auf der Suche nach dem schuldlos Armen? "Wenn wir keinen schuldlos Armen finden, brauchen wir mit ihm auch nicht zu teilen." Die Suche nach der Schuld hindert die privaten und auch die öffentlichen Stellen, nachhaltig zu helfen; sie führt dazu, daß die sozialen Gesetze und sozialen Sicherungen unserer Gesellschaft diesen Menschen gegenüber allzu oft versagen.

Diakonische Einrichtungen und Gemeindegruppen helfen und oft ist diese Hilfe wirksam. Aber es sind zu wenige und sie haben zu wenig Einfluß auf das allgemeine Teilen. Solche Arme werden in der Wohnungsbaupolitik vergessen. Sie werden aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt und private und persönliche Hilfe können solche Ausfälle nicht kompensieren.

Die Bitten des Evang. Fachverbandes für Nichtseßhaftenhilfe dürfen nicht überhört werden

- an die Kirchenleitungen und ihre Diakonischen Werke: der Not der obdachlosen Stadtarmen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und verstärkt personelle Hilfe, Sach- und Finanzmittel für ihre Linderung bereitzustellen
 - an die Gemeinden: solche Gemeindeglieder besonders zu unterstützen, die bereit sind, den obdachlosen Stadtarmen dabei zu helfen, ihr Leid zu tragen und nach Möglichkeit zu überwinden. Dabei sollte auch mit professionellen Helfern zusammengearbeitet werden.
5. In der Süddeutschen Zeitung erschien vor kurzem ein Leserbrief eines Arztes, der auf die große Anzahl von fremdsprachigen Kassenpatienten, meist ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen, hinwies. Bei psychischen Erkrankungen - diese Zahl ist unter den ausländischen Mitbürgern weiter im Ansteigen - verhindern die sprachlichen

Schwierigkeiten häufig schon die Diagnose, die auf eine sorgfältige Befragung aufbaut. Bei therapeutischen Gesprächen wird die Sprachbarriere fast unüberwindbar. Hilfen durch Dolmetscher oder Sozialberater können bei einem solchen vertraulichen Gespräch kaum gegeben werden. Nach Meinung des Arztes hat dies zur Folge, "daß psychische und psychosomatische Erkrankungen bei Gastarbeitern häufig nicht oder nur unzureichend behandelt werden können". Ausländische Nervenärzte mit dem entsprechenden sprachlichen und kulturellen Hintergrund fehlen; die Kassenärztliche Vereinigung kann ihrem Sicherstellungsauftrag für eine ausreichende ärztliche Versorgung der ausländischen Kassenpatienten nicht nachkommen.

Dies ist ein Beispiel von vielen, wie man sie im medizinischen, sozialen und politischen Bereich finden kann, in denen ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen immer noch nicht ausreichend versorgt sind.

Es soll auch die Gefahr weiterer Versorgungslücken aufzeigen, wenn Bund, Länder und Gemeinden nicht mehr dafür tun, daß unter den mit uns lebenden Ausländern auch ein intellektueller Nachwuchs heranwächst. Der demokratische Staat mit seiner Sozialstaatsverpflichtung muß sich um die sozialen Belange seiner Bürger kümmern, auch der ausländischen, die oft hier geboren und aufgewachsen sind; und zwar nicht erst, wenn die Befürchtung einer zunehmenden Kriminalisierung in den Vordergrund tritt. Hier ist in der Vergangenheit viel versäumt worden, obwohl gerade die in der Ausländerarbeit tätigen Kirchen und Wohlfahrtsverbände ein erheblich verstärktes, auch finanzielles Engagement des Staates für die ausländischen Mitbürger seit Jahren fordern. Aufgrund der veränderten Situation und der damit gestiegenen Anforderungen können sie die sozialen Kosten der Ausländerbeschäftigung in Zukunft nicht mehr im bisherigen Umfang tragen.

In den vergangenen 12 Monaten sind in verschiedenen Bundesländern Analysen und Konzeptionen zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vorgelegt worden. Von der Bundesregierung ist bezüglich der 2. und 3. Ausländergeneration in Kürze eine Konzeption zu erwarten. Wichtig ist dabei einmal, daß eine verbesserte Versorgung der ausländischen Bevölkerung nicht an finanziellen, föderalistischen und bürokratischen Hindernissen scheitert. Wichtig ist aber vor allem, daß sich die politische Landschaft wirklich verändert. Darunter ist zu verstehen, daß man endlich öffentlich und endgültig vom Rotations- und Rückkehrprinzip, von Rückkehrprämien, vom "Schweizer Modell" und ähnlichem Abstand nimmt, damit die Verunsicherung unter der ausländischen Bevölkerung ein Ende findet. Integration und Rückkehrprinzip sind unüberwindbare Gegensätze.

VII. Gelebte evangelische Toleranz am Beispiel diakonischer Jugendhilfe

- z.B. Moslems im evangelischen Kindergarten -

1) Die Situation:

Es ist gelungen, eine steigende Zahl ausländischer Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder einen Kindergarten besuchen zu lassen. Die Isolierung der Kleinkinder in der Obhut von Geschwistern oder Nachbarn führte zu einem gefährlichen Hinausschieben der lebensnotwendigen frühen Kontakte der Kinder zur Umwelt und zu deutschen gleichaltrigen Spielgefährten. Das brachte gleichzeitig einen mangelhaften natürlichen Spracherwerb der deutschen Sprache und verstärkte Schulschwierigkeiten mit sich.

Der steigende Anteil ausländischer Kinder in kirchlichen Kindergärten (in Ballungsgebieten bis zu 50 und 80 %) führte jedoch zu einer Vielzahl von Problemen (Vorurteile, Unwissen und Unsicherheit auf beiden Seiten, mangelhafte Bedingungen zur Bewältigung der Arbeit).

2) Die Aufgabe kirchlicher Kindergärten:

Das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter (wer ist mein Nächster?) stellt einen Grundpfeiler kirchlicher Sozialarbeit/Sozialpädagogik dar. Die Verantwortung für die Benachteiligten, Außenstehenden, Schwächen der Gesellschaft ist oft unpopulär. Die Aufgabe der Diakonie aber ist es, sich für das Unpopuläre einzusetzen, bis es für die Gesellschaft als selbstverständlich angesehen wird.

Gerade in kirchlichen Kindergärten führt die Aufnahme von Kindern nichtchristlicher Religionen (z.B. Türken) oft zu besonderen Schwierigkeiten. Manche türkischen Eltern fürchten neben der Gefahr der "Germanisierung" die Missionierung durch kirchliche Kindergärten. Muslimische Kinder wachsen selbst in einer eigenen lebendigen Tradition und Haltung auf, die an einigen entscheidenden Punkten im Gegensatz zum christlichen Glauben steht. Andererseits bevorzugen viele islamische Eltern nach eigenen Angaben Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft,

da in diesen eine bestimmte religiöse Grundrichtung garantiert sei. Das bedeutet eine besondere Aufgabe und Chance für kirchliche Kindergärten.

3) Welche Ziele bestimmen die Arbeit mit ausländischen Kindern in evangelischen Kindergärten?

Christliche Liebe und Verantwortung kann nicht heißen, daß wir von unseren Voraussetzungen her ein Programm entwickeln und den Betroffenen aufzutroyieren. Mit den Betroffenen zusammen müssen wir die Ziele und Verfahrensweisen unserer Arbeit abstimmen und zu Partnern werden, die einer vom anderen zu lernen bereit sind.

Die ausländischen Eltern sollen ermutigt werden, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, ihre Vorbehalte und Ängste auszusprechen und ihre eigenen Fähigkeiten zu entdecken und einzusetzen.

Unterschiedliche Wert- und Normvorstellungen müssen bekanntgemacht und akzeptiert werden. Neben der Überwindung der Vorbehalte gegenüber der Kultur des Aufnahmelandes gilt es, die Kultur des Heimatlandes darzustellen, zu pflegen und Formen gemeinsamen Lebens und Feierns zu entdecken und zu entwickeln. Dabei darf die Praktizierung christlicher Formen nicht aus falsch verstandener Toleranz durch ein Mißverständnis evang. Freiheit unterbleiben. Aber ein Absolutheitsanspruch darf damit nicht verbunden werden.

Dies ermöglicht ein größeres Verständnis für andersartige Verhaltensweisen und Einstellungen und damit einen Abbau von Vorurteilen. Zudem ist es ein wesentlicher Beitrag für die Identitätsentwicklung von Kindern. Allein die Überwindung der Sprachschwierigkeiten kann die vielschichtigen Probleme nicht lösen, solange Sprachfähigkeit nicht die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Dies bedeutet für alle Beteiligten ein Umdenken. Die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und anderen Religionen heißt, sich auf die eigene Herkunft in Religion und Kultur zu besinnen und das eigene Handeln zu überprüfen.

"Modernes Lebens- und Bildungsziel aller, der deutschen und ausländischen Kinder, ist entsprechend unserer heutigen politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Situation eine Art Weltbürgertum, das jedoch nicht in einem total nivellierten, angepaßten Menschentyp bestehen kann und darf. Vielmehr gilt es im Sinne des christlichen Schöpfungsglaubens auf der Basis der Gemeinsamkeiten das Besondere zu pflegen". (Fraas, Karlsruhe, 1979).

4) Voraussetzungen:

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn alle Betroffenen: Erzieher, Eltern, Träger zusammenarbeiten und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Umsetzung der Konzeption in den Praxisalltag ermöglichen. Soviel ein lebendiges Engagement auch bewirken kann, es erschöpft sich allzu leicht in einer Einzelkämpfersituation und unter unzureichenden Arbeitsbedingungen.

5) Notwendige Schritte sind:

- Situationsorientierte Bedürfniserhebung - Verstärkter Erfahrungsaustausch und Information über Versuche und Modelle - Fortbildungsangebote, die alle Aspekte der Problematik behandeln - rechtzeitige und intensive Elternarbeit, die erst die notwendige Basis des Vertrauens schaffen kann - angemessene, der Berufstätigkeit der Eltern angeglichene Änderung der Öffnungszeiten - eine Anhebung der Erzieher-Kind-Relation, wobei unbedingt auch Hilfskräfte gewonnen werden sollten, die die Sprache der ausländischen Kinder sprechen - und die Schaffung einer angemessenen Raum- und Sachausstattung.

Viele Praxiserfahrungen liegen bereits vor, die dokumentiert und diskutiert werden sollten. Für die Dokumentation fehlt jedoch den Fachkräften auf Grund der mangelhaften Bedingungen oft die notwendige Zeit. Fortbildungstagungen sollten dazu motivieren, um unnötige Fehler zu vermeiden und die Motivation zur Auseinandersetzung mit dieser schwierigen Arbeit zu stärken. Auf vorhandene Arbeitshilfen muß immer wieder hingewiesen werden. Patenschaften stützen das Durchhaltevermögen Einzelner.

VIII. Kritische Funktion und Problemerhellung diakonischer Öffentlichkeitsarbeit

Diakonisches Handeln als Hilfe und Sorge für andere, für Notleidende, Kranke und Bedrängte, ist kein Versteckspiel. Es vollzieht sich vielmehr unter den Augen vieler als Zeugnis tätigen Glaubens. Dieses öffentliche Wirken kann Chance und Belastung zugleich sein. Chance insofern, als die Gemeinden sich mehr zum Dienst am Nächsten fordern lassen und ihr Alltag diakonischer wird. Belastung hingegen dort, wo Geschehnisse innerhalb der Diakonie aus dem Rahmen des Gewohnten fallen. Gerade spektakuläre Vorkommnisse aus jüngster Zeit - Todesfälle in Heimen und Entlassungen von Mitarbeitern - verdeutlichen, daß sowohl die Flucht in die breite Öffentlichkeit als auch aus ihr voller Probleme ist. Komplikationen scheinen immer dann vorprogrammiert zu sein, wenn einerseits Ereignisse verharmlost werden, andererseits das durch Medien wahrgenommene Mandat des sozialen Wächteramtes ausschließlich gezielter Sensation dient.

Solche Schritte, teils von eigenen Mitarbeitern begünstigt, teils von solchen Journalisten praktiziert, denen es weniger um die Sache und mehr um das Aufsehen geht, strapazieren das öffentliche Interesse und das gegenseitige Verhältnis über Gebühr. Diese Situation zwingt die Öffentlichkeitsarbeit der Diakonie dazu, künftig offensiver zu werden und weniger reaktiv zu sein. Da auch die Diakonie kein konfliktfreier Raum ist, genügt es nicht, etwa nur positive Aspekte der diakonischen Arbeit herauszustellen. Unerlässlich für ein wirklichkeitsgetreues Bild der Diakonie in der Öffentlichkeit ist eine stärkere Erhellung der Probleme, die sich aus der Arbeit selbst ergeben oder durch die den Menschen verwaltende Gesetzgebung bedingt sind. Hier gerade kommt der diakonischen Öffentlichkeitsarbeit in hohem Maße aufklärende Funktion zu, die auch den Wandel in der öffentlichen Einschätzung der diakonischen Arbeit zu berücksichtigen hat, der sich zunehmend in einer kritischeren und sozialbewußteren Haltung vieler Journalisten

von Presse, Funk und Fernsehen und einer steigenden Zahl eigener Mitarbeiter auf diesem Gebiet ausweist. Mehr Offenheit und verbesserte zielgruppenspezifischere Information können geeignete Mittel sein, das Vertrauen in die Diakonie und ihre Arbeit zu stärken, Verständnis für ihre Probleme und Schwierigkeiten zu wecken und Fehlverhalten von Einzelnen auf ein Mindestmaß zurückzuschrauben. Wo trotz allem guten Bemühen Konflikte unausbleiblich sein sollten, ist zu beherzigen, was das der Diakonischen Konferenz unterbreitete "Publizistische Rahmenkonzept für Konfliktfälle im Bereich der Diakonie" in empfehlender Weise als geeignete Maßnahmen anregt.

Die Medien, das sei fairerweise unterstrichen, sind - von Ausnahmen abgesehen - bemüht, mit der Diakonie eine "Partnerschaft in der Sache" einzugehen. Diese Bestrebungen als Ausdruck der Solidarität mit den auf die Hilfe der Diakonie angewiesenen Menschen sind positiv zu werten und sollten in Zukunft unter fachspezifischen Gesichtspunkten zu verstärkten problemerhellenden Dialogen genutzt werden, über die wir noch breiter als bisher informieren wollen.

IX. Ökumenische Bewährung vor Ort

- Landeskirchen / Freikirchen, Grenzüberschreitende Partnerschaft, Katholizismus, Orthodoxie -

Weil Diakonie tätiges Bekennen ist - gelebte Konfession -, trägt sie zum Dialog der Bekenntnisse Wesentliches bei. Paul Tillich hat festgestellt, daß der Protestantismus immer auch über seiner religiösen und konfessionellen Wirklichkeit stehen kann und daß zwischen Prinzip und Wirklichkeit zu unterscheiden sei.

Insofern ist das protestantische Prinzip auch in anderen Kirchen und Konfessionen anzutreffen. Das erweist sich gerade dort, wo die Gemeinsamkeit der Aufgaben zu alltäglichen Kontakten führt. Nach dem Urteil vieler ist darum das Zusammenspiel der EKD im diakonischen Bezugsfeld am wenigsten problematisch. Das gilt genauso für die beglückende Gemeinschaft mit den evangelischen

Freikirchen, die uns vor allem bei ökumenischen Hilfsmaßnahmen ein leuchtendes Vorbild sind. Auch die Kooperation mit der Caritas ist erfreulich, mancherorts und vor allem an der Spitze vorzüglich. Es erscheint schon beinahe als selbstverständlich, daß Diakonie und Caritas immer wieder gemeinsame "protestantische Schritte" als Anwälte für die Würde und Freiheit des Menschen öffentlich riskieren. Daß sich auch die orthodoxen Kirchen dieser gegenseitigen Zeugnisgemeinschaft nicht versagen, ist eine kirchengeschichtliche Bereicherung für alle. Dieser ökumenische Lernprozeß vor Ort bewährt sich als wechselseitiges Empfangen und Geben auch im Dienst über die Grenzen, zu den Christen in der DDR und weit darüber hinaus.

X. Diakonie im Weltbezug

1) Alternativer Lebensstil angesichts der ökologischen Entwicklung

"Einfacher leben, einfach überleben, Leben entdecken" - ist das Motto unserer Aktion "e", die wir vor rd. zwei Jahren als eine besondere Ausformung der Aktion "Brot für die Welt" gestartet haben. Dieses Motto ist abgeleitet aus dem Satz des australischen Biologen Charles Birch, der auf der Weltkirchenkonferenz in Nairobi 1974 sagte: "Die Reichen müssen einfacher leben, damit die Armen überhaupt leben können". Er sagte dies im Blick auf die Voraussagen über zuendegehende Rohstoffreserven, in Anbetracht der Tatsache, daß die Industrieländer die Hauptverbraucher und Hauptverschwender dieser Rohstoffe sind, und weil er erkannt hatte, daß es nicht das Ziel der Weltentwicklung sein kann, daß alle Völker einmal zu ähnlichen Konsum- und Verschwendungsgegesellschaften gemacht werden sollen. Diese Erde, auf der wir leben, ist endlich. Deshalb wird es auch kein unendliches Produktions- und Wirtschaftswachstum geben können. Die Grenzen des Wachstums sind erreicht. Wer aber in einer endlichen Welt

weiterwachsen will, muß anderen das wegnehmen, was er bei sich selbst zulegen will. Unser Wachstum geschieht aber nicht nur auf Kosten anderer Menschen, es ereignet sich auch zu Lasten der Natur, des uns umgebenden Lebensraumes. Verschmutzte Luft, tote Flüsse, radioaktive Gefährdung, geschädigte Atmosphäre, mehr und immer neue Zivilisationskrankheiten sind Warnsignale. Die ausgebeutete Natur hat schon lange begonnen zurückzuschlagen. Deshalb dürfen die Grenzen des Wachstums nicht gesprengt werden, gleichgültig ob dies mit Hilfe von Kohle, Öl oder Atomenergie möglich wäre.

Wir müssen heute zugeben, daß ein falsch verstandenes christliches Weltbild, in welchem der Mensch als Krone der Schöpfung dominiert, die übrige Schöpfung ihm aber zur Beherrschung freigegeben scheint, einen wesentlichen negativen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet hat.

Die Neue-Lebensstil-Bewegung, also christliche Lebenskonzepte, die ein einfaches, Rohstoffe und Umwelt schonendes, die ganze Schöpfung als Gottes Eigentum und Leihgabe an die Menschen betrachtendes menschliches Leben erproben wollen, sind christliche Antworten auf diese Fragen.

Diese Gedanken in unsere Gemeinden und diakonischen Einrichtungen hineinzutragen, solche Bewegungen zu unterstützen oder anzuregen, war eines der Ziele der Aktion "e". Dies ist, wie wir heute sehen, nur zum Teil gelungen. Zwar war das Echo überwiegend positiv. Unzählige Veranstaltungen wurden durchgeführt. Doch die praktischen Konsequenzen im Leben der Einzelnen, der Gemeinden, der kirchlichen Organisationen stehen weitgehend noch aus. Hier mag jeder zuerst sein eigenes Verhalten überprüfen. Wird z.B. nicht weiter geplant und gebaut, als ob nichts geschehen wäre? Es sind Minderheiten, die mit dem neuen Lebensstil ernst machen. Sie müssen zu Mehrheiten werden. Hierzu bedarf es weiterer Anstöße. Die theologischen Arbeiten zur Schöpfungstheologie, die in den letzten Jahren neue Akzente gesetzt haben, müssen

Eingang in unsere Gemeinden, in Predigten, Bibelarbeit, Unterricht und in unsere Bau- und Finanzplanungen finden.

Nur ein geistiger und geistlicher Umkehrprozeß wird die notwendigen Taten auf Dauer nach sich ziehen.

2) Rechte und falsche Parteilichkeit bei ökumenischen Hilfen

Jesu Missionsbefehl (Matthäus 29, 19-20) weist auch die Diakonie in den Weltbezug. Im Gehorsam dieses Auftrages ist diakonische Antwort deshalb immer eine Antwort, die über unseren unmittelbaren Lebensbereich hinaus auch den "Fernen Nächsten" einbezieht. Was ich damit meine, wird klar, wenn ich die Aktion "Brot für die Welt" nenne, ebenso die Programme der Zwischenkirchlichen Hilfe oder das Eintreten für Flüchtlinge in Asien, Afrika und Lateinamerika und ihre Aufnahme und Annahme in unserem Land, sofern das die beste der derzeit möglichen Hilfen bedeutet. Das Gleiche gilt für die Vermittlung von Entwicklungsexperten und die Förderung und berufliche Ausbildung junger Menschen aus der "Dritten Welt". In allen diesen Aktivitäten wird Partei ergriffen, damit Blinde sehen, Lahme gehen, Aussätzige rein werden, Taube hören und den Armen das Evangelium verkündigt wird (Matth 11,5). Die Diakonie sollte sich auch weiterhin im Weltbezug nicht scheuen, in der Nachfolge Jesu Partei zu ergreifen für die Hilflosen, für die in Abhängigkeit Gehaltenen, für die in ihrer Würde Gedemütigten und in Hoffnungslosigkeit Müde-Gewordenen. Hilfsmaßnahmen in solcher Parteilichkeit werden, wenn sie aus der Nachfolge Christi erwachsen, Unrecht und Sünde beim Namen nennen und dagegen angehen. Sie dürfen jedoch nicht die Liebe und Sorge Gottes gerade auch für diejenigen verdunkeln, die Unrecht tun.

Die Antwort Jesu auf die Täuferanfrage zeigt, welche Zielgruppe für eine exemplarische Diakonie vorrangig ist. In seiner Antwort sagt Jesu aber auch: "Und selig ist, der nicht Ärgernis nimmt an mir" (Matth 11,6). Das heißt doch,

daß Hilfe für die Ärmsten der Armen in der Nachfolge Jesu Ärgernis bringen und für viele Ärgernis bedeuten kann. Stehen wir nicht in der Gefahr, diesem Ärgernis von Fall zu Fall auszuweichen und unsere Hilfen lieber an Kriterien zu orientieren, die dieser Welt und ihrer Parteilichkeit entnommen, jedoch nicht die Kriterien des Neuen Testamentes sind, wie sie gerade durch die Reformation wiederentdeckt wurden? Gehen wir dem Ärgernis des Kreuzes aus dem Weg? Uns wird oft empfohlen, durch Entzug von Hilfen Mißfallen über irgendwelche politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zustände auszudrücken, welche Diktatoren oder Parteikader in ihren Ländern geschaffen haben. Dies wäre falsche Parteilichkeit, weil wir die Hilfe dann an ideologische oder politische Kriterien binden und nicht an den Maßstab der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit Gottes. Mag sein, daß solche falsche Parteilichkeit manches Ärgernis vermeiden ließe. Aber würden wir damit nicht das anvertraute Pfund vergraben und bei der Wiederkunft des Herrn als ungetreue Knechte entlarvt?

Dabei darf die brennende Liebe zu den Notleidenden das kühle Denken nicht ausschalten. Die Not der Asylsuchenden z.B. muß uns - wo es um Tod oder Leben geht - zu schnellem Handeln veranlassen. Aber gleichzeitig gilt es zu prüfen: Welche Hilfen sind langfristig zu initiieren, um diesen Menschen wirklich die beste Zukunft zu ermöglichen? Das Schicksal der Flüchtlinge aus Vietnam und der Verhungerten in Kambodscha sind aktuelle Anfragen in dieser Richtung.

XI. Gestaltwerdung der missionarischen Dimension in der Zuwendung zum Menschen

- Sendung, Einladung, Vergewisserung, Befreiung -

Das "Missionarische Jahr 1980" steht vor der Tür und gibt der Diakonie Anlaß, neu darüber nachzudenken, wie der missionarische Auftrag, unter dem auch die Diakonie steht, verwirklicht werden kann. Eine Arbeitsgruppe der vorjährigen Diakonischen Konferenz,

die sich mit dieser Thematik beschäftigt hatte, stellte bereits die Forderung auf: "Unsere Diakonie ist ein Teil des Sendungsauftrags, Gottes ganzheitlichen Heilswillen in Christus verständlich und erfahrbar zu machen. Dieser alte und unverändert gültige missionarische Ansatzpunkt der Diakonie sollte im Rahmen des Missionarischen Jahres 1980 entscheidend akzentuiert werden".

Fragen wir danach, wie diese Forderung zu verwirklichen ist, so stoßen wir auf die alte Frage, ob denn jedes diakonische Handeln von einem Wort der Verkündigung begleitet sein müsse. Wollte man eine solche Praxis verlangen, so würde man sich einem Gesetz unterwerfen, das weder dem wirklichen Leben gerecht wird noch den theologischen Erkenntnissen entspricht, die wir inzwischen gewonnen haben. Diakonie ist eine "Gestalt des Zeugnisses", so heißt es in der Satzung des Diakonischen Werkes mit Recht, und es hängt mit der Besonderheit dieser "Gestalt des Zeugnisses" zusammen, daß sie oft ein stilles und nicht selten wortloses Tun darstellt. Aber worauf es ankommt, ist, daß das Wort der frohen Botschaft damit nicht aus dem diakonischen Handeln ausgeklammert ist, denn Diakonie will immer Evangelium vermitteln und dieses Evangelium kann nicht ohne das Wort sein. Von diesem Wort lebt die Diakonie und dieses Wort prägt sie - auch in der Zuwendung zum Menschen. Was wäre Diakonie, stünden nicht die Worte der Bergpredigt - stärkend, ermutigend, wegweisend - im Hintergrund? Die "Evangelisierung der Welt", so sagt Papst Paul VI. in seiner bemerkenswerten Enzyklika "Evangelii nuntiandi" 1975, "geschieht vor allem ... durch das gelebte Zeugnis der Treue zu Jesus, dem Herrn". Aber er fügt hinzu: "Doch ist dieses Zeugnis niemals ausreichend ..., wenn es nicht erklärt und begründet, was Petrus mit dem Wort meint: Rechenschaft geben über die Hoffnung, die in uns ist" (1 Petr 3,15).

Diese "Rechenschaft über die Hoffnung" sind wir ganz besonders den Menschen schuldig, mit denen wir es in der Diakonie zu tun haben. Die Situation, in der sie sich befinden, wirft oft ganz bestimmte Fragen auf, die mit ihrem Schicksal zusammenhängen.

Häufig ist es die Frage nach dem Leiden, nach der Gerechtigkeit Gottes, nach der Würde des Menschen, nach dem Sinn des Lebens. Nicht selten aber geht es auch um Vergebung von Schuld, um Bereinigung von Streit, um die Aufhebung eines inneren Zwiespalts. Für diese Fragen darf sich die Diakonie nicht für unzuständig erklären. Sie muß durch ihre Mitarbeiter darauf Antwort geben; die Mitarbeiter sollten dazu gerüstet sein. Wie aber steht es um die Gesprächsfähigkeit für die Fragen nach Glaube und Evangelium? Die neuere Seelsorgebewegung gibt viele methodische Hilfen, aber für das Gespräch über den Glauben hat sie bisher wenig Anleitung gegeben. Hier sollte das "Missionarische Jahr 1980" neue Erkenntnisse und neue Impulse vermitteln.

Die Gestaltwerdung der missionarischen Dimension in der Zuwendung zum Menschen hat es aber nicht nur mit dem Dienst des Wortes, sondern auch mit dem Dienst der Füße zu tun. Das Hingehen zu den Menschen, nicht das Warten, bis sie als "Klienten" kommen, ist Teil des Missionsauftrags. In diesem Sinne hat J.H. Wichern eine "menschen suchende" Kirche und Diakonie gefordert. "Kommen die Proletarier nicht mehr zur Kirche, so muß die Kirche zu den Proletariern gehen und nicht aufhören, sie zu suchen, bis sie sie mit dem heilbringenden Wort gefunden hat". Es gibt viele Aufgaben im Umkreis der Gemeinden, die solch ein "Hingehen" fordern. Die Not der Behinderten und Gefährdeten gehört dazu, der Alten und Kranken, aber auch das Elend der zerstörten Familien und der Süchtigen. Wort und Tat sollten sich dabei zu einem ganzheitlichen Zeugnis verbinden, denn der Mensch ist nicht nur eine leib-seelische Einheit, sondern steht auch in einem sozialen Beziehungsfeld, das für sein Leben entscheidende Bedeutung hat.

XII. Die Jugendhilfe-Reform als akute Aufgabe

Das Diakonische Werk der EKD befürwortet seit langem eine grundlegende Reform des Jugendhilferechts, weil das vor mehr als 50 Jahren konzipierte Jugendwohlfahrtsgesetz keine ausreichenden Möglichkeiten mehr für eine Ausgestaltung der Jugendhilfe bietet,

die den heutigen Bedürfnissen der jungen Menschen und ihrer Familien gerecht wird. Es ist deshalb zu begrüßen, daß es nach mehrmaligen vergeblichen Reformansätzen Ende letzten Jahres gelang, einen Regierungsentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz vorzulegen, der nunmehr vom Deutschen Bundestag beraten wird.

Die jahrelangen und gründlichen Vorarbeiten für die Rechtsreform, an denen auch das Diakonische Werk beteiligt war, haben es ermöglicht, die anstehenden Fragen abzuklären und unter allen in der Jugendhilfe engagierten Organisationen und Gruppierungen eine weitgehende Übereinstimmung über die Ziele und Inhalte des neuen Gesetzes zu erreichen. Über gewisse einzelne Aspekte und verschiedene Bestimmungen des Entwurfs gibt es zwar noch Meinungsverschiedenheiten - so etwa über die Formulierung von Paragraphen, die die Tätigkeit der freien Träger betreffen -, es sollte aber erwartet werden, daß auch in diesen noch strittigen Fragen für alle Beteiligten annehmbare Lösungen gefunden werden können.

Die Diakonische Konferenz sollte sich nachdrücklich für eine baldige Verabschiedung des neuen Jugendhilfegesetzes aussprechen, damit freie und öffentliche Träger in absehbarer Zeit eine noch qualifiziertere Jugendhilfe leisten können. Ein neuerliches Scheitern dieser Rechtsreform würde aller Voraussicht nach für einen längeren Zeitraum die notwendige Fortentwicklung der Hilfen für Familien, Kinder und Jugendliche blockieren. Wir erwarten deshalb, daß die weitere Beratung des Gesetzentwurfs im Bundestag und im Bundesrat in zügiger und konstruktiver Weise erfolgt und allseits in dem Bestreben, die überfällige Reform des Jugendhilferecht jetzt endlich zu einem guten Ende zu bringen.

Lassen Sie mich nochmals Eberhard Jüngel zitieren:

"Wir haben den Glauben, der Unfreiheit überwindet, kennengelernt als die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Fixierung auf sich selbst. Durch Jesus Christus von sich selbst und zu Gott befreit ist der Christenmensch, ohne etwas dafür zu tun, ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan.

Aber nun ist er befreit, nun kann er etwas tun. Nun wird er tätig. Frei sein heißt ja konkret: etwas anfangen, nämlich aus sich selbst heraus und mit sich selbst etwas anfangen können. Zum christlichen Glauben gehört es, daß die christliche Gemeinde aus sich selbst und mit sich selbst etwas anfangen kann in dieser Welt. Wer aber mit sich selbst etwas anfangen kann, der kann auch mit anderen etwas anfangen, kann Anfänge machen in unserer Welt".

Nichts brauchen wir heute nötiger als Christen, die aus sich selbst heraus etwas anfangen, um Antwort zu geben auf Gottes gnädigen Anruf: "Du bist mein".

Wurde mit der z. Wk.

Diakonie



Herausgeber
Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Informationen aus
dem sozialen Geschehen
in Kirche, Ökumene
und Gesellschaft

Korrespondenz



Stuttgart, den 5. März 1979

3/79

Kritik am Städtetag-Papier zur "Stadtstreicherei"

Evangelischer Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe:
"Armut wird unter Strafe gestellt"

Die Vorschläge des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städte-tages, die Probleme der "Stadtstreicherei" in den Großstädten zu lösen, stoßen beim Evangelischen Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe in ihrer der-zeitigen Form auf scharfe Kritik. In einer Stellungnahme bezeichnet der Fachverband des Diakonischen Werkes der EKD diese Vorschläge als einen Ver-such, Armut unter Strafe zu stellen, wenn sich diese nicht vor der Öffent-lichkeit verbergen kann und deshalb Anstoß erregt. Der Verband verweist auf das Kernproblem der Nichtseßhaften, die Wohnungslosigkeit, die letztlich Obdachlosigkeit sei. Wenn man einen Nichtseßhaften für drei Jahre in eine "Anstalt" bringe, anstatt ihm eine Wohnung zu geben, werde er nach seiner Entlassung wieder auf der Straße schlafen. Für diese erneute Obdachlosig-keit nach der Entlassung aber sehe der Städtetag-Ausschuß als nächsten Schritt wieder den "Platzverweis" und bei Nichtbefolgen die erneute Ein-weisung in eine Einrichtung vor. Aus dieser "schrecklichen Logik" könne ein "Lebenslänglich" für Arme werden.

Der Fachverband hält es für unumgänglich, ein Wohnungs- und Arbeitsbeschaf-fungsprogramm für die Nichtseßhaften zu entwickeln. Zur weiteren Diskussion wird vorgeschlagen, daß Mitglieder des Sozialausschusses des Deutschen Städte-tages, des Rechts- und Verfassungsausschusses, Vertreter der Freien Wohl-fahrtsverbände und weitere Sachverständige, vor allem aus dem Modellprojekt der Europäischen Gemeinschaft "Innovierung des Systems der Hilfe für Nicht-seßhafte", eine Arbeitsgruppe bilden, die die Probleme der "obdachlosen Stadtarmen" untersuchen und weitere Lösungsvorschläge machen soll. Auch die Landeskirchen der EKD und die Diakonischen Werke sowie die Kirchenge-meinden werden aufgerufen, den Nichtseßhaften verstärkt zu helfen.

EVANGELISCHER FACHVERBAND FÜR NICHTSESSHAFTENHILFE e. V.

Fachverband des Diakonischen Werkes der Evang. Kirche in
Deutschland e.V.

Stellungnahme des Evang. Fachverbandes für Nichtseßhaftenhilfe e.V. zu dem Vorschlag des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städtetages, Menschen zu bestrafen, deren Armut und Unglück öffentlich in Erscheinung treten

I. Anlass der Stellungnahme

Der Rechts- und Verfassungsausschuß des Deutschen Städtetages hat eine Arbeitsgruppe mit der Untersuchung beauftragt, wie die Probleme der "Stadtstreichelei" in den Großstädten gelöst werden können. Diese Arbeitsgruppe hat ihre Ergebnisse in einem Papier vom 13.12.1977 vorgelegt. Das Papier trägt die Überschrift "Stadtstreicher - Kommunale Erfahrungen - Probleme - Antworten". Dieses Papier ist inzwischen als Broschüre in der Reihe B - DST Beiträge zum Kommunalrecht Heft 3 erschienen.

Im August 1978 verabschiedete die Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe unter Mitwirkung von Vertretern des Evang. Fachverbandes für Nichtseßhaftenhilfe eine Stellungnahme zu den Vorschlägen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städtetages. Der Evang. Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe unterstützt die von Sachverstand getragene Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe und steht auch hinter deren ethischen Intentionen.

Eine Stellungnahme verfasste außerdem das "Innovationsprojekt Nichtseßhaftenhilfe" am Psychologischen Institut der Universität Tübingen, das im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft und des Vereins für Soziale Heimstätten e.V., Stuttgart, ein Handlungsforschungsprojekt im Bereich der Nichtseßhaftenhilfe durchführt. Auch diese Stellungnahme wird vom Evang. Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe inhaltlich unterstützt.

II. Stellungnahme

In den Vorschlägen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städtetages sieht der Evang. Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe den Versuch, Armut unter Strafe zu stellen, wenn sich diese nicht vor der Öffentlichkeit verbergen kann und deshalb Anstoß erregt.

Auf vielen Seiten bemühen sich die Verfasser des Papiers darum, einen Weg zu finden, wie Menschen, die im Unglück leben, trotz Grundgesetz, trotz Strafgesetz, trotz anderer

Gesetze, die das menschliche Zusammenleben und die Rechte von Menschen regeln, in den Griff strafrechtlicher Sanktionen zu kriegen sind. Da heißt es etwa auf Seite 26: "In der Regel gehen von den Stadtstreichern nur Belästigungen aus, die kaum als strafbares Unrecht, ohne weiteres nicht einmal als Ordnungswidrigkeit zu werten sind. Soweit es sich um Verhaltensweisen mit einem hohen Unrechtsgehalt handelt, sind diese durchweg durch Straftatbestände erfasst, so die Körperverletzung, die Sachbeschädigung, die Nötigung, exhibitionistische Handlungen oder Erregung eines öffentlichen Ärgernisses durch sonstige sexuelle Handlungen".

Damit ist gesagt, daß die Nichtseßhaften, wie andere Bürger auch, unter den gleichen Gesetzen stehen. Nur verletzen sie diese Gesetze so selten, daß man ihrer nicht in der Weise habhaft werden kann, wie es der Wunsch ist.

Auf Seite 25 heißt es dann weiter und hier kommt des Pudels Kern heraus: "Dagegen stellen die Stadtstreicher gerade an Brennpunkten des städtischen Lebens, wenn auch nicht unbedingt oder stets eine Gefahr, so doch ein Ärgernis dar, weil sie Verunreinigungen schaffen und den guten Eindruck, den die Stadt auf Bürger, Touristen und Besucher aus dem Umland machen will, beeinträchtigen. Die Bürger fühlen sich zudem von Verwahrlosten abgestoßen". Hierum geht es: Allein der Anblick von Unglück und Armut belästigt uns. Wir fragen uns nicht, was uns das Recht gibt, uns belästigt zu fühlen oder gar, ob es nicht besser wäre, zu helfen, sondern wir lassen unseren Unmut an den Armen mit dem Knüppel des Strafrechts aus.

Wo aber soll der, der kein Zuhause hat, essen oder trinken oder unglücklich sein, ja, mitunter sogar seine Notdurft verrichten, wenn nicht auf der Straße oder in öffentlichen Anlagen? Wohnungslosigkeit ist nun einmal Obdachlosigkeit und wer obdachlos ist, muß im Freien leben. Wer im Freien lebt, lebt immer auf fremdem Territorium, denn es gibt keinen Millimeter Erde in unserem Land, der keinen Besitzer hat und wer keinen Besitz hat, weiß nicht, wohin er seinen Fuß setzen und sein Haupt legen soll. Wenn er nun aber nirgends sein darf, wo darf er dann sein? Und wenn man ihn für 3 Jahre in die "Anstalt" bringt, anstatt ihm eine Wohnung zu geben, wo wird er dann sein, wenn er entlassen ist? Wo schlafen die, die gestern und heute aus "Anstalten" entlassen worden sind? Nun, auf der Straße; denn man hat ihnen an der Entlassungspforte keine Wohnung gegeben. Dann sind sie da, wo sie auch heute stehen und ein Stein des Anstoßes für die Bürger sind. Wohnung und Arbeit aber hätte man ihnen auch vorher schon geben können.

Schreckliche Logik

Aber für die erneute Obdachlosigkeit nach der Entlassung aus der Anstalt hat der Rechts- und Verfassungsausschuß des Deutschen Städtetages schon seine Logik: Der nächste Schritt

wäre wieder Platzverweis und die Unmöglichkeit des Armen, ihn zu befolgen. Also: erneute Einweisung in eine Einrichtung. Eine wahrhaft schreckliche Logik, aus der "Lebenslänglich" für Arme werden kann.

Wir vermögen nicht zu glauben, daß diese Konsequenz des eigenen Vorschlages auch das Ziel der Verfasser des Papiers war. So weit ist gar nicht gedacht worden. Es ging lediglich darum, ein Instrument zur legalen Beunruhigung und Vertreibung der obdachlosen Stadtarmen zu schaffen. Das war die Motivation, die aus jeder Zeile des Papiers spricht.

Auch die zentralen Werte unserer Verfassung, die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Gleichheitsgrundsatz sind nicht die Sterne gewesen, denen sie folgten, sondern - wie der Gang der Überlegungen entlarvend deutlich macht - die Hindernisse, die zu umschiffen waren. Durch geschickte juristische Winkelzüge sollte etwas, was unserer Verfassung widerspricht, als legal maskiert werden. Was bei dieser Arbeit herauskam, drückte Anatole France einmal so aus: "Welch eine majestätische Gleichheit des Rechts und des Gesetzes, das den Armen wie den Reichen gleichmäßig verbietet, Holz zu stehlen oder unter Brücken zu schlafen."

Hilfe war nicht das Ziel des Rechts- und Verfassungsausschusses und über Hilfe ist auch nicht nachgedacht worden. Deshalb war es konsequent, sie als therapieresistent zu bezeichnen, ohne zu wissen - oder wußte man es? -, daß Stadtstreichern bislang fast in keiner Stadt Hilfe angeboten wird. Es war konsequent, mit denen nicht zu sprechen, die Kontakte zu Stadtstreichern haben und wenigstens etwas über deren Not und deren Vorstellungen wissen, wie diese Not überwunden werden könnte. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wurden nicht gefragt und auch nicht die Wissenschaftler, die im Rahmen des "Programms der Europäischen Gemeinschaften zur Bekämpfung der Armut" die Hilfe für Nichtseßhafte in der Bundesrepublik zu verbessern suchen. Es wurden auch die wenigen Sozialämter nicht gefragt, die begonnen haben, über Streetworker Kontakte mit obdachlosen Stadtarmen aufzunehmen, um so Erfahrungen für eine wirksame Hilfe zu sammeln. Es spricht für den Sozialausschuß des Deutschen Städtetages, daß er gegen die Vorschläge des Rechts- und Verfassungsausschusses votiert hat.

Die Behauptungen des Rechts- und Verfassungsausschusses, die obdachlosen Stadtarmen ließen sich nicht helfen, trifft nicht zu. Die Sozialarbeiter, die sich von Vorurteilen nicht abhalten ließen, haben die Erfahrung gemacht, daß noch fast jeder "Stadtstreicher" die Wohnung nahm, die sie ihm verschafften, wenn sie es nur vermochten. Leider gibt es zu wenige Wohnungen, weil es zu wenig Vermieter gibt, die bereit sind, einen Armen als Mieter zu akzeptieren. Es stört sie, daß er nicht so ist wie sie und sie fürchten, daß sie die Miete nicht regelmäßig bekommen. Aber auch Mietgarantien helfen hier nur selten weiter.

Mißachtetes Gesetz

Es fehlt aber nicht nur an Wohnungen, sondern - so unglaublich das klingt - an der Beachtung der einzelnen Gesetze, die für Hilfebedürftige geschaffen sind. Nur selten gelingt es einem obdachlosen Stadtarmen oder Stadtstreicher oder Nichtseßhaften, wie immer man ihn nennen will, seinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt oder auf Arbeitslosengeld einzulösen. Wenn er nicht gleich von der Tür gewiesen wird, schickt man ihn zu den schwersten Arbeiten. Wenn er diese dann nicht annimmt, weil er sieht, daß sie für ihn zu schwer sind, wird er mit einer Sperre für das Arbeitslosengeld belegt. Den Schutz der Ärzte, den die anderen Bürger in diesen Situationen in Anspruch nehmen, müssen die Armen nicht selten entbehren. Manchen Ärzten scheinen die psychischen und physischen Leiden der Stadtstreicher keine Krankheiten zu sein, für die sie sich zuständig fühlen: Sauf nicht mehr und arbeite! ist der häufigste medizinische Ratschlag. Die Übernachtung in den städtischen Anlagen, in Abbruchhäusern oder Neubauten und das Betteln in den Hauptgeschäftsstraßen ist nach all dem oft die einzige Überlebensmöglichkeit.

Außer an der Beachtung der Gesetze zur Sicherung der materiellen Existenzgrundlage für die Stadtarmen fehlt es an Helfern, die nicht nach ihrem eigenen Problem- und Hilfeverständnis handeln wollen, sondern nach der wirklichen Not und den Möglichkeiten der Armen. Viele Helfer werden zornig und wenden sich ab, wenn sich die Armen von ihnen nicht 'therapieren', 'politisieren' oder 'glücklich und fromm' machen lassen wollen. Sie handeln so, als gäbe es das und als dürfte es das geben, daß wir andere nach unserem Willen glücklich machen können. Und es fällt ihnen nicht ein, daß es womöglich gerade die fremden Willen waren, die den Armen Gewalt angetan haben, und daß ihr Unglück darin bestehen mag, daß sie sich gegen solche Willen nicht haben wehren können. Diese Art von Hilfe scheint durch die gleiche Gewalt gekennzeichnet zu sein, die sich im Städtegapier ausdrückt und die der Arme - über den hier aber nicht zu rechten ist - anwendet, wenn er seine Probleme in Alkohol ertränkt. Was stört, soll weggemacht werden.

Hilfe kann Gewalt sein

Hilfe ist ein vielgebrauchtes Wort unserer Sprache: Entwicklungshilfe, Erziehungshilfe, Nichtseßhaftenhilfe. Es muß sie wohl geben. Sicher aber ist sie eine schwierige Sache, die den Hilfesuchenden zum Opfer und den Helfer zum Täter machen kann. Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: "Warum hassest Du mich? Ich habe Dir doch gar nicht geholfen." Vinzenz von Paul drückt das ganz ähnlich aus, wenn er sagt: "Es braucht viel Liebe, damit der Arme Dir das Brot verzeiht, das Du ihm gibst." Wir glauben, daß es in diesen beiden Aussagen um einen zentralen Wert geht, der auch der oberste Wert unserer Verfassung ist: die Würde des Menschen, die bei allem, was wir tun, beachtet werden soll. Dabei geht es nicht nur um die Würde des Armen, sondern auch die Würde des Helfers. Der Arme leidet die Gewalt des Helfers, aber der Helfer ist der Gewalttätige.

Wem es gut geht, der darf wohl sagen: der Herr habe sein Haus gesegnet, aber er sollte noch empfinden können, wie schrecklich es ist, nicht einmal in Würde unglücklich sein zu dürfen, weil die anderen aus seinem Unglück eine Schande und einen Vorwurf gegen sich selbst machen.

Was die obdachlosen Stadtarmen an materiellen Dingen brauchen, ist klar. Wir können das sehen und sie sagen es uns auch. Sie brauchen Wohnungen, wo sie allein oder in Gruppen leben können. Wir brauchen ein Wohnungsbeschaffungsprogramm für alleinstehende Obdachlose. Sie brauchen die Gesetze, die für sie geschaffen worden sind. Wir brauchen die Einsicht, daß die sozialen Schwierigkeiten, bei deren Überwindung ihnen die Gesetze helfen sollen, nicht zum Ausschlußgrund eben dieser Hilfe gemacht werden. Sie brauchen Arbeit, die sie wirklich tun können. Wir brauchen Programme, die ihnen diese Arbeit verschaffen. Wenn wir das tun, was notwendig ist und dabei ihre und unsere Würde achten, könnten wir und sie viel lernen und ein wenig menschlicher werden. Wir hätten uns dann gegenseitig geholfen.

III.

Vorschläge:

1. Der Deutsche Städtetag bezeichnet die Vorschläge seines Rechts- und Verfassungsausschusses als einen Diskussionsbeitrag zum "Stadtstreicherproblem". Der Evang. Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe begrüßt die Bereitschaft zur Diskussion und schlägt vor, der Diskussion einen Rahmen zu geben: Mitglieder des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages, des Rechts- und Verfassungsausschusses und Vertreter der Freien Wohlfahrtsverbände und weiterer sachverständiger Personen, vor allem des Modellprojekts der Europäischen Gemeinschaften "Innovierung des Systems der Hilfe für Nichtseßhafte" sollten eine Arbeitsgruppe bilden, die den Auftrag hat, die Probleme der obdachlosen Stadtarmen zu untersuchen und weitere Lösungsvorschläge zu machen. Das Votum des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages zu den Vorschlägen des Rechts- und Verfassungsausschusses stellt einen Ansatz für die Fortführung der Diskussion dar.
2. Der Evang. Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe bittet die Evangelischen Gliedkirchen und die Diakonischen Werke der Gliedkirchen der EKD, der Not der obdachlosen Stadtarmen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und verstärkt personelle, sachliche und finanzielle Mittel zu ihrer Linderung bereitzustellen.
3. Der Evang. Fachverband für Nichtseßhaftenhilfe bittet die evangelischen Gemeinden, die Gemeindeglieder zu unterstützen, die bereit sind, den obdachlosen Stadtarmen dabei zu helfen, ihre Leid zu tragen und nach Möglichkeit zu überwinden. Diese Gemeindeglieder sollten eng mit den professionellen Helfern zusammenarbeiten.